Seit 1996 ÖSTERREICH JOURNAL
Das Magazin für Osterreicher in aller Welt

Ausg. Nr. 196 • 7. Dezember 2020
Das unparteiische, unabhängige Magazin für ÖsterreicherInnen in aller Welt – sechs Mal im Jahr in vier verschiedenen pdf-Formaten und zum Online-Lesen
http://www.oesterreichjournal.at



Foto: Iván Tamás auf Pixabay

Sie sehen hier die Variante A4 mit 300 dpi und hoher Qualität von Bildern und Grafiken

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Landsleute,

wieder ist ein Jahr vergangen – ein Jahr, das uns durch Einschränkungen wegen Corona wohl allen und lange in Erinnerung bleiben wird. Wir hoffen sehr, daß Sie und die Ihren zumindest gesundheitlich davon verschont sind und hoffen mit Ihnen gemeinsam, daß die Welt diese Krise möglichst bald überwinden kann.

Wir wünschen Ihnen moglichst sorgenfreie und wunderschöne Weihnachtstage und alles erdenklich Gute fürs Neue Jahr!

Liebe Grüße aus Wien
Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 196

Ungarns Präsident Áder zu Gast beim Bundespräsidenten 3
Erinnern und niemals vergessen 4
Beziehungen zu Ägypten 5
Austausch mit Ungarn 6
Parlament erstrahlte in Orange 7
Gespräch mit Tschechiens Parlamentspräsidenten 8
Europa mitten in der zweiten Welle 9
Engere Zusammenarbeit gegen Terror und Covid-19 10
Aus dem Außenministerium 11
Fortsetzung von Auslandseinsätzen 18
Neuer Europäischer Forschungsraum 19
1,3 Millionen für österreichisch-israelische Forschungsprojekte 20
HERAS+ Kick-off-Konferenz 21
Britischer Botschafter besucht Land Kärnten 22
Online-Salon des Europa-Forums 23
Tschechien: Atom-Motor stottert 25
Weiterer Erfolg für Salzburg als Forschungsstandort 26
Polnische Botschafterin besucht Land Steiermark 27
Euregio-Museumstag 2020 28
IBK Förderpreise 2020 29
Weihnachtsgeschenke an Bundesheer-Soldaten 30
Unser Bargeld. 31
Third Vienna Energy Strategy Dialogue 32
Europass Portal-Launch 34
Vorbereitung des spektakulärsten Experiments der Geschichte 35
Schule voll Sonne und Freiraum 37
Erste Hybrid-Verkostung 39
PaN: Unterwegs im Seewinkel 40
Terroranschlag in Wien 44
Umfassendes Anti-Terror-Paket 49
Gegen »Haß im Netz« 51
Bundesfinanzrahmen 2021-2024 52
Absicherung österreichisch-jüdischen Kulturerbes 54
Rot-Pinke Koalition in Wien 57
Wie Feuer und Eis 60

»Burgenland Journal«
Sicherheit in stürmischen Zeiten 61
Erinnerung und Gedenken 63
Jüdisches Zentralarchiv an IKG Wien 64
Vertiefte Partnerschaft 65
Festmesse zum Martinsfest 66
Ideen für Stadtpark der Zukunft 69
Oberwart »Stadt der Vielfalt« 70
Segnung des EisenStadtWeines 71
Die Genussseite Österreichs 72

Wirtschaftsentwicklung im III. Quartal mit Nachholeffekten 73
Konjunkturerholung in Österreich 74
Wirtschaft wächst im 3. Quartal 76
Wohnimmobilienpreise 77
Österr. Infrastrukturreport 2021 78
100 Jahre Bundesland Wien 79
Bevölkerungsprognose 2020 82
Eisriesenwelt – die größte Eishöhle der Erde 86
Bgld. Jubiläumsweine 93
Jahrgang 2020 wurde gesegnet 94
Lust auf Süßes 95
Prof. Gottfried Kumpf zum 90er 96
Martin von Tours 98
Lebensweise in der Trias-Zeit 99
Gentherapie »Made in Europe« 100
Innovationspreis des Landes OÖ 101
Trick ermöglicht Infrarot-Laserpulse 103
E-Mobilität in neuen Sphären 104
Quanten-Grundlagenforschung 106
James Dyson Award 2020 107
Plastik war gestern 109
Sanierung und Erweiterung der Salzburger Festspielhäuser 110
Gerhard Richter: Landschaft 112
Francisco Carolinum Neu 116
Hall360Tirol – virtuelle Zeitreise 118
»Wean red wi Wean wü. I. E. A.«
Buchbesprechung: Arik Brauer 120



Aus dem Außenministerium 11



Terroranschlag in Wien 44



Eisriesenwelt – größte Eishöhle der Welt 86



Prof. Gottfried Kumpf zum 90er 96



Gerhard Richter: Landschaft 112

Impressum
Eigentümer und Verleger:
Österreich Journal Verlag
A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1
Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer
Fotos: BMEIA / Gruber, BKA / Dragan Tatic, Eisriesenwelt, Kristian Bissuti, © Gerhard Richter 2020 / Foto: bpk / The Art Institute of Chicago / Art Resource, NY

Ungarns Präsident Áder zu Gast beim Bundespräsidenten

»Wir müssen alles tun, um eine weitere Ausbreitung des Virus hintanzuhalten – Pandemie eindämmen und wirtschaftliche Schäden reduzieren.«



Foto: HBF / Peter Lechner

Im Zeichen des Coronavirus stand der Besuch des ungarischen Staatspräsidenten János Áder am 30. Oktober bei seinem österreichischen Amtskollegen Alexander Van Bellen. Der Bundespräsident nützte die Gelegenheit, einmal mehr dringend an die Bevölkerung zu appellieren, sich der Besorgnis erregenden Situation bewußt zu sein und die geltenden Regeln einzuhalten.

Da die Dynamik der Pandemie in den letzten Wochen deutlich zugenommen habe „liegt es auf der Hand, daß zusätzliche Maßnahmen getroffen werden“, bezog sich der Bundespräsident auf die (auch) damals von der Bundesregierung angekündigte Verlautbarung von weiteren Verschärfungen.

„Es ist klar, daß wir die jetzige Dynamik der Pandemie unterbrechen müssen“, sagte Van der Bellen und appellierte an die Bevölkerung, sich der Situation bewußt zu sein: „Wir müssen verhindern, daß die Krankenhäuser – insbesondere in den Intensivstationen – überlastet werden.“ Man habe zu Jahresanfang in Italien gesehen, „zu welchen Situationen das führen kann, wenn Ärzte gezwungen sind, Patienten in äußerst kritischem Zustand abzuweisen – schlicht, weil die Kapazität nicht vorhanden ist, zusätzliche Menschen aufzunehmen.“ Eine solche Situation sei „jenseits aller Statistik unerträglich und wir werden alles tun, um sie zu verhindern.“



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Ungarns Präsident János Áder

Van der Bellen als auch Áder verwiesen neben den gesundheitlichen auch auf die wirtschaftlichen Aspekte der Krise. So sei Österreich zweitgrößter Handelspartner und drittgrößter Investor in Ungarn, umgekehrt arbeiteten fast 50.000 UngarInnen in Österreich, insbesondere im Gesundheitswesen und im Tourismus.

Man werde die gutnachbarlichen Beziehungen erhalten, um die durch die Krise entstehenden wirtschaftlichen Schäden, vor allem im Tourismus, zu reduzieren, sagte Áder. „Die wirtschaftliche Krise ist in keiner Weise ausgestanden und wird uns noch Monate begleiten“, gab sich auch Bundespräsident Van der Bellen realistisch. Bisher sei es aber gelungen, „durch gute Abstimmung und gute Kontakte, die dahinterstehen, die grenzüberschreitenden Fragen, wie z.B. Pendler, gut zu lösen.“ ■

https://www.bundespraesident.at/

Quelle: Präsidentschaftskanzlei

Erinnern und niemals vergessen

Zum Gedenken an das Novemberpogrom am 9. November 1938 sandte Bundespräsident Alexander Van der Bellen gemeinsam mit seinem israelischen Amtskollegen Ruvi Rivlin und dem deutschen Frank-Walter Steinmeier eine Gedenkbotschaft

Zum Gedenken an das Novemberpogrom am 9. November 1938 hat Israels Präsident Reuven Rivlin Bundespräsident Alexander Van der Bellen und den deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier zur virtuellen Teilnahme an der offiziellen israelischen Gedenkveranstaltung eingeladen. Vorab sandten sie eine gemeinsame Gedenkbotschaft. Mit dem Novemberpogrom 1938 begann die systematische Vertreibung, Enteignung und dann Vernichtung der Juden in der Zeit des Nationalsozialismus (der folgende Text von Alexander Van der Bellen wurde in Englisch verfaßt und von uns ins Deutsche übersetzt):



Foto: HBF / Peter Lechner

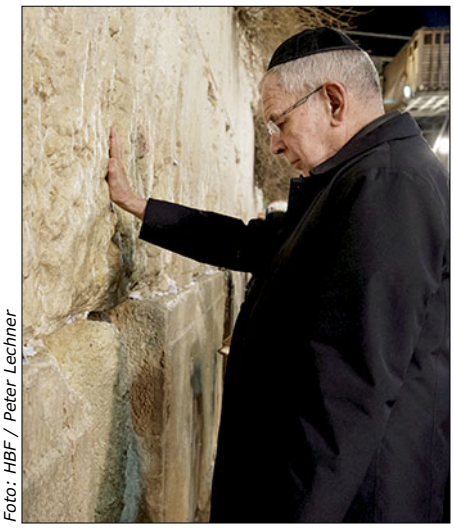


Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (l.) und Amtskollege Ruvi Rivlin anläßlich seines Staatsbesuchs in Israel von 3. bis 7. Februar 2019 und an der Klagemauer – siehe „Österreich Journal“ Ausgabe 182
https://kiosk.oesterreichjournal.at/ausgabe-182/62442461

Sehr geehrter Präsident Rivlin!
Lieber Ruvi!

Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Ich danke Ihnen, daß Sie mir die Ehre geben, heute zu Ihnen sprechen zu dürfen. Wir als Österreicher sind uns dessen schmerzlich bewußt. Wir wissen, daß Folgendes wahr ist: Antisemitismus hat nicht erst mit dem Nationalsozialismus begonnen. Er war in unserem Land, in unserer Gesellschaft schon vorhanden – noch bevor die nationalsozialistische Ideologie ihn durchzog. Diskriminierung verwandelte sich in Erniedrigung, in den Entzug der meisten Grundrechte und schließlich in Massenmord. Die Shoah war der grausame und unergründliche Höhepunkt dieser Entwicklung. Das Pogrom in der Nacht des 9. November 1938 war der erste grausame Höhepunkt der wachsenden antijüdischen Gewalt des Nationalsozialismus. Die rassistische Ideologie der Nationalsozialisten erreichte eine neue, erschreckende Intensität. Und sie machte auf surrealste und herzzerreißendste Weise deutlich, in welchem Ausmaß jüdische Österreicher, unsere Mitbürger, ihrer grundlegendsten Bürgerrechte und Freiheiten beraubt worden waren. Allein in Wien wurden 240 Synagogen niedergebrannt oder zerstört. Tausende von Geschäften und Wohnungen wurden geplündert. Über 6500 jüdische Österreicher wurden inhaftiert, 4000 von ihnen kamen ins Konzentrationslager Dachau.

Die Österreicher erinnern sich heute in Reue und Scham an diese Verbrechen. Wir, die wir nach der Shoah geboren sind, bekennen: Österreich ist mitverantwortlich für die Shoah. Viele Österreicherinnen und Österreicher waren unter den Tätern. Sich zu unserer Verantwortung bekennen heißt vor allem, entschieden und mutig jede Form von Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus zu verhindern – wo immer wir ihr begegnen. Dies ist mir ein Anliegen von großer persönlicher Bedeutung. Es ist unsere Pflicht, unser Wunsch und unsere Absicht, nicht nur die jüdischen Gemeinden zu schützen, sondern auch dafür zu sorgen, daß jüdisches Leben wieder gedeihen kann – sei es in Europa, Israel oder anderswo. Österreich hat das Glück, wieder eine starke und lebendige jüdische Gemeinde zu haben, die einen wichtigen Teil des österreichischen Lebens bildet. Ich hoffe aufrichtig, daß Österreich für sie – jetzt und für immer – eine Heimat, ein Ort des Friedens und der Sicherheit sein wird.

Sehr geehrter Herr Präsident Rivlin!
Lieber Ruvi!

Österreich und Israel arbeiten heute in einer Vielzahl von Bereichen von gemeinsamem Interesse zusammen. Darüber freue ich mich sehr – wohl wissend, daß diese Tatsache angesichts unserer Vergangenheit alles andere als selbstverständlich ist. Ich denke, daß unsere Länder durch gegenseitiges Verstehen, durch gegenseitiges Wiederentdekken auch neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit finden werden. Davon bin ich überzeugt: Österreich und Israel sind zwei Länder, die noch am Anfang ihrer ungeschriebenen Geschichte stehen.Und lassen Sie mich das noch einmal unterstreichen: „Nißkor we lo nishkach leolam“ (Erinnern und niemals vergessen.)

Ich danke Ihnen.

https://www.bundespraesident.at/

Quelle: Präsidentschaftskanzlei

Vertiefung der Beziehungen zu Ägypten

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka: »Memorandum of Understanding« zwischen FH Krems und Universität des 6. Oktobers vertieft Beziehungen



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka nahm mittels Videoschaltung an der Unterzeichnung des „Memorandum of Understanding' teil.

Die am 2. November unterzeichnete Vereinbarung gibt weitere Impulse für die bereits guten ägyptisch-österreichischen Beziehungen", sagte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka anläßlich der Unterzeichnung eines „Memorandum of Understanding" zwischen der IMC FH Krems und der ägyptischen Universität des 6. Oktobers. In Folge der Delegationsreise des Nationalratspräsidenten im Frühjahr dieses Jahres nach Ägypten wurde in einer Videokonferenz eine Kooperationsvereinbarung zwischen der österreichischen Fachhochschule und der Universität in Ägypten unterzeichnet.

Für den Nationalratspräsidenten ist die Vereinbarung ein wichtiger Schritt zwischen den beiden Ländern: „Ich freue mich, daß wir heute – wenn auch virtuell – anläßlich der Begründung einer neuen Kooperation zwischen Bildungseinrichtungen unserer beider Länder zusammenkommen. Die heute unterzeichnete Vereinbarung geht auf die intensiven und konstruktiven Gespräche während unseres Besuchs in Kairo im Frühjahr zurück." Sobotka unterstrich, daß Ägypten als Nachbar Europas, Tor zu Afrika und Stabilitätsfaktor in der Region auch für Österreich ein wesentlicher Partner ist. Daher sei es im gemeinsamen Interesse, die Beziehungen zu vertiefen. Die Entwicklung und Stabilität Ägyptens seien ein wichtiges Thema und durch eine verstärkte Kooperation in der Bildung wolle Österreich einen Beitrag leisten.

„Bereits der Besuch in Kairo war eine Fortsetzung des EU-Afrika-Forums 2018 in Wien, das einen wichtigen Impuls für neue Partnerschaft zwischen Europa und Afrika gab. Weiterhin ganz zentral ist, daß sich die EU stärker mit südlichen Nachbarländern auseinandersetzt. Österreich bringt sich in diese Richtung auf EU-Ebene ein. Neben Wirtschaft haben wir Bildung und Wissenschaft als zukunftsträchtige Themenfelder für gemeinsame Projekte identifiziert und in den Mittelpunkt unserer Gespräche in Kairo gerückt", bekräftigte Sobotka in seinem Statement.

„Vereinbart wurden zwischen den beiden Bildungseinrichtungen zwei Bachelor-Studiengänge im Bereich Tourismus und Management, welche im Wintersemester 2021/22 ihren Start haben sollen", berichtete FH-Krems-Geschäftsführer Karl Ennsfellner. Er bedankte sich gemeinsam mit seinen KollegInnen für die Unterstützung zum Gelingen der Vereinbarung. An der IMC FH Krems studieren über 3000 Studierende in Bachelor- und Master-Studiengängen. Sie studieren in den Bereichen Wirtschaft, Digitalisierung & Technik, Gesundheit und Life Sciences Vollzeit und berufsbegleitend.

Auch die Vertreter des Universität des 6. Oktobers – allen voran der Leiter des Kuratoriums der Universität und ehemalige Bildungsminister Ahmed Zaky Badre – bedankten sich bei allen TeilnehmerInnen für die gemeinsamen Anstrengungen. Ein Studium sei die Basis für eine funktionierende Wirtschaft – aber auch die Basis für eine gute Zusammenarbeit. Ägypten und Österreich seien bereits lange durch gute Beziehungen miteinander verbunden. Dieser nun fixierte Austausch im Bildungswesen sei ein besonderer Schritt. Wichtig sei für beide Länder, der Jugend neue Chancen bieten zu können. ■

https://www.parlament.gv.at/
https://www.fh-krems.ac.at/

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Austausch mit Ungarn

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka sprach mit ungarischem Amtskollegen László Kövér per Videokonferenz über die aktuelle Lage in der Corona-Krise

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka hat sich am 23. November per Videokonferenz mit seinem ungarischen Amtskollegen László Kövér ausgetauscht. Im Zentrum standen die aktuellen Entwicklungen der COVID-19-Pandemie in den beiden Ländern sowie die Bekämpfung von Radikalisierung. Auch über die Themen Migration, EU-Erweiterung und deren mehrjährigen Finanzrahmen sprachen die beiden Parlamentspräsidenten. Sobotka zeigte sich erfreut, daß es möglich ist, auch in diesen Zeiten die parlamentarischen Beziehungen zu pflegen. Er erachte es als notwendig, in besonderen Zeiten besondere Formate zu finden, um sich auszutauschen, sagte er.

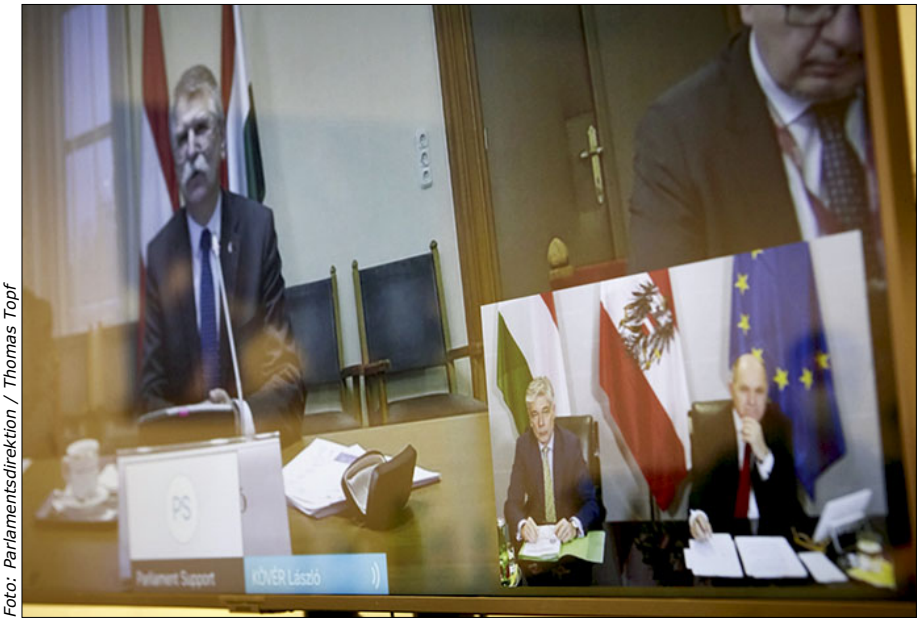


Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Virtuelles Gespräch (v.r.): Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Parlamentsdirektor Harald Dossi und László Kövér, Präsident der ungarischen Nationalversammlung

COVID-19-Pandemie im Zentrum des Gesprächs

Angesichts der aktuellen Entwicklungen in der Corona-Krise tauschten sich die Parlamentspräsidenten umfassend über die aktuelle Lage in den beiden Ländern und geplante nächste Schritte aus. Sobotka informierte über die aktuellen Lockdown-Maßnahmen in Österreich, die verhindern sollen, daß das Gesundheitssystem an seine Kapazitätsgrenzen gelangt. Eine erste Reduktion der Infektionszahlen zeige sich bereits. Die beiden Präsidenten thematisierten auch die Frage der Schulschließungen, die Akzeptanz der Lockdown-Maßnahmen in der Bevölkerung und die Durchführung flächendeckender Tests. Besonderes Interesse zeigte der Nationalratspräsident an der flächendeckenden Testung des Lehr- und Kindergartenpersonals in Ungarn, die am 23. November angelaufen ist und fortan wöchentlich durchgeführt werden soll, wie der Präsident der ungarischen Nationalversammlung berichtete. Schulen und Handel seien in Ungarn derzeit weiterhin geöffnet, womit der Lockdown in Ungarn doch wesentlich weniger weitreichend sei als in Österreich, so Kövér.

Auch die wirtschaftlichen Konsequenzen der Pandemie waren Thema im Gespräch. Wie in Österreich ist auch in Ungarn die Gastronomie derzeit geschlossen. Angesichts der Bedeutung von Gastronomie und Tourismus werden die betroffenen Unternehmen auch in Ungarn mit Hilfsmaßnahmen unterstützt. Nationalratspräsident Sobotka informierte über die aktuelle Maßnahme des Lockdown-Umsatzersatzes von bis zu 80 Prozent und das Instrument der Kurzarbeit. Zudem thematisierte er die geplanten Massentestungen in Österreich. In Ungarn sei derzeit weder eine Verschärfung noch eine Lokkerung der Maßnahmen geplant, so Kövér.

Terror kann nur durch internationale Kooperation bekämpft werden

Der Nationalratspräsident tauschte sich mit seinem Amtskollegen über ein weiteres aktuelles Thema aus: Er sprach seinen Dank aus, daß Ungarn nach dem Terroranschlag in Wien Anfang November seine Anteilnahme ausdrückte und die Bereitschaft äußerte, Österreich zu unterstützen. Terror könne nur durch internationale Kooperation bekämpft werden, zeigte sich Sobotka überzeugt.

Für die österreichische Regierung sei nach dem Anschlag klar gewesen, daß es neue Maßnahmen brauche. Es müsse dabei klar hervorgehen, daß diese nicht gegen den Islam gerichtet seien, sondern die Bekämpfung von Radikalisierung zum Gegenstand haben. Hier wolle sich auch das Parlament in Zukunft stärker engagieren. Den Einsatz gegen Antisemitismus gelte es ebenfalls uneingeschränkt beizubehalten. Auch die Integration führte Sobotka als wesentlichen Faktor an. Es sollte tunlichst vermieden werden, daß Parallelgesellschaften entstehen. László Kövér bezeichnete das Attentat in Wien als Alarmsignal für Europa.

EU-Budget: Sobotka unterstrich die Bedeutung eines Kompromisses

In der Frage um den mehrjährigen Finanzrahmen der EU und das COVID-19-Aufbaupaket „Next Generation EU“ appellierte Nationalratspräsident Sobotka an Ungarn, einen Kompromiß in Betracht zu ziehen. Viele Länder würden in der aktuellen Situation dringend Wiederaufbauhilfe benötigen. Es sei daher wichtig, die Lage nicht zu verschärfen, sondern ins Gespräch zu kommen. Eine Spaltung der EU könne niemand wirklich wollen. Für Österreich sei es sehr wichtig, eine gemeinsame Linie zu finden. Sobotka hoffe, daß die Bemühungen unter dem deutschen Ratsvorsitz bald erfolgreich seien und es noch vor Weihnachten zu einem Ergebnis komme.

Thematisiert wurden auch aktuelle Fragen der Migration und der EU-Erweiterung und damit zusammenhängend die Bedeutung einer engen Kooperation und der Stabilität auf dem Westbalkan. ■

https://www.parlament.gv.at/

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Parlament erstrahlte in Orange

Teil der weltweiten Kampagne UN-Kampagne Orange the World als Zeichen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen

Vom 25. bis zum 29. November erstrahlte der Eingang zum Ausweichquartier des Parlaments am Josefsplatz in Orange. Damit setzt das österreichische Parlament auch heuer im Rahmen der UN-Kampagne „Orange the World“ – als eines von heuer 130 Gebäuden österreichweit – ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen. Die Kampagne findet weltweit jährlich 16 Tage lang vom internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen am 25. November bis zum 10. Dezember, dem internationalen Tag der Menschenrechte, statt. In diesem Sinne werden Gebäude in oranger Farbe beleuchtet, um gemeinsam ein sichtbares Zeichen gegen Gewalt an Frauen zu setzen und damit zur Enttabuisierung dieses Themas beizutragen.



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

v.l.: Integrationsministerin Susanne Raab, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler vor dem Ausweichquartier des Parlaments…



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

… dessen Fassade orange beleuchtet wurde.

Sobotka: Gewalt hat viele Gesichter

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka weist auf die Dringlichkeit der Aktion hin. „In Österreich wird jede fünfte Frau Opfer psychischer, physischer oder sexueller Gewalt“, sagt Sobotka. „Um darauf aufmerksam zu machen und um dieses Thema zu enttabuisieren, ist die UN-Kampagne ‚Orange the World‘ ins Leben gerufen worden. Auch das österreichische Parlament wird heuer wieder orange beleuchtet und setzt damit ein sichtbares Zeichen gegen Gewalt an Frauen.“

Gewalt habe viele Gesichter. Sie beginne im Kopf, gehe über zu Worten und ende leider viel zu oft mit körperlichen Angriffen, betont Sobotka. Für ihn steht im Vordergrund, daß Bewußtsein geschaffen werden muß: „Wir schauen nicht weg. 16 Tage gegen Gewalt an Frauen, jedoch 365 Tage ein Muss, dagegen aufzustehen.“

Raab: Können nur gemeinsam Gewalt an Frauen bekämpfen

Frauenministerin Susanne Raab betont, daß häusliche Gewalt sowie Gewalt an Frauen und Kindern niemals eine Privatsache ist. „Während des Aktionszeitraums der ‚16 Tage gegen Gewalt‘ wollen wir Bewußtsein dafür schaffen, daß Gewalt an Kindern und Frauen in vielen Wohnungen und Häusern in unserem Land leider noch immer traurige Realität ist“, so die Ministerin. „Gewalt in all ihren Ausprägungen ist ein Problem, das uns alle betrifft und gegen das wir gemeinsam mit aller Härte vorgehen müssen. Im Kampf gegen Gewalt können wir letztlich nur erfolgreich sein, wenn wir ihn nicht mehr als Privatsache der Frauen und Familien sehen, sondern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen. Mit der Beleuchtung des Parlaments setzen wir gemeinsam ein Signal gegen Gewalt und für die Unterstützung der Betroffenen. Dafür bedanke ich mich herzlich bei Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka.“

Eder-Gitschthaler: Wir müssen schon bei Jugendlichen ein gewaltfreies Denken etablieren

Für die Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler ist „Orange the World“ ein sichtbares Zeichen der konsequenten Ablehnung jeder Form von Gewalt gegen Frauen und ein Beitrag zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit. „Gewalt an Frauen darf kein Tabuthema sein. Ob sie nun in den Medien schlagzeilenmäßig präsent ist oder unerkannt hinter verschlossener Haustür stattfindet – jede Frau hat ein Recht darauf, davor geschützt zu werden“, unterstreicht auch Eder-Gitschthaler. Es bedürfe dazu nicht nur gesetzlicher Maßnahmen. „Wir müssen schon bei Jugendlichen ein gewaltfreies Denken etablieren, damit es ihnen im Erwachsenenalter als Selbstverständlichkeit gilt, Frauen mit Respekt zu behandeln und jegliche Gewalt an ihnen abzulehnen. Orange the World setzt hier ein wichtiges und notwendiges Zeichen, das ich von ganzem Herzen unterstütze.“

Orange the world

Die Kampagne „Orange the world“ wird von UN Women jährlich während der „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ umgesetzt. In diesem Sinne werden weltweit Gebäude in oranger Farbe beleuchtet.

Gewalt gegen Frauen passiert nicht nur in Konflikt- oder Krisenregionen, sondern auch in der „ersten Welt“: sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum, im öffentlichen wie im privaten Bereich. Gewalt gegen Frauen findet in allen gesellschaftlichen Schichten, in jeder Altersgruppe und unabhängig von Religion oder ethnischer Zugehörigkeit statt. ■

https://www.parlament.gv.at/

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Gespräch mit Tschechiens Parlamentspräsidenten

Austausch über die Corona-Krise in Österreich und Tschechien

In einer Videoschaltung trafen einander Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und sein tschechischer Amtskollege Radek Vondráček am 1. Dezember zu einem bilateralen Gespräch. Im Mittelpunkt des virtuellen Treffens standen die Erfahrungen der beiden Nachbarländer im Kontext der Pandemie. Außerdem thematisierten die beiden Parlamentspräsidenten die Diskussionen auf europäische Ebene zum mehrjährigen Finanzrahmen sowie die Verhandlungen zur EU-Erweiterung.

Aufgrund der hohen Infektionszahlen in Europa tauschten die Parlamentspräsidenten der beiden Nachbarstaaten ihre Erfahrungen online über Wirtschaftshilfen, politische und mediale Diskurse sowie die Auswirkungen auf die parlamentarische Tätigkeit aus. Wolfgang Sobotka berichtete im Gespräch von einem Rückgang der Infektionszahlen als Folge des harten Lockdowns seit zwei Wochen. Weiters berichtete er von den anstehenden Covid-19-Massentests, mit denen Ende der Woche in den westlichen Bundesländern und Wien gestartet werde.

Radek Vondráček erklärte, daß sich in Tschechien eine füntstufige Tabelle als hilfreich erwiesen habe. Wenngleich diese durch starre Kategorien nicht perfekt sei, schätze die Bevölkerung die damit verbundene klare Kommunikation und Orientierung. Gleichzeitig gebe es BürgerInnen, die sich Verschwörungstheorien zuwenden oder für ihn nicht erklärbare Protestmaßnahmen setzen würden.

Der Anteil an Krisenleugnern würde insbesondere in den sozialen Medien gemeinsam mit antisemitischem Denken zunehmen, bestätigte Sobotka und verwies auf den Angriff auf die Synagoge in Graz.

Auch tauschten sich die Parlamentspräsidenten zu den Auswirkungen wichtiger Wirtschaftsbereiche der beiden Länder aus, wie den Wintertourismus und die Industrie. Radek Vondráček berichtete, daß die für Tschechien besonders wichtige Industrie von der Krise besonders schwer getroffen sei. Obwohl diese durchgehend aktiv gewesen sei, seien ihr aufgrund geschlossener Geschäfte die Abnehmer abhandengekommen. Als



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Virtuelles Gespräch mit dem Tschechischen Parlamentspräsidenten Radek Vondráček

Wirtschaftshilfe würden die Sozialversicherungsbeiträge der Mitarbeiter übernommen, um die Arbeitgeber entlasten zu können.

Nationalratspräsident Sobotka erläuterte die österreichischen Unterstützungsmaßnahmen für Wirtschaftstreibende und betonte, daß die Industrie in Österreich derzeit tendenziell immer noch über zu wenige qualifizierte Arbeitskräfte verfüge und die Beschaffung von bestimmten Rohmaterialien kritischer geworden ist.

Naturgemäß beschäftigte die beiden Parlamentspräsidenten die Frage nach den Auswirkungen der Pandemie auf den parlamentarischen Betrieb. Wolfgang Sobotka berichtete, daß im Plenarsaal des österreichischen Parlaments Glaswände zwischen den Abgeordnetenplätzen errichtet worden seien. Das tschechische Abgeordnetenhaus tage derzeit mit eingeschränkter Teilnehmerzahl unter Verwendung eines Mund-Nase-Schutz, schilderte Vondráček die Tagungsbedingungen in Tschechien.

Einer Meinung zeigten sich die beiden Parlamentspräsidenten über die aktuellen Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien. Sobotka äußerte sein Bedauern über den Umstand, daß sich ein Land gegen die Aufnahme der Erweiterungskonferenzen mit Nordmazedonien ausgesprochen habe. Beide Gesprächspartner hofften auf eine baldige Lösung durch weitere Verhandlungen. Die beiden Parlamentspräsidenten besprachen auch die aktuellen Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen der EU. Es wäre wichtig, daß Ungarn und Polen in der Frage des Budgets positive Signale setzten. Österreich habe als Nettozahler gemäß den geltenden Regeln bisher überproportional in das EU-Budget eingezahlt und selbst Kompromissbereitschaft in den Budgetverhandlungen zeigen müssen. Es sei wichtig, „im Sinne der Solidarität zur einer Lösung zu kommen“, appellierte Sobotka an die Vernunft.

Unterschiedlichen EU-Mitgliedsstaaten hätten unterschiedliche geschichtliche Erfahrungen und innenpolitische Zwänge, betonte Vondráček. Dieses Element mache die Europäische Union aber gerade stark. Auch er hoffe, daß eine Lösung für das Budget gefunden werden könne.

Wenn man aber freie Medien beschränke oder nicht gleichmäßig bediene, gebe es keinen Diskurs, betonte Sobotka seine Haltung zum Thema Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit. „Wir brauchen in der Europäischen Union die Unabhängigkeit der Justiz und die Meinungsfreiheit“, unterstrich der Nationalratspräsident. ■

https://www.parlament.gv.at/

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Ganz Europa mitten in der zweiten Welle

Bundeskanzler Sebastian Kurz bei EU-Videokonferenz: Erfahrungsaustausch und bessere Zusammenarbeit – EU-Grenzschließungen vermeiden

Die Videokonferenz des Europäischen Rates am 29. Oktober stand auch dieses Mal im Zeichen der Covid-19-Pandemie. Dabei standen ein Austausch von Erfahrungen mit nationalen Maßnahmen gegen die Pandemie, etwa bei Test-Strategien oder Regelungen zu Kontaktbeschränkungen, sowie die Möglichkeiten einer besseren Zusammenarbeit auf EU-Ebene im Fokus. Auch verurteilten die 27 EU-Staats- und Regierungschefs die jüngsten Terroranschläge im französischen Nizza.

„Unsere Krankenhäuser und Bediensteten in Gesundheitsberufen stehen erneut unter Druck. In derart harten Zeiten sind Zusammenhalt und Solidarität wichtiger denn je. Wir rufen alle Europäerinnen und Europäer auf, auf sich selbst und aufeinander aufzupassen“, so Ratspräsident Charles Michel zu Beginn der Sitzung.



Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Sebastian Kurz nahm an der Videokonferenz des Europäischer Rates teil.

Bundeskanzler Kurz: »Die Grenzen in Europa müssen offenbleiben«

„Europa befindet sich derzeit mitten in der zweiten Welle und sämtliche Mitgliedsstaaten sind mit gleichen Herausforderungen und Lockdowns oder lockdown-ähnlichen Zuständen konfrontiert“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz. Insofern sei der Videogipfel eine gute Möglichkeit, in Austausch zu treten und auszuloten, „welche Maßnahmen wo wirksam waren, um bestmöglich abgestimmt vorzugehen“, erklärte der österreichische Regierungschef. Ziel des Europäischen Rates sei „eine enge Koordinierung in der EU" was die COVID-Maßnahmen, das grenzüberschreitende Reisen sowie das „Freitesten“ statt einer Quarantäne betreffe. Der Kanzler warnte vor allem vor der Schließung der Grenzen in der EU. „Die Grenzen in Europa müssen offenbleiben“, alle Länder hätten eine ähnliche Situation.

„Mit unseren Nachbarn funktioniert die Koordination gut. Österreich ist vor allem mit dem deutschen Raum sehr eng verwoben, nicht nur was den Tourismus, sondern auch was den wirtschaftlichen Austausch betrifft", so Kurz. Daher sei eine gute Abstimmung wichtig.

Auch der Stand bei der Entwicklung von Impfstoffen stand auf der Agenda des Videogipfels. Sebastian Kurz bedankte sich bei EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die in diesem Bereich bereits „eine beachtliche Vorarbeit“ geleistet habe. „Wir sind ihr sehr dankbar für ihre Arbeit, das ist ein sehr professioneller Prozeß.“ Es werde einen Fortschrittsbericht, aber auch einen Austausch über Impfstrategien geben. Wichtig sei europaweit der generelle Zugang zu Impfungen mit „Vorrang für besonders vulnerable Gruppen“.

Darüber hinaus standen auch die Bemühungen der EU um die Entwicklung, Beschaffung und Verteilung von Impfstoffen auf der Tagesordnung. Die folgenden vier Punkte sind dabei besonders entscheidend:

- faire Verteilung an die EU-Mitgliedsstaaten,
- Kriterien zur Definition von prioritären Gruppen,
- logistische Herausforderungen und mögliche Kapazitätsengpässe und
- Kommunikation über Impfstoffe an die Bevölkerung.

Abschließend betonte Bundeskanzler Kurz, daß „uns ein harter Herbst und Winter“ bevorstehe. „Wir sind in ganz Europa mitten in der zweiten Welle, auch in Österreich sind die Zahlen extrem hoch.“ Es sei notwendig, dieses „massive Wachstum“ zu stoppen, damit die Intensivmedizin nicht überlastet werde und ÄrztInnen nicht „über Leben und Tod“ entscheiden müßten.

Terroranschläge in Frankreich: Verurteilung als »Angriffe auf unsere gemeinsamen Werte«

In einer gemeinsamen Erklärung verurteilten die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Staaten die Terroranschläge in Nizza, Frankreich, als „Angriffe auf unsere gemeinsamen Werte“ und drückten ihre Solidarität mit Frankreich aus. Man führe einen „gemeinsamen und unablässigen Kampf gegen Terrorismus und Gewaltextremismus“, so die 27 EU-Staats- und Regierungschefs weiter. Gleichzeitig riefen sie alle PolitikerInnen weltweit dazu auf, “sich für Dialog und Verständnis zwischen den Gemeinschaften und Religionen und für die Überwindung von Gegensätzen einzusetzen“. ■

Über den katastrophalen Terroranschlag in Wien vom 2. November berichten wir ab der Seite 44.

Engere Zusammenarbeit gegen Terror und Covid-19

Europaministerin Edtstadler bei Videokonferenz zwischen Außen- und Europaministern von Österreich, der Slowakei und Tschechien



Foto: BKA / Andy Wenzel

Am 16. November nahm Bundesministerin Karoline Edtstadler an einer Videokonferenz mit dem Außenminister der Tschechischen Republik Tomáš Petříček und dem Außenminister der Slowakischen Republik Ivan Korčok teil.

Der enge Austausch mit unseren Nachbarländern hat sich schon seit Beginn der Coronakrise als wichtiges und wirkungsvolles Instrument im Kampf gegen die Pandemie und ihre Folgen erwiesen. Wir konnten Wissen und Erkenntnisse weitergeben, wie jetzt aktuell die Erfahrungen in der Slowakei mit Massentestungen", sagte Europaministerin Karoline Edtstadler am 16. November in ihrem Pressestatement nach dem virtuellen Treffen der Slavkov-3 Europaminister. In der Videokonferenz mit dem tschechischen Außenminister Tomáš Petříček und seinem slowakischen Amtskollegen Ivan Korčok seien die Zusammenarbeit in der Coronakrise sowie der gemeinsame Kampf gegen Terrorismus im Zentrum gestanden. „Wir haben uns zudem über Fragen der Migrationspolitik, der Rechtsstaatlichkeit, über den Mehrjährigen EU-Finanzrahmen sowie die Konferenz zur Zukunft Europas ausgetauscht", berichtete Edtstadler.

Müssen Kollaps unserer Gesundheitssysteme verhindern

„Die Priorität in der Coronakrise ist in allen unseren Ländern, daß wir einen Kollaps unserer Gesundheitssysteme verhindern", so die österreichische Europaministerin. In dieser Aussprache sei man sich darin einig gewesen, daß auf EU-Ebene eine stärkere Koordinierung notwendig sei, um im Kampf gegen die Pandemie erfolgreich zu sein und die Folgewirkungen für die Bevölkerung möglichst gering zu halten. Auch die Minister Petříček und Korčok forderten in ihren Stellungnahmen eine bessere Abstimmung in der Europäischen Union, besonders in Fragen von gemeinschaftlichem Interesse wie der Reisefreiheit. Der slowakische Aussenminister bedankte sich bei Österreich für die Unterstützung in der Durchführung der jüngsten Covid-Massentests in seinem Land.



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundesministerin Karoline Edtstadler

Terrorattacke von Wien war Angriff auf europäische Werte

Für die Solidarität nach der Terrorattacke am 2. November in Wien sprach Edtstadler ihren beiden Amtskollegen den Dank Österreichs aus. „Wir sind einer Meinung, daß es sich hierbei um kein Problem eines einzelnen Landes, sondern um ein europäisches Problem handelt. Es war ein Angriff auf unsere europäischen Werte", so die Ministerin. Die jüngsten Terrorattacken in der EU müßten nun Anlaß sein, um gemeinsam besser gegen Terrorismus vorzugehen. Diese Kooperation müsse von einem besseren Schutz der Außengrenzen, dem Kampf gegen Extremismus im Internet bis hin zu einer engeren Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich reichen.

Diese Forderung wurde von Petříček und Korčok in ihren Statements ebenfalls unterstützt. „Wir wollen Schulter an Schulter gegen Terrorismus vorgehen", so Edtstadler abschließend. ■

https://www.bundeskanzleramt.gv.at/

Aus dem Außenministerium

Karitative Aktionen der österreichischen Botschaften in aller Welt zum Nationalfeiertag

Der Nationalfeiertag in Österreich war dieses Jahr jedenfalls ein außergewöhnlicher. So auch an den österreichischen Botschaften in aller Welt, an die traditionellen Empfänge für die Auslandsösterreicher vor Ort war freilich nicht zu denken.

Auf Initiative von Hannah Liko, der Österreichischen Botschafterin in Tel Aviv, wurden an einer Vielzahl an österreichischen Botschaften anstelle des Empfangs karitative Einrichtungen vor Ort unterstützt, die Menschen unterstützen, die besonders unter der derzeitigen Situation leiden.

„Ich bin sehr stolz auf mein Team auf der ganzen Welt, daß wir anläßlich unseres Nationalfeiertages ein so wichtiges Zeichen der Solidarität und Verbundenheit mit der Bevölkerung vor Ort setzen können“, so Außenminister Alexander Schallenberg am 30. Oktober.

Die Österreichische Botschaft in Israel stellte beispielsweise 150 Essenspakete für jeweils vier Personen für einen Monat zur Verfügung, die von der NGO „Latet“, zu Deutsch „geben“, verteilt wurden. „Latet“ ist eine NGO für Nahrungsmittelsicherheit & Bekämpfung von Armut.

„Die Pakete gehen an Holocaust-Überlebende, aber auch bedürftige Familien aus allen sozialen Schichten und mit allen ethnischen Backgrounds. Dies ist als Geste im Sinne der österreichischen historischen Mitverantwortung für den Holocaust gedacht. Gleichzeitig wollten wir angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage bewußt auch andere Bevölkerungsgruppen miteinbeziehen“, so Botschafterin Hannah Liko.

Die (Lebensmittel-)Spenden der Österreichischen Botschaften in Tallinn, Tirana und Helsinki gingen jeweils an das SOS Kinderdorf, für Botschafter Maximilian Hennig in Helsinki ein Herzensanliegen: „Verunsicherung und Zukunftsängste in der Coronakrise sind für Heim- und Waisenkinder besonders schwer erträglich. SOS Lapsikylä setzt sich Tag für Tag für ihr Wohlergehen ein. In der finsteren Vorweihnachtszeit in Finnland haben sich diese Kinder eine süße Ablenkung verdient.“

Ebenfalls der Tag versüßt wurde kranken Menschen in Betreuung eines ÖRK-Pilotprojektes in der Heimkrankenpflege in Tiflis: Botschafter Thomas Mühlmann hatte über das Wochenende 200 kleine Sachertorten organisiert, jeweils mit einer georgischen und einer österreichischen Fahne aus Marzipan.



Foto: BMEIA / Gruber

Außennminister Alexander Schallenberg ist „sehr stolz auf mein Team auf der ganzen Welt“

Die Österreichische Botschaft in Zagreb unterstützte kroatische Familien, die sich in einer akuten Notsituation befinden.

„Mit unserem Beitrag an die Caritas-Aktion ‚1000 kleine Freuden‘ werden die Schwächsten der Gesellschaft in allen Landesteilen unterstützt: Obdachlose, Palliativ-Patienten, unversorgte Schwangere und junge Mütter, notleidende Kinder und Bedürftige in der vom Kroatienkrieg am schlimmsten betroffenen Stadt“, so Markus Wuketich, Österreichs Botschafter in Zagreb.

Auch Isabel Rauscher, österreichische Botschafterin in Bukarest, freut sich über das soziale Zeichen, das Österreich am diesjährigen Nationalfeiertag vor Ort setzt und unterstützt in Kooperation mit der Berufsschule Concordia (Bäckerei und Gastronomie) der Organisation Concordia Sozialprojekte 300 vulnerable Familien in Ploieşti, das 80 km außerhalb von Bukarest liegt.



Foto: BMEIA / Twitter

Auf Initiative ihre wurden an einer Vielzahl an österreichischen Botschaften anstelle des Empfangs karitative Einrichtungen vor Ort unterstützt: Hannah Liko, österreichische Botschafterin in Tel Aviv

Österreich, Europa und die Welt

Die Österreichische Botschaft in Washington unter Botschafter Martin Weiss unterstützte anläßlich des Nationalfeiertags die NGO Feeding America, ein US-weites Netzwerk von rund 200 lokalen „food banks", das mit der Tafel in Österreich vergleichbar ist. Diese NGO ermöglicht mehr als 100.000 Mahlzeiten für bedürftige US-Amerikaner.

Die Österreichische Botschaft in Buenos Aires hat sich aufgrund der dramatischen Situation in Argentinien aufgrund der Pandemie und der damit verbundenen zunehmenden Verarmung (betrifft derzeit ca. 40 Prizent der Bevölkerung) bereits mehrmals mit karitativen Einsätzen eingebracht. Darüber hinaus konnte nun ein Projekt unterstützt werden, bei dem Fußballstars in Zusammenarbeit mit Caritas Argentina bedürftige Kinder mit Lebensmittel versorgen.

„In einer Situation wie dieser, bei der über 11 Millionen Menschen auf zusätzliche Lebensmittelhilfe angewiesen sind, kann eine Botschaft nicht zusehen. Spontane Hilfe wird wohl zu unseren neuen Aufgaben gehören", erklärte Christoph Meran, Österreichischer Botschafter in Buenos Aires. Im Rahmen des Nationalfeiertags wurde heuer traditionell österreichisch unterstützt: Mit einem Zustelldienst wurden Gulasch und Serviettenknödel an 140 Personen geliefert, darunter Holocaust-Überlebende sowie kranke und bedürftige Personen, die darüber hinaus mit medizinischem Material versorgt wurden. ♦



Foto: Engin Akyurt auf Pixabay

In den letzten 14 Jahren (Anm.: 2006-2019) wurden fast 1200 JournalistInnen im Zusammenhang mit ihrer Berichterstattung getötet.

Verantwortliche für Angriffe auf JournalistInnen müssen zur Rechenschaft gezogen werden

Außenminister Schallenberg forderte am 2. November anläßlich des Internationalen Tages gegen Straflosigkeit für Verbrechen an Journalisten ein entschlosseneres Vorgehen der internationalen Gemeinschaft.

Auch sieben Jahre nachdem die UN-Generalversammlung den 2. November zum Welttag gegen Straflosigkeit für Verbrechen an Journalisten erklärt hat, bleiben noch immer mehr als 90 Prozent dieser Verbrechen ungestraft. In den letzten 14 Jahren *(Anm.: 2006-2019)* wurden fast 1200 Menschen im Zusammenhang mit ihrer Berichterstattung getötet. Im Durchschnitt bedeutet dies einen Todesfall alle vier Tage. In neun von zehn Fällen bleiben die Mörder straffrei. Die Zahl jener Medienschaffenden, die weltweit bedroht oder attackiert werden, ist noch um ein Vielfaches höher.

„Unabhängiger und kritischer Journalismus ist ein Grundpfeiler jeder Demokratie. Meine Anerkennung gilt den vielen Journalistinnen und Journalisten, die trotz der widrigen Umstände täglich ihr Leben und – besonders in Zeiten von COVID-19 – auch ihre Gesundheit im Dienste der unabhängigen Berichterstattung riskieren. Am heutigen Tag gegen Straflosigkeit für Verbrechen an Journalisten zollen wir denjenigen Tribut, die bei der Ausübung ihres Berufs ums Leben gekommen sind", so der Außenminister: „Die internationale Gemeinschaft muß ihre Anstrengungen für den Schutz von Medienschaffenden deutlich verstärken."

Österreich setzt sich deshalb mit Nachdruck dafür ein, daß die Sicherheit von JournalistInnen in den relevanten Foren international thematisiert wird. Österreich ist auch dieses Jahr wieder Hauptinitiator einer verabschiedeten Resolution des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen in Genf. Die Resolution würdigt die Rolle des Investigativjournalismus und fordert Regierungen dazu auf, die Pressefreiheit und JournalistInnen auch in Krisensituationen und bei Protesten zu schützen. Im Einsatz für die Sicherheit von JournalistInnen setzt Österreich auch intensiv auf die Zusammenarbeit mit anderen Staaten. Auf Initiative Österreichs setzen die fünf Freundesgruppen zum Schutz von JournalistInnen in den Vereinten Nationen in Genf und New York, der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) und dem Europarat mit einer gemeinsamen Erklärung ein wichtiges Zeichen zur Beendigung von Straflosigkeit.

Darüber hinaus engagiert sich Österreich in der 37 Staaten umfassenden „Media Freedom Coalition", die vom Vereinigten Königreich und Kanada 2019 ins Leben gerufen wurde.

„Verbrechen gegen Journalistinnen und Journalisten müssen gründlichst untersucht und strafrechtlich verfolgt werden. Nationale und internationale Verpflichtungen müssen konsequent umgesetzt werden, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen", so Schallenberg. Diese Botschaft hat er auch im Rahmen des ersten Ministertreffens der Media Freedom Coalition am 16. November bekräftigt und ein verstärktes gemeinsames Auftreten zur Beendigung der Straflosigkeit eingefordert. ♦

Den Kampf gegen das Virus des Terrorismus können wir nur gemeinsam gewinnen

Außenminister Alexander Schallenberg empfing am 5. November den niederländischen Außenminister Stef Blok zu einem persönlichen Treffen in Wien und setzte so die Reihe der bilateralen Kooperationsgespräche mit engen Partnern innerhalb der Europäischen Union zu den aktuellen globalen Herausforderungen fort. Kernthema des Treffens war das gemeinsame entschiedene Auftreten gegen den Terrorismus. Schallenberg bedankte sich bei seinem Amtskollegen für die hochrangigen Kondolenzbekundungen aus den Niederlanden nach dem Terroranschlag am 2. November in Wien. Es tue in so einer Situation gut, die europäischen und internationalen Freunde und Partner an seiner Seite zu wissen.

„Das Virus des Terrorismus verbreitet sich in der Geschwindigkeit eines Gedan-

Österreich, Europa und die Welt



Foto: BMEIA / Gruber

Am 5. November traf Außenminister Alexander Schallenberg seinen niederländischen Amtskollegen Stef Blok in Wien.

kens, noch schneller als das Corona-Virus", so Außenminister Schallenberg

„Wir müssen gewahr sein, daß niemand von uns davor sicher ist. Diesen Kampf können wir nur gemeinsam gewinnen. Wir müssen gegen Terrorismus harte, konkrete Handlungen setzen, um den Fluß dieses häßlichen Gedankengutes zu beenden – für unsere offene Gesellschaft und gemeinsam mit allen, die sich dieser verpflichtet fühlen und in dieser zuhause sind", betonte Schallenberg, der eine engere Kooperation zur Frage anregte, wie man mit sogenannten Foreign Terrorist Fighters und potentiellen Gefährdern besser umgehen könne. „Die Terroristen sind hervorragend vernetzt, wir müssen noch besser vernetzt sein", forderte er.

Österreich und die Niederlande sind auf europäischer Ebene unter anderem Partner in Fragen des Budgets und der Migration. Weiters sprachen Schallenberg und sein niederländischer Amtskollege über die EU-Beitrittsperspektive der Westbalkanstaaten, die Österreich traditionell ein großes Anliegen sind. Auch das „demokratiepolitische Drama", das man momentan in Belarus erlebe, stand auf der Tagesordnung.

„Europa darf nicht zulassen, daß sich ein neuer Eiserner Vorhang rund um Belarus legt", warnte Schallenberg, der seinen niederländischen Amtskollegen über seine rezenten Kontakte mit Vertretern der belarussischen Zivilgesellschaft informierte. Auch die herausfordernden Beziehungen der EU mit der Türkei und Rußland standen auf der Tagesordnung.

„Ich verweise immer wieder darauf, daß es – wie schon der frühere deutsche Außenminister Steinmeier gesagt hat – keine nachhaltige Stabilität gegen Rußland, sondern nur mit Rußland geben wird", so der Außenminister im Gespräch mit Blok. „Genau deshalb brauchen wir als EU eine zweigleisige Strategie zu Rußland: Kante, wo nötig, Dialog, wo möglich."

In Bezug auf die künftigen Beziehungen der EU mit den USA waren sich die Außenminister einig, daß der transatlantische Dialog intensiviert werden müsse: „Uns verbindet ein gemeinsames Lebens- und ein Wertemodell. Der verachtenswerte Terrorangriff in Wien Anfang der Woche hat uns auf grausame Weise vor Augen geführt, daß dieses Modell Feinde hat. Dieses gilt es zu verteidigen", zeigte sich Schallenberg überzeugt. ♦

Globale Herausforderungen erfordern enge Partnerschaft mit den USA

Nach dem Wahlkrimi in den USA, aus dem Joe Biden als nächster Präsident und Kamala Harris als erste weibliche Vize-Präsidentin der Vereinigten Staaten hervorgegangen sind, appellierte Außenminister Schallenberg am 9. November dafür, die in den USA spürbare Aufbruchstimmung zu nutzen.

„Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit der neuen Administration. Wir werden als Österreich und als Europa die Hand über den Nordatlantik ausstrecken", so Schallenberg.

Die globalen Herausforderungen wie die COVID-19 Pandemie, die internationalen Krisenherde, Terrorismus und Extremismus würden sich nur in enger Partnerschaft und im Rahmen internationaler Allianzen lösen lassen. Gleichzeitig warnt der Außenminister davor, in alte Fehler zu verfallen. „Wir in Europa dürfen uns jetzt nicht zurücklehnen und hoffen, daß eine neue US-Administration all unsere Probleme lösen wird. Diese Zeiten sind vorbei. Es gibt kein ‚back to the future' in den transatlantischen Beziehungen. Wir müssen in Europa unsere Hausaufgaben machen. Wir brauchen eine geeinte, selbstbewußte und nach außen handlungsfähige Europäische Union, die Eigenverantwortung übernimmt.

Die österreichische Außenpolitik werde jedenfalls ihre bisherige Linie gegenüber den Vereinigten Staaten fortsetzen. „Es ist im österreichischen Interesse, sich um eine möglichst enge Partnerschaft mit den USA zu bemühen. Unabhängig von der jeweiligen Administration oder vom Präsidenten. Es ist



Foto: BMEIA / Gruber

Auch beim Besuch von Secretary of State Mike Pompeo hat Außenminister Alexander Schallenberg im August in Wien Österreichs festgestellt, Österreich habe in den letzten Monaten die gute Gesprächsbasis genutzt, damit die Fortschritte durch das Wiener Atomabkommen mit Teheran nicht vollends zunichte gemacht werden.

nicht unsere Art, unsere Außenpolitik an Einzelpersonen festzumachen“, erklärt Schallenberg.

Die Intensivierung der österreichischen Beziehungen zu den USA sei ein bewußter Schritt, der im aktuellen Regierungsprogramm verankert sei. „Das ist Ausdruck unserer tiefen Überzeugung, daß Europa und Amerika natürliche Partner sind. Die österreichische Außenpolitik muß ihren Blick gleichsam nach Osten und nach Westen richten und darf die transatlantische Wertegemeinschaft nicht vernachlässigen.“

Die Arbeitsbereiche, in denen man mit der künftigen US-Administration zusammenarbeiten wolle, würden auf der Hand liegen. Sie reichen vom Kampf gegen internationalen Terrorismus und Extremismus, den Klimawandel und Multilateralismus bis zum Westbalkan. Gerade die Ankündigungen von Joe Biden, zum Pariser Klimaabkommen zurückzukehren sei ein ermutigendes Signal.

„Österreich wird seine ambitionierte Klimaziele konsequent umsetzen. Uns ist aber auch klar, daß sich der Klimawandel von nationalen Grenzen herzlich wenig beeindrucken lässt. Was immer wir also in Österreich, in der Europäische Union tun, braucht ebensolche konsequenten Anstrengungen jenseits des Atlantik. Wir brauchen international nicht weniger, sondern mehr amerikanisches Engagement“, erinnert Schallenberg an die Dialogbemühungen früherer US-Administrationen etwa mit dem Iran, die in der Administration von Obama/Biden in Wien stattgefunden haben.

„Wir haben in den letzten Monaten unsere gute Gesprächsbasis mit Teheran genutzt, damit die Fortschritte durch das Wiener Atomabkommen nicht vollends zunichte gemacht werden. Und wir haben unsere klare Unterstützung für das Abkommen gegenüber der US-Seite sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, zuletzt etwa beim Besuch von Secretary of State Pompeo im August in Wien“, so der Außenminister. Er hoffe, daß möglichst bald Gespräche aufgenommen werden können. „Hier steht die Uhr auf fünf vor zwölf,“ warnt er, „wir können uns keine Verzögerung leisten. Österreich steht bereit.“ ♦



© BMEIA

Österreich leistet dringend benötigte Hilfe für syrische Flüchtlinge in Jordanien und Libanon

Der seit Frühjahr 2011 andauernde Krieg in Syrien löste die größte Flüchtlingskatastrophe in der modernen Geschichte des Nahen Ostens aus. Der starke Zustrom an Geflüchteten bedeutet eine enorme Belastungsprobe für Aufnahmeländer wie Libanon und Jordanien. Die COVID-19-Pandemie und die Lage in Beirut nach der Explosionskatastrophe im August verschärfen die angespannte humanitäre Situation im Libanon weiter.

Die Bundesregierung hat daher beim Ministerrat am 11. November beschlossen, Hilfsprojekte österreichischer NGOS für syrische Flüchtlinge im Libanon und in Jordanien mit insgesamt 1 Mio. Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds zu unterstützen.

Außenminister Alexander Schallenberg: „Allein in den Jahren 2019 und 2020 haben wir bisher knapp 15 Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds für diese besonders herausgeforderte Region zur Verfügung gestellt. Ich kann versichern, daß wir dieses Engagement auch künftig fortführen und weiter vor Ort helfen werden.“

Laut Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) hat der Libanon rund 1,5 Mio. syrische Flüchtlinge aufgenommen. Die ohnehin prekäre wirtschaftliche Situation im Libanon wird durch die Folgen der Explosionskatastrophe im Hafen von Beirut vom 4. August 2020 weiter verschlimmert.

Bundeskanzler Sebastian Kurz: „Wir helfen direkt in den Krisenregionen des Nahen Ostens, um eine bessere Versorgung syrischer Flüchtlinge in der Nähe ihrer Heimat sicherzustellen. Österreich gewährleistet damit effiziente Hilfe dort, wo sie am Nötigsten gebraucht wird.“

Der wirtschaftliche, politische und demographische Druck aufgrund der direkten Nachbarschaft zu Syrien ist auch in Jordanien unverändert hoch. Bei einer Gesamtbevölkerung von 9,5 Millionen sind rund 750.000 als Geflüchtete registriert. Die Mehrheit davon sind Frauen und Kinder, die außerhalb der Flüchtlingslager in Gastgemeinden leben. Über 90 Prozent von ihnen leben in Armut. Durch die COVID-19 Pandemie spitzt sich ihre Einkommens- und Erwerbssituation dramatisch zu. Um ihre Grundbedürfnisse zu decken, sind die meisten Flüchtlinge somit auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Vizekanzler Werner Kogler: „Der Libanon ist kleiner als Oberösterreich, hat aber weltweit die meisten Flüchtlinge pro Kopf aufgenommen. Wir wollen dazu beitragen, daß syrische Flüchtlinge Lebensperspektiven in der Region erhalten. Österreichisches Rotes Kreuz, Caritas und Care helfen mit, diese Aufgabe zu stemmen. Die AKF Verdoppelung ermöglicht, sie dabei substantiell zu unterstützen.“ ♦

Österreich lässt die notleidende Bevölkerung in Berg-Karabach nicht im Stich

Nach den jüngsten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Nachbarstaaten Armenien und Aserbaidschan um die Region Berg-Karabach ist die humanitäre Lage der Menschen in der Region äußerst besorgniserregend. Durch die Zerstörung von Schulen, Krankenhäusern, Supermärkten und anderen Einrichtungen der kritischen Infrastruktur ist die Versorgung der lokalen Bevölkerung stark eingeschränkt. Es fehlt an Unterkünften, Nahrungsmitteln, Sanitär- und Hygieneprodukten. Österreich stellt dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) daher 1 Million Euro für humanitäre Hilfe vor Ort zur Verfügung.

„Durch den neu aufgeflammten Konflikt fehlt es in der Region jetzt am Nötigsten, die Menschen leiden in dieser Situation massiv. Ein großflächiger COVID-19-Ausbruch könnte die Lage zum Kippen bringen“, warnt Außenminister Alexander Schallenberg.

Ende September eskalierte die Situation vor Ort und führte zu den schwersten Auseinandersetzungen seit dem Ende des von 1992 bis 1994 dauernden Konfliktes zwischen den beiden Nachbarstaaten Armenien

und Aserbaidschan. Die anhaltenden Kampfhandlungen kosteten Schätzungen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) zufolge mehreren hundert Menschen auf beiden Seiten das Leben. Laut IKRK könnten die jüngsten Kampfhandlungen bis zu 200.000 Vertriebene zur Folge haben.

Österreich hat die jüngste Eskalation des Konflikts ebenso wie die Einflußnahme externer Akteure verurteilt und zu einer Lösung dieses seit Jahrzehnten schwelenden Konflikts am Verhandlungstisch aufgerufen.

„Wien war schon in der Vergangenheit Gastgeber von Gesprächen zwischen den Konfliktparteien. Wenn wir einen Beitrag zu einem nachhaltigen Frieden in der Region leisten können, stehen wir dazu jederzeit zur Verfügung“, so der Bundeskanzler.

„Nach dem Stopp der Kämpfe um Berg-Karabach sind jetzt intensive politische Unterstützung und humanitäre Hilfe zur Stabilisierung der Lage erforderlich. 1 Million Euro für das strikt neutral agierende Internationale Komitee vom Roten Kreuz sind wichtig für die Verbesserung der Lebenssituation der Tausenden Flüchtlinge und Vertriebenen vor Ort. Die Verdoppelung des Auslandskatastrophenfonds durch die Bundesregierung macht diese wichtige österreichische Initiative möglich“, erklärt Vizekanzler Werner Kogler. ♦



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg bei der zweiten Überprüfungskonferenz der Streumunitionsverbotskonvention in Genf, die aufgrund der Pandemie im virtuellen Format stattfand.

Schallenberg: Die Einhaltung des humanitären Völkerrechts ist Pflicht, keine Kür

Am 25. November begann in Genf die zweite Überprüfungskonferenz der Streumunitionsverbotskonvention, die den Einsatz, die Herstellung, den Transfer und die Lagerung von Streumunition verbietet.

„Die Konvention ist ein Erfolgsmodell“, so Außenminister Alexander Schallenberg im Vorfeld der Konferenz, die aufgrund der Pandemie im virtuellen Format stattfindet. „Das zeigt auch, daß mittlerweile 110 Vertragsstaaten dem Übereinkommen angehören. Die Verbotsnorm wirkt aber über diese Staaten hinaus.

Seit 2010 ist Streumunition laut Cluster Munition Monitor in nur mehr sieben Ländern zum Einsatz gekommen.

Österreich setzt sich dieses Jahr als Leiter des Komitees für Streumunitionsbestandsvernichtung besonders dafür ein, daß Lagerbestände vertragskonform zerstört werden.

„Solange noch Bestände dieser schändlichen Waffen existieren, besteht das Risiko, daß sie früher oder später eingesetzt werden“, warnt der Außenminister.

Man könne zu Recht stolz sein auf die humanitären Erfolge der Konvention: „Wir dürfen uns aber nicht auf den Lorbeeren ausruhen“, mahnt Schallenberg. „Ganz im Gegenteil: Wir müssen die Norm gegen Streumunition stärken, ihren Einsatz – egal wo und egal durch wen – ächten und weiter an einer Welt ohne diese furchtbaren Waffen arbeiten.“

Für Österreich hat der Schutz und die Sicherheit von Zivilisten in bewaffneten Konflikten höchste Priorität. „Für uns gibt es hier keine Debatte: Die Einhaltung des humanitären Völkerrechts ist Pflicht, keine Kür.“

Gerade durch Streumunition würden unverhältnismäßig viele Zivilisten verletzt und getötet. Aber auch noch Jahre nach Konfliktende würden heimtückische Streumunitionsrückstände zu unendlichem menschlichen Leid führen. Laut jüngsten Berichten ist es im Konflikt um Berg-Karabach ebenfalls zum Einsatz von Streumunition gekommen. Auch hier sind es überwiegend Zivilisten gewesen, die das Leid zu tragen hatten.

Österreich führt aktuell den Vorsitz im UN-Menschenrechtsrat und stellt unter diesem sicher, daß der Rat trotz der Pandemie – unter Einhaltung strengster Sicherheitsvorschriften – tagen und eine Vielzahl hochbrisanter Themen behandeln konnte. Zu diesen gehörten die Menschenrechtssituation in Belarus, Venezuela, Syrien und Myanmar, aber auch Rassismus und Polizeigewalt. Der kri-



Foto: Armenian RC

Das Rote Kreuz ist im Einsatz im Konflikt um Berg-Karabach, um die betroffene Bevölkerung mit dringend benötigten Hilfsgütern zu versorgen.

tische Austausch mit anderen Staaten ist das wirksamste Mittel, nachhaltige Verbesserungen zu erzielen. Für Außenminister Schallenberg ist „es wichtiger denn je, daß wir nicht müde werden, von allen Staaten die uneingeschränkte Achtung ihrer Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte zu fordern. Menschenrechte kennen keinen Lockdown. Wir lassen nicht zu, daß im Schatten der Pandemie eklatante Menschenrechtsverletzungen Platz greifen."

Auf österreichische Initiative geht auch das Mandat des UN-Sonderberichterstatters für Minderheitenfragen zurück.



Foto: BMEIA

Außenminister Alexander Schallenberg bei seiner Video-Grußbotschaft zum Intercultural Achievement Award 2020

Der Sahel leidet – Österreich hilft

Die humanitäre Situation in der Sahelzone hat sich in den letzten Jahren rapide verschlechtert. Zu den anhaltenden regionalen Konflikten reihen sich die immer häufigeren und extremeren Auswirkungen des Klimawandels. Diese Entwicklungen führten allein innerhalb der letzten zwei Jahre zu über 1,4 Millionen regional Geflüchteten und Binnenvertriebenen. Die Gefahr eines großflächigen COVID-19 Ausbruchs verschärft die Lage noch zusehends.

Um in dieser humanitären Notsituation Abhilfe zu schaffen, stellt Österreich dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und dem Amt des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) jeweils eine Million Euro für Burkina Faso zur Verfügung. Eine weitere Million Euro dient zur Unterstützung der Arbeit des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) in Mali.

„Österreichs unmittelbare Hilfe in der Höhe von 3 Millionen Euro für Burkina Faso und Mali schafft neue Lebensperspektiven vor Ort und trägt entscheidend dazu bei, Fluchtursachen zu bekämpfen", unterstreicht Bundeskanzler Sebastian Kurz.

Burkina Faso zählt zu den ärmsten Ländern weltweit. Rund 2,2 Millionen Menschen sind auf humanitäre Unterstützung angewiesen. Mehr als 900.000 Menschen gelten als binnenvertrieben. Neben der chronischen Unterfinanzierung des Gesundheitssystems fehlt es vor allem an Nahrungsmitteln und den grundlegenden Gütern des täglichen Bedarfs.

„Geschlossene Schulen und mehr als 900.000 Binnenvertriebene zeigen die Dringlichkeit der Millionenhilfe für das Engagement des UN-Kinderhilfswerks in Mali und für die humanitäre Hilfe von IKRK und UNHCR in Burkina Faso. Wer den Kindern vor Ort hilft, schafft Hoffnung für die Zukunft der Sahel-Zone. Die Verdoppelung des Auslandskatastrophenfonds durch die Bundesregierung macht diese wichtige österreichische Initiative zur humanitären Hilfe vor Ort möglich", so Vizekanzler Werner Kogler.

Auch die humanitäre Situation in Mali verschlechtert sich zunehmend. Die Zahl der durch Konflikte und Gewalt Vertriebenen ist besonders in Zentral- und Nordmali in den letzten 12 Monaten stark angestiegen. Rund 3,9 Mio. Menschen sind in Mali von Nahrungsmittelunsicherheit und interkommunalen Konflikten betroffen. Vor allem für Kinder hat die dramatische Lage in Mali schwerwiegende Folgen. Die Kindersterblichkeitsrate in Mali ist die sechsthöchste weltweit.

„In Zeiten der globalen Pandemie, von deren Auswirkungen die Schwächsten am stärksten betroffen sind gilt es, unsere Anstrengungen zur Leistung humanitärer Hilfe noch weiter zu forcieren. Gerade jetzt ist verstärkte Hilfe im Sahel unabdingbar, um den Menschen vor Ort Zukunft und Hoffnung zu geben", betont Außenminister Alexander Schallenberg.

Außenministerium zeichnet herausragende interkulturelle Projekte aus

Mit dem Intercultural Achievement Award zeichnet das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten seit 2014 Projekte zivilgesellschaftlicher Organisationen aus, die interkulturellen und interreligiösen Dialog vorantreiben. Vergeben wird der Preis an herausragende Beiträge in den Kategorien Nachhaltigkeit, Innovation, Medien, Aktualität und Integration mit Schwerpunkt auf Kunst und Kultur, Jugend, Menschenrechte und Bildung.

Die aus fast 300 Einreichungen aus aller Welt ausgewählten Siegerprojekte 2020 kommen aus Frankreich (JRS Jeune – Le pari de la réciprocité), Kosovo (Understand my silence), Indonesien (The 1000 Abrahamic Circle Project) und Polen (IMI-Radio). In der Sonderkategorie „Integration in Österreich" werden die Projekte „HEROES" und „HELDINNEN" aus der Steiermark ausgezeichnet.

„Ich gratuliere herzlich den diesjährigen Gewinnern, die mit innovativen Ideen und Dialog zu einem besseren gegenseitigen Verständnis und somit friedlichen Zusammenle-

INTERCULTURAL ACHIEVEMENT AWARD
Federal Ministry Republic of Austria European and International Affairs
ZukunftsFonds der Republik Österreich
Austrian Development Agency
ÖIF Österreichischer Integrationsfonds

ben beitragen“, so Außenminister Alexander Schallenberg.

„In diesen herausfordernden Zeiten bleibt es wichtiger denn je, unsere interkulturellen und interreligiösen Dialoginitiativen zu erweitern. Es gibt keine sinnvolle Alternative zum Dialog und zur internationalen Zusammenarbeit, um unsere globalen und nationalen Herausforderungen zu lösen. Österreich kann hier auf seine lange Dialogtradition stolz sein!“

Aufgrund der Covid-19 Pandemie wird der Intercultural Achievement Award 2020 zum ersten Mal virtuell und über die österreichischen Botschaften vor Ort vergeben.

Das Vertretungsnetz des Außenministeriums spiele nicht nur eine Schlüsselrolle bei der Entdeckung geeigneter Projekte vor Ort, sondern auch bei der lokalen Würdigung der Sieger durch den jeweiligen Botschafter bzw. die Botschafterin.

„Damit setzt Österreich ein klares Zeichen für Toleranz und Respekt“, so Schallenberg.

In den nächsten Jahren soll der Intercultural Achievement Award weiter ausgebaut und vor allem das Potential des internationalen Netzwerks vertieft werden.

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten dankt anläßlich der Verleihung dem Zukunftsfonds der Republik Österreich, der Austrian Development Agency und dem Österreichischen Integrationsfonds für ihre wertvolle Partnerschaft im Rahmen des Intercultural Achievement Award.

Die Sieger des Intercultural Achievement Award 2020 sind

Kategorie Nachhaltigkeit:

JRS France/FRANKREICH mit dem Projekt „JRS Jeune - Le pari de la réciprocité: Partage tes talents, ose la rencontre!“

JRS France arbeitet mit gemeinsam organisierten Sportprogrammen gegen soziale und kulturelle Isolation von Asylsuchenden.

Kategorie Aktualität

Education Code/KOSOVO mit dem Projekt „Understand my silence“

Das Projekt möchte jungen gehörlosen Menschen aus der multiethnischen Gemeinschaft (AlbanerInnen, SerbInnen, Gorani, TürkInnen und Roma) in der Gemeinde Kamenica (Kosovo) den Zugang zu öffentlichen Einrichtungen erleichtern.

Kategorie Innovation

Foreign Policy Community/INDONESIEN mit dem Projekt „The 1000 Abrahamic Circle Project“

Durch dreiwöchige Aufenthalte in drei Ländern von drei abrahamitischen Repräsentanten sollen Vorurteile gegenüber den anderen Religionen abgebaut, neue Freundschaften geschlossen und Respekt erworben werden.

Kategorie Medien

Foundation for the Multicultural Center/ POLEN mit dem Projekt “IMI-Radio“

Das Projekt bekämpft migrantenfeindliche Stereotypen durch mehrsprachige und hauptsächlich von ImmigrantInnen betriebene Radiosendungen, womit Dialog und Aufklärung ermöglicht werden.

Sonderpreis für Integration in Österreich

Caritas der Diözese Graz-Seckau mit VMG und JA.M Mädchenzentrum mit den Projekten „HEROES“ und „HELDINNEN“

Die Projekte zielen darauf ab, Gewaltpräventionsstrategien anzuwenden, patriarchale Strukturen aufzulösen und Diversität voranzutreiben. Im Rahmen beider Projekte werden junge Erwachsene zu MentorInnen geschult, um anschließend selbst Workshops in den zuvor durch die Ausbildung erlangten Themenbereichen in Schulen oder anderen Einrichtungen anzubieten.

Zurzeit erreichen 25 HEROES mehr als 1700 Jugendliche in der Steiermark. Bis zum Projektende werden 30 Mädchen und junge Frauen im Alter von 14-30 Jahren in Graz zu HELDINNEN ausgebildet sein. ♦

Über 14 Millionen Euro für die Ärmsten der Armen

Viele Länder der Welt stehen neben der Bekämpfung der Corona-Pandemie vor massiven humanitären Herausforderungen, die oft von langjährigen bewaffneten Konflikten ausgelöst wurden.

In Reaktion auf die akute Not hat die Bundesregierung auf Antrag von Bundeskanzler Kurz, Vizekanzler Kogler und Außenminister Schallenberg beim Ministerrat vom 2. Dezember beschlossen, 14,2 Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) zur Linderung dieser humanitären Krisen zur Verfügung zu stellen.

„Die Corona-Pandemie trifft die Menschen in Krisengebieten doppelt“, so Vizekanzler Werner Kogler. „Fehlende oder zerstörte Gesundheitseinrichtungen gefährden die Behandlung, gleichzeitig stellen die notwendigen Schutzbestimmungen die Helferinnen und Helfer vor enorme Herausforderungen. Mit unserem Beitrag zur humanitären Hilfe unterstützen wir vor allem die für Frauen und Kinder lebenswichtige Arbeit internationaler Hilfsorganisationen in Krisenregionen. Die mehr als 14 Mio. Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds sind für die von humanitärem Leid, Elend und der Pandemie betroffenen Menschen dringend nötig.“

Der österreichische Beitrag wird internationalen Organisationen, die in der humanitären Hilfe tätig sind, zur Verfügung gestellt. Dazu zählen das UN-Welternährungsprogramm (WFP), der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), der UN-Nothilfsfonds (CERF), das UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR), das UN-Kinderhilfswerk (UNICEF) sowie UN Women, das Gleichstellungsprogramm der Vereinten Nationen.

Anteile des AKF-Beitrags gehen auch an die Internationale Organisation für Migration (IOM), die Nichtregierungsorganisation „Geneva Call“ sowie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz. Die AKF-Mittel sollen zur Linderung akuter durch Konflikte und Katastrophen verschärfter humanitärer Notsituationen in den betroffenen Ländern beitragen. Unterstützt werden auch Aufnahmeländer in mehreren Regionen bei der Versorgung von Flüchtlingen. „Die wirksame Hilfe vor Ort ist ein ganz zentrales Anliegen dieser Bundesregierung. Mit über 14 Millionen Euro helfen wir erneut unmittelbar, sodaß vor Ort neue Lebensperspektiven geschaffen werden und Fluchtursachen bekämpft werden können“, erklärte der Bundeskanzler.

Humanitäre Hilfe für die Menschen in mehreren Krisenregionen

Die humanitäre Hilfe kommt zahlreichen Ländern in Krisenregionen zugute. In Afrika gehört dazu der von schweren Konflikten gezeichnete Südsudan, eines der ärmsten Länder mit einer der höchsten Müttersterblichkeiten weltweit. Auch in Libyen herrscht seit 2014 ein bewaffneter Konflikt mit beängstigenden humanitären Auswirkungen für Hundertausende. Mosambik ist von seit Jahren andauernden Auseinandersetzungen getroffen und kämpft mit den Nachwirkungen der beiden Zyklone des Jahres 2019. In Tunesien wiederum haben zehntausende Geflüchtete aus benachbarten Krisenregionen Zuflucht gefunden.

Der beinahe zehn Jahre andauernde Bürgerkrieg in Syrien hat für Millionen zu akuter Nahrungsmittelunsicherheit geführt. Die instabile Lage im Libanon hat durch die

schwere Explosion vom August 2020, welche große Teile der Hauptstadt Beirut zerstört hat, an zusätzlicher Brisanz gewonnen. Auch Jordaniens Infrastruktur ist durch Hunderttausende Flüchtlinge – viele davon Kinder – zum Äußersten angespannt. Ähnlich ist die Situation auch in Pakistan, das nach der Türkei am meisten Flüchtlinge weltweit beherbergt. Im Jemen wiederum leiden über 20 Millionen Menschen aufgrund des dort herrschenden Bürgerkriegs unter akutem Hunger und sind auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Der Iran wiederum ist besonders schwer von der Corona-Pandemie betroffen und kämpft zusätzlich mit schweren Schäden nach Überflutungen im Norden des Landes.

Außenminister Alexander Schallenberg sagte: „Die Bekämpfung der Corona-Pandemie in Österreich darf nicht unseren Blick auf die Entwicklungen in globalen Krisenherden und die Not trüben, die abertausende Menschen weltweit tagtäglich quält. Hier zu helfen ist ein Gebot der Stunde." ■

https://www.bmeia.gv.at/

Hauptausschuß gibt grünes Licht für Fortsetzung von Auslandseinsätzen

Außenminister Alexander Schallenberg: Engagement bei internationalen Missionen trägt zur Sicherheit Österreichs bei

Österreich engagiert sich weiterhin bei 16 internationalen Missionen im Rahmen der UNO, der OSZE und der EU in Krisengebieten. Die entsprechende Fortsetzung der Entsendungen um jeweils ein Jahr bis 31. Dezember 2021, darunter UNO-Missionen in Mali und im Libanon, die Sonderbeobachtungsmission der OSZE in der Ukraine und die EU-Mission EUFOR/ALTHEA in Bosnien und Herzegowina, wurde am 2. Dezember im Hauptausschuß des Nationalrats genehmigt. Wie Außenminister Alexander Schallenberg betonte, diene das Engagement Österreichs bei internationalen Missionen nicht zuletzt der Sicherheit hierzulande. Die Schwerpunkte der Entsendungen liegen dementsprechend auf für Österreich sicherheits- und wirtschaftspolitisch wesentlichen Regionen wie dem Westbalkan, Osteuropa oder dem Gebiet südlich der Sahara.

In Zusammenhang mit den Auslandseinsätzen standen eine Reihe von Anträgen des Außenministeriums auf Fortsetzung der Entsendung von PolizistInnen, bzw. Angehörigen der Innenministeriums, des Verteidigungsministeriums und des Bundesheers im Rahmen von internationalen Missionen bis 31. Dezember 2021 auf der Tagesordnung.

Konkret handelt es sich dabei um die Beteiligung an den UN-Friedenstruppen in Zypern, die integrierte Grenzverwaltungsmission der Europäischen Union in Libyen, die beratende Mission der Europäischen Union für eine Reform des Sicherheitssektors in der Ukraine, die EU-Beobachtermission in Georgien, die EU-Rechtsstaatlichkeitsmission im Kosovo, die Resolute Support Mission in Afghanistan, den multinationalen Friedenseinsatz im Kosovo, die EU-Ausbildungsmission in Mali, die EU-Militäroperation EUFOR ALTHEA, die Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo, die Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission der UNO in Mali, die Teilnahme an der Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon, die Sonderbeobachtungsmission der OSZE in der Ukraine, die Mission der OSZE in der Republik Moldau, die Beteiligung am Regionalen Verifikations- und Unterstützungszentrum zur Implementierung von Rüstungskontrollabkommen in Südosteuropa sowie die OSZE-Mission in Montenegro.

Den Entsendungen wurde vom Hauptausschuss teils einstimmig, teils mehrheitlich zugestimmt. In allen 16 Fällen gibt es keine Änderungen im Einsatzort, wie der Außenminister berichtete, in Mali wird die Anzahl der entsendeten Personen allerdings aufgestockt, im Fall der Ukraine-Mission reduziert.

Besondere Bedeutung misst Schallenberg Österreichs „langjährigem und bewährtem Engagement" am Westbalkan bei, seit Jahren würde man dort den größten Nicht-Nato-Mitgliedsstaat stellen. Was die Einsätze etwa in Belarus, Moldau, Georgien und der Ukraine betrifft, sagte der Minister, dass man in der Region Osteuropa und Südkaukasus im Wertekonflikt mit Rußland stehe. Die Missionen würden unter diesem Gesichtspunkt auch einen Hebel bieten.

Geht es um den mittleren Osten bzw. die südliche Partnerschaft, seien der Libanon, Mali oder Afghanistan die klassischen Hotspots. Gerade dort trage Österreichs Engagement zur Sicherheit hierzulande bei. So werde der Migrationsdruck nach dem Militärputsch in Mali noch zunehmen, auch die Situation im Libanon sei besorgniserregend.

Die Parlamentsfraktionen äußerten ihre grundsätzliche Anerkennung gegenüber den österreichischen VertreterInnen bei den internationalen Auslandsmissionen. Österreich habe hier eine lange Tradition und leiste mit mehr als 900 Personen einen großen Beitrag für Frieden und Sicherheit auf der Welt, sagte Reinhold Lopatka (ÖVP). Für besonders essentiell wertete Michel Reimon (Grüne) den österreichischen Einsatz im Libanon, ein Land, daß bei 4 Mio. EinwohnerInnen rund 2 Mio. Flüchtlinge aufgenommen habe.

Alle Einsätze würden zeigen, wie wichtig das Engagement von österreichischen SoldatInnen vor Ort ist, sagte ebenfalls Douglas Hoyos-Trauttmansdorff (NEOS). Diese seien auch ein Ankerpunkt zu Österreich für die lokale Bevölkerung, was etwa am Westbalkan von Bedeutung sei.

Vonseiten der FPÖ sagte Reinhard Eugen Bösch, daß sich seine Fraktion zu den Entsendungen des Bundesheeres grundsätzlich bekennen würde, aufgrund der budgetären Lage beim Heer aber nicht allen Einsätzen zustimmen könne.

SPÖ-Abgeordneter Harald Troch hinterfragte den Einsatz Österreichs in Mali vor dem Hintergrund des jüngsten Militärputschs und forderte Informationen zu einer neuen politischen Einschätzung des Landes an den Nationalrat ein. Schallenberg meinte dazu gegenüber dem SPÖ-Abgeordneten und Michel Reimon (Grüne), dass Missionen in dem Land nach dem Putsch nicht in Frage gestellt worden seien. Österreichs Einsatz sei dort nach dem Putsch zudem wichtiger denn je. ■

https://www.parlament.gv.at/

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Neuer Europäischer Forschungsraum

Europäische ForschungsministerInnen diskutieren in informeller Videokonferenz unter anderem Investitionsziele in Forschung und Entwicklung – Österreich rüstet sich für »Horizon Europe«

Wir haben die Weichen für den neuen Europäischen Forschungsraum gestellt, um mit wirksamen Instrumenten Forschung und Innovation in Europa weiter zu stärken und die großen gesellschaftlichen Herausforderungen mit gemeinsamen Initiativen zu gestalten“, so Wissenschafts- und Forschungsminister Heinz Faßmann anläßlich der Videokonferenz der EU-ForschungsministerInnen am 27. November. Im Fokus stand dabei die Neuausrichtung des Europäischen Forschungsraums (EFR; European Research Area/ERA), wo es zuletzt eine Einigung auf Schlussfolgerungen des Rates gab. Sie sehen u.a. einen Pakt für Forschung und Innovation vor, der Werte und Prinzipien für Wissenschaft und Forschung in Europa sowie Maßnahmen für eine verstärkte strategische Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten enthalten soll. Für Minister Faßmann ist zentral, „vorrangige Initiativen mit konkreten Schritten und einem ambitionierten wie realistischen Zeitplan umzusetzen“.

Bei der Diskussion zu den Investitionszielen in Forschung und Entwicklung verwies der Minister auf das bereits sehr hohe Niveau bei den Forschungsausgaben in Österreich von 3,19 Prozent des BIP (2019). „Wir können und wollen aber besser werden“, so Faßmann. Das gelte etwa in Hinblick auf das in den Schlussfolgerungen neu definierte Ziel betr. öffentlicher Ausgaben („1,25 Prozent public effort target“), wo Österreich aktuell bei 1,12 Prozent liegt. Neben der Steigerung seitens der öffentlichen Hand sei es aber ebenso notwendig, effektive Anreize und attraktive Rahmenbedingungen für private Investitionen in Forschung und Entwicklung zu schaffen. Weiters unterstrich der Minister, daß die Diskussion um finanzielle Mittel stets Hand in Hand gehen müsse mit der Weiterentwicklung der Forschungssysteme, um die Rahmenbedingungen für ForscherInnen in ganz Europa laufend zu verbessern. Faßmann erwähnte auch die Initiative „Europäische Hochschulen“ als vielsprechendes Instrument zur strategischen Kooperation unter Hochschulen in ganz Europa



Foto: BKA/Andy Wenzel

Bundesminister Heinz Faßmann

und betonte die Notwendigkeit einer starken Vernetzung zwischen dem Europäischen Forschungsraum und dem Europäischen Hochschulraum.

Weitere Themen der Konferenz

Weiters auf der Tagesordnung stand eine Information des Vorsitzes über den Stand des Legislativverfahrens für das kommenden EU-Forschungsrahmenprogramms „Horizon Europe“, das – vorbehaltlich der finalen Zustimmung aller Mitgliedsstaaten – mit rund 95,4 Milliarden Euro für die Laufzeit von 2021 bis 2027 dotiert sein soll. „Das ist die beste Investition in unsere Zukunft und für Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit in Europa“, betonte Faßmann. ForscherInnen sowie Unternehmen in Österreich werben überdurchschnittlich viel europäische Forchungsmittel ein und aktuell sei die Informationskampagne „Join our Community: Horizon Europe startet“ in Vorbereitung: Ab 11. Jänner 2021 wird in einem umfangreichen Online-Angebot mit gezielten Schwerpunkten zu kommenden Ausschreibungen, Vernetzungsmöglichkeiten etc. informiert. Den Abschluß der von der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) als Nationale Kontaktstelle im Auftrag der beauftragenden Ressorts sowie der Wirtschaftskammer Österreich organisierten Kampagne bildet eine Veranstaltung mit EU-Kommissarin Mariya Gabriel am 22. März 2021 in Wien.

Die Europäische Kommission und der deutsche Ratsvorsitz informierten außerdem in der Videokonferenz über das Thema „Open Science“ und zur „Open Science Cloud“. Hier hatte Österreich während der EU-Ratspräsidentschaft 2018 mit der Wiener Erklärung eine wichtige Basis für die Pilotphase gelegt, nun folgt mit der Deklaration „Opening the Door to a World of FAIR Research Digital Objects“ der nächste Schritt, um ein Netz von FAIR-Daten (findable, accessible, interoperable, reusable) und -Diensten für die Wissenschaft zu implementieren, nicht zuletzt auch durch „Horizon Europe“. Der hohe Stellenwert zugänglicher Daten sowie auch von Forschung in zahlreichen Bereichen zeigt sich gerade auch jetzt in der Corona-Pandemie. Dazu wurde seitens der Europäischen Kommission über wissenschaftliche Empfehlungen für eine verbesserte Vorsorge und ein verbessertes Management von Pandemien in der EU informiert.

Mit Jänner 2021 übernimmt Portugal von Deutschland den Ratsvorsitz. Zentrale Themen werden „Brain Circulation“ und ein europäischer Rahmen für die Karriere von ForscherInnen sein. Weiters werden im ersten Halbjahr 2021 insbesondere auch die Europäischen Partnerschaften auf der Tagesordnung stehen, wo Fragen der Governance (zB Einbindung der Mitgliedsstaaten in die Umsetzung der Partnerschaften) und die Abwicklung der Finanzierung ausverhandelt werden. Mit den zehn geplanten Europäischen Partnerschaften sollen in konkreten Bereichen (z.B. zu digitalen Schlüsseltechnologien oder Meteorologie) zwischen öffentlichen und auch privaten Partnern strategische Partnerschaften geschlossen bzw. weiter vertieft werden. ■

https://www.bmbwf.gv.at/

1,3 Millionen für österreichisch-israelische Forschungsprojekte

BM Heinz Faßmann: Partnerschaft eröffnet exzellente Möglichkeiten für österreichische WissenschaftlerInnen

Österreich und Israel arbeiten in der Forschung eng zusammen. Mit 1,3 Millionen Euro fördert Österreich nun in den kommenden drei Jahren vier Kooperationsprojekte, die in Kürze starten werden. Diese Summe wird durch entsprechende Förderungen durch das israelischen Ministry of Science and Technology (MOST) komplementiert. Die Forschungsgebiete reichen von Felszeichnungen in alpinen Regionen und der israelischen Wüste Negev über den Schutz von Kulturerbe und genetischen Defekten bis hin zu Therapien für Schmetterlingskinder.

Der Kooperation liegt ein bilaterales Abkommen zugrunde, das anläßlich der Israel-Reise von Bundeskanzler Sebastian Kurz im Jahr 2018, vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF), dem Wissenschaftsfonds (FWF) sowie dem MOST unterzeichnet wurde. Heinz Faßmann, Minister für Bildung, Wissenschaft und Forschung und Klement Tockner, Präsident des FWF, waren daran federführend beteiligt.

„Es freut mich, daß die gemeinsamen Anstrengungen meines Ressorts und des FWF nun Früchte tragen, und die ersten österreichisch-israelischen Forschungsprojekte in Kürze starten können. Damit haben wir österreichischen Forschenden die Möglichkeit eröffnet, mit exzellenten Partnern aus Israel, das zu den erfolgreichsten Forschungsnationen weltweit zählt, zu kooperieren“, so Faßmann und er fügt hinzu: „Den WissenschaftlerInnen, deren Projekt wir in den kommenden drei Jahren fördern, wünsche ich alles Gute für Ihre Arbeit.“

Das Bildungsministerium richtete gemeinsam mit dem FWF und dem israelischen Ministry of Science and Technology zusätzlich ein Joint Committee (Gemischte Kommission für wissenschaftliche Zusammenarbeit) ein.

„Ziel der Kooperation mit Israel ist die Förderung von eng integrierten, österreichisch-israelischen Forschungsprojekten und der Nutzung und Zusammenführung der Wissenschaftssysteme beider Länder. Israel wird im Rahmen von europäischen Forschungsprogrammen auch zukünftig eine große Rolle spielen“, so FWF-Präsident Klement Tockner. Er betont: „Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beider Seiten profitieren von dieser Forschungskooperation. Es ist für mich ein Beweis der guten und konstruktiven Zusammenarbeit, daß es trotz der Regierungsneubildung in Israel sowie der Corona-Pandemie gelungen ist, vier Projekte zu bewilligen und auf Schiene zu bringen.“

Erste Ausschreibung

Die erste Ausschreibung beider Länder fand von Ende April bis Ende Juli 2019 statt und umfaßte die Themengebiete „Genetics‘ and Epigenetics‘ Contribution to Human Health“ sowie „Heritage Science – Cultural and Natural Heritage“. Insgesamt langten 28 Anträge mit einem Antragsvolumen von 8,3 Millionen Euro ein. Zwischen FWF und MOST wurde ein paralleles Begutachtungsverfahren vereinbart. Bedingt durch die Corona-Pandemie sowie die israelische Regierungsbildung verzögerte sich der Entscheidungsprozess. Nach einer virtuellen Akkordierung zwischen dem FWF und dem MOST konnten nun vier Projekte mit einem Volumen von 1,3 Millionen Euro bewilligt werden. Je zwei Projekte kommen aus einem der beiden Themengebiete.

Die Kooperationsprojekte im Detail

„Kulturgut aus Stein in Österreich und in Israel / Stone Cultural Heritage in Austria and in Israel“

Akademie der Bildenden Künste Wien, Institut für Naturwissenschaften und Technologie in der Kunst
Projektleiterin: Katja Sterflinger-Gleixner
Ben-Gurion University of the Negev, Department of Biotechnology Engineering
Projektleiter: Ariel Kushmaro

Das Projekt von Katja Sterflinger und Ariel Kushmaro untersucht die Hauptfaktoren für die Verwitterung von kulturhistorisch wertvollen Felsenzeichnungen in den alpinen Regionen Österreichs (Dachsteinregion) und – im klimatischen Vergleich – in der israelischen Wüste Negev. Dabei werden insbesondere die biogenen Verwitterungsfaktoren berücksichtigt und mit molekularbiologischen Methoden untersucht. Die Ergebnisse der Studie sind eine wesentliche Grundlage für den besseren Schutz oder die Schutzbehandlung der Gesteinsoberflächen. Als Abschluß des Projekts ist die gemeinsame Präsentation der Ergebnisse vor den für Denkmalpflege zuständigen Landesbehörden geplant.

„Auswirkung epigenetischer Modulationen auf den EB-Phänotyp / Epigenetic modifiers of disease phenotypes: epidermolysis bullosa as a paradigm”

Salzburger Landeskliniken Betriebsgesellschaft mbH, Universitätsklinik für Dermatologie
Projektleiterin: Verena Wally
Tel Aviv Sourasky Medical Center, Internal Medicine Division
Projektleiterin: Eli Sprecher

Epidermolysis bullosa (EB) ist eine seltene vererbbare Hautkrankheit, bei der die strukturelle Stabilität der Haut stark beeinträchtigt ist. Dadurch wird diese hochempfindlich („Schmetterlingskinder“) und es kommt bereits bei geringen mechanischen Belastungen zu Blasenbildungen und Wunden. Ziel des vorliegenden Projekts ist es, nicht nur die genetischen Ursachen von EB, sondern vor allem die epigenetischen Faktoren und Prozesse zu bestimmen, die zu den unterschiedlichen Manifestationen von EB beitragen. Dies wird nicht nur wichtige Erkenntnisse im Bereich der Grundlagenforschung liefern, sondern auch wesentliche klinische Implikationen aufweisen. Da diese Prozesse als therapeutische Ziele dienen können, ist das klare Potenzial gegeben, klinische Verläufe positiv zu beeinflussen.

„Konflikte und Herausforderungen zum Schutz des Welterbes / Conflicts and Challenges of World Heritage Protection”

TU Wien, Institut für Raumplanung, Forschungsbereich Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik
Projektleiterin: Karin Hiltgartner
Technion – Israel Institute of Technology,

Faculty of Architecture and Town Planning, Planning Policy Lab
Projektleiter: Nir Mualam

Um einen nachhaltigen Schutz des baukulturellen Erbes zu gewährleisten, muß in vielen Bereichen gehandelt werden. Zahlreiche Normen, Richtlinien, Empfehlungen und Gesetze auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene wurden seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erlassen. Allerdings sind diese oft überschneidend und widersprüchlich, wodurch die Umsetzung erschwert wird. Die Forschungsteams rund um Karin Hiltgartner und Nir Mualam beschäftigen sich mit dem Management und dem Schutz von Kulturerbe in vergleichender und interdisziplinärer Perspektive. Anhand österreichischer und israelischer Fallbeispiele sollen neue Erkenntnisse für die Entwicklung von Maßnahmen und Konzepten auf supranationaler, nationaler und lokaler Ebene gewonnen werden.

„Zurücksetzen des epigenetischen Status des DM1-Locus / Resetting the Epigenetic Status of the DM1 Locus"

CeMM Forschungszentrum für Molekulare Medizin der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW)
Projektleiter: Stefan Kubicek
The Hebrew University of Jerusalem, Shaare Zedek Medical Center
Projektleiter: Rachel Eiges

Das Projekt beschäftigt sich mit einer autosomal dominanten Form der Muskeldystrophie (Myotonische Dystrophie Typ1; DM1), die weite Bereiche der Körperfunktion durch Muskelschwäche und Muskelschwund beeinträchtigt. Der Krankheit liegt ein Gendefekt im DMPK-Gen zugrunde, der in Zellen von DM1-PatientInnen zu epigenetischen Veränderungen in Form einer Hypermethylierung der DNA führt. Dieses Projekt möchte nun die Enzyme und Signalketten identifizieren, die für die Hypermethylierung verantwortlich sind. Ziel ist es, den normalen epigenetischen Status in den betroffenen Myoblasten wieder herzustellen und so die Grundlagen für zukünftige therapeutische Ansätze zu schaffen.

Das MOST ist verantwortlich für Investitionen des Staates Israel in die wissenschaftliche Forschung in Bereichen von nationaler Priorität und spielt somit eine zentrale Rolle bei der Förderung von wissenschaftlichem Fortschritt und Entwicklung in Israel.

Der FWF ist Österreichs zentrale Einrichtung zur Förderung der Grundlagenforschung sowie der künstlerisch-wissenschaftlichen Forschung. Er unterstützt – nach internationalen Qualitätsmaßstäben – herausragende Forschungsprojekte sowie exzellente WissenschaftlerInnen, die sich der Gewinnung, Erweiterung und Vertiefung wissenschaftlicher Erkenntnisse widmen. ■

https://www.fwf.ac.at/
https://www.most.gov.tw/?l=de

HERAS+ Kick-off-Konferenz

Der offizielle Startschuß ist gefallen: mit HERAS+ geht das Projekt mit dem Kosovo in die nächste Runde und der OeAD führt wieder das Stipendienprogramm für PhD und PostDocs durch.

Am 25. November 2020 fand die HERAS+ Kick-off-Konferenz – Corona-bedingt – online statt. Nach der offiziellen Eröffnung durch Rame Likaj, Minister für Bildung und Wissenschaft, und H.E. Christoph Weidinger, österreichischer Botschafter im Kosovo, wurde das Projekt von Aqim Emurli, HERAS+ Teamleiter, vorgestellt.

Im zweiten Teil der Konferenz stellten sich die Konsortiumsmitglieder WUS AT, ZSI und OeAD vor und starteten direkt ihre Calls im Projekt: Programmatische Partnerschaften (Leitung WUS Österreich), Forschungsstipendien (Leitung ZSI) und Stipendien für PhD und PostDocs (Leitung OeAD). Insgesamt nahmen 75 Personen an der Online-Konferenz teil.



Foto: Team HERAS+, Kosovo

Aqim Emurli, Teamleiter HERAS+

Das Projekt

Das Projekt HERAS+ – Higher Education Research and Applied Science+ – zielt auf einen wettbewerbsfähigeren und diversifizierteren öffentlichen Hochschul- und Forschungssektor im Kosovo ab. Er soll den Zielen des Europäischen Hochschulraums (EHR), des Europäischen Forschungsraums (EFR) und der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) 4 und 9 in Bezug auf Qualitätssicherung, Wirtschaftlichkeit und Arbeitsmarktrelevanz, internationale Zusammenarbeit und die soziale Dimension der Hochschulbildung, entsprechen.

Das Projekt wird von der Austrian Development Agency (ADA) finanziert und vom Ministerium für Bildung und Wissenschaft der Republik Kosovo (MES) kofinanziert. ■

https://oead.at/
https://www.heraskosovo.org/

Britischer Botschafter besucht Land Kärnten

Botschafter Leigh Turner bei Landeshauptmann Peter Kaiser – Themen: laufende Verhandlungen zu Brexit und Corona – Kaiser: Registrierung in Kärnten lebender BritInnen rasch abwickeln

Auf Grund der aktuellen Entwicklung und der laufenden Verhandlungen zum Brexit besuchte Leigh Turner, der britische Botschafter in Österreich und Ständiger Vertreter Großbritanniens bei den Vereinten Nationen, Landeshauptmann Peter Kaiser am 11. November in der Landesregierung. Themen waren nicht nur die aktuelle Lage rund um Corona und die beispielsweise damit verbundenen Reisebeschränkungen in Europa, sondern auch die Zukunft nach dem Brexit, wie beispielsweise der Registrierungsprozeß für britische Bürger in Österreich.

„Daß der britische Botschafter bereits zum zweiten Mal hier ist, beweist unsere guten Kontakte, die wir auch über den Brexit hinaus, beispielsweise auf universitärer Ebenen, weiter pflegen und vertiefen werden“, sagte Landeshauptmann Peter Kaiser zum Besuch des Botschafters, der gleich eine Übersicht über den Verhandlungsverlauf der EU mit Großbritannien zum Brexit gab.

„Viele Bereiche verlaufen gut, auch bei der Subventionspolitik, aber bezüglich der Fischerei gestalten sich die Verhandlungen äußerst schwierig und könnten an diesem Thema sogar scheitern“, beschrieb Botschafter Turner die Lage in der entscheidenden Woche.

Der Botschafter sprach gesondert die Registrierung der EU-BürgerInnen, eine Konsequenz aus dem Brexit, in Kärnten an, da es sich dabei um Länderkompetenz handelt. Tuner wünschte sich für die BürgerInnen Großbritanniens rasche und einfache Registrierungsmöglichkeiten. Umgekehrt seien bereits alle 15.000 ÖsterreicherInnen in Großbritannien bereits unbürokratisch registriert worden. Kaiser: „Wir werden ebenso unbürokratisch agieren und unsere betroffenen Stellen entsprechend informieren, um diese Notwendigkeit rasch abzuwickeln!“

Selbstverständlich tauschten sich Kaiser und Turner über die derzeitige Covid-Situation aus und Kaiser beschrieb die derzeit für Kärnten und Österreich entscheidenden Tage nach dem Teil-Lockdown. „Sämtliche Maßnahmen, die eventuell noch notwendig werden, müssen mit der klaren Frage des Nutzens und des Schadens einhergehen. Wir müssen besonders gefährdete Bereiche verstärkt schützen und das sollte auch eine europaweite Strategie sein“, so Kaiser.



Foto: LPD Kärnten / Bauer

LH Peter Kaiser empfing den britischen Botschafter Leigh Turner im Amt der Kärntner Landesregierung

Turner bestätigte die Notwendigkeit von schützenden Maßnahmen mit: „Das Ding ist da draußen, man muß gut aufpassen, nicht zu erkranken!“ ■

https://www.ktn.gv.at/

Vollversammlung der »EVTZ Euregio Senza Confini«

Landeshauptmann Peter Kaiser hat am 24. November zur Eindämmung der Ausbreitung der Covid-19-Epidemie die 17. Versammlung des „Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) Euregio Senza Confini“ im Rahmen einer Videokonferenz einberufen. Teilgenommen haben neben dem Kärntner Landeshauptmann, von der Region Friaul-Julisch Venetien Generalsekretär Franco Milan und Rechnungsprüfer Renzo di Natale, von der Region Veneto die Landesräte Federico Caner und Gianpaolo Bottacin sowie Luigi Zanin, Leiter der europäischen und internationalen Angelegenheiten und Sandra Sodini, Direktorin Euregio Senza Confini. Mit dabei waren auch Landesamtsdirektor Dieter Platzer und Martina Rattinger, Leiterin des Verbindungsbüros Kärnten in Brüssel. Einhelliger Tenor aller Mitwirkenden war, daß die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Regionen sehr gut funktioniere und die regionalen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung ähnlich seien. Einig war man sich auch in der Ablehnung des Vorschlags eines europaweiten Schiurlaubverbots vom italienischen Premier Giuseppe Conte.

Kaiser betonte in seinem Begrüßungsstatement, daß es wichtig sei, sich in Bezug auf Bekämpfung Eindämmung der Pandemie grenzüberschreitend auszutauschen. ■

https://euregio-senzaconfini.eu/de/

Grenzüberschreitende Herausforderungen

Online-Salon des Europa-Forums Wachau: EU-Kommissarin Kyriakides, Bundesministerin Edtstadler und Landesrat Eichtinger: Ziel ist es, die Europäische Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich noch besser zu koordinieren

Der Online-Salon des Europa-Forums Wachau mit Europa-Ministerin Karoline Edtstadler und Europa-Landesrat Martin Eichtinger, Präsident des Europa-Forum Wachau, beleuchtete mit EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides Fragestellungen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich in Europa und deren Auswirkungen auf Niederösterreich.

„Mehr als je zuvor in der Geschichte der Menschheit erleben wir, wie sehr die gesundheitliche Lage in einem Land die eines anderen Landes beeinflußt. Covid-19 hat uns vor Augen geführt, daß Viren keine Grenzen kennen. Grenzüberschreitende Herausforderungen im Gesundheitsbereich verlangen nach grenzüberschreitenden Antworten. Die niederösterreichische Initiative ‚Healthacross' stellt daher eine Ergänzung der Bemühungen der Europäischen Kommission um die Schaffung einer Europäischen Gesundheitsunion dar und beweist den Mehrwert grenzüberschreitender Gesundheitsversorgung und regionaler Zusammenarbeit", verdeutlicht die Europäische Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides.

„Die Covid-Krise hat uns die Stärken und Schwächen der Europäischen Union deutlich aufgezeigt. Wir müssen jetzt die Lehren daraus ziehen, Resilienz und Widerstandsfähigkeit als oberstes Ziel definieren und gemeinsam an einer erfolgreichen Zukunft für eine starke Europäische Union arbeiten. Basis dafür ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in allen Bereichen", so Europaministerin Karoline Edtstadler zu Beginn des Salons.

Zu keiner anderen Zeit war der Salon zum Thema „A Healthy Europe" wichtiger und dringlicher als zur gegenwärtigen, wo das scheinbar permanente Spannungsfeld zwischen „mehr oder weniger Europa" und den damit verbundenen rechtlichen Kompetenzen und finanziellen Rahmenbedingungen im Fokus steht. Die Forderungen der Bevölkerung nach einem geeinten Auftreten, einer besseren Kommunikation der EU und dem Appell, die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen, wurden in den vergangenen Monaten immer lauter. Als Konsequenz arbeitet die Europäische Kommission auf Hochtouren an einer stärkeren europäischen Kooperation und Koordination im Gesundheitsbereich.



Foto: Land Niederösterreich / Josef Bollwein

Europaministerin Karoline Edtstadler und Europa-Landesrat Martin Eichtinger, Präsident des Europa-Forum Wachau, begrüßten die TeilnehmerInnen Corona-bedingt per Videoschaltung.

Das eigenständige europäische Gesundheitsprogramm „EU4Health" ist mit über fünf Milliarden Euro dotiert und ein wesentlicher Eckpfeiler der Aktivitäten in der Europäischen Union im Gesundheitsbereich. Es soll die Widerstandsfähigkeit der Gesundheitssysteme stärken, die Koordination im Bereich der öffentlichen Gesundheit verbessern und das gemeinsame EU-Krisenmanagement fördern.

„Die grenzüberschreitende Gesundheitsinitiative ‚Healthacross' nimmt eine wesentliche Vorreiterrolle in Europa ein und dient als Best-Practice-Beispiel für das Programm ‚EU4Health'. Die Zustimmung in Niederösterreich unterstreicht die Wichtigkeit dieser Initiative. Eine Studie des Instituts für Strategieanalysen zeigt, daß acht von zehn NiederösterreicherInnen diese Kooperation im Gesundheitsbereich befürworten", erklärt Europa-Landesrat Martin Eichtinger.

Der neu gewählte Kreishauptmann der Nachbarregion Südmähren, Jan Grolich, lobte die gelungene grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Niederösterreich. „Die Region Südmähren schätzt die derzeitige Zusammenarbeit sehr und ich freue mich, daß diese Zusammenarbeit fortgesetzt wird."

Gerald Gartlehner, Departmentleiter des Departments für evidenzbasierte Medizin und Evaluation an der Donau-Universität Krems und Mitglied in der Covid-19 Ampelkommission, war als wissenschaftlicher Experte zugeschaltet: „Die Corona Pandemie

ist eine enorme Herausforderung für das österreichische Gesundheitssystem und legt Stärken, aber auch Schwächen offen. Es wäre wichtig, daß Österreich in Zukunft Ausbildungen in Public Health und Epidemiologie gezielt fördert, um für zukünftige Pandemien besser gerüstet zu sein."

Die Bedeutung der grenzüberschreitenden und regionalen Kooperation im Gesundheitswesen wurde auch von europäischen und internationalen Experten untermauert. So nahmen Brigitte van der Zanden, Direktorin der Partnerregion Euregion Maas-Rhein und Francesco Zambon, Koordinator für die Weltgesundheitsorganisation im Regionalbüro für Europa in Venedig am Forum teil.

„Covid zeigt mehr und mehr das grenzüberschreitende Zusammenarbeit wichtig und sehr wertvoll ist. In der Euregio Maas-Rhein kennen sich die Fachexperten schon seit langer Zeit und konnten sich deswegen auch schnell miteinander grenzüberschreitend austauschen", erklärt Brigitte van der Zanden den Zugang in ihrer Region.

Francesco Zambon erklärt die Sichtweise der WHO folgendermaßen: „Die Welt hat sich verändert. Ein Virus hat es geschafft, sämtliche Dimensionen unseres Lebens zu beeinträchtigen. Jede große Krise bringt jedoch auch Chancen mit sich. Covid-19 hat der Welt Einhalt geboten und sie gezwungen, darüber nachzudenken, wie wir uns auf Krisen dieser Art besser vorbereiten können, aber auch wie wir unser Leben in Zukunft besser gestalten könnten. Die schlechteste Reaktion wäre, die um uns herrschende Verzweiflung nicht als Antrieb für drastische Veränderungen zu nützen. Morgen können und werden wir in einer besseren Welt leben."

Die WHO hat bereits eine Publikation zur grenzüberschreitenden Gesundheitskooperation Niederösterreichs mit seinen Nachbarn veröffentlicht. Besonders das europaweit erste grenzüberschreitende Gesundheitszentrum in Gmünd gilt als Leuchtturmprojekt innerhalb der EU.

Georg Stawa, Justiz-Attaché für Süd-Ost Europa an der österreichischen Botschaft in Belgrad, nahm als Auslandsösterreicher stellvertretend für die vielen NiederösterreicherInnen, die im Ausland leben, am Salon teil. In seinem Statement erklärt er die Situation in Serbien. „Die Bewältigung der Covid-Krise bringt die Gesundheitssysteme auch in SO-Europa an ihre Grenzen. Die Bevölkerung hat aber andererseits über Jahrzehnte gelernt, flexibel mit Krisensituationen umzugehen. Niemand hofft oder verläßt sich zum Beispiel auf den Staat allein. Eigenverantwortung ist schon allein deshalb zu entwickeln, um systemischen Unzulänglichkeiten entgegenzutreten. Das schafft Problemlösungsbewußtsein und soziale Dynamik."

Das Europa-Forum Wachau

Das Europa-Forum Wachau wurde 1995 anläßlich des Beitritts Österreichs zur EU ins Leben gerufen. Ziel ist es seither, das Thema Europa voranzutreiben und den Bürgerinnen und Bürgern leidenschaftlich zu vermitteln. Seit 1995 haben neben einem Europa-Parlamentspräsidenten und einem Staatspräsidenten bereits 28 Premierminister und 34 Aussenminister, 3 Kommissare und über 10.000 Gäste am Europa-Forum Wachau teilgenommen.

„Mit dem Europa-Forum Wachau haben wir ein anerkanntes europäisches Diskussionsforum, das aktuelle Herausforderungen im gemeinsamen Europa behandelt. Es ist unser Anliegen, daß auch die Bürgerinnen und Bürger sowie unsere Jugend stark eingebunden werden", so Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner.

„Das Europa-Forum Wachau und die Salons bieten Ihnen die Möglichkeit sich an der Zukunft Europas zu beteiligen. Wir haben eine Verantwortung für die europäische Idee, deshalb wollen wir gemeinsam mit Ihnen vordenken", so Martin Eichtinger, Landesrat und Präsident des Europa-Forum Wachau. ■

https://www.europaforum.at/
http://www.noel.gv.at/



Foto: Land Niederösterreich / Josef Bollwein

33 TeilnehmerInnen aus aller Welt nahmen am diesjährigen Salon Europa Forum Wachau teil.

Österreich, Europa und die Welt

Tschechien: Atom-Motor stottert

Oberösterreichs Landesrat Stefan Kaineder: Die Ausschreibung für den neuen AKW-Block am Standort Dukovany soll verschoben werden

Eine überraschende Wende haben die Vorbereitungen zum AKW-Ausbau in Tschechien genommen. So gab Premierminister Babis in der letzten Novemberwoche bekannt, daß das Auswahlverfahren zum Bau eines neuen AKW-Blocks am Standort Dukovany nicht ausreichend vorbereitet ist und die Ausschreibung verschoben werden soll. Die Regierung sollte darüber nicht vor den Parlamentswahlen in zehn Monaten entscheiden. Der Start des Ausschreibungsverfahrens war bis Endes des Jahres geplant.

Zu den potentiellen Bietern gehören die russische Rosatom, China General Nuclear Power, das US-Unternehmen Westinghouse, die französische EDF und das südkoreanische Unternehmen Korea Hydro and Nuclear Power. Mit Baukosten von über 6 Mrd. Euro handelt es sich um das größte Investitionsprojekt in der tschechischen Geschichte.

Ein Grund für die Verschiebung liegt in Unstimmigkeiten über die Einarbeitung von Sicherheitskriterien in die Vergabedokumentation, die vom Betreiber CEZ vorbereitet wurde. Ein Teil der Opposition kritisiert die mögliche Beteiligung von Rußland und China am Auswahlverfahren, während der Premier und der Industrieminister aus ökonomischen Gründen im Vorfeld keinen Betreiber ausschließen wollen. Auch der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten und Sicherheit des Oberhauses verabschiedete eine Resolution, die Sicherheitsinteressen des Staates ausreichend zu berücksichtigen. Über das Thema soll nun am 9. Dezember der Ständige Ausschuß für den Bau neuer Atomreaktoren verhandeln.

Noch am 25. November hatte Industrieminister Karel Havlicek die Abgeordneten zur Eile aufgefordert. In einer außerordentlichen Sitzung sollte der Gesetzesentwurf über den Übergang der Tschechischen Republik zur Niedrigkohlenstoff-Energiewirtschaft, das die staatliche Förderung von Atomkraft festlegt, im Schnelldurchlauf beschlossen werden.

Neben Debatten über die Ausschreibung wurden auch viele Einwände zu den Auswirkungen des Gesetzes auf den Staatshaushalt eingebracht. Es konnte keine Einigung erzielt werden.



Foto: Stefan Kaineder / Oberösterreichs Landesrat Stefan Kaineder



© Wikipedia / / CC-BY 4.0 / Jiří Sedláček / Ein Blick auf das Kernkraftwerk Dukovany in Dukovany im Bezirk Třebíč

Oberösterreichs Landesrat Stefan Kaineder: „Die kritischen Einwände der tschechischen Abgeordneten stimmen mich hoffnungsvoll. Die Unwirtschaftlichkeit der Atomkraft, auf die wir schon viele Jahre hinweisen, muß weiter bewußt gemacht werden. Mit so einem Gesetz blickt Tschechien in die Strompreis-Glaskugel. Niemand weiß wie sich die Preise in den nächsten Jahrzehnten entwickeln, am Ende muß die tschechische Bevölkerung dafür aufkommen. Tschechien würde sich Hals über Kopf in ein wirtschaftlich hochriskantes Projekt stürzen, ohne einen ernsthaften Blick auf die Alternativen durch Erneuerbare Energien zu werfen."

Das vom Industrieministerium vorbereitete Gesetz enthält den Rahmen für eine großzügige Förderung neuer Atomreaktoren: neben einem zinsfreien Staatskredit geht es vor allem um die Verpflichtung des Staats, dem Betreiber CEZ kostendeckende und mit angemessenem Gewinn ausgestattete Einspeisetarife zu garantieren. Das Gesetz legt dabei keine Obergrenze fest, die Abnahmegarantie würde auf 30 Jahre mit der Möglichkeit zur Verlängerung festgelegt. ■

https://www.land-oberoesterreich.gv.at/

Weiterer Erfolg für Salzburg als Forschungsstandort

Boehringer Ingelheim kooperiert mit Universität Salzburg bei Vesikelforschung

Lieferservices boomen in Zeiten der Covid-19-Pandemie. Sie können aber nicht nur Pizza ausliefern, sondern – wenn sie klein genug sind – auch Medikamente an die richtige Stelle im Körper bringen. Das nennt man dann Vesikel. Die Salzburger Universität kooperiert in der Vesikelforschung ab sofort mit dem Pharmaunternehmen Boehringer Ingelheim und hat damit einen dicken Fisch an Land gezogen.

„In der Wissenschafts- und Innovationsstrategie für Salzburg sehen wir die Life Sciences als eine von Salzburgs Stärken, die wir weiterentwickeln und sichtbar machen. Die Vesikelforschung ist eine Chance, internationale Exzellenz zu erreichen. Die neue Kooperation unterstreicht, daß unsere Investitionen, unter anderem das EV-TT Zentrum, wirken“, zeigte sich Landeshauptmann Wilfried Haslauer erfreut.



Foto: LMZ / Otto Wieser

In der Vesikelforschung kooperiert die Universität Salzburg mit dem Pharmaunternehmen Boehringer Ingelheim und dem Schweizer Startup EvoBiotiX.

Internationale Partner stärken Forschungsstandort

Die Vesikelforschung wird unter anderem über das EV-TT des Landes gefördert. EV-TT steht für Extracellular Vesicles – Theralytic Technologies, das sind neue Technologien für den therapeutischen Einsatz von extrazellulären Vesikeln (EV). Die Universität Salzburg kooperiert mit dem Pharmaunternehmen Boehringer Ingelheim und dem Schweizer Startup EvoBiotiX. Dabei geht es um die Weiterentwicklung von natürlichen Molekülen als Transportstoffe für Medikamente.

Mini-Transporteure überwinden Barrieren im Körper

Biologisch inspirierte Wirkstoffe sind Medikamente, die von der Natur optimiert und daher höchst effektiv sind. Da der menschliche Körper ihre Zusammensetzung kennt, werden sie vom Immunsystem toleriert und haben ein geringeres Risiko für Nebenwirkungen. Sie allerdings durch den Körper an die Stelle zu schleusen, an der sie gebraucht werden, ist eine Herausforderung. Dafür könnten künftig als Transporteure sogenannte Vesikel, das sind kleinste Zellteilchen, genutzt werden. Sie sind Boten, die normalerweise mit verschiedenen Aufgaben im Körper unterwegs sind und körpereigene Barrieren wie Zellmembranen überwinden können.

Forscherin leitet Projekt

„Vesikel sind Transporteure, die die Natur dafür geschaffen hat, Zellen präzise in anderen Geweben anzusteuern und dabei körpereigene Barrieren zu überwinden. Das wollen wir hier nutzen”, erklärt Nicole Meisner-Kober, international anerkannte Expertin in der Forschung zu extrazellulären Vesikeln und Professorin für chemische Biologie und biologische Wirkstoffe an der Paris Lodron Universität Salzburg (PLUS). Sie ist außerdem Projektleiterin in dem vom Land Salzburg geförderten EV-TT Zentrums.

Das Zentrum hat sich in Partnerschaft zwischen der PLUS und der Paracelsus Medizinischen Universität der Erforschung eines therapeutischen Einsatzes von Vesikeln verschrieben.

Im Rahmen der Vereinbarung wird Boehringer Ingelheim Arzneimittelkandidaten und Fachwissen in verschiedenen therapeutischen Bereichen zur Verfügung stellen, während EvoBiotiX sein einzigartiges Know-how in der Isolierung und Entwicklung natürlich gewonnener Biologika einbringen wird. Biomakromoleküle, wie rekombinante Proteine, DNAs oder kleine störende RNAs, bieten ein großes Potential, um intrazelluläre molekulare Angriffspunkte zu adressieren, die bisher mit herkömmlichen Ansätzen nicht angegangen werden können.

Allerdings schränken ihre inhärenten molekularen Eigenschaften Biomakromoleküle oft daran ein, die Zellmembran zu durchqueren. Dies ist eine der wichtigsten Herausforderungen für die Entwicklung neuer Therapien für Patienten mit derzeit schwer zu behandelnden Krankheiten, da sich viele relevante Angriffspunkte für Medikamente im Inneren der Zellen befinden: „Die Medikamente der Zukunft werden zunehmend von natürlich vorkommenden biologischen Makromolekülen wie Proteinen, Antikörpern oder RNA inspiriert. Dies sind die Moleküle, die am vielversprechendsten, aber am schwierigsten auf effiziente, nebenwirkungsfreie und patientenfreundliche Weise zu liefern sind. EVs sind Nanotransporter, die die Natur auf elegante Weise entwickelt hat, um genau solche großen Moleküle wie Proteine oder RNAs in Zellen und über biologische Barrieren hinweg zu den Stellen in unserem Körper zu transportieren, wo sie benötigt werden. Unser Ziel ist es daher, die Erfindungen der Natur zu nutzen, um eine Drug-Delivery-Plattform der nächsten Generation zu schaffen“ , erklärt Meisner-Kober. ■

https://www.salzburg.gv.at/
https://www.uni-salzburg.at/
https://www.boehringer-ingelheim.de/
https://evobiotix.com/

Polnische Botschafterin besucht Land Steiermark

Steirische Landesspitze empfängt Botschafterin Jolanta Róża Kozłowska in Graz

Anläßlich des Steiermark-Besuchs der polnischen Botschafterin Jolanta Róża Kozłowska lud sie Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer zu einem Arbeitstreffen in die Grazer Burg. „Die Zusammenarbeit mit Polen ist sehr konstruktiv – nicht umsonst hat die Steiermark mit keinem anderen Staat so viele Partnerschaftsabkommen wie mit polnischen Regionen. Die Polen schätzen uns vor allem als Tourismus- und Innovationsland. Deshalb waren auch die Mobilität der Zukunft, Forschung und Entwicklung, Digitalisierung und neue Technologien die zentralen Themen des heutigen Treffens“, so Schützenhöfer.

Nach dem Arbeitstreffen kam es auch zu einem Treffen mit LH-Stv. Anton Lang. „Die Eindämmung des Corona-Virus ist derzeit das gemeinsame Ziel aller europäischen Länder. Mit der polnischen Botschafterin habe ich heute über die Corona-Situation, aber auch über aktuelle politische Themen und die wichtigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und der Steiermark gesprochen. Gerade in dieser herausfordernden Zeit dürfen wir nicht auf den Austausch über Ländergrenzen hinweg vergessen“, sagte Lang.

Steiermark und Polen verbindet eine langjährige gute Partnerschaft nicht nur in Wirtschaft und Tourismus, sondern auch im Kulturbereich.

Deshalb nutzte die Botschafterin auch die Gelegenheit, um sich mit Kulturlandesrat Christopher Drexler auszutauschen. Drexler: „Die Steiermark profitiert enorm von ihren internationalen Beziehungen und Kooperationen. Mit Polen pflegen wir seit Jahren einen regen kulturellen Austausch. Beispielsweise mit dem Artist-in-Residence-Programm, bei dem internationale Künstlerinnen und Künstler in der Steiermark tätig werden können, um sich in der steirischen Szene zu vernetzen und sich einer breiten Öffentlichkeit präsentieren zu können. Umso größer ist meine Freude, daß wir diese Synergien nutzen und in der morgigen Regierungssitzung das Artist-in-Residence-Programm für das Jahr 2021 einbringen, bei dem wir im kommenden Jahr unter anderem auch wieder vier polnische Künstlerinnen und Künstler bei uns in der Steiermark begrüßen können. Diese enge Vernetzung mit der Republik Polen wollen wir sowohl in der Kulturpolitik als auch in vielen anderen Bereichen nicht nur beibehalten und pflegen, sondern auch weiter ausbauen und intensivieren.“ ■



Foto: Land Steiermark / Jesse Streibl

Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer begrüßte die polnische Botschafterin Jolanta Róża Kozłowska zu einem Arbeitsgespräch in der Grazer Burg

https://www.kommunikation.steiermark.at/

Intendantin Laufenberg geht nach Berlin

Am 6. November wurde bekanntgegeben, daß die Intendantin des Schauspielhaus Graz, Iris Laufenberg, mit der Spielzeit 2023/2024 die Leitung des Deutschen Theaters Berlin übernehmen wird. Kulturlandesrat Christopher Drexler gratulierte ihr herzlich zu dieser sensationellen Berufung: „Ich möchte Iris Laufenberg schon jetzt einen großen Dank für ihr Wirken als Intendantin am Schauspielhaus Graz aussprechen. Sie hat es in den vergangenen fünf Jahren exzellent geführt und wird das, davon bin ich überzeugt, auch bis zu ihrem Wechsel nach Berlin unverändert tun. Iris Laufenberg – und mit ihr das Schauspielhaus Graz – genießen große Anerkennung im deutschen Sprachraum, die in zahlreichen Auszeichnungen und nun in dieser sensationellen Berufung an das Deutsche Theater Berlin gipfelt. So schade ich es finde, daß sie das Schauspielhaus Graz verlassen wird, so dankbar bin ich für ihr beeindruckendes Wirken als Intendantin und möchte Iris Laufenberg auf das Herzlichste zu den Erfolgen in Graz und zu diesem großartigen neuen Engagement gratulieren. Ihr Wechsel an das Deutsche Theater Berlin und große Sprünge von Ensemblemitgliedern zu internationalen Engagements in den vergangenen Jahren unterstreichen, daß die Steiermark ein großartiger Boden für Kunst, Kultur und natürlich insbesondere für das Theater ist.“ ■



Foto: Land Steiermark / Michaela Lorber

Kulturlandesrat Christopher Drexler

Euregio-Museumstag 2020

Museen der drei Länder Tirol, Südtirol und Trentino stellen sich den Herausforderungen durch Corona

Am 19. November fand der Euregio-Museumstag 2020 via Videokonferenz statt. Im Fokus der Veranstaltung standen dabei die Herausforderungen, mit denen sich museale Einrichtungen aufgrund der Coronakrise konfrontiert sehen. Rund 90 ExpertInnen aus Tirol, Südtirol und dem Trentino tauschten sich dazu aus.

Der Gesamttiroler Museumstag wurde mit Beschluß der drei KulturlandesrätInnen von Tirol, Südtirol und Trentino vom 26. März 2010 nach einigen Jahren Unterbrechung wieder eingeführt und ist seitdem ein Fixpunkt im kulturellen Jahreskreis der Museumsexperten, Chronisten und weiteren Interessierten der drei Euregio-Länder.

„Ausgehend von den Erfahrungen der letzten Monate bietet der Euregio-Museumstag 2020 eine Plattform, um die aktuellen Geschehnisse gemeinsam zu besprechen und miteinander Perspektiven zu entwickeln, wie die Museen die Krisensituation bewältigen und ihre Aufgaben auch in Zukunft erfolgreich wahrnehmen können“, betonte Tirols Kulturlandesrätin Beate Palfrader in ihrer Videobotschaft.

Bereits seit 2010 veranstaltet die Europaregion jährlich einen Euregio-Museumstag, um den Austausch und die Vernetzung zwischen den Museen in der Region zu fördern. Für das Jahr 2021 haben die drei Länder das „Euregio-Museumsjahr“ mit dem Themenschwerpunkt „Transport – Transit – Mobilität“ ausgerufen. Daran nehmen 30 Museen aus Tirol, Südtirol und dem Trentino teil.

Südtirols Landeshauptmann und Museumslandesrat Arno Kompatscher verwies in seiner Videobotschaft auf die Bedeutung der Museen als Orte der Dokumentation, der Kultur- und Wissensvermittlung auch vor dem Hintergrund der derzeitigen Corona-Krise. Er unterstrich zudem die Wichtigkeit der grenzüberschreitenden musealen Zusammenarbeit: „Mit dem Euregio-Museumstag bleibt die Verbindung zwischen den Museen der Europaregion aufrecht, und es ist uns allen ein großes Anliegen, daß vor allem im Kulturbereich weiterhin Austausch und Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg möglich ist.“

Der Trentiner Kulturlandesrat Mirko Bisesti ergänzte: „Die künftige Entwicklung der Museumslandschaft hängt davon ab, wie wir auf die Covid-19-Pandemie reagieren werden. Darum sind wir heute aufgerufen, gemeinsam mit den kulturellen Einrichtungen eine gesellschaftliche und zukunftsorientierte Antwort auf diese Herausforderung zu finden. Ohne die Museen fehlt unseren Ländern ihre Vergangenheit.“



Foto: © Land Tirol / Berger

Tirols Kulturlandesrätin Beate Palfrader

Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit UNESCO-Agenda 2030

Dieses Jahr wurde der Euregio-Museumstag von Trient organisiert. Neben Vorträgen zu den Aufgaben, Chancen und Zukunftsvisionen für die Museen der Europaregion nach der Bewältigung der Coronapandemie formierten sich die TeilnehmerInnen zu vier Arbeitsgruppen. Diese werden sich bis April 2021 gemäß der UNESCO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit den Themen „Umwelt und Resilienz“, „Wohlstand und Lebensgemeinschaften“, „Wissen und Können“ sowie „Inklusion und Partizipation“ beschäftigen.

Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino

Die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino (italienisch Euregio Tirol-Alto Adige-Trentino) wurde 1998 mit dem Ziel gegründet, die Staatsgrenzen überschreitende Zusammenarbeit der seit 1918 geteilten Tiroler Landesteile in Österreich (Nord- und Osttirol, heute Bundesland Tirol) und in Italien (Südtirol und Trentino) zu fördern.

Die Zusammenarbeit der drei Landeshauptleute in nahezu allen Bereichen soll auch die kulturelle Identität der Menschen der Region stärken. Es finden gemeinsame Landtage statt, die sogenannten „Dreierlandtage“ beziehungsweise „Viererlandtage“ (mit Vorarlberg), und auch das gemeinsame kulturelle und politische Leben wird vertieft.

Aufgrund der Europäischen Union und des Schengen-Raums geht die Bedeutung der Staatsgrenze im Tiroler Raum zurück. Darüber hinaus trägt der Euro als gemeinsame Währung zusätzlich zum wirtschaftlichen Zusammenwachsen der Region bei. 2011 fand außerdem die Institutionalisierung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino in Form eines Europäischen Verbunds territorialer Zusammenarbeit (EVTZ) statt. Der EVTZ ist ein von der EU vorgesehener Zusammenschluß von Ländern, mit dem eine Zusammenarbeit auf eine höhere, institutionelle Ebene gehoben werden kann.

Seit 1995 betreiben die drei Länder ein gemeinsames Verbindungsbüro in Brüssel.

https://www.tirol.gv.at/
http://www.provinz.bz.it/
http://www.deutsch.provincia.tn.it/
http://www.europaregion.info/

Lesen Sie hier mehr über die drei Regionen:
https://de.wikipedia.org/wiki/Europaregion_Tirol%E2%80%93S%C3%BCdtirol%E2%80%93Trentino

IBK Förderpreise 2020 gingen auch an Vorarlberger Künstler

literatur:vorarlberg netzwerk und Walser Herbst wurden mit je 10.000 CHF bedacht

Aus den 18 Nominierungen der IBK-Mitgliedsländer und -kantone wurden sieben KuratorInnen oder Kollektive für ihren innovativen Zugang und ihre davon gingen nach Vorarlberg. Anstelle der Preisverleihung in der Remise Bludenz wurden filmische Porträts der KuratorInnen sowie der Institutionen aufgenommen und eine Publikation vorbereitet.

Mit den IBK-Förderpreisen, maximal sieben an der Zahl, werden seit 1991 alljährlich Kulturschaffende aus den zehn Mitgliedsländern- und kantonen in wechselnden Sparten ausgezeichnet. In diesem Jahr hat das Land Vorarlberg unter dem Jury-Vorsitz von Kulturamtsleiter Winfried Nußbaummüller die Förderpreisabwicklung übernommen. Mit dem diesjährigen Schwerpunktthema „Kuratieren“ wurde die Erstellung und Vermittlung spezifischer Kulturangebote in den Fokus gerückt. Kuratieren heißt, Sorge tragen, ein spezifisches Kulturangebot zu erstellen und zu vermitteln.



Foto: Land Vorarlberg / Kulturabteilung

v.l.: Karin Schloms (Buchhaltung) Daniela Egger (Obfrau), Frauke Kühn (Geschäftsführung) vom literatur:vorarlberg netzwerk und Kulturamtsleiter Winfried Nußbaummüller

Sieben aus 18

18 Nominationen sind eingelangt, der Jury-Entscheid für die sieben PreisträgerInnen, Einzelpersönlichkeiten als auch Institutionen, fiel einstimmig aus. Ausgezeichnet wurden Patrick Kessler (Audio-Festival Klang-Moor-Schopfe/Appenzell Ausserrhoden), der Kunstverein Schichtwechsel (Fürstentum Liechtenstein), Anna Frei (OOR Records/Kanton St. Gallen), Judit Villiger (Haus zur Glocke/Kanton Thurgau), Camerata Variabile (Vermittlung Neuer Musik/ Kanton Schaffhausen), literatur:vorarlberg netzwerk (Land Vorarlberg) und der Walser Herbst (Dietmar Nigsch/Land Vorarlberg).

„Die diesjährigen Förderpreise unterstreichen die Bedeutung, Vielfalt und das Potential der engagierten Kuratorinnen und Kuratoren, die auch Mut zum Experiment beweisen, wenn es um das Vermitteln und Sichtbarmachen ihrer Programme geht“, erklärt Landesstatthalterin Schöbi-Fink. Besonders erfreulich sei die Auszeichnung für gleich zwei innovative Vorarlberger Kulturveranstalter, die hochwertige Arbeit auch über die Landesgrenzen hinaus leisten.



Foto: Land Vorarlberg / Kulturabteilung

Dietmar Nigsch ist einer von sieben Förderpreisträgern

Inspirierende Baustelle

Als „höchst inspirierende Baustelle für Literatur“ bezeichnete die Jury das von Frauke Kühn betriebene Netzwerk literatur:vorarlberg. Der 2015 gegründete Verein setzt auf Kooperationen und lädt mit seinen ungewöhnlichen literarischen Interventionen immer wieder zum Schreiben und Erleben von Text und Sprache ein. Seit 2019 ist der Verein mit der Konzeption und Planung, vor allem aber dem Entwicklungsprozeß des künftigen Literaturhaus Vorarlberg in der historischen Villa Iwan und Franziska Rosenthal in Hohenems befaßt. Projekte wie „Kill your darlings“, bei denen die Literatur in einem Live-Lektorat aus ihrer Monologisierung heraus in einen echten Dialog mit dem Publikum getreten ist, sind beispielhaft für das Wirken von literatur:vorarlberg.

Menschen zusammenbringen

Ein Feingefühl für Menschen und deren Geschichten und das Zusammenbringen von Leuten in abgelegenen Tälern und Dörfern, attestierte die Jury dem 2004 vom Vorarlberger Schauspieler und Theatermacher Dietmar Nigsch gegründeten Walser Herbst. Das abseits der kulturellen Zentren stattfindende „steilste Festival mitten in den Bergen“ lockt mit zeitgenössischer Kunst und Kultur als kulturelle Nahversorgung alle zwei Jahre ins Große Walsertal, wo es neue öffentliche Räume schafft und alte wiederbelebt. Unterschiedlichkeit und Vielfalt machen das Tal zu einer einzigen großen Bühne für Musik, Literatur, Theater, Performance, AutorInnenkino, Fotografie, Kulinarik und Kunsthandwerk. ■

https://vorarlberg.at/
https://literatur-vorarlberg.at/
https://www.bodenseekonferenz.org/
Video auf ***https://literatur.ist/?p=2578***

Weihnachtsgeschenke an Bundesheer-Soldaten

Wiens Bürgermeister Michael Ludwig schickt Honig, Naschereien und Lesestoff für die Wiener Garde-Kompanie in Bosnien-Herzegowina – Dank gilt Wiener Soldaten im EUFOR-Blauhelm-Einsatz

Weihnachten wird traditionell zuhause gefeiert, es ist die Zeit der Einkehr. Wer den Heiligen Abend pflichtbewußt woanders verbringt, hat sich Herzenswärme verdient – und so dankt Wien den 135 Bundesheer-Soldaten der 5. Gardekompanie, die derzeit als EUFOR-Blauhelme in Bosnien-Herzegowina zum Sichern des Friedens im Einsatz sind. Soldaten aus Wien machen einen Großteil dieser Kompanie aus. Bürgermeister Michael Ludwig hat – gemeinsam mit dem Wiener Militärkommandanten Brigadier Kurt Wagner – am 2. Dezember eine große Ladung „Weihnachtspackerl" dorthin auf die Fahrt geschickt. Im Wiener Geschenke-Sackerl finden sich typische Wiener Spezialitäten und Schmankerln, etwa Honig vom Rathausdach und Schokolade vom Wiener Traditionsbetrieb „Leschanz".

„Die Stadt Wien steht in hervorragender Zusammenarbeit mit dem österreichischen Bundesheer", sagte Ludwig, „und ich bin stolz auf den Einsatz unserer Wiener Soldatinnen und Soldaten. Das sehen wir nicht zuletzt an den Corona-Massentests, die von der Stadt und dem Heer gemeinsam umgesetzt werden. Die vielen hundert Soldatinnen und Soldaten leisten aber nicht nur hier Großartiges. Unser Heer sichert auch den Frieden und das Miteinander in unseren europäischen Nachbarländern. Von daher ist es mir ein Anliegen, den vielen Wiener Soldaten Danke zu sagen für ihren Auslandseinsatz in Bosnien und Herzegowina. Sie haben sich gerade zu Weihnachten eine Aufmerksamkeit verdient."

Militärkommandant Wagner sprach seinen „ausdrücklichen Dank" für die Weihnachtsgeschenke" aus, und zwar „im Namen aller Soldatinnen und Soldaten", die jetzt „besondere Grüße aus der Heimat empfangen" würden.



Foto: PID / C. Jobst

Bürgermeister Michael Ludwig hat 135 „Weihnachtspackerl" für die Bundesheer-Soldaten der 5. Gardekompanie aus Wien, die derzeit als EUFOR-Blauhelme in Bosnien-Herzegowina im Einsatz sind, an Wiens Militärkommandanten Brigadier Kurt Wagner überreicht.

Die Wiener Weihnachtspackerl für unsere EUFOR-Soldaten

In den 135 Weihnachts-Packerln für unsere EUFOR-Soldaten finden sich jeweils Schokolade vom Wiener Traditionsunternehmen „Leschanz", das ein „Goldenes Wiener Herz" aus Schokolade gestaltet hat; ein Glas Bio-Honig, geschöpft von Wildbienen am Wiener Rathaus-Dach; eine Flasche „Gemischter Satz DAC" vom städtischen Bio-Weingut Cobenzl und Lesestoff: Die Publikation der Reihe „Eine Stadt. Ein Buch." erzählt in diesem Jahr „29 Kurzgeschichten aus Wien".

Über den Österreichischen Einsatz in Bosnien-Herzegowina

Die 5. Garde-Kompanie des österreichischen Bundesheeres befindet sich aktuell im Auslands-Einsatz in Bosnien-Herzegowina. Dort übernehmen 135 österreichische Soldaten – mehr als die Hälfte von ihnen Wiener – Aufgaben der EUFOR-Blauhelm-Truppen. Vor Ort leisten die Österreicher wichtige Hilfe, zum Beispiel bei der sogenannten „Kampfmittelbeseitigung" – also dem Entschärfen und Entfernen von Landminen, die aus dem Jugoslawien-Krieg stammen. Die österreichische Truppe hilft auch bei der Ausbildung der lokalen Einsatzkräfte und hält gemeinsame Übungen ab. Voraussichtlich bis März 2021 bleibt die 5. Gardekompanie in Bosnien-Herzegowina im Einsatz. ■

https://www.wien.gv.at/

https://www.bundesheer.at/ausle/eufor/index.shtml

Unser Bargeld. Mehr als nur ein Zahlungsmittel

Informationskampagne der OeNB unterstreicht die Bedeutung von Euro-Bargeld

Am 1. Jänner 2002 löste der Euro den Schilling als Bargeld ab und ist uns in diesen fast 20 Jahren ein alltäglicher Begleiter geworden. Der Euro hat sich dank einer konsequenten Stabilitätspolitik und einer hohen Akzeptanz über den Euroraum hinaus zu einem der erfolgreichsten Kapitel der europäischen Geschichte entwickelt. Er ist auch die Basis für die Erweiterung der europäischen Idee, an der möglichst viele Länder teilhaben sollen.

Die aktuelle Informationskampagne der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) unterstreicht die Bedeutung von Bargeld, das in Österreich nach wie vor das beliebteste Zahlungsmittel ist und einen Anteil von 79 Prozent an allen Zahlungsvorgängen hat. Wie wichtig Bargeld im Alltag ist zeigen auch die Ergebnisse der letzte Woche veröffentlichten „Study on the payment attitudes of consumers in the euro area“ der EZB.

Laut EZB liegt der Bargeldanteil in Österreich mit 79 % bezogen auf die Anzahl der Transaktionen und 58 % bezogen auf den Transaktionswert weiterhin deutlich über dem Euroraum-Durchschnitt (73 % Anzahl; 48 % Wert). Österreich zählt zusammen mit Deutschland, Spanien, Portugal, Malta, Griechenland, Zypern und Italien zu den „bargeldlastigen“ Ländern Europas. Bargeld ist aber mehr als nur ein Zahlungsmittel. Es ist ein Teil des Alltags, es stiftet Identität und hilft, die eigenen Finanzen im Griff zu haben. Anfang Dezember startete die OeNB eine Informationskampagne in Print- und Onlinemedien und stellt noch weitere besondere Eigenschaften des Euro-Bargelds heraus:

Bargeld ist Europa

340 Millionen Menschen in ganz Europa zahlen täglich mit Euro-Banknoten und -Münzen. Sie sind ein fester Bestandteil des Alltags geworden und erleichtern den Handel, das Reisen, Studieren, Leben und Arbeiten im Ausland. Die Gemeinschaftswährung ist eines der greifbarsten Symbole der europäischen Integration. Auch das Design der Euro-Banknoten „Zeitalter und Stile in Europa“ spiegelt diese Tatsache wider: Auf den Vorderseiten symbolisieren Fenster und Tore den europäischen Geist der Offenheit. Auf den Rückseiten werden Brücken dargestellt, die die enge Zusammenarbeit zwischen den Völkern Europas und der übrigen Welt zum Ausdruck bringen.

Bargeld ist Technologie

In einer Euro-Banknote stecken viele hochtechnologische Elemente, die den Euro zu einer der fälschungssichersten Währungen der Welt machen. Ein besonderer Vorteil: Die Echtheit lässt sich auch ohne technische Hilfsmittel mit den einfachen Prüfschritten „Fühlen – Sehen – Kippen“ überprüfen. Verbesserte Sicherheitsmerkmale berücksichtigen die Fortschritte in den Bereichen Banknotensicherheit und -technologie und sorgen so für die sehr hohe Fälschungssicherheit der Euro-Banknoten.

Die hohen Sicherheitsstandards zeigen Wirkung. Die Falschgeldzahlen in Österreich und ganz Europa sind rückläufig.

Bargeld ist lernen

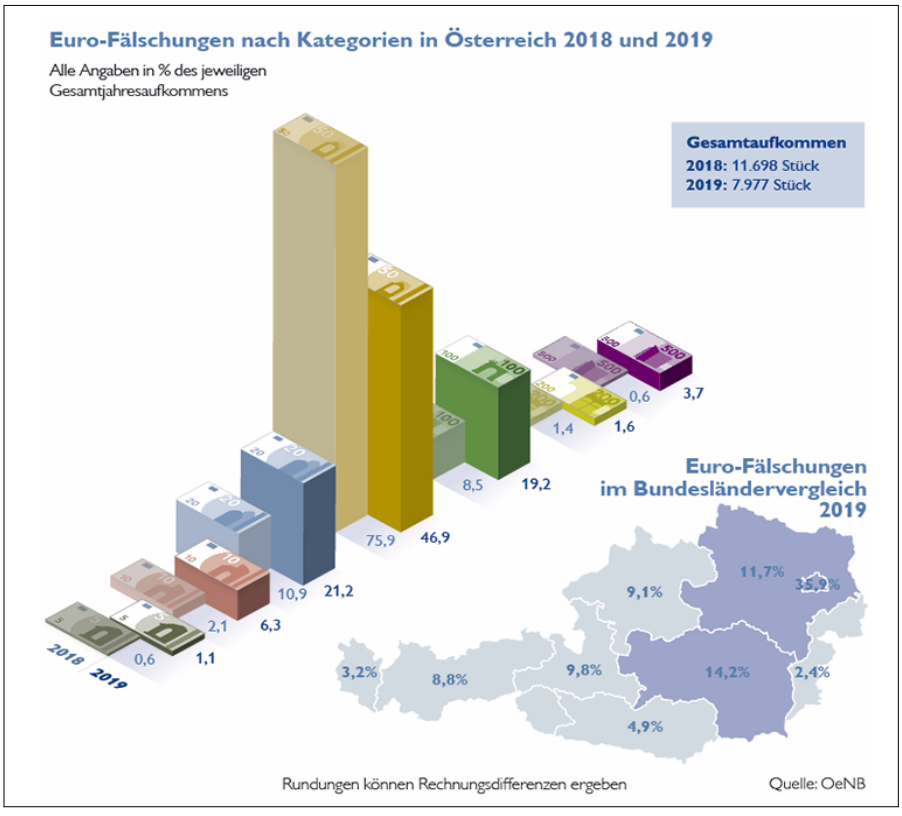
Ob während der Ausbildung, im Berufsleben oder in der Pension: Geld spielt immer eine wichtige Rolle im Leben. Aber auch das persönliche Finanzmanagement muß gelernt werden. Gerade das Aneignen eines vernünftigen und vorausplanenden Umgangs mit den eigenen Finanzen kommt jedoch im Alltag oder in der Schule oftmals zu kurz. Banknoten und Münzen können dabei unterstützen, die persönlichen Ausgaben besser im Blick zu haben und so einen Überblick über die eigenen Finanzen zu behalten.

Falschgeld

Die Falschgeldstatistik der OeNB zeigt eine erfreuliche Entwicklung: Mit 7.977 gefälschten Banknoten wurden im Jahr 2019 um 31,8 % weniger als 2018 aus dem Verkehr gezogen. Angesichts der 1,8 Mrd. Stk Banknoten die 2019 auf Echtheit und Umlauffähigkeit geprüft wurden, ist das Falschgeldaufkommen sehr gering.

Den größten Anteil hatte auch im Jahr 2019 mit 46,9 % die 50-Euro-Banknote, gefolgt von der 20-Euro-Banknote mit 21,2 % und der 100-Euro-Banknote mit 19,2 %. ■

https://www.eurologisch.at



Third Vienna Energy Strategy Dialogue

World Energy Council Austria fordert Kooperation in der Energietransformation

Diesjährig wurde der „Vienna Energy Strategy Dialogue“ digital von World Energy Council Austria, OSZE, Industriellenvereinigung und Ernst & Young unter dem Titel „Implikationen einer globalen Energiewende“ organisiert. Insgesamt über 120 Teilnehmende konnten mit Spitzenvertretern internationaler Organisationen und Energieunternehmen über die Energiezukunft diskutieren. Laut den Diskutanten der digitalen Veranstaltung muß die derzeitige Covid-19 Krise als Chance genutzt werden, um die Energiesysteme nachhaltig zu dekarbonisieren. In den Wegen, wie man diese Aufgabe bewältigt, scheiden sich die Geister.

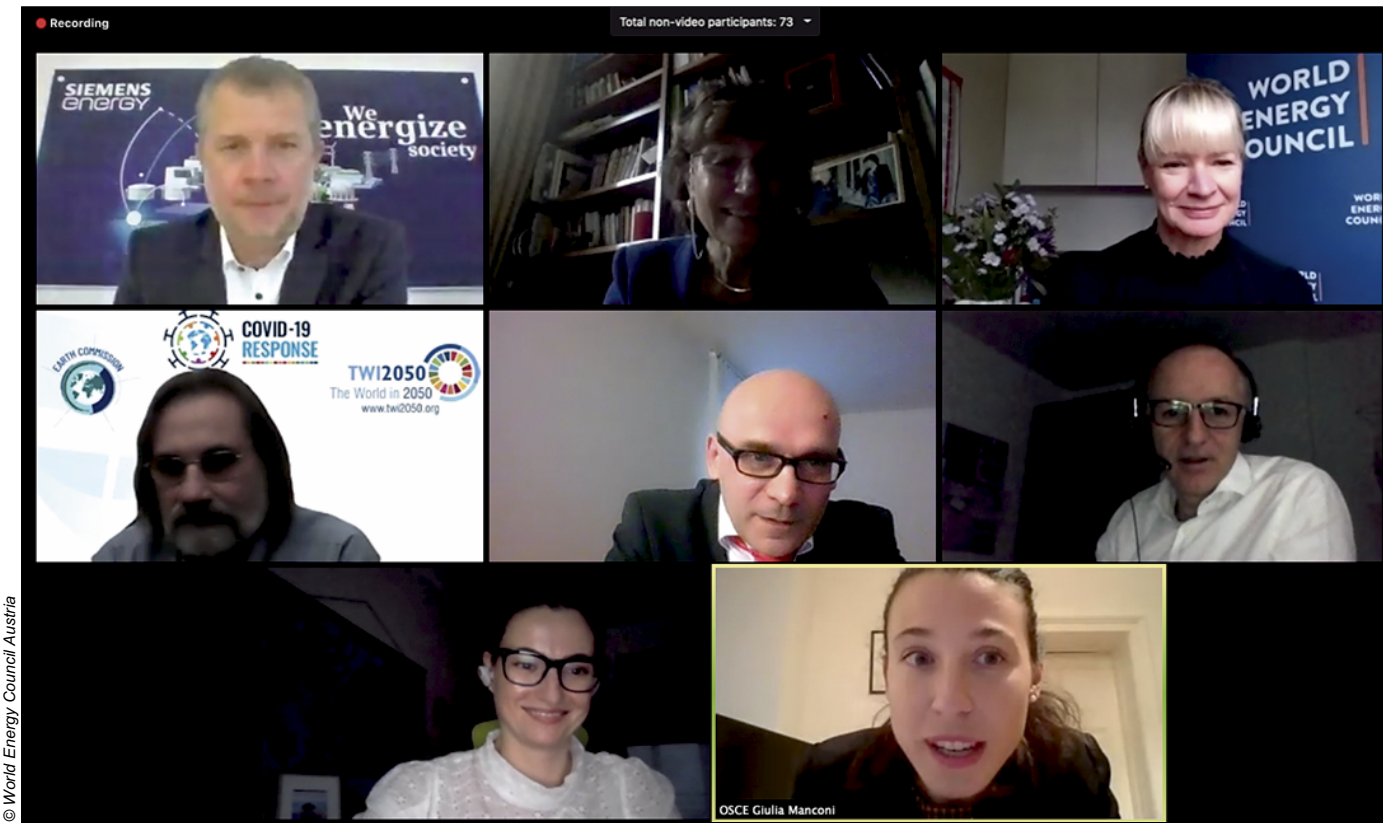
Covid-19, Klimawandel, Geopolitische Spannungen. Das sind jene Fragen, die die Energiewelt derzeit am intensivsten beschäftigen. Covid-19 sorgt für Umbrüche in der Nachfrage nach Energie. Gleichzeitig müssen aufgrund des voranschreitenden Klimawandels unsere Energiesysteme dekarbonisiert werden. Dies erfordert jedoch Kooperation auf internationaler Basis, die derzeit aufgrund der geopolitischen Spannungen konterkariert wird. Diese Fragestellungen waren auch beim diesjährigen digitalen „Third Vienna Energy Strategy Dialogue“ das Hauptthema. World Energy Council Austria (WEC), OSZE, Industriellenvereinigung und Ernst & Young luden dafür hochkarätige ExpertInnen aus Energiewirtschaft- und politik ein, um diese Fragestellungen näher zu diskutieren.

Hochkarätige Beteiligung

Unter dem Arbeitstitel „Implikationen einer globalen Energiewende“ konnten 14 führende Personen im Energiesektor zur Diskussion gewonnen werden. International agierende Organisationen – World Energy Council, OPEC, IAEA oder IEA, um nur einige zu nennen – fanden ebenso Platz in der Diskussion wie führende Unternehmen, unter anderem Austrian Power Grid und Siemens Energy. „Die Herausforderungen, mit denen wir derzeit konfrontiert sind, können nur gemeinsam gelöst werden. Ohne Kooperation auf internationaler Ebene sowie mit Stakeholdern wie der Privatwirtschaft werden unsere Ziele scheitern. Daher war es uns als Veranstalter wichtig, daß wir genau jene Leute an den Tisch bringen, die unsere Energiezukunft maßgeblich mitgestalten werden“, so der neu gewählte Präsident des World Energy Council Austria, Michael Strugl.

Das erste Panel

Aufgrund der breit gefächerten Thematik wurden zwei separate Diskussionspanele aufgestellt. Im ersten Panel wurden die sozio-ökonomischen Effekte der Energiewende beleuchtet. Covid-19 hat zu einem Verfall



© World Energy Council Austria

1. Reihe: Aleš Prešern (Siemens Energy), Valeria Termini (University of Roma Tre), Angela Wilkinson (World Energy Council); 2. Reihe: Nebojsa Nakicenovic (IIASA), Stefan Ulreich (Hochschule Biberach), Gerhard Christiner (Austrian Power Grid); 3. Reihe: Boyana Achovski (Gas Infrastructure Europe), Giulia Manconi (OSCE)

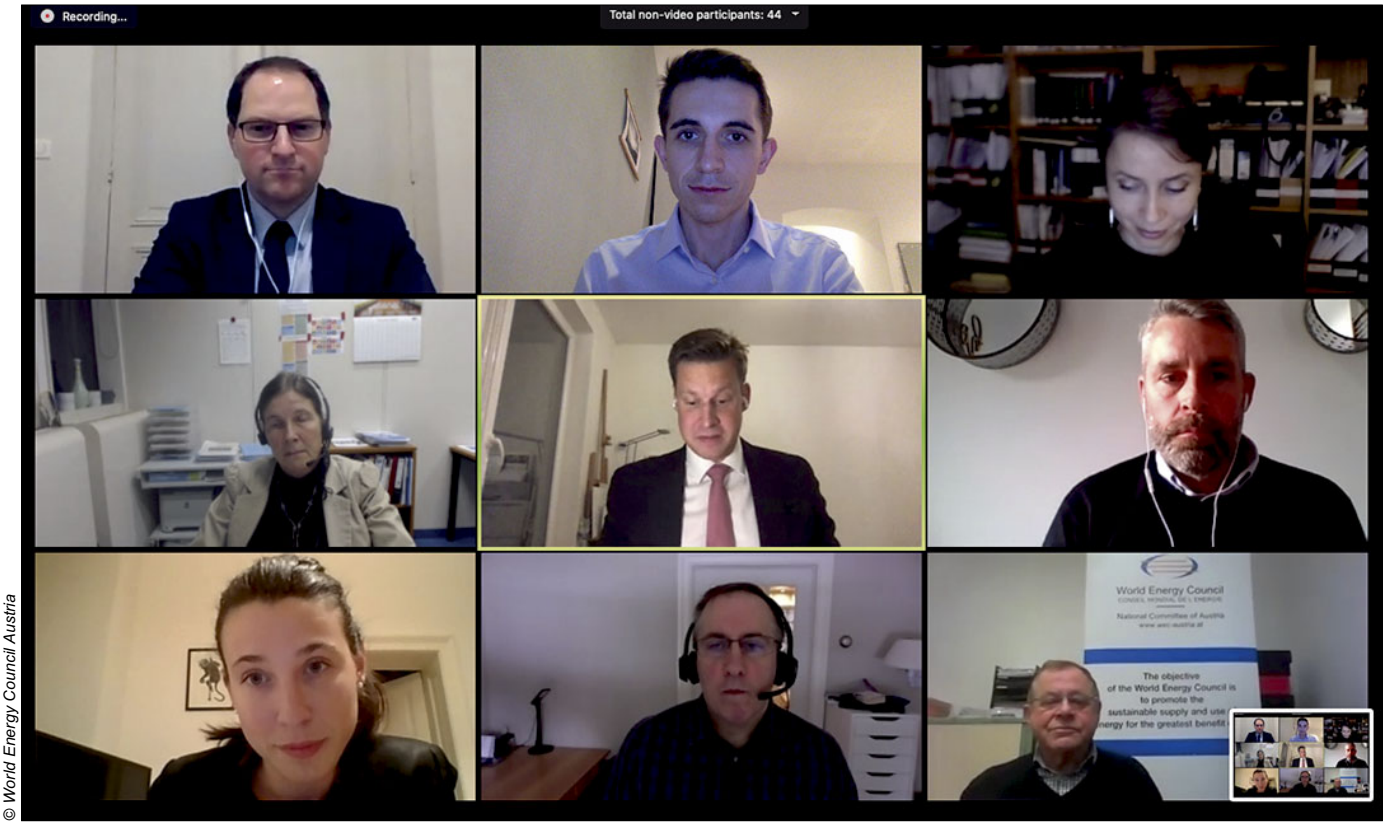
im Ölpreis geführt. Trotzdem projizieren die Analysten der OPEC einen steigenden Bedarf an Erdöl. Gründe hierfür liegen im steigenden Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren sowie der Bedarf an sicherer Energieversorgung. Als größte Hürde wird derzeit ein dramatischer Rückgang der Investitionen in Förderanlagen gesehen. Neben dem Ölpreis werden in Zukunft auch der Zugang zu elektrischer Energie eine wichtige Rolle spielen. Durch das vermehrte Aufkommen erneuerbarer Energieträger im Stromnetzt ist ein Netzausbau dringend notwendig. Gerhard Christiner, CTO von Austrian Power Grid, ist überzeugt, daß Europa nur gemeinsam die Pariser Klimaziele erfüllen kann. „Mit dem Green New Deal wird Kooperation in einem vereinten Europa wichtiger. Das Wichtigste hierbei ist, daß im Zentrum aller Überlegungen immer die Gesellschaft steht, damit die Transformation der Energiesysteme gelingen kann." Außerdem haben im künftigen Energiesystem Effizienzsteigerungen sowie der vermehrte Einsatz künstlicher Intelligenz eine zunehmende Wichtigkeit. Um die Pariser Klimaziele sowie die Sustainable Development Goals einhalten zu können, müssen die derzeitigen staatlichen Finanzhilfen sowie Investitionen an jene Unternehmen fließen, die Maßnahmen setzen, um die Energietransformation voranzutreiben.

Das zweite Panel

Im zweiten Panel der Veranstaltung wurden geopolitische Zusammenhänge sowie Sicherheitsfragen im künftigen erneuerbaren Energiesystem erläutert. Laut dem World Energy Outlook der Internationalen Energieagentur wird die derzeitige Pandemie die Energiewelt die nächsten Jahre stark beeinflussen. Es verbleibt die Frage, ob die derzeitige Situation einen Rückschlag für sichere und nachhaltige Energiesysteme darstellt oder ebenjene beschleunigt. Ein Szenario der Internationalen Energieagentur geht davon aus, daß Erneuerbare bis 2030 80 Prozent des Wachstums im Stromsektor ausmachen werden. In der Energiewelt der Zukunft wird Cyber-Sicherheit eine größere Rolle spielen. Durch die intensivierte Digitalisierung verändert sich die gesamte Wertschöpfungskette im Energiesektor. Zudem werden laut der Analysten von Ernst & Young künftig alle Lebensbereiche, inklusive der Energiesysteme, digital vernetzt sein. Der Einsatz verschiedenster neuer Technologien führt zu einem erhöhten Risikopotential in Sicherheitsfragen, da dabei bisher noch keine Fallbeispiele und regulatorische Richtlinien existieren. Zusätzlich ist die Digitalisierung nicht nur eine Sicherheitsfrage für die Energiesysteme, sondern ein integraler Bestandteil der Energietransformation. Der Nutzen durch innovative digitale Technologien steht in keinem Vergleich zu möglichen Kosten, z.B. durch erhöhten Energiekonsum von Rechenzentren. Zukunftstechnologien wie Internet of Things oder Blockchain werden eine wesentliche Rolle in unserer künftigen Gesellschaft spielen und viele Prozesse effizienter gestalten, wodurch sich trotz des Energieverbrauchs eine Nettoeinsparung an Energie ergibt.

Ganzheitliche Denkweisen und technologischer Fortschritt

Die zukünftige Entwicklung des Energiesektors ist fundamental für die Einhaltung der Pariser Klimaziele. Der „Third Vienna Energy Strategy Dialogue" hat einige wichtige Facetten der Energietransformation aufgezeigt. Ganzheitliche Denkweisen und technologischer Fortschritt sind genauso wichtig wie internationale Kooperation und intelligente Investitionen. Ob sich die Ziele realisieren lassen ist zudem abhängig von politischen Weichenstellungen sowie gesellschaftlicher Akzeptant. Als unabhängige NGO ist dem World Energy Council daher



© World Energy Council Austria

1. Reihe: Brent Wanner (IEA), Ivaylo Walinga (OSCE), Katja Yafimava (Oxford Institute for Energy Studies); 2. Reihe: Aliki van Heek (IAEA), Daniel Kroos (OSCE), Duane Verner (Argonne National Laboratory); 3. Reihe: Giulia Manconi (OSCE), Jonathan Koomey (Koomey Analytics), Robert Kobau (World Energy Council Austria)

wichtig, die Diskussion zu fördern und alle möglichen Wege zu beleuchten im Streben nach nachhaltiger, sicherer und leistbarer Energie. Dr. Robert Kobau, Geschäftsführer World Energy Council Austria, und Daniel Kroos, Senior Program Officer OSZE, versicherten, daß der vierte „Vienna Energy Strategy Dialogue“ im nächsten Jahr wieder stattfinden wird, damit Experten gemeinsam zu Fragen der Energiezukunft diskutieren können.

Über World Energy Council Austria

Die Energiesysteme sind weltweit in Bewegung. Mehr als eine Milliarde Menschen haben keinen Zugang zu leitungsgebundener Energie. In den aufstrebenden grossen Volkswirtschaften kann die Armutsschwelle nur mit einem Mehr an Energie übersprungen werden. Andererseits bedingt die international gewünschte Reduktion des CO_2-Ausstoßes einen Systemwechsel. Die europäische Energieszene wird dominiert durch die Formen und die Auswirkungen der Energiewende.

Seit mehr als 90 Jahren steht der World Energy Council, mit dem Sitz in London, an der vordersten Front der Energiediskussion und versteht sich als weltweite Denkfabrik und Aktionsfeld, um Energie für alle sicher zu stellen. Der World Energy Council ist eine UNO akkreditierte Organisation und umfaßt mehr als 3.000 öffentliche und private Organisationen in annähernd 100 Staaten.

Alle großen internationalen Player auf dem Sektor der Energiewirtschaft und –politik sind Teil des Weltenergierates. Wissenschaftliche Studien und Prognosen bieten den Akteuren in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft die Informationen für zukunftsorientierte Entscheidungen. Im Vordergrund stehen die Interessen der Menschen und der Wirtschaft unseres Landes für eine nachhaltige, effiziente und leistbare Energie.

Der World Energy Council Austria ist die österreichische Vertretung der seit 1923 bestehenden internationalen Organisation. Mitglieder sind maßgebende Unternehmen und Verbände. Die nationale Organisation unterstützt globale, nationale und regionale Energiestrategien durch hochkarätige Veranstaltungen (alternative Mobilität, Energiewende, Energiespeicher), Studien und Rankings über die aktuelle Energiesituation im Konex mit dem europäischen Umfeld. Querdialoge unter den Mitgliedsorganisationen und die Förderung von Young Energy Professionals sind ein wesentlicher Bestandteil. ■

https://www.wec-austria.at/

Europass Portal-Launch

Der OeAD lud am 12. November zum nationalen Europass Portal-Launch und zur Euroguidance-Fachtagung

Die Arbeitsmärkte in Europa haben durch die Covid-19-Pandemie tiefgreifende Umstrukturierungen erfahren und stehen durch hohe Arbeitslosenzahlen unter Druck. Die Pandemie und ihre wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen haben weitreichende Implikationen für die Zukunft. Das EU-Programm Erasmus+ fördert eine Reihe von Initiativen und Beratungsnetzwerken, die die Menschen bei ihrer Bildungs- und Berufswahl unterstützen und den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern sollen. So ist der Europass ein kostenloses Online-Tool der Europäischen Union, das dabei hilft, den persönlichen Bildungsweg und die Berufslaufbahn zu planen. Im Zentrum steht der Lebenslauf, der bis Juni 2020 europaweit 150 Millionen Mal online erstellt wurde.

Das erfolgreiche Europass-Portal wurde im Sommer mit vielen neuen Funktionen neu lanciert. Der große Vorteil gegenüber kommerziellen Anbietern ist, daß der Europass kostenlos, Datenschutzkonform und europaweit anerkannt ist.

„Der Europass unterstützt den Zugang zum Arbeitsmarkt Europa. Er hilft bei der Bewerbung, macht Arbeits- und Hochschulabschlüsse vergleichbar und dokumentiert Berufserfahrungen im Ausland. Dank dem neuen Portal wird der Europass digitaler und bietet neue Möglichkeiten für Arbeitssuchende, Unternehmen und in der Weiterbildung“, ist Bildungsminister Heinz Faßmann überzeugt.

Auch Bildungs- und Berufsberatung spielen eine immer wichtigere Rolle, um Veränderungen am Arbeitsmarkt erfolgreich zu begegnen. Der OeAD als nationales Euroguidance-Zentrum informiert als Teil des europäischen Euroguidance Netzwerks Bildungs- und Berufsberater/innen in Österreich und Europa.

„Bildungs- und Karriereberatung ist ein Glied in der Kette der bildungspolitischen Prioritäten Europas. Denn Guidance spielt eine immer wichtigere Rolle, um Veränderungen am Arbeitsmarkt erfolgreich zu begegnen. Um den Einstieg sowie Übergänge am Arbeitsmarkt erfolgreich zu bewältigen, müssen heute vor allem Fähigkeiten im Umgang mit Veränderung entwickelt werden“, betont OeAD-Geschäftsführer Jakob Calice.

Inhalt der Euroguidance-Fachtagung

„Guidance Matters. Mit Guidance die Herausforderungen eines turbulenten Arbeitsmarktes meistern“ war das Motto der Veranstaltung, in deren Rahmen auch der nationale Launch des neuen Europass-Portals stattgefunden hat.

Bildungs- und BerufsberaterInnen in Österreich und Europa haben 2020 mit flexiblen, online-gestützten Angeboten reagiert, und in der Krise am Arbeitsmarkt Menschen unterstützt, um persönliche Strategien und Resilienz zu entwickeln. Hierbei ist das im Juli 2020 gelaunchte Europass-Portal ein wichtiges Unterstützungsinstrument mit vielen zusätzlichen Features, wie z.B. Speicherraum für jede/n User/in und dem einfachen Erstellen von inhaltlich und grafisch auf jede Bewerbung abgestimmten Lebensläufen und Bewerbungsschreiben aus dem vorher erstellen Profil.

Das Portal bietet somit einerseits Unterstützung bei der Karriereplanung und Jobsuche in Österreich und Europa. Es unterstützt aber auch Unternehmen und Personalverantwortliche dabei, die Kompetenzen und Qualifikationen von BewerberInnen richtig einzuschätzen und Bewerbungsprozesse zu vereinfachen. Als eine der zwölf Flagship-Initiativen der „European Skills Agenda“ werden derzeit weitere Features für Stakeholder entwickelt, wie z.B. die Entwicklung einer technischen Software für die Ausstellung digitaler Zeugnisse und Fähigkeitsnachweise. Die Interoperabilität mit Jobportalen und Firmen ist derzeit ebenfalls in Vorbereitung. Dabei sollen HR-Datenbanken mit dem Europass verknüpft werden. BewerberInnen, die schon ein Profil am Europass Portal haben, können sich dann mit einem Klick bei Firmen bewerben. Firmen erhalten die Bewerbungsdaten in einer übersichtlichen, leicht lesbaren und vergleichbaren Form.

Außerdem gab es einen Keynote-Beitrag von Tristram Hooley, Professor für Career Education an der Universität Derby, zum Thema „A global pandemic and its aftermath – the way forward for guidance“.

Bedingt durch die Einschränkungen wegen Corona fand die Euroguidance-Fachtagung am 12. November nur online statt. ■

https://oead.at/

Vorbereitung des spektakulärsten Experiments der Geschichte

Um die Nachfolge des Teilchenbeschleunigers LHC in Genf ist ein internationaler Wettlauf entbrannt. Terra Mater Factual Studios soll die größte Forschungseinrichtung der Welt dabei unterstützen die Nobelpreisschmiede in Europa zu halten.

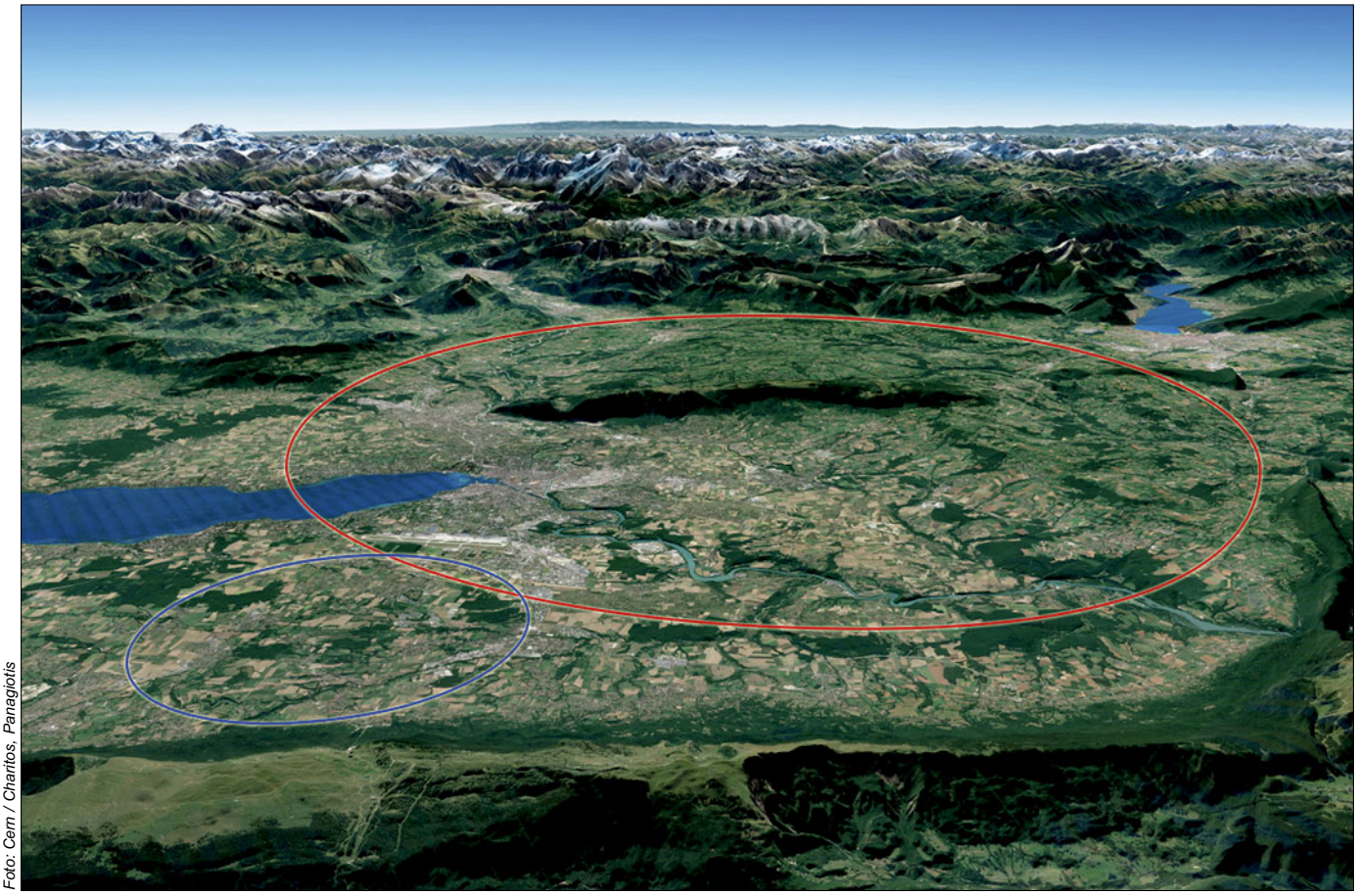


Foto: Cern / Charitos, Panagiotis

Die FCC-Studie bereitete ein Konzept für einen 100 km langen Ringbeschleuniger vor (rote Linie), der die bestehende Beschleunigerinfrastruktur (blaue Linie, Umfang 27 Kilometer) des CERN nutzt.

Das Europäische Kernforschungszentrum CERN in Genf ist eine Drehscheibe für Nobelpreisträger und Wissenschaft der Superlative. Als es den Forschern im Jahr 2012 gelang das legendäre Higgs Teilchen zu finden, war die Teilchenphysik an ihrem bisherigen Zenit angekommen. Zu wissen, warum Materie eine Masse hat, war das Ergebnis jahrzehntelanger und internationaler Bemühungen mit der Absicht die Geheimnisse der Natur zu entschlüsseln.

Die Natur macht es den Forschern aber nicht leicht

Mit jeder Erkenntnis wird der Aufwand neue Einblicke und Antworten zu finden größer. Jene 27 Kilometer Maschine, die das Higgs Teilchen entdeckte und Teilchenstrahlen mit mehr als 99.9999991 Prozent der Lichtgeschwindigkeit aufeinanderprallen läßt, kommt langsam, aber sicher an ihre Leistungsgrenzen.

„Mit unseren Experimenten sind wir in der Lage, Bedingungen zu reproduzieren, die denen ähnlich sind, die im Universum Bruchteile von Sekunden nach dem Urknall herrschten“, sagt der ehemalige CERN-Direktor Rolf-Dieter Heuer

Doch das reicht nicht. Die Forscher wissen, daß der Urknall in gewisser Weise die Geburtsstätte unseres Universums ist, aus der die Bausteine der Materie hervorgehen, aus denen wir alle bestehen. Je genauer man diesen Moment betrachtet, desto mehr Antworten können Forscher auf einige der grundlegendsten Fragen der Menschheit finden.

Um die Lücke zu verkleinern, muß ein größerer Beschleuniger gebaut werden. Nicht doppelt, sondern vier Mal so groß. Erst dann können die nötigen Energien erreicht werden, die eine genauere Analyse des Urknalls im Labor erlauben würde.

„Unser bestes Erklärungsmodell für die Beschaffenheit der Welt erklärt gerade einmal fünf Prozent des Universums. Von den übrigen 95 Prozent, der dunklen Materie und der dunklen Energie, wissen wir allerdings noch sehr wenig“, sagt Michael Benedikt, Leiter der Future Circular Collider Studie, dem potentiellen Nachfolgeprojekt des aktuellen Beschleunigers.

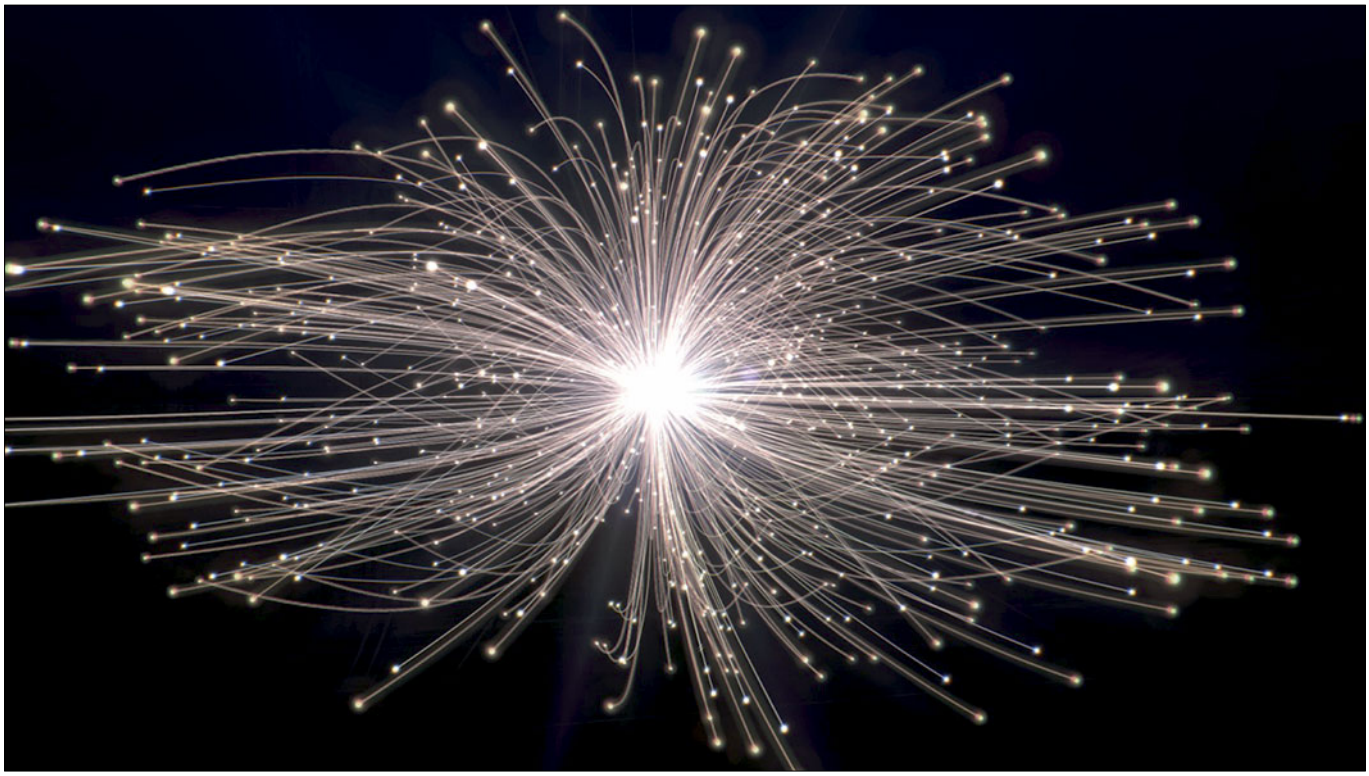


Foto: Cern / Polar Media

Künstlerischer Blick auf ein Kollisionsereignis bei der FCC

Eine international angelegte Kommunikationsstrategie soll helfen das Thema in die breite Öffentlichkeit zu tragen, um eine Debatte auf breiter Ebene zu ermöglichen. „Entscheidend ist es nun diese Jahrhundertgeschichte der Forschung richtig zu erzählen, um zu verhindern, daß es in einer reinen Finanzierungsdiskussion endet. Denn dann hat dieses globale Projekt unter europäischer Führung verloren“, sagt Markus Mooslechner, der bei Terra Mater Factual Studios die Kommunikationsstrategie zum CERN-Projekt entwirft.

Daß Terra Mater Factual Studios bei dieser von der Europäischen Union finanzierten Aufgabe zum Zug gekommen ist, ist kein Zufall. „Mit unseren vielfach ausgezeichneten Dokumentarfilmen haben wir im Naturbereich gezeigt, daß wir auf internationaler Ebene etwas verändern können. Mit gleicher Leidenschaft versuchen wir auch in dieses Projekt zu gehen“, sagt Walter Köhler, CEO von Terra Mater Factual Studios.

Eine neue Maschine würde alle bisherigen Superlative sprengen. Dafür müßte der längste kreisförmige Tunnel der Welt gebaut werden. Mit einem Umfang von 100 Kilometern würde er in einer Tiefe von bis zu 300 Metern unter dem Genfer See und den benachbarten Gebirgszügen hindurchführen. In der Endausbaustufe sollen darin extrem leistungsstarke Magnete verbaut werden, deren Bestandteile zum Großteil erst entwickelt werden müssen, und die nur nahe dem absoluten Nullpunkt bei Minus 271 Grad Celsius funktionieren. Das ist kälter als der kälteste Ort im gesamten Universum.

Die damit verbundenen technischen und wissenschaftlichen Anstrengungen sind enorm. In den kommenden fünf Jahren werden umfangreiche Machbarkeitsstudien darüber Auskunft geben, ob das Projekt überhaupt realisierbar ist. In den Jahren 2026/27 wollen die 23 Mitgliedsstaaten, die den Betrieb des CERN finanzieren, beraten, ob der Future Circular Collider gebaut wird. Bis Ende der 2030er Jahre ist der aktuelle Beschleuniger noch in Betrieb. Ab dann könnte eine Nachfolgeanlage ihren Betrieb aufnehmen, der in zwei Stufen etwa 50 Jahre dauern soll.

Der Weg dahin ist herausfordernd, die Entscheidung danach wohl noch etwas mehr. Nicht zuletzt, da auch China ein vergleichbares Projekt in den Startlöchern hat. Mit der Entscheidung im Jahr 2025 steht viel auf dem Spiel, geht es nicht zuletzt um die jahrzehntelange Vormachtstellung Europas in der Teilchenphysik.

CINEMATER
Film Studios

Über Terra Mater Factual Studios

Terra Mater Factual Studios produzieren erstklassige TV-Programme und Kinofilme und fühlen sich dabei ausschließlich den höchsten Produktionsstandards verpflichtet. Für klassische Primetime-kompatible Dokuserien und Specials sind Natur, Wissenschaft und Geschichte die Kerngenres. Das österreichische Produktionshaus verfolgt aber auch andere Stilrichtungen in erfrischend neuen, seriellen Factual Entertainment-Formaten. Für die Kinoleinwand realisieren Terra Mater Factual Studios Filmprojekte vom klassischen Dokumentarfilm über das „Wild Drama“, in dem die Natur die Hauptrolle spielt, bis hin zum Spielfilm mit wahrer Geschichte als Grundlage für das Drehbuch. Am eigenen YouTube Channel zeigen Terra Mater Factual Studios exklusiv produzierte Kurzdokus zu den Themen Conservation & Environment, Natur & Wildlife (#terramatters).

Terra Mater Factual Studios wurden am 1. Jänner 2011 mit Sitz in Wien gegründet. Das Tochterunternehmen von Red Bull ist spezialisiert auf die Produktion und Distribution von Dokumentarfilmen für Kino, TV und Multimedia Plattformen.

https://www.terramater.at/

Eine Schule voll Sonne und Freiraum

Dietmar Feichtinger: Schulen sind sehr wesentliche Orte in der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Architektur ist Hintergrund. Das hat der österreichische Architekt mit dem Projekt in der Gemeinde Antony südlich von Paris umgesetzt.



Foto: DFA | Dietmar Feichtinger Architectes

Schulgebäude sind prägend für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, die fast den ganzen Tag dort verbringen. Für französische Gemeinden sind sie außerdem Prestigeprojekte. Daher ist ihre Architekturqualität noch bedeutsamer als anderswo.

Die neue Volksschule mit Kindergarten von Dietmar Feichtinger Architectes in Antony ist das Resultat eines gewonnenen Wettbewerbs und eine enorme Verbesserung im Vergleich zur alten Schule, die sie ersetzt. Antony zählt zur Métropole du Grand Paris, 20 Minuten braucht die Schnellbahn RER C in das Pariser Zentrum. Die Schule liegt unweit einer Schnellbahnstation, einer Hauptschule und eines Gymnasiums an einer Kurve der Rue Pierre-Gilles de Gennes.



Foto: DFA | Dietmar Feichtinger Architectes

Um sich gut ins Stadtgefüge einzupassen, möglichst viel Raum für einen zentralen Pausenhof und eine optimale Sonneneinstrahlung für die Klassen zu erreichen, hält sich der Baukörper an die Grundgrenzen. Viel natürliches Tageslicht, offene, helle Räume, ein großer Bewegungsspielraum und der direkte Bezug ins Freie waren wesentliche Planungskriterien. Der Sonneneinfall wurde über das ganze Jahr simuliert, die Trakte sind in der Höhe gestaffelt: Drei Geschoße im Nordosten, zwei im Nordwesten und eines am kurvigen Straßenverlauf von Südwesten nach Südosten. So fällt die Sonne optimal in den Pausenhof und die Unterrichtsräume ein, der Energieverbrauch bleibt nieder.

Die Schule besteht aus vier Trakten, die einen großen, trapezförmigen Innenhof einfassen. Ihre Raumschichten werden nach innen hin immer durchlässiger. Ein Hof mit



Foto: DFA | Dietmar Feichtinger Architectes

Bäumen und einer großen, umlaufenden Terrasse für die Klassen im ersten Stock bildet die luftige, sonnige, kinder- und bewegungsfreundliche Mitte dieser Schule.

Städtebau

Der Mehrzwecksaal im Erdgeschoß liegt sehr prominent an der Straßenkurve im Südosten. Er ist als Raum für Spiel, Sport und Bewegung der Kinder, aber auch für Veranstaltungen geeignet. Er bildet das Gelenk zwischen der straßenseitig angrenzenden großen Kantine und dem Eingang im Westtrakt der Schule. Diese gesamte Raumfolge an der Straße ist mit einer polygonalen, transluzenten Fassade aus Glas und Streckmetall zusammengefaßt. Das verschafft den Kindern eine Präsenz im Stadtraum, ermöglicht natürliche Belichtung, Belüftung und signalisiert Offenheit. Umgeben einem breiten, rotgefärbten Trottoir, steigt der Saal zur Kurve hin bis zu einer Raumhöhe von vier Meter an: er folgt damit dem Geländeverlauf un schafft innen einen sehr hellen, großzügigen, multifunktionalen Raum zum Turnen, Ballspielen, Herumtollen und für Veranstaltungen. Sein leicht ansteigendes Dach ist als Sportplatz im Freien gestaltet. Die Dachneigung führt zu flachen Sitzstufen aus Holz, als Ballnetz und Absturzsicherung dient ein kaum sichtbares Edelstahlnetz, das auch ein Rankgitter für Pflanzen ist. Schon jetzt sind einige zu sehen, sie werden sich zu einem grünen Filter am Dach auswachsen.

Eingang

Im Westen bildet der Bogen dieses Daches ein Vordach aus, das den Weg zum Eingang beschirmt. Hier können die Kinder vor und nach der Schule bei jedem Wetter aufeinander warten oder sich unterhalten. Der abschließende Gymnastiksaal ist leicht vorgerückt – er betont so den Eingang und wäre auch extern zu nutzen. Auf diese halböffentliche Raumschicht an der Straße folgt der umlaufende Gang, der alle Klassen erschließt. Er ist als Puffer, Transit-, Aufenthaltszone und Pausenfläche den Unterrichtsräumen vorgelagert. Dieser Gang weitet sich hinter dem Entree zum Foyer, wo eine breite Treppe in den ersten und zweiten Stock führt. Sie separiert ganz selbstverständlich die größeren von den kleinen, die noch keine großen Stiegen hinaufgehen wollen. Sie laufen direkt in ihre Gruppen.

Klassen

Die Gruppen der zweieinhalb bis sechsjährigen befinden sich im Erdgeschoß. Sie sind alle mit raumhohen, öffenbaren Glasfassaden zum großzügigen Pausenhof orientiert, der hier als freundliche Kunstlandschaft mit sachten Hügeln aus Sportbelag, Bäumen und Spielbereichen gestaltet ist. Die Kinder können aus ihren Gruppen direkt ins Freie. Die Klassen im Obergeschoss folgen demselben Prinzip: Sie sind zu weitläufigen Terrassen hin orientiert, deren abgerundete Kanten der Kurve von Straße und Mehrzwekksaal Referenz erweisen und einen schönen Innenhof formen. Diese Terrassen sind aus Holz. Außerdem rahmen sie den darunterliegenden Freiraum der Kleinen auf eine bergende Weise ein – und beschatten die Randbereiche vor den Gruppen. So können die Kinder auch bei Regenwetter draußen spielen. Dieselbe Funktion erfüllt die gedeckte Terrasse im ersten Stock für die Volksschüler. Alle, die zu früh in der Schule sind, können dort bei jedem Wetter gemeinsam spielen oder sich unterhalten, bis der Unterricht beginnt.

Die Luftqualität spielt für Wohlbefinden und Konzentrationsfähigkeit der Kinder eine große Rolle. Zwischen den Klassen unterbricht je ein raumhohes Holzpaneel Glasfassade. Dahinter befindet sich eine Heizung, die die Luft vorwärmt und durch die klassenseitigen Lamellen einbläst, wenn es zu kalt ist. Steigt der CO_2-Gehalt in der Raumluft zu sehr an, wird Frischluft zugeführt. Dieses Holzelement gibt der Glasfassade einen Rhythmus und trägt zur warmen Atmosphäre des Hofes bei.

Alle Trennwände und tragenden Stützen sind aus Sichtbeton, die Wände zum Gang als Multifunktionsmöbel aus Holz ausgeführt: Klassenseitig dienen sie als Regal, Kasten und Waschbecken, gangseitig als Garderobe. Im Eingangsbereich liegt Stabparkett am Boden, in allen anderen Räumen ein geschliffener Estrich.

Die Kantine ist ein tiefer, offener Raum an der Straße, der von der dortigen Fassade und einem rundumverglasten Innenhof mit Oberlicht natürlich erhellt wird. 370 Mahlzeiten werden dort täglich ausgegeben. Diese Schule ist robust, offen und hell. Architektur ist für den in Bruck an der Mur (Steiermark) geborenen Dietmar Feichtinger die Bühne für den Alltag, sie muß bespielt werden. Diese Schule ist um einen Freiraum orientiert – und sie läßt genug Freiraum zu Aneignung und Entwicklung. Die SchülerInnen und Lehrenden sind sehr glücklich damit. Hier verbringt man gern einen Tag. ■

http://www.feichtingerarchitectes.com/

Weltpremiere

Erste Hybrid-Verkostung österreichischer Weine in Moskau



Foto: ÖWM / Anjela Kotsoeva

Unter Einhaltung aller Sicherheitsvorkehrungen verkosteten 160 Fachbesucher im Four Seasons Hotel 195 österreichische Weine.

Am 23. November veranstaltete die Österreich Wein Marketing GmbH (ÖWM) in Moskau die erste „hybride" Weinverkostung der Welt. Während die BesucherInnen im Four Seasons Hotel knapp 200 österreichische Weine verkosteten, waren sie über ein Online-Tool live mit den Winzern in Österreich verbunden. Begeisterte Rückmeldungen bestätigen Österreichs Image als Pionier in der Weinwelt.

Weine in Moskau, Winzer in Österreich

Eine Weinprobe mit Winzerbeteiligung trotz strenger Corona-Restriktionen in Moskau? Um dies zu ermöglichen, entwickelte die ÖWM die erste „hybride" Weinverkostung der Welt: Unter Einhaltung aller Sicherheitsvorkehrungen verkosteten 160 FachbesucherInnen im Four Seasons Hotel 195 österreichische Weine. Parallel konnten sie über ein Online-Tool mit den 32 Winzern der präsentierten Weine in Österreich live in Kontakt treten – via Chat oder Videotelefonat. Zudem waren über das Tool weiterführende Informationen und eigens produzierte Kurzvideos zu jedem Weingut und seinen Weinen verfügbar. Jede Besucherin, jeder Besucher saß an einem eigenen Tisch und konnte beim Servicepersonal Wein-Flights



Foto: ÖWM / Anjela Kotsoeva

Johannes Eigner, Österreichischer Botschafter in Rußland, und Dina Khvan vom österreichischen AußenwirtschaftsCenter Moskau

in beliebiger Reihenfolge und eigenem Tempo bestellen.

Österreich als Vorreiter unter allen Weinländern

„Seit März arbeiten wir mit Hochdruck an innovativen Verkostungsformaten, damit sich die internationalen Meinungsführer weiterhin ein Bild von unseren großartigen Weinen machen können", erklärt ÖWM Geschäftsführer Chris Yorke. „Mit der Hybrid-Verkostung in Moskau konnten wir in Zusammenarbeit mit dem Außenwirtschafts-Center nun einen echten Meilenstein im internationalen Weinmarketing setzen – das bestätigten auch die anwesenden Gäste!"

Roman Sosnovsky, Präsident der Moskauer Sommelier-Vereinigung, lobte die Veranstaltung: „Ruhig und bequem die gewünschten Weine probieren und dabei selbst entscheiden, wann man mit welchem Winzer Kontakt aufnimmt: Ich kann nur hoffen, daß es jetzt mehr solcher Veranstaltungen geben wird. 12 von 10 Punkten für die Organisation!"

Auch Dina Khvan vom Außenwirtschafts Center Moskau berichtet von begeisterten Rückmeldungen: „Die Besucher waren äusserst zufrieden und meinten, daß Österreich unter allen Weinländern ein Vorreiter und Musterbeispiel sei."

Fortführung des Formats 2021

Aufgrund der überwältigenden positiven Erfahrungen und der anhaltenden unsicheren Lage in vielen Ländern wird die ÖWM das Konzept der hybriden Weinverkostungen 2021 nahtlos fortführen. Nächster Stopp: London. ■

https://www.oesterreichwein.at/

Österreich, Europa und die Welt

Unterwegs im Seewinkel

Die jüngste der 127 PaN-Freundschaftsgesellschaften bereiste das Burgenland



Foto: PaN – Partner aller Nationen

Die DelegationsteilmehmerInnen der Österreichischen-San Marino Freundschaftsgesellschaft-PaN vor dem Nationalparkzentrum in Illmitz

Bereits im September machte sich eine Delegation der Österreichischen-San Marino Freundschaftsgesellschaft-PaN mit einem Großraumbus der Firma K&K auf den Weg in den an diesem Tag besonders strahlenden Seewinkel auf.

Die jüngste der 127 Freundschaftsgesellschaften von PaN – Partner aller Nationen – wurde erst im November 2018 vom damaligen Protokollchef der Burgenländischen Landesregierung, Hofrat Johannes Pinczolits und dem Generaldirektor des Hotel Burgenland, Alfred Diewald, gegründet und entfaltete in kurzer Zeit eine rege völkerverbindende Vereinstätigkeit.

Dies gelang deshalb auch so gut, da die beiden Proponenten nicht nur einen starken persönlichen Bezug zu der ältesten Republik Europas haben, sondern in kurzer Zeit auch einen hervorragenden Kontakt zur diplomatischen Vertretung San Marinos in Österreich aufbauen konnten.

So fand unter anderem bereits im Mai 2019 eine erste Delegationsreise nach der Republik San Marino mit hochkarätigen Begegnungen auf der diplomatischen Ebene



Foto: PaN – Partner aller Nationen

Die Corona-bedingten Sicherheitsabstände wurden natürlich auch im K&K-Großraumbus vorbildlich eingehalten



© Wikipedia / / CC-BY 4.0 / Foto: Johannes Leitner

Bild oben: Der Schilfgürtel des Nationalparks Neusiedler See – Seewinkel in Illmitz

Bild rechts: Ein Blick auf „Einser Kanal“

statt. Dabei wurden gemeinsame Projekte auf kulturellen, wirtschaftlichen und weiteren völkerverbindenden Gebieten für die nächsten Jahre besprochen.

Im August 2019 veranstaltete die San Marino Gesellschaft-PaN im Hotel Burgenland einen Musikalischen Cocktail Abend für Mitglieder, FreundInnen und UnterstützerInnen der Gesellschaft.

Dann kam Covid-19 und der jüngsten aller PaN-Freundschaftsgesellschaften erging es, wie allen anderen PaN-Mitgliedsgesellschaften ebenso wie dem Dachverband-PaN, es mußten coronabedingt beinahe alle geplanten völkerverbindenden Veranstaltungen der Reihe nach abgesagt werden.

Umso erfreulicher war es für alle Mitreisenden, als am 18. September der Bus mit über 20 TeilnehmerInnen vom Hotel Burgenland in Eisenstadt bei strahlendem Sonnenschein in Richtung Seewinkel abfuhr.

Erste Station war das Info-Zentrum des Nationalparks Neusiedler See – Seewinkel in Illmitz, wo die DelegationsteilnehmerInnen einen großartigen Einblick in die Entstehungsgeschichte des einzigartigen Nationalparks und die vielfältigen Aktivitäten des Nationalparkteams vermittelt erhielten, welcher zum einen Teil auf österreichischen, zum anderen auf ungarischem Staatsgebiet liegt.

Danach ging es über die malerische „Kleine Pusta“ nach Wallern, St. Andrä und Andau – entlang dem neun Kilometer langen dem Schicksalsweg für Tausende Flüchtlinge des Ungarnaufstands 1956. Bei der legendären „Brücke von Andau“ über den Einser-Kanal hielt der Bus dann an.

Der Einser-Kanal
wurde von Österreich-Ungarn zur Entwässerung der Hanságsümpfe und zur Regulierung des abflußlosen Neusiedler Sees angelegt.



© Wikipedia / / CC-BY 4.0 / Foto: Steindy

Österreich, Europa und die Welt

Hochwasserperioden überschwemmten ganze Ortschaften in unmittelbarer Seenähe und wechselten mit Zeiten, in denen der See völlig austrocknete. Mit dem Bau wurde 1895 begonnen, die Fertigstellung erfolgte 1909.

Der Kanal verläuft nur auf ungarischem Staatsgebiet, anfangs unmittelbar parallel zur Grenze zwischen Österreich und Ungarn und entwässert den Neusiedler See zur Donau.

Der Einser-Kanal hat zu einer Absenkung des Salzgehaltes und gleichzeitig zu einem Anwachsen des Schilfgürtels im Neusiedler See geführt. Der Kanal ist beiderseits von einem Damm umgeben. Schwäne brüten in seinem dichten Schilfgürtel, der den Kanal zum Teil auf zwei bis vier Meter einengt.

Die »Brücke von Andau«

ist eine kleine Holzbrücke über den Einser-Kanal an der österreichisch-ungarischen Grenze im Seewinkel nahe der Ortschaft Andau. Berühmt wurde sie, als nach der Niederschlagung des Ungarischen Volksaufstands hier zehntausende Menschen nach Österreich flüchteten. Die Brücke diente bis 1956 den örtlichen Landwirten im Seewinkel als Hilfsbrücke zur Erreichung ihrer Felder, die oft auf beiden Seiten der Grenze lagen.

Ausgelöst durch den Ungarischen Volksaufstand kam es ab dem Sommer 1956 zu einer massiven Flüchtlingswelle in den Westen. Insgesamt flohen mehr als 200.000 UngarInnen, allein im Bereich Andau kamen etwa 70.000 Menschen über die Grenze nach Österreich.



Foto: ÖNB / Weber – HW vp 3152

Tausende Flüchtlinge aus Ungarn überwinden 1956 den Einser Kanal im Grenzort Andau



© Wikipedia / / CC-BY 4.0 / Foto: Steindy



© Wikipedia / / CC-BY 4.0 / Foto: Steindy

Bild oben: Die „Neue Brücke“ von Andau über den Einser-Kanal.

Bild links: Für den Film „Der Bockerer III – Die Brücke von Andau“ wurde der Eiserne Vorhang am Einser-Kanal nachempfunden

Am Nachmittag des 21. November 1956 wurde die Holzbrücke von ungarischen Soldaten gesprengt. Zum Gedächtnis wurde 40 Jahre später die Neue Brücke von Andau in Zusammenarbeit ungarischer und österreichischer Soldaten errichtet und am 14. September 1996 feierlich eröffnet. Einen Blick auf die neu errichtete geschichtsträchtige Brücke kann man vom Aussichtsturm aus an der Grenze beim Einserkanal werfen.

Entlang dieses Weges haben zahlreiche Künstler aus aller Welt mit ihren Skulpturen und Installationen eine einmalige Freiluftgalerie geschaffen.



Foto: PaN – Partner aller Nationen

Die DelgationsteilnehmerInnen auf der „Neuen Brücke“



Foto: PaN – Partner aller Nationen

Willkommene Einkehr im Weingut Scheiblhofer: Seniorchef „Big John“ Scheiblhofer begrüßt die Gäste

Besuch eines Paradeweinguts

Beeindruckt von diesem historischen Platz bestiegen die Delegationsteilnehmerinnen den K&K Bus, der das nächste Ziel, das Weingut Scheiblhofer in Andau, ansteuerte. Mit den meisten Sonnenstunden und den höchsten Temperaturspitzen ist Andau als Hitzepol Österreichs bekannt. Als wärmste Gemeinde bieten sich in Kombination mit den mineralischen Schotterböden ideale Bedingungen für reife und vollmundige Weine. Bereits unter dem Gründer Johann Scheiblhofer wurde das Weingut nicht nur für seine Prädikatsweine, sondern vor allem für seinen Top-Rotwein „Big John“ bekannt. Mit seinem Sohn, Erich Scheiblhofer, steht einer der jungen Garde an der Spitze, der durch seine top Rotweinqualitäten mit einer unverwechselbaren Stilistik für Furore sorgt.

Rund 85 ha Eigenfläche in den besten Lagen Andaus machen das Weingut zu einem der größeren im Burgenland. Eine positive Lebenseinstellung in Kombination mit Freude am Tun schaffen ein einzigartiges Umfeld, das einen Besuch zum Erlebnis macht.

Seniorchef Johann „Big John“ Scheiblhofer empfing die Gäste mit einer obligaten Weinverkostung und anschließenden Führung durch das weitläufige Weingut. Gerade im Entstehen ist das 4-Sternehotel Scheiblhofer, das im Herbst 2021 seine Pforten öffnen soll.



Foto: Weingut Scheiblhofer / Michael Rzepa

Ein Blick auf die Verkostungsräumlichkeiten des Weinguts Scheiblhofer

Etwas ermüdet von der beeindruckenden Führung lud der Seniorchef die San Marino Freundschaftsgesellschaft-PaN zu einem typisch burgenländischen Winzermittagstisch mit einer Verkostung der edelsten Tropfen aus dem weit über die Grenzen des Burgenlandes bekannten Weingutes.

Im Rahmen des kulinarischen Verweilens wurden im Beisein der Ehrenpräsidentin der San Marino Gesellschaft und Seniorchefin Maria Scheiblhofer selbstverständlich auch Belange der Gesellschaft behandelt, wobei vor allem die geplanten Aktivitäten im Jahr 2021 diskutiert wurden. Am späten Nachmittag verabschiedete beinahe die gesamte Familie Scheiblhofer die gut gelaunten Gäste der San Marino Freundschaftsgesellschaft-PaN, die während der Heimfahrt noch alle Ereignisse des Tages Revue passieren ließen. ■

https://www.austria-sanmarino.at/
https://www.scheiblhofer.at/

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Einser-Kanal
https://de.wikipedia.org/wiki/Br%C3%BCcke_von_Andau

Innenpolitik

Terroranschlag in Wien

Am 2. November erfolgte in der Wiener Innenstadt ein gemeiner Terroranschlag

Am Abend des 2. November hat ein schwer bewaffneter 20jähriger Attentäter in der Wiener Innenstadt einen Terroranschlag verübt, bei dem vier Zivilisten ihr Leben verloren und 22 Menschen teils schwer verletzt wurden. Aus aller Welt versicherten Staats- und Regierungschefs Österreich ihres Mitgefühls, Frankreichs Präsident Emanuel Macron war sogar in Österreichs Botschaft in Paris gekommen, um zu kondolieren.



Foto: BKA / Dragan Tatic

v.r.: Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Sebastian Kurz, Vizekanzler Werner Kogler und Innenminister Karl Nehammer bei einer Schweigeminute zum Gedenken der Opfer des Anschlags in der Wiener Innenstadt

Rede von Bundespräsident Alexander Van der Bellen

Liebe Österreicherinnen und Österreicher und alle Menschen, die in Österreich friedlich miteinander leben wollen.

Wir haben eine dunkle, schreckliche Nacht hinter uns. Im Zentrum Wiens, inmitten unserer Republik, hat ein feiges terroristisches Attentat auf das Herz unserer Gesellschaft stattgefunden.

Ein anscheinend islamistisch motiviertes Attentat, das in seiner Dimension und kalten Menschenverachtung das schlimmste unserer jüngeren Geschichte ist.

Unser tiefes Mitgefühl gilt allen Verletzten, die in diesen Stunden um ihr Leben ringen. Unsere Tränen fließen für alle aus unserer Mitte, die ihr Leben verloren haben. Und für all ihre Lieben und Angehörigen und Freunde.

Unser Dank gilt allen Polizistinnen und Polizisten, Soldatinnen und Soldaten, die für unsere Sicherheit ihr Leben einsetzen, und allen Rettungskräften, die in einer Zeit größter Belastung ihr Äußerstes geben.

Unser Dank gilt auch der internationalen Gemeinschaft, die geschlossen und solidarisch in diesen schweren Stunden hinter Österreich steht. Das ist gut zu wissen.

Meine Damen und Herren!

Das Attentat galt ganz offensichtlich allen, die das Leben in einer freien Gesellschaft schätzen und hochhalten. Es galt unserer freien Gesellschaft selbst. Dem Leben in Gemeinschaft, in Toleranz, in Respekt füreinander.

Dem Leben in einer liberaleren Demokratie. Ein Leben, das Terroristen offenbar abgrundtief hassen. Aber auf dem Boden, auf dem wir stehen, auf dem Boden unserer Demokratie, auf dem Boden Europas, ist durch die Jahrhunderte zu hart um diese Freiheit und Toleranz gerungen worden, als daß wir nun klein beigeben werden. Wer das annimmt, der kennt uns schlecht!

Der Haß wird in unserer Gesellschaft nicht auf fruchtbaren Boden fallen. Denn Terror will verunsichern und Streit säen. Wir werden uns von diesem Haß nicht anstecken lassen. Wir werden uns und unsere Werte schützen und verteidigen.

Mit allem was Wien ist, was Österreich ist, woran wir glauben und wofür wir stehen, sagen wir hier und heute: Haß kann niemals so stark sein wie unsere Gemeinschaft in Freiheit, in Demokratie, in Toleranz und in Liebe. Es lebe die Freiheit! Es lebe unsere Republik Österreich! Es lebe unser gemeinsames, friedliches Europa!

Sobotka: Wir lassen unsere Gesellschaft nicht spalten

Zutiefst betroffen zeigt sich Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka: „Ein terroristischer Angriff ist ein Anschlag auf unsere Freiheit und ein Anschlag auf unsere Demokratie. Es macht uns zutiefst betroffen. Klar ist aber auch, Terrorismus hat zum Ziel, die Menschen in Furcht und Unruhe zu versetzen und letztlich die Gesellschaft zu spalten." Das werde jedoch nicht gelingen, wenn „wir zusammenstehen und der Gewalt nicht weichen".

Der Nationalratspräsident bedankte sich bei allen Einsatzkräften der Polizei, Rettung und des Bundesheeres. Sobotka betonte auch, „unsere Gedanken sind jetzt bei den Opfern, deren Angehörigen und Familien. Wir trauern mit Ihnen und stehen zu Ihnen", sagte Sobotka an die Opfer gerichtet. Den Verletzten wünschte er baldige Genesung.

Rede von Bundeskanzler Sebastian Kurz

Sehr geehrte Damen und Herren!

Tief betroffen wende ich mich an Sie in dieser dunklen Stunde für unsere Republik. Unsere Republik Österreich und unsere Bevölkerung wurden gestern Ziel eines brutalen Terroranschlages.

Vier wehrlose Zivilisten wurden aus nächster Nähe kaltblütig ermordet. Ein älterer Herr, eine ältere Dame, ein junger Passant und eine Kellnerin wurden ganz plötzlich und unerwartet aus dem Leben gerissen. Ein Exekutivbeamter, der sich dem Täter mutig in den Weg gestellt hat, wurde angeschossen und verwundet. Insgesamt wurden 14 weitere Menschen zum Teil schwer verletzt und einige von ihnen ringen nach wie vor um ihr Leben. Unser Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen der Opfer, allen Verwunde-



Foto: BKA / Dragan Tatic

Die Spitzenvertreter der Republik Österreich bei der Kranzniederlegung zum Gedenken der Opfer in der Judengasse

ten und natürlich auch allen Menschen, die durch dieses Attentat gestern schwere körperliche und seelische Wunden davongetragen haben.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Oft sehen wir Österreich als eine Insel der Seligen, in der man Gewalt und Terror nur aus der Berichterstattung über das Ausland kennt. Aber die traurige Wahrheit ist, daß wir zwar das Glück haben, in einem grundsätzlich sehr sicheren Land zu leben, aber unsere Welt, die ist alles andere als sicher.

Es hat sich mittlerweile bestätigt, daß der gestrige Anschlag eindeutig ein islamistischer Terroranschlag war. Es war ein Anschlag aus Haß, aus Haß auf unsere Grundwerte, aus Haß auf unser Lebensmodell, aus Haß auf unsere Demokratie, in der alle Menschen an Rechten und Würde gleich sind.

Die gestrige Nacht wird daher auf tragische Weise in unsere Geschichte eingehen als eine Nacht, in der einige unserer Mitmenschen einem brutalen Anschlag zum Opfer fielen. Einem Anschlag, der in Wahrheit uns allen gegolten hat. Einem Anschlag auf unsere freie Gesellschaft. Aber klar ist: Wir werden uns von den Terroristen nicht einschüchtern lassen. Wir werden unsere Grundwerte, unser Lebensmodell und unsere Demokratie mit aller Kraft verteidigen. Wir werden die Täter, die Hintermänner und deren Gleichgesinnte ausforschen, jagen und



Foto: BKA / Dragan Tatic

v.l.: Bundeskanzler Sebastian Kurz, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei der Kranzniederlegung

sie der gerechten Strafe zuführen. Und wir werden alle, die etwas mit dieser Schandtat zu tun haben, mit allen zu verfügenden Mitteln verfolgen.

Gleichzeitig, sehr geehrte Damen und Herren, werden wir aber eines nicht tun: Wir werden nicht in deren Falle tappen. Wir müssen und werden dem Terrorismus mit allen Mitteln entgegentreten. Aber wir dürfen etwas Wesentliches nicht aus den Augen verlieren. Unser Feind – der islamistische Extremismus – möchte nicht nur Tod und Leid verursachen, er möchte auch unsere Gesellschaft spalten. Und das werden wir nicht zulassen. Wir werden diesem Haß keinen Raum geben. Denn unser Feind, das sind niemals alle Angehörigen einer Religionsgemeinschaft. Unser Feind, das sind niemals alle Menschen, die aus einem bestimmten Land kommen. Nein, unser Feind, das sind



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Trauerminute zum Gedenken an die Opfer des Terroranschlags zu Beginn der Sondersitzung des Nationalrates am 5. November

die Extremisten und Terroristen. Sie haben in unserer Gesellschaft nichts verloren, denn in unserer freien Gesellschaft darf es keine Toleranz für Intoleranz geben. Es muß uns allen bewußt sein, daß das keine Auseinandersetzung von Christen und Muslimen oder zwischen ÖsterreicherInnen und MigrantInnen ist. Nein, das ist ein Kampf zwischen den vielen Menschen, die an den Frieden glauben und jenen wenigen, die sich den Krieg wünschen. Es ist ein Kampf zwischen Zivilisation und Barbarei. Und diesen Kampf, den werden wir mit aller Entschlossenheit führen.

So betroffen uns die Ereignisse der gestrigen Nacht machen, so dankbar dürfen wir auch für die unfaßbare Solidarität sein, die in unserem Land herrscht. Unser Dank gilt den Sicherheitskräften, die nach wie vor im Einsatz sind, für die Sicherheit der Bevölkerung in unserem Land. Unser Dank gilt den Rettungskräften, die teilweise ihr Leben riskiert haben, um anderen Menschen zu helfen. Unser Dank gilt aber auch allen Menschen, die gestern durch Mut und Zivilcourage sich ausgezeichnet haben, in dem sie Verwundete versorgt haben oder auch indem sie Videos aufgenommen haben und die sie später auf die Plattform der Polizei hochgeladen haben und so einen wertvollen Beitrag in der Ermittlungsarbeit leisten.

Und unser Dank, das möchte ich auch an dieser Stelle erwähnen, gilt all unseren internationalen Partnern, die noch gestern Nacht ihre Solidarität zum Ausdruck gebracht haben. Von Emmanuel Macron aus Frankreich bis Jacinda Ardern aus Neuseeland. Unzählige unserer europäischen und internationalen Partner haben mir und somit uns noch gestern Nacht persönlich ihre Solidarität ausgesprochen und uns jegliche Unterstützung zugesagt. Wir werden mit unseren internationalen Partnern den Kampf gegen den Extremismus und den Terrorismus gemeinsam führen. Geeint durch Rechtstaatlichkeit, unsere liberale Demokratie und unsere Grundwerte stehen wir Seite an Seite, um Friede und Sicherheit zu verteidigen und zwar nicht nur in Österreich, sondern auch in Europa und der ganzen Welt.

Ich habe den Innenminister gebeten, mit allen verfügbaren Kräften an der Aufklärung dieses Anschlags zu arbeiten. Das Österreichische Bundesheer hat in der Zwischenzeit den Objektschutz in Wien vollständig übernommen, damit die Polizei all ihre Kräfte für die Ermittlungsarbeit bündeln kann. Wir haben darüber hinaus den Nationalen Sicherheitsrat einberufen, um mit allen relevanten Stellen der Republik die aktuelle Lage und die nächsten Schritte zu besprechen. Und gemeinsam mit dem Bundespräsidenten, den Vertretern der Parlamentsparteien, dem Bürgermeister und dem Vizekanzler werden wir heute auch den Opfern des Anschlags gemeinsam gedenken und ich lade Sie ein, sehr geehrte Damen und Herren, um 12 Uhr an einer österreichweiten Gedenkminute für die Opfer des gestrigen Anschlags dabei zu sein.

Wir werden die Opfer des gestrigen Abends niemals vergessen und wir werden gemeinsam entschlossen unsere Grundwerte verteidigen.

Vielen Dank.

Nationalrat beginnt Sondersitzung mit Trauerminute

Mit einer Trauerminute für die Opfer der jüngsten Terroranschläge in Wien, Paris und Nizza gedachten die Abgeordneten am Beginn der Sondersitzung des Nationalrats vom am 5. November. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka sprach allen Opfern und deren Angehörigen das tiefe Mitgefühl des Parlaments aus. Er nannte das Attentat einen „feigen und hinterhältigen Anschlag, der uns alle ins Mark getroffen hat“ – einen geplanten islamistischen Angriff auf unsere freie Gesellschaft, auf unsere Werte und auf unsere Demokratie.

Gleichzeitig appellierte Sobotka, nicht zuzulassen, daß der Haß unsere Gesellschaft spaltet. Österreich sei seit 75 Jahren eine gewachsene, gefestigte und liberale Demokratie, die man mit allen Mitteln verteidigen werde. „Wir alle sind stärker als Haß und Terror“, sagte er, „und wir werden und dürfen niemals den Weg der Rechtsstaatlichkeit verlassen“. Unsere Demokratie sei eine wehr-



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka eröffnete die Sondersitzung des Nationalrates

hafte, sagte der Nationalratspräsident. Er rief die PolitikerInnen auch mit Nachdruck dazu auf, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen und die Worte trotz aller unterschiedlicher Meinungen mit Sorgfalt und Bedachtsamkeit zu wählen. Dies nicht, um den politischen Mitbewerber zu schonen, sondern um die Menschen nicht zusätzlich zu verunsichern und die Sicherheit Österreichs in dieser heiklen Situation nicht weiter zu gefährden. „Nicht Hetze bringt uns weiter, sondern der gemeinsame Geist, so etwas bestmöglich zu verhindern“, so seine mahnenden Worte an die Abgeordneten.

Sobotka würdigte besonders den Zusammenhalt unserer Gesellschaft in diesen schweren Stunden, der sich besonders durch das mutige Handeln der Einsatzkräfte und der PassantInnen während des Terroranschlags manifestiert habe. Er verlieh auch seiner Dankbarkeit für die internationale Unterstützung Ausdruck. In diesem Zusammenhang zeigte er sich mit seinem deutschen Amtskollegen Wolfgang Schäuble einig, daß die internationale Zusammenarbeit intensiviert werden müsse, um noch entschiedener den fanatischen Feinden unserer Art zu leben entgegentreten zu können.

Religionsvertreter demonstrieren Zusammenhalt

Mit einem Gedenkmarsch durch die Wiener Innenstadt zu den Tatorten des Terroranschlags haben die Spitzenvertreter der Kirchen und Religionsgemeinschaften am Donnerstagmittag ihre Verbundenheit und ihren Zusammenhalt zum Ausdruck gebracht. U.a. Kardinal Christoph Schönborn, Gemeinderabbiner Schlomo Hofmeister, der Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft, Ümit Vural, der orthodoxe Metropolit Arsenios (Kardamakis) und der evangelisch-lutheri-



Foto: Kathpress / Georg Pulling

Am 5. November setzten Religionsvertreter, darunter Kardinal Christoph Schönborn, ein Zeichen der Solidarität und des Zusammenhalts durch einen Gedenkmarsch in der Wiener Innenstadt

sche Bischof Michael Chalupka gedachten in Stille der Opfer des Anschlags.

Weiters nahmen auch Imame sowie muslimische ReligionslehrerInnen, der reformierte Landessuperintendent Thomas Hennefeld, der methodistische Superintendent Stefan Schröckenfuchs, der Wiener evangelische Superintendent Matthias Geist, der Präsident der buddhistischen Religionsgesellschaft, Gerhard Weißgrab, und Bischofskonferenz-Generalsekretär Peter Schipka an dem Gedenken teil.

Im Blick auf diesen Schulterschluß der Religionen sagte Kardinal Schönborn am Rande des Gedenkens gegenüber Medienvertretern: „Das ist Österreich. Wer Österreich liebt, der spaltet es nicht." Es gelte, sich gegen alle Tendenzen zur Wehr zu setzen, die versuchten, in die Bevölkerung einen Keil zu treiben. Die Menschen im Land seien dankbar für Wohlstand, Gerechtigkeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. All dies dürfe nicht gefährdet werden, so der Kardinal: „Wenn Einzelne ein Verbrechen begehen, dann muß man das auch als Verbrechen dieser Einzelnen sehen. Dann darf man nicht ganze Gruppen oder die Gesellschaft dafür verantwortlich machen. Es gibt keine Sippenhaft."

Die Initiative zu dem kurzen Gedenkmarsch ging von Gemeinderabbiner Schlomo Hofmeister aus. „Wenn Haß, Hetze und Gewalt im Namen von Religion ausgeübt werden, müssen wir die Ersten sein, die dagegen aufstehen und das verurteilen und klarstellen, daß es so etwas nicht gibt", sagte Hofmeister: „Es gibt keinen Haß und keine Gewalt im Namen Gottes." Die Vertreter der Religionen würden sich gegen jeden Mißbrauch von Religion und religiösen Werten verwehren, die letztlich die Grundlage der westlichen Gesellschaft seien.

Auch der orthodoxe Metropolit Arsenios betonte die Notwendigkeit dieses Schulterschlusses der Religionen und die Dringlichkeit des gemeinsamen Auftretens gegen jede Instrumentalisierung von Religion.

„Der Marsch unterstreicht, wie wichtig die Verständigung der Religionen ist und daß das Gedenken der Opfer jetzt im Vordergrund zu stehen hat und daß die Trauer gemeinsam passiert." Das sagte Bischof Chalupka. Denn das Ziel des Terrors sei Spaltung und Haß. „Die Religionen beugen sich diesem Ziel nicht, sondern treten vereint auf", so der Bischof.

Für Landessuperintendent Hennefeld war der Marsch u.a. ein Zeichen dafür, „daß Religionen nicht gegeneinander stehen, sondern sich miteinander für das Wohl und den Frieden in dieser Stadt und diesem Land einsetzen". Superintendent Schröckenfuchs betonte: „Das Entscheidende ist, daß wir als Mitglieder verschiedener Religionen gehen und ein Zeichen setzen, daß wir nicht zulassen wollen, daß Religionen gegeneinander aufgewiegelt werden. Der Zusammenhalt ist das Entscheidende."



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

v.r.: Bundeskanzler Sebastian Kurz, EU-Ratspräsident Charles Michel und Bundesministerin Karoline Edtstadler gedenken der Opfer des Terroranschlags

EU-Ratspräsident war zu Kondolenzbesuch nach Wien gekommen

„Wir haben heute darüber gesprochen, welche Maßnahmen wir europaweit setzen können, um besser gegen islamistischen Terror und die dahinterliegende Ideologie anzukämpfen", bedankte sich Bundeskanzler Sebastian Kurz am 9. November bei EU-Ratspräsident Charles Michel dafür, daß man gemeinsam den vier unschuldigen Zivilisten gedacht hat, die ihr Leben verloren haben. Man müsse sich bewußtmachen, daß es in vielen europäischen Ländern ähnliche und teilweise noch dramatischere Terrorangriffe gegeben habe. „Das heißt, daß es kein Einzelphänomen ist, sondern eine Bedrohung, mit der wir in Europa zu kämpfen haben und an die wir uns nie gewöhnen dürfen. Dementsprechend geschlossen müssen wir gegen diese Gefahr ankämpfen", betonte der Regierungschef.

Gegen Foreign Terrorist Fighters und die Basis einer Ideologie vorgehen

„Aus unserer Sicht braucht es drei Bereiche, in denen europaweit koordiniert gehandelt wird: zum ersten ein konsequentes akkordiertes Vorgehen gegen Foreign Terrorist Fighters. Es gibt Tausende Menschen, die in den letzten Jahren versucht haben, Europa zu verlassen, um anderswo zu morden. Manche sind zurückgekehrt, manche wurden von den Behörden gestoppt. Einige sind nach wie vor inhaftiert, aber einige mittlerweile in Freiheit", erläuterte Kurz. Daher brauche es hier ein robusteres europaweites Vorgehen gegenüber diesen Bedrohungen für unsere Gesellschaft. „

Zum zweiten: Der Terrorismus ist die Tat selbst. Aber dahinter steht die Ideologie des Politischen Islam. Es braucht einen akkordierten Kampf gegen die Basis einer Ideologie, die gegen unsere Gesellschaft und unsere westliche Lebensweise ist. So lange es sie gibt, gibt es Hassprediger und junge Menschen, die radikalisiert werden", so der Bundeskanzler. Und zum dritten brauche es einen ordentlichen Schutz der EU-Außengrenzen. „Nur, wenn wir als Europäische Union entscheiden, wer zuwandert, werden wir Sicherheit innerhalb des Schengen-Raums gewährleisten können", ergänzte der Bundeskanzler.

„Ich bin froh, daß wir uns heute vor den nächsten EU-Räten besprechen konnten. Wir werden uns morgen auch mit dem französischen Präsidenten Macron zu diesem Thema in Paris austauschen. Ich bedanke mich für die Solidarität und die Unterstützung, wenn wir uns dem europäischen Kampf gegen den islamistischen Terror widmen", sagte Kurz abschließend. ■

Quellen: Präsidentschaftskanzlei, Bundeskanzleramt, Parlamentskorrespondenz, Bundesministerium für Inneres, Kathpress

Innenpolitik

Ministerrat verabschiedet umfassendes Anti-Terror-Paket

Bundeskanzler Kurz: Terrorismus und politischen Islam mit allen Mitteln bekämpfen



Foto: BKA / Dragan Tatic

Pressefoyer nach dem Ministerrat (v.r.): Justizministerin Alma Zadic, Innenminister Karl Nehammer, Bundeskanzler Sebastian Kurz, Vizekanzler Werner Kogler und Kultusministerin Susanne Raab

Wir haben im Moment mit zwei großen Herausforderungen zu kämpfen. Zum Ersten mit der Corona-Pandemie und zum Zweiten mit der Notwendigkeit, noch entschiedener gegen Terrorismus und Radikalisierung in Österreich und Europa anzukämpfen“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz am 11. November beim Pressefoyer nach dem Ministerrat. Der Kanzler informierte dabei gemeinsam mit Vizekanzler Werner Kogler, Innenminister Karl Nehammer, Kultusministerin Susanne Raab und Justizministerin Alma Zadić über das von der Bundesregierung beschlossene Anti-Terror-Paket.

„Der Kampf gegen den islamistischen Terror beschäftigt uns massiv. Wir sind als Republik Österreich Opfer eines islamistischen Terroranschlags geworden, bei dem 4 Menschen kaltblütig ermordet und 22 Personen zum Teil sehr schwer verletzt wurden. Unser Land trauert um die Opfer und mit den Hinterbliebenen. Das alleine ist aber nicht genug“, betonte der Bundeskanzler. Terrorismus und die Ideologie dahinter müßten mit allen Mitteln bekämpft werden. Man lasse sich nicht spalten und kämpfe in Österreich und Europa gemeinsam und geschlossen dagegen an. „Wir werden alles tun, um die Bevölkerung zu schützen.“

Auf EU-Ebene entschlossener gemeinsam gegen Terrorismus vorgehen

Am 10. November hat der Bundeskanzler in Paris mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron und per Videokonferenz mit der deutschen Kanzlerin Angela Merkel, dem niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte sowie EU-Ratspräsident Charles Michel und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen darüber beraten, welche Maßnahmen auf europäischer Ebene gesetzt werden können. „Ich bin froh, daß es die Bereitschaft gibt, beim Außengrenzschutz, beim Kampf gegen Radikalisierung und beim Kampf gegen die Terroristen selbst, in der Europäischen Union entschlossener vorzugehen“, so Kurz. Zudem wird es im Dezember einen Europäischen Rat der Staats- und Regierungsspitzen geben, bei dem entsprechende Beschlüsse gefaßt werden sollen.

Bedrohungsrisiko durch Maßnahmenpaket minimieren

Neben der europäischen Ebene sei es auch wichtig, in Österreich selbst gegen Terrorismus vorzugehen. „Daher haben wir im Ministerrat ein sehr umfassendes Paket verabschiedet, das zwei große Ziele hat: zum Ersten ein konsequentes Vorgehen gegen Terroristen und Gefährder und zum Zweiten ein entschiedenes Vorgehen gegen die Ideologie des politischen Islam, der die Grundlage für den Terror bildet“, erklärte der Kanzler.

„In Österreich gibt es derzeit über 300 Foreign Terrorist Fighters, die entweder nach Syrien, in den Irak oder andere Länder aufgebrochen sind, um dort zu kämpfen und zu morden, oder die auf dem Weg dorthin von den Behörden gestoppt wurden“, so Kurz. Von diesen 300 Personen sei etwa die Hälfte verstorben oder nach wie vor im Kampfgebiet, die andere Hälfte sei zurückgekehrt.

„Aufgrund unserer Gesetzgebung, die besagt, daß die Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation ein Straftatbestand ist, ist es möglich, diese Menschen alleine für das Vorhaben zu bestrafen. Daß aber besonders jene, die bereits eine Haftstrafe abgesessen haben, eine massive Gefahr für unsere Sicherheit sein können, hat das Attentat letzte Woche auf dramatische Art und Weise gezeigt“, so der Bundeskanzler. „Daher werden wir entschlossen gegen diese Gefährder vorgehen, wenn sie in Österreich sind. Das bedeutet in Zukunft, daß die Unterbringung terroristischer Straftäter im Maßnahmenvollzug, solange sie nicht deradikalisiert sind,

rechtens ist, auch, wenn sie ihre Haftstrafe bereits verbüßt haben.“ Wie bei geistig abnormen Rechtsbrechern schaffe man die Möglichkeit, diese Menschen zum Schutz der Bevölkerung wegzusperren. Für jene, die kürzlich entlassen worden seien, werde es eine elektronische Überwachung durch eine Fußfessel oder ein Armband geben. „Das ist ein starker Eingriff, aber aus meiner Sicht ein notwendiger Schritt, um das Bedrohungsrisiko zu minimieren.“

Darüber hinaus setze die Bundesregierung mit der Aberkennung der österreichischen Staatsbürgerschaft bei Doppelstaatsbürgern, der Schaffung einer Anti-Terror-Staatsanwaltschaft und der Reform des BVT, sowie der dortigen Mittelaufstockung weitere Maßnahmen, so der Regierungschef.

„Im Kampf gegen den politischen Islam und die ideologische Grundlage dahinter, werden wir einen Straftatbestand ‚Politscher Islam‘ schaffen, um gegen jene vorgehen zu können, die keine Terroristen sind, die aber den Nährboden dafür schaffen“, betonte der Bundeskanzler. Es werde auch weitere Möglichkeiten zur Schließung von Kultusstätten geben. So werde ein Imame-Register eingeführt, das Symbole- und Vereinsgesetz werde verschärft und man setze Maßnahmen, um Finanzströme zur Terrorismusfinanzierung trockenzulegen.

Der Kanzler bedankte sich abschließend beim Koalitionspartner, den zuständigen Ministerinnen und dem zuständigen Minister für „dieses sehr wesentliche Paket“.

Kogler: Wir sind entschlossen, unsere Lebensweise zu schützen

Vizekanzler Werner Kogler machte darauf aufmerksam, daß das Anti-Terror-Paket der Bundesregierung gegen alle Arten von Terror wirken solle. Auch wenn gegenwärtig der islamistische Terror im Vordergrund stehe, sollte man nicht übersehen, daß dieses Paket auch gegen Neonazis wirke. Denn auch deren Ziel sei es, die Gesellschaft mit Haß und Terror zu spalten, um damit das friedliche Zusammenleben, die Vielfalt, Toleranz und Solidarität ins Wanken zu bringen. „Einem solchen Versuch werden wir mit diesem Paket entschieden entgegentreten. Damit verteidigen wir entschlossen unsere Freiheiten und unsere Demokratie. Denn ein solcher Zusammenhalt ist die stärkste Absage an Extremismus und die damit zusammenhängenden terroristischen Aktivitäten“, sagte Kogler.

Die Umsetzung des Pakets soll in den nächsten Wochen, „so schnell es geht“, auf Basis eines möglichst breiten politischen Konsenses erfolgen.

In diesem Paket gehe es um mehr Effektivität der Ermittlungsmethoden, die Herstellung der zeitgemäßen Sicherheitsstandards sowie um eine Entpolitisierung der Sicherheitsverwaltung. Dazu zähle etwa auch eine Reform des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) an „Haupt und Gliedern“, um dessen Effektivität zu erhöhen. „Denn letztlich geht es um das Vertrauen der Bevölkerung und der befreundeten Dienste in die zuständigen Behörden unseres Landes. Dieses Vertrauen wollen wir wiederherstellen“, so Kogler.

Darüber hinaus sollen mit der Verschärfung von Bestimmungen gegen Geldwäsche und Terrorfinanzierung Maßnahmen gesetzt werden, um dem Terror den finanziellen Nährboden zu entziehen. „Das umfaßt die konsequente Trockenlegung der Finanzierung fundamentalistischer und extremistischer Gruppen aus dem Ausland. Das werden wir sicherstellen“, betonte der Vizekanzler. Eine weitere Maßnahme sieht die Überwachungsverpflichtung bei Terrordelikten vor. Mit Maßnahmen zur Deradikalisierung im Strafvollzug sollen etwa Deradikalisierungspläne erstellt werden, die auf die jeweilige Gefährdungslage und die jeweiligen Gefährder zugeschnitten sind.

„Im Rahmen unserer Verfassung und unter Schutz unserer Grundrechte werden wir gezielte Maßnahmen setzen, um die Ausforschung und Überwachung von Terroristen sicherzustellen, und die Staatsanwaltschaften sowie die unabhängigen Gerichte in ihrer Arbeit unterstützen. Zugleich sollen Prävention und Deradikalisierung effektiver gestaltet werden. Wir sind als Bundesregierung gefordert und entschlossen, konsequent das Leben der in Österreich lebenden Menschen, unser friedliches Miteinander und unsere liberalen rechtsstaatlichen Prinzipien – unsere Lebensweise – zu schützen. Diese drei Ziele gleichzeitig zu erreichen ist der politische Kern dieses Anti-Terror-Pakets der Bundesregierung“, so Kogler.

Nehammer: Maßnahmenpaket ist die richtige Antwort auf Terrorismus

„Ziel von Terrorismus ist immer auch, die Gesellschaft zu verunsichern und die Handlungsfähigkeit des Staates zu beeinträchtigen“, erinnerte Innenminister Karl Nehammer in seinem Statement. Daher sei das vorliegende Maßnahmenpaket der Regierung „genau die richtige Antwort darauf“ und zeige „die Entschlossenheit einer freien Demokratie im Kampf gegen den Terrorismus“.

Ein wesentlicher Teil des Pakets sei die Reform des Verfassungsschutzes. Die Trennung des nachrichtendienstlichen vom staatspolizeilichen Bereich bringe mehr Effizienz in der Gefahrenaufklärung und -abwehr. „Dafür braucht es die nötigen Ressourcen und mehr Personal“, so Nehammer. Es gehe jetzt darum „rasch einen handlungsfähigen, starken Verfassungsschutz aufzubauen, der für mehr Sicherheit in dieser Republik sorgen kann“. Notwendig seien zudem mehr Befugnisse, wie die elektronische Aufenthaltsüberwachung. Der Innenminister begrüßte auch die Möglichkeit, künftig terroristische Straftäter in den Maßnahmenvollzug zu bringen: „Das ist eine wichtige Maßnahme, um präventiv zu wirken.“ Schließlich seien Nachschärfungen im Waffengesetz sowie die mögliche Aberkennung der Staatsbürgerschaft bei Doppelstaatsbürgerschafen ein „Gebot der Stunde“.

Zadić: Ergebnisse der Untersuchungskommission in Paket einfließen lassen

Justizministerin Alma Zadić nahm ebenso zum Wien-Attentat und zum Anti-Terror-Paket Stellung: „Der Innenminister und ich sind gerade in Abstimmung zur Einrichtung einer unabhängigen Untersuchungskommission. Sie wird den Weg bis zur Tat nachvollziehen und daraus die richtigen Lehren ziehen. Die Ergebnisse werden in die Neuaufstellung des BVT und in unser Maßnahmenpaket einfließen.“ Seitens der Justiz sei man es den Opfern und ihren Angehörigen schuldig, alles Mögliche für eine Aufklärung zu unternehmen. Es brauche zahlreiche Verbesserungen, die man rasch umsetzen wolle.

Im Bereich der Justiz seien Maßnahmen zum besseren Schutz vor terroristischen Anschlägen zusammengestellt worden: „Es braucht mehr Effektivität der Ermittlungsbehörden und eine enge Zusammenarbeit der zuständigen Behörden. Der Verfassungsschutz wird künftig über strafrelevante Prozesse an die Staatsanwaltschaft berichten müssen.“ Zum reibungslosen Funktionieren des Kommunikationsflusses werde man Verbindungsstellen schaffen. Mit allen zuständigen Behörden werde es Fallkonferenzen geben. In der Haft werde es notwendig sein, Handlungen zur Verhinderung weiterer Radikalisierungen zu setzen.

Gerichte und Staatsanwaltschaften sollen ebenfalls effektiver für eine effiziente Terrorismusbekämpfung vorbereitet werden. Nach der Haft müsse es eine weitgehende Überwachung für terroristische Täter geben. Die

Zeit gerichtlicher Auflagen nach der Haft solle verlängert werden. „Nicht vergessen dürfen wir die Opfer und ihre Angehörigen. Deswegen soll ein Fonds zur Entschädigung und psychosozialen Betreuung eingerichtet werden“, so die Justizministerin.

Raab: Klare Unterscheidung zwischen extremistischem Islamismus und Religion

Kultusministerin Susanne Raab sprach von einer antiwestlichen Ideologie, die sich gegen „unsere Werte“ richte und die „unsere Gesellschaft spalten“ wolle. „Die haßerfüllte Ideologie der Täter wird über unterschiedliche Kanäle verbreitet. Diesen Nährboden des politischen Islam müssen wir aufs Schärfste bekämpfen“, so die Bundesministerin. Man setze daher Maßnahmen rechtlicher und faktischer Natur. Es gehe nicht um den Angriff gegen eine Religion, sondern um den gemeinsamen Kampf gegen den Extremismus: „Diese klare Trennung zwischen dem extremistischen Islamismus und der Religion ist mir ein wichtiges Anliegen.“

Im Kampf gegen den politischen Islam habe man sich auf ein Gesetzes- und Maßnahmenpaket verständigt. „Es werden neue Straftatbestände gegen den politischen Islam eingeführt. Für solche Taten werden wir einen Erschwerungsgrund einführen. Damit wollen wir sicherstellen, daß die Täter mit der vollen Härte des Gesetzes getroffen werden und daß dabei das höchstmögliche Strafausmaß verhängt wird“, betonte Raab.

Auch bei islamistischen Vereinen und Haßpredigern wolle man ansetzen. Das Symbole-Gesetz werde entsprechend nachgeschärft, indem solche Vereine darin aufzunehmen seien. Rechtliche Grundlagen zur rascheren Auflösung extremistischer Vereine sollen geschaffen werden. „Islamistische Vereine sollen sich beim Verbreiten extremistischen Gedankengutes nicht auf den Schutz durch unsere Grundrechte berufen können. Es kommt also zum konsequenten Schließen von Vereinen und Moscheen, wie wir das zuletzt in Wien getan haben. Denn hier wird das Grundrecht auf Religionsfreiheit für extremistische Zwecke ausgenützt.“ Auch gegen Haßprediger aus dem Ausland möchte man durch zu schaffende rechtliche Möglichkeiten vermehrt vorgehen. Die Registrierung ausländischer Imame werde eingeführt. „Es soll auch eine Meldestelle für gewaltverherrlichende Online-Inhalte, den Cyber-Jihadismus, geschaffen werden“, erklärte die Integrationsministerin am Ende ihrer Ausführungen. ■

https://www.bundeskanzleramt.gv.at/

Gegen »Haß im Netz«

Ministerrat beschließt Gesetzespaket

In Zeiten wie diesen ist die Corona-Pandemie natürlich das zentrale Thema. Daher ist es erfreulich, dass wir in Österreich auch weitere Gesetze auf den Weg bringen. Heute haben wir im Ministerrat die Regierungsvorlage zum Thema ‚Haß im Netz‘ beschlossen. Es war mir als Verfassungsministerin sehr wichtig, ein ordentliches Begutachtungsverfahren abzuhalten. Nach sechs Wochen Begutachtung sind über 200 Stellungnahmen eingegangen“, sagte Kanzleramtsministerin Karoline Edtstadler am 18. November beim Pressefoyer nach der Ministerratssitzung im Bundeskanzleramt, bei dem sie gemeinsam mit Justizministerin Alma Zadić über das Gesetzespaket „Hass im Netz“ informierte.

„Vieles ist in den Stellungnahmen positiv hervorgehoben worden. Wir haben aus den Erfahrungen in Deutschland und Frankreich gelernt und diese in das Gesetzespaket einbezogen. Gerade in Zeiten der Pandemie hat sich gezeigt, daß die Digitalisierung bei der Kommunikation eine zentrale Rolle spielt. Es gibt jedoch auch eine Kehrseite: Diese ist der Haß im Netz, der sich oft rasch und unkontrolliert verbreitet“, so Edtstadler. Insbesondere in den letzten Wochen habe sich gezeigt, daß Haß im Netz zu Gewalt in der analogen Welt werden könne. „Foren und Plattformen bilden oft eine Echokammer, die nur die eigene Meinung widerspiegelt.“ Das gehe von Verschwörungstheorien über Haß bis hin zu Radikalisierung, die im schlimmsten Fall in Terror enden könne, so Edtstadler.

„Wir sind unserem Ziel einen großen Schritt näher, daß Betroffene von Gewalt und Haß im Netz künftig schneller und kostengünstiger zu ihrem Recht kommen. Gleichzeitig schützen wir die Meinungsfreiheit für alle in Österreich lebenden Menschen“, sagte Justizministerin Alma Zadić.

Echokammern des Hasses den Ton abdrehen

„Wir wollen den Plattformen einen klaren rechtlichen Rahmen vorgeben, innerhalb dessen sie Haß-Postings löschen müssen. Dabei geht es um strafrechtliche Bestimmungen.“ Die Regierung wolle die großen Plattformen in die Pflicht und Verantwortung nehmen. Die Zeit der Begutachtung habe Edtstadler dazu genützt, sich in „virtuellen Gipfeln“ mit den Plattformen auszutauschen. „Wir wurden ernst genommen und die Plattformen haben mir versichert, daß sie ihre Verantwortung in den sozialen Medien wahrnehmen wollen. Gemeinsam können wir den Echokammern des Hasses den Ton abdrehen. Gleichzeitig wollen wir jedoch die Meinungsäußerungsfreiheit als verfassungsrechtlich gewährleistetes Recht bestmöglich schützen. Das beschlossene Paket ist dafür ein wichtiger Schritt“, betonte Edtstadler. Das Begutachtungsverfahren habe dabei geholfen, Feinjustierungen vorzunehmen. Dies betreffe etwa Klarstellungen im Anwendungsbereich bei großen, kommerziellen Plattformen. Nichtgewinnorientierte Plattformen werden generell ausgenommen. Explizit ausgenommen sind auch Bildungs- und Lernplattformen.

Die Regierungsvorlage wird dem Parlament zur Behandlung vorgelegt. Das Paket ist zudem an die Europäische Kommission übermittelt worden. Die Kommission will im Dezember den Digital Services Act vorlegen. „Ich bin hier in einem intensiven Austausch mit der Kommission, denn wir brauchen eine europäische Lösung, da Haß im Internet keine Grenzen kennt“, so Edtstadler, die sich abschließend bei der Justizministerin für die gute Zusammenarbeit bedankte.

Justizministerin Alma Zadić hielt in ihrem Statement fest, daß Haß im Netz sehr rasch zu Gewalt im Netz führen könne. „Worten können sehr rasch Taten folgen. Um das gesamtgesellschaftliche Phänomen in den Griff zu bekommen braucht es umfassende Lösungen.“ Um die Gewalt im Netz effektiv zu bekämpfen, habe die Bundesregierung Plattformregulierungen, zivilrechtliche Schritte und effektive Lösungen im Strafrecht entwickelt. „Das große Ziel, das wir vor Augen hatten war, den Betroffenen künftig Werkzeuge in die Hand zu geben, um sich schneller, effektiver und kostengünstiger zur Wehr setzen zu können“, so die Justizministerin.

Zadić zeigte sich erfreut über die zahlreichen Stellungnahmen während der sechswöchigen Begutachtungsfrist. „Durch die Einbindung in den parlamentarischen Prozeß konnte das Gesetzespaket effektiver gestaltet werden.“

Als Beispiel nannte sie unter anderem eine Präzisierungen beim neuen Eilverfahren zum Unterlassungsanspruch, bei der nun Netzsperren ausgeschlossen werden. ■

https://www.bundeskanzleramt.gv.at/
https://www.justiz.gv.at/

Innenpolitik

Bundesfinanzrahmen 2021-2024

Nationalratsbeschluß im zweiten Anlauf – Opposition vermißt Budgetwahrheit, Regierungsfraktionen weisen auf zukunftsträchtige Investitionen hin

In einer eigens dafür einberufenen außerplanmäßigen Sitzung reparierte der Nationalrat am 26. November den Formalfehler bei der Beschlußfassung des Bundesfinanzrahmengesetzes 2021-2024 vom 19. November 2020. Nachdem der damals dazu eingebrachte und angenommene Abänderungsantrag – wie die Parlamentsdirektion bei der Finalisierung des Amtlichen Protokolls festgestellt hat – nicht die erforderlichen fünf Unterschriften aufwies, sondern nur vier enthielt, war es notwendig, den gesamten parlamentarischen Entscheidungsprozeß zu wiederholen. Mit den Stimmen der beiden Koalitionsparteien ÖVP und Grüne passierte nunmehr die von der Regierung neuerlich eingebrachte diesbezügliche Regierungsvorlage einschließlich der Abänderungen das Plenum.

Die Opposition blieb bei ihrer inhaltlichen Kritik und warf der Regierung vor, ein Budget mit falschen Zahlen vorzulegen und somit gegen den Grundsatz der Budgetwahrheit zu verstoßen. Demgegenüber gab man seitens der Regierungsfraktionen zu bedenken, daß sich das Budget auf den aktuellen Wissensstand beziehe und die weitere Entwicklung der Pandemie und der damit verbundenen allfälligen Maßnahmen und Ausgaben zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar sei. Außerdem enthalte die neuerlich eingebrachte Regierungsvorlage bereits die aktualisierte Wifo-Prognose.

Das Bundesfinanzrahmengesetz passierte das Plenum schließlich mit der Mehrheit von ÖVP und Grünen. Der Bundesrat hat hier keine Mitwirkungskompetenzen.

Für die Krisenbewältigung im engeren Sinn (einschließlich Corona-Kurzarbeit) sieht der Bundesfinanzrahmen auszahlungsseitig noch 16,2 Mrd. € vor, davon im Jahr 2021 4 Mrd. € in Form einer Ermächtigung zur Abdeckung des Fixkostenzuschusses sowie 1,5 Mrd. € als „Covid-19-Reserve“ für weitere im Zuge der Krise erforderliche, derzeit aber ihrer Natur und Höhe nach noch nicht absehbare Maßnahmen. Das Covid-19-Konjunkturpaket hat über die gesamte Periode des Bundesfinanzrahmens auszahlungsseitig ein Volumen von 4,8 Mrd. €, einzahlungsseitig sind es 15,2 Mrd. €. Zudem werden 2021 bis 2024 4,2 Mrd. € für neue Schwerpunkte in den Zukunftsbereichen Klimaschutz, Digitalisierung, Sicherheit, Bildung und Forschung, sowie in den Strukturwandel am Arbeitsmarkt investiert.

Laut Bundesfinanzrahmen dürfen im kommenden Jahr die Auszahlungen inklusive der Ermächtigungen die Höhe von 102,8 Mrd. € nicht überschreiten. Dieser Betrag soll bis 2024 wieder auf 92,2 Mrd. € sinken. Das Maastricht-Defizit würde damit 2021 -9,8 % des BIP ausmachen und soll 2024 wieder auf -1,5 % gedrückt werden.

In dem vom Nationalrat am 19. November genehmigten Bundesfinanzgesetz für 2021 liegt das prognostizierte Budgetdefizit bei 22,6 Mrd. €. Konkret sind Ausgaben in der Höhe von 97,8 Mrd. € und Einnahmen in der Höhe von 75,17 Mrd. € veranschlagt. Die Staatsschuldenquote könnte demnach auf 87,9 % steigen. Die Maastricht-Regeln sehen ein maximales gesamtstaatliches Defizit von 60 % des BIP vor.

Debatte über die Fehlerkultur

Was den zu reparierenden Formalfehler betrifft, so waren sich grundsätzlich alle einig, da0 Fehler passieren können, zumal wenn unter großem Druck gearbeitet wird. Dennoch stellten die Oppositionsparteien die Frage in den Raum, ob die Regierungsfraktionen nicht zu locker mit den Regeln umgehen. Das thematisierte nicht nur der stellvertretende Klubobmann der SPÖ Jörg Leichtfried in einer Meldung zur Geschäftsordnung, indem er in Zweifel zog, ob die formalen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für den aktuellen Beschluß tatsächlich gegeben sind. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka zeigte sich von der Rechtsgültigkeit überzeugt.

Auch Nikolaus Scherak von den NEOS warf ÖVP und Grünen unter Hinweis auf die Aufhebung von gesetzlichen Bestimmungen durch den Verfassungsgerichtshof einen „schludrigen Umgang“ mit Gesetzen und der Verfassung vor. Es gehe darum, wie man mit Fehlern umgeht, sagte er und kritisierte aus seiner Sicht, daß derzeit bei Fehlern mit zweierlei Maß gemessen werde. Denn viele Menschen seien aufgrund verfassungswidriger Verordnungen im Zuge der Pandemie bestraft worden und diese Strafen seien nicht erlassen worden. Scherak trat daher einmal mehr für eine Generalamnestie für Personen ein, die im Frühjahr auf Basis der rechtswidrigen Covid-Verordnungen bestraft wurden.

Hubert Fuchs von den Freiheitlichen stellte in diesem Zusammenhang fest, daß auch das Budget 2020 falsch gewesen sei. Er erinnerte auch an die damals vergessenen Nullen im Budget, was man ebenfalls habe korrigieren müssen, und nun müsse man einen Formalfehler ausbessern.

„Wir treffen uns heute, weil wir auf der Grundlage der Verfassung arbeiten“, konterte Elisabeth Götze von den Grünen. Ins gleiche Horn stieß ÖVP-Klubobmann August Wöginger. Er räumte ein, daß der Fehler den beiden Koalitionsparteien passiert sei, deshalb habe man nach ausführlichen Beratungen und nach einer Expertise des Rechts- und Legislativdienstes der Parlamentsdirektion dafür gesorgt, daß das Bundesfinanzrahmengesetz neu eingebracht wurde und der Beschluß nunmehr korrekt erfolgt. Er appellierte an die Opposition, die Dinge nicht unbegründet in Frage zu stellen.

SPÖ fehlen Budgetmittel für Soziales, Gesundheit und Gemeinden

Die SPÖ werde den Bundesfinanzrahmen auch weiterhin ablehnen, bekräftigte Kai Jan Krainer, weil die Regierung unter anderem mitten in der größten Pandemie den Beitrag des Bundes zur Finanzierung der Spitäler um mehr als 100 Mio. € kürze. Zu diesem Zweck legte sein Klubkollege Philip Kucher einen Entschließungsantrag zu einem Hilfspaket für das öffentliche Gesundheitswesen vor. Darin verlangen die SozialdemokratInnen, die pandemiebedingten Verluste in der Spitals- und Krankenversicherung auszugleichen. Zudem sollte die von der Regierung versprochene Gesundheitsmilliarde ausgeschüttet werden. Der Antrag fand keine ausreichende Unterstützung.

Außerdem hält es die SPÖ für notwendig, das Arbeitslosengeld auf 70 % Ersatzrate zu erhöhen, was die Regierung verabsäume. Das Budget sei nicht in die Zukunft gerichtet, so Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ), denn die Arbeitsmarktpolitik müsse jetzt anders aussehen. Sie vermißte auch konkrete Schritte zur Pflegereform. Heinisch-Hosek fand ferner kritische Worte zur Bildungspolitik in Zeiten der Pandemie und zur Schließung der

Schulen und warnte vor einer verlorenen „Generation-Corona“. Einmal mehr trat sie für Vermögenssteuern ein.

Druck machten die SozialdemokratInnen auch in Bezug auf die Gemeindefinanzierung. Den Gemeinden fehlen rund 2,5 Mrd. € an Einnahmen rechnete Krainer vor, die Regierung ersetze lediglich eine Milliarde. In diesem Sinne brachte Andreas Kollross (SPÖ) einen Entschließungsantrag ein, in dem die SPÖ ein Gemeindefinanzierungspaket im Ausmaß von 2 Mrd. € für 2021 einfordert. Außerdem sollten die Gelder aus dem Kommunalinvestitionsgesetz noch im Dezember 2020 ohne Auflagen von Investitionstätigung ausbezahlt werden. Aber auch dieser Vorstoß blieb ohne Erfolg.

Dieser von der SPÖ vorgebrachten Kritik widersprach Andreas Hanger seitens der ÖVP. Er versicherte, daß die Finanzierung der Krankenanstalten gesichert sei. Hier seien aber auch Länder und Gemeinden zuständig, fügte er hinzu. Ralph Schallmeiner (Grüne) verwies auf eine Bund-Länder-Vereinbarung, die einen Automatismus bei der Spitalsfinanzierung vorsehen würde. Der Gesundheitsminister habe bereits angekündigt, dies bei den nächsten Verhandlungen zum Finanzausgleich reparieren zu wollen.

FPÖ kritisiert »falsches Budget«

Von einem „falschen Budget“ sprach der ehemalige FPÖ-Staatssekretär Hubert Fuchs. Es berücksichtige nur den Lockdown-light, aber nicht den jetzigen harten Lockdown. Somit verstoße das Budget dem Grundsatz der Budgetwahrheit. Auch seine Klubkollegen Michael Schnedlitz und Axel Kassegger beanstandeten einmal mehr den „Pfusch rund um das Budget“ und daß die „Koste es was es wolle-Strategie“ des Bundeskanzlers nicht zielführend sei. Das Budget zeichne sich dadurch aus, in allen Bereichen mehr auszugeben, man habe aber nicht so gut gewirtschaftet, um sich diese Erhöhungen leisten zu können. Laut Kassegger drohen durch den hohen Schuldenberg von 350 Mrd. € Steuererhöhungen sowie Pensions- und Sozialkürzungen. Unter diesem Aspekt kritisierte Dagmar Belakowitsch (FPÖ) auch die geplanten Massentests. Diese habe man nicht nur überteuert eingekauft, sagte sie, sie stellte auch die Vermutung in den Raum, daß die Regierung damit einen Probelauf für Zwangsimpfungen startet.

Harsche Kritik übte Fuchs daran, daß das Gesetz, mit dem die Förderungen für Unternehmen an das steuerliche Wohlverhalten geknüpft werden, erst ab 2021 und nicht rückwirkend gilt. Dem widersprach Karlheinz Kopf seitens der ÖVP heftig. Schon jetzt seien in den einzelnen Gesetzen über die jeweiligen Fördermaßnahmen Bestimmungen enthalten, die Steuersünder von den Förderungen ausschließen. Nun gebe es mit dem genannten Gesetz über das steuerliche Wohlverhalten eine generelle Regelung, welche Richtlinien in einzelnen Gesetzen nicht mehr erforderlich mache. Außerdem widerspreche es rechtsstaatlichen Grundsätzen, rückwirkend Förderbedingungen zu ändern.

NEOS: Geld wird nicht richtig eingesetzt

Es sei zwar richtig, in Zeiten wie diesen mehr Geld in die Hand zu nehmen, die Regierung setze das Geld aber falsch ein, so der Befund der NEOS-Budgetsprecherin Karin Doppelbauer. Es fehle der Regierung an Umsetzungskompetenz. Dem Erfordernis, die Mittel treffsicher, fair und gerecht zu vergeben, werde nicht Rechnung getragen. Auch die Nachvollziehbarkeit sei nicht gegeben. Doppelbauer machte dies am Beispiel des Umsatzersatzes fest. Dieser sei im Grunde genommen richtig, es komme aber teilweise zu einer Überförderung, manche Unternehmen würden das Geld zur Abdeckung der Schulden aus 2018 verwenden, merkte sie kritisch an.

ÖVP: Budget wurde auf Grundlage neuester Wirtschaftsprognosen erstellt

Der oppositionellen Kritik konnte man in den Reihen der ÖVP nichts abgewinnen. Das Budget und der Finanzrahmen seien auf der Grundlage neuer Wirtschaftsprognosen erstellt worden, unterstrich Andreas Hanger. Man könne auch nicht voraussehen, wie sich die Pandemie im nächsten Jahr entwickelt, auch wenn die Aussicht auf einen Impfstoff groß sei. Noch nie habe es so viel Geld für Arbeitsmarkt und Wirtschaft, Klimaschutz und Sicherheit gegeben, führte er aus. Ihm pflichtete sein Klubkollege Gabriel Obernosterer vollinhaltlich bei. Das durch den Finanzminister erstellte Budget sei auch im internationalen Vergleich das beste Paket zur Bekämpfung der Covid-19-Folgen, konstatierte Obernosterer. Dabei würden auch ausreichend Mittel für „Investitionen in die Zukunft“ bereitgestellt werden, entgegnete er der Oppositionskritik, daß dieses Budget sich nicht mit den Zukunftsfragen beschäftigen würde.

Hanger fand auch lobende Worte für das Finanzministerium, das in unglaublicher Geschwindigkeit Finanzpakete auf den Weg bringe. Insbesondere hob er den Umsatzersatz und das kommunale Investitionsgesetz hervor, beides zeigten Wirkung. Außerdem sprach Hanger unter Hinweis auf Sicherheitskonzepte die Hoffnung aus, dass die Schigebiete öffnen. Dies sei für die Volkswirtschaft enorm wichtig, sagte er.

Grüne: Budget sichert zukunftsweisende Investitionen

Im Budget widerspiegeln sich zukunftsträchtige Investitionen, entgegnete auch Jakob Schwarz (Grüne) der oppositionellen Kritik. Die zusätzlichen Mittel für den Klimaschutz, die Umweltförderungen und erneuerbare Energien würden helfen, Österreich zu einem Vorreiter in diesen Bereichen zu machen, zeigte er sich überzeugt.

Mit dem Budget und dem Bundesfinanzrahmen stelle man Weichen für die Zukunft betonte auch seine Klubkollegin Elisabeth Götze. Die Regierung stelle rund 16 Mrd. € zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise zur Verfügung, hob sie hervor, gleichzeitig werde die Konjunktur belebt. Götze hob vor allem auch die Investitionsprämie hervor, mit der ökologische, digitale Investitionen und Investitionen in den Gesundheitsbereich gefördert werden. Dazu komme das kommunale Investitionspaket, der Verlustrücktrag und die degressive Abschreibung. Sie zeigte sich auch zufrieden damit, dass trotz der aktuellen schwierigen Situation Schritte zur Bewältigung der Klimakrise gesetzt werden, etwa durch Maßnahmen in Richtung ökosoziale Steuerreform, durch den Ausbau erneuerbarer Energien, der öffentlichen Verkehrsmittel und der E-Mobilität. Zusätzlich gebe es Investitionen in neue Technologien und in die Bildung. Auch das Frauenbudget werde erhöht.

Bundesrat billigt Budgetbegleitgesetz

Mit der Billigung durch den Bundesrat am 3. Dezember nahm das Budgetbegleitgesetz, das unter anderem eine Verlängerung des Corona-Kurzarbeitsmodells sowie die gestaffelte Pensionserhöhung enthält, die letzte parlamentarische Hürde. Während ÖVP und Grüne vor allem die soziale Aspekte der einzelnen Maßnahmen hervorhoben, stand die Abschaffung der abschlagsfreien „Hacklerpension“ nach 45 Beitragsjahren im Mittelpunkt der Kritik von SPÖ und FPÖ. Die SozialdemokratInnen gaben dem Paket letztlich aber ihre Zustimmung, wofür insbesondere die Kurzarbeitsregelung und die Anhebung der Mindestpension den Ausschlag gaben. ■

https://www.parlament.gv.at/

Quelle:Parlamentskorrespondenz

Absicherung österreichisch-jüdischen Kulturerbes

Bundeskanzler Kurz zu Novemberpogromen 1938: »Österreich hat eine besondere historische Verantwortung, jüdisches Leben zu schützen«



Foto: BKA / Dragan Tatic

Am 9. November fand anläßlich der Novemberpogrome eine Gedenkveranstaltung im Bundeskanzleramt statt – das Bild zeigt Bundeskanzler Sebastian Kurz bei seiner Rede

Wir gedenken heute der fürchterlichen Ereignisse der Novemberpogrome von 1938. Diese dunkle Nacht vom 9. auf den 10. November markiert eine folgenschwere Wende“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz am 9. November beim Gedenkakt anläßlich der Novemberpogrome und der Ankündigung des Gesetzesentwurfs über die Absicherung österreichisch-jüdischen Kulturerbes (ÖJKG) im Bundeskanzleramt. „Aus den Worten des nationalsozialistischen Rassenwahns wurden Taten. Taten, die sich gegen unsere jüdischen Mitmenschen richteten, Taten, die die Grundlage für das größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte, die Shoah, bildeten. Nach den Ereignissen dieser Nacht wurde aus Diskriminierung Verfolgung, aus Bedrohung Gewalt und aus Ausgrenzung Vernichtung“, so Kurz. Die Bundesregierung war zudem durch Vizekanzler Werner Kogler und Kanzleramtsministerin Karoline Edtstadler vertreten.

„Heute dürfen wir stolz und dankbar sein, daß Österreich wieder eine lebendige und blühende jüdische Gemeinde hat. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, daß das Gift des Antisemitismus noch nicht verschwunden ist, weder in Österreich noch in Europa noch in der Welt. Wir als Republik Österreich haben aufgrund unserer Geschichte eine ganz besondere historische Verantwortung, jüdisches Leben zu schützen, bei uns und anderswo“, betonte der Bundeskanzler. Das beginne beim in Österreich verwurzelten Antisemitismus, den man konsequent bekämpfen müsse. Auch wenn der Antisemitismus heute weniger auffalle, so sei doch jede Attacke eine zu viel. Man dürfe nicht müde werden, diese „mit allen Mitteln des Rechtsstaates“ zu bekämpfen.

Darüber hinaus müsse man auch das österreichisch-jüdische Kulturerbe schützen und bewahren. Dazu gehöre auch der Schutz der jüdischen Einrichtungen, die Stärkung des Gemeindelebens und der Dialog mit anderen Religionen. „Ich freue mich sehr, daß es gelungen ist, ein neues Bundesgesetz über die Absicherung des jüdischen Kulturerbes in Österreich auf den Weg zu bringen. Die Republik wird die israelitische Religionsgesellschaft in Zukunft jährlich mit 4 Millionen Euro bei ihrer wichtigen Arbeit unterstützen“, sagte der Regierungschef. Er bedankte sich insbesondere bei Kanzleramtsministerin Karoline Edtstadler und dem Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde, Oskar Deutsch, die durch eine gute Zusammenarbeit diesen „historischen Schritt“ möglich gemacht hätten.

Kurz: Antisemitische Vorurteile haben in Österreich keinen Platz

Letztlich müsse man in Österreich darauf achten, daß nicht ständig neuer Antisemitismus importiert werde. Man erlebe immer wieder, daß manche Menschen antisemitische Vorurteile aus ihren Heimatländern mitbringen und dieses Gedankengut nicht vergessen. „Egal ob diese Vorurteile religiös oder politisch motiviert sind: Für diese ist in Österreich kein Platz. Nur wer die Würde jedes einzelnen Menschen gleichermaßen respektiert, hat Platz in unserem Land. Gegenüber Intoleranz darf es keine falsch verstandene Toleranz geben“, betonte der Kanzler.



Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Sebastian Kurz: „Antisemitische Vorurteile haben in Österreich keinen Platz“



Foto: BKA / Dragan Tatic

Kanzleramtsministerin Karoline Edtstadler: „Dieser 9. November 1938 muß uns allen eine Mahnung bleiben…“

Man sei erst am 2. November durch den islamistischen Terroranschlag erinnert worden, daß Österreich keine Insel der Seligen sei. Dieser Anschlag erinnere daran, daß extremistische Ideologien, ganz gleich ob rechts, links oder islamistisch, oft eines gemeinsam haben: nämlich den Hass auf Jüdinnen und Juden. „Daher zeigt sich einmal mehr, daß wir eine große Verantwortung haben, unsere freie Gesellschaft zu verteidigen und das jüdische Leben in unserem Land zu schützen. Wir werden nicht müde, wenn es darum geht, diese wichtige Aufgabe zu erbringen und unsere historische Verantwortung zu leben. In Österreich, in Europa und der Welt“, so Bundeskanzler Sebastian Kurz in seiner Ansprache.

Edtstadler: Initiativen zur Förderung und Absicherung des österreichisch-jüdischen Lebens vorantreiben

Kanzleramtsministerin Karoline Edtstadler erklärte in ihrer Rede: „Wir gedenken heute der unfaßbaren und unentschuldbaren Ereignisse, die sich in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 ereignet haben. Eine Nacht, in der die Enteignung, Vertreibung und Ermordung österreichischer Jüdinnen und Juden ein für alle sichtbares und unfaßbares, verheerendes Ausmaß angenommen hat. Dieser 9. November 1938 muß uns allen eine Mahnung bleiben, um niemals zu vergessen und um zu verhindern, daß sich Derartiges wieder ereignet.“

Gerade heute, Jahrzehnte nach den dunkelsten Kapiteln in der Geschichte Österreichs, müsse man wachsam bleiben. Denn seit Jahren sei in ganz Europa, aber auch in Österreich ein Anstieg an antisemitischen Vorfällen und terroristischen Angriffen festzustellen, so erst Anfang November in Wien. Begangen von Menschen, die die freie und demokratische Lebensweise ablehnten. „Wir werden jedoch nicht zulassen, daß diese Menschen unser gesellschaftliches Leben aus dem Gefüge bringen. Wir werden an unseren Werten festhalten und sie verteidigen“, bekräftigte Edtstadler.

Man wolle an diesem Tag aber nicht nur gedenken, sondern auch in die Zukunft blikken: „In eine Zukunft, in der die Sicherheit der jüdischen Gemeinde auch weiterhin oberste Priorität für die Republik Österreich hat. In eine Zukunft, in der die jüdische Kultur in Österreich blüht und gedeiht und in der wir unsere Werte und Freiheiten leben können“, so die Ministerin, die sich beim Bundeskanzler und bei Vizekanzler Werner Kogler dafür bedankte, daß sie gemeinsam mit der Bundesregierung Initiativen zur Förderung und Absicherung des österreichischen jüdischen Lebens vorantreiben. Ein weiterer Dank galt dem Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde, Oskar Deutsch, für seinen unermüdlichen Einsatz.

Kogler: Nie wieder muß wirklich nie wieder bedeuten

„Während des Novemberpogroms wurden Jüdinnen und Juden gequält, gedemütigt und zügelloser, staatlich tolerierter, antisemitischer Gewalt ausgesetzt. Viele wurden ermordet, viele wurden aber auch in den Selbstmord getrieben. Ziel dieser geplanten und organisierten Vorgangsweise war die Verbannung und Ausschaltung der Jüdinnen und Juden aus dem gesellschaftlichen Leben“, hielt Vizekanzler Werner Kogler in seiner Rede fest und erinnerte daran, daß es in Wien vor den Pogromen 6 große Synagogen, 18 von Vereinen betriebene Synagogen und 78 Bethäuser gegeben habe.

Der Holocaust, aber auch die verfehlte Politik in den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik, habe dazu geführt, daß sich heute nur mehr rund 15.000 Personen der jüdischen Gemeinde zugehörig fühlen. Diese



Foto: BKA / Dragan Tatic

Vizekanzler Werner Kogler: „Nie wieder muß wirklich nie wieder bedeuten."



Foto: BKA / Dragan Tatic

IKG-Präsident Oskar Deutsch: „Wer seine Vergangenheit nicht kennt, hat keine Zukunft."

Gemeinde führe jedoch ein lebendiges kulturelles Leben. Dieses sei aber zunehmend bedroht, so der Vizekanzler, der an den Angriff auf Elie Rosen in Graz und den Wiener Anschlag erinnerte. Die Republik trage Verantwortung für die Sicherheit all seiner Bürgerinnen und Bürger. Besondere Verantwortung aber habe sie für den Schutz jüdischen Lebens in Österreich.

„Nur wenn wir jüdisches Leben in Österreich unterstützen, werden auch unsere Kinder ein lebendiges, kulturelles österreichisch-jüdisches Leben erfahren können. Wir wollen uns daher Antisemitismus in jeglicher Ausprägung vehement entgegenstellen. Nie wieder muß eben wirklich nie wieder bedeuten", so der Vizekanzler.

Deutsch: Wer seine Vergangenheit nicht kennt, hat keine Zukunft

Oskar Deutsch, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde, betonte in seinem Statement: „Der 9. November ist ein Tag der schmerzhaften Erinnerung. Vor 82 Jahren wurden Synagogen, Geschäfte und Wohnungen gestürmt. Wer Jude war, schwebte plötzlich in Lebensgefahr, weil er Jude war. Alleine in Wien wurden mindestens 27 Menschen ermordet, Tausende verprügelt und festgenommen. Die Deportationen begannen am nächsten Tag. Es war der Vorabend der Shoah. Heute ist es unsere Pflicht, den Opfern zu gedenken. Wir erinnern, damit es nie wieder geschieht. Wo Haß gedeiht, besteht Lebensgefahr."

Für viele Jüdinnen und Juden habe mit der Befreiung 1945 die Identitätssuche begonnen. Die wenigen, die zurückkommen wollten, seien hier nicht willkommen gewesen. Im Selbstverständnis der Zweiten Republik sei Österreich Hitlers Opfer gewesen. Das Schicksal der Jüdinnen und Juden sowie anderer Verfolgter sei sekundär gewesen.

„Antisemitismus war kein Tabu", so Deutsch. „Jüdisches Leben fand hinter verschlossenen Türen statt." Vor dem Eindruck der Waldheim-Affäre und dem Aufstieg Jörg Haiders habe Franz Vranitzky mit dem Eingeständnis der Mitschuld Österreichs an den NS-Gräueltaten für einen „Paradigmenwechsel" gesorgt. „Das war historisch." Trotzdem sei die jüdische Gemeinde in Österreich auch heute noch auf Polizeischutz angewiesen. „Heute sind mehr als 20 Prozent des Gemeindebudgets Sicherheitsausgaben." Erst unter der damaligen Innenministerin Johanna Mikl-Leitner habe die Republik damit begonnen, einen Teil dieser Ausgaben zu übernehmen, „ein Meilenstein", so Deutsch.

Bundeskanzler Sebastian Kurz sei es, wie seit Franz Vranitzky keinem zweiten, stets ein ehrliches Anliegen, das „Judentum als integralen Bestandteil der österreichischen und europäischen Identität" zu unterstützen. „Für die Kultusgemeinde und ihre Anliegen hat der Bundeskanzler immer besonderes Verständnis." Der Gesetzesentwurf zur Absicherung des jüdischen Lebens in Österreich sei ein „historisches Projekt", das die Handschrift von Sebastian Kurz trage, so Präsident Deutsch. Auch Bundesministerin Karoline Edtstadler habe sich außerordentlich dafür eingesetzt. Deutsch bedankte sich zudem bei Vizekanzler Werner Kogler für dessen Unterstützung, um „jüdisches Leben in Österreich abzusichern, als Teil der großartigen Vielfalt in unserem Land".

„Mit Hilfe dieses Gesetzes werden wir unseren Kindern und Enkelkindern eine abgesicherte jüdische Gemeinde überlassen, die zur Vielfalt und Prosperität Österreichs beiträgt, ohne dabei die Opfer der Shoah zu vergessen. Denn es ist tatsächlich so: Wer seine Vergangenheit nicht kennt, hat keine Zukunft", so Deutsch abschließend. ■

https://www.bundeskanzleramt.gv.at/
https://www.ikg-wien.at/

Innenpolitik

Rot-Pinke Koalition in Wien

Es hat exakt 18 Verhandlungstage gebraucht: Am 16. November haben Bürgermeister Michael Ludwig von der SPÖ und der Klubchef der Wiener NEOS, Christoph Wiederkehr, die Einigung auf eine neue Stadtkoalition bekanntgegeben.



Foto: PID / David Bohmann

Die neue Wiener Stadtregierung (v.l.): Jürgen Czernohorszky (Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal), Peter Hacker (Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport), Vizebürgermeister Christoph Wiederkehr (Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz), Ulli Sima (Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität), Bürgermeister Michael Ludwig (Mitte), Veronica Kaup-Hasler (Stadträtin für Kultur und Wissenschaft), Vizebürgermeisterin Kathrin Gaál (Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen) und Peter Hanke (Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke)

Wir bauen eine soziale, mutige, menschliche und nachhaltige Stadt, in der der Mensch im Mittelpunk steht", sagte Bürgermeister Michael Ludwig. „Es ist eine Fortschritts-Koalition. Soziales, Arbeitsmarkt und leistbares Wohnen sind uns genauso wichtig wie Nachhaltigkeit und Digitalisierung. Mit der ersten sozial-liberalen Koalition geht die Bundeshauptstadt den Schritt voran – wir werden sicherlich Nachahmer finden."

„Wir haben gemeinsame Ideen und Visionen für die Zukunft der Stadt und bringen beide Zukunfts-Kompetenz mit", sagte der damals noch designierte Vize-Bürgermeister Christoph Wiederkehr von den NEOS. Er bedankte sich für „Koalitionsverhandlungen auf Augenhöhe" und freute sich auf eine entsprechende Arbeitsbasis für die nächsten fünf Jahre. Ähnlich wie Ludwig gehe es Wiederkehr in der Stadtpolitik nicht nur um die Bekämpfung der aktuellen Corona-Krise sondern um langfristige Projekte für die Zukunft der Stadt.

Das Regierungsabkommen

Bereits am Tag darauf, am 17. November, haben Ludwig Wiederkehr im Wiener Rathaus das Koalitionsübereinkommen für die kommende Regierungsperiode präsentiert. Nachdem bereits die sozialdemokratischen Gremien das Abkommen laut Ludwig „mit großer Zustimmung" angenommen hatten, zog die NEOS-Mitgliederversammlung nach und erteilte der Übereinkunft ihre Zustimmung. Auf 212 Seiten und in neun Kapiteln haben die beiden Parteien festgelegt, welche Ziele sie sich für die kommende Regierungsperiode stecken und mit welchen Projekten diese erreicht werden sollen. Damit ist die rot-pinke Koalition im Wiener Rathaus offiziell besiegelt.

Ludwig sagte, nach der Zustimmung der Gremien beider Parteien zum Regierungsprogramm freue er sich über diesen historischen Moment. „Zwei Dinge sind mir besonders wichtig: Wir befinden uns bekanntlich mitten in einer Gesundheitskrise. Mit unseren Maßnahmen wollen wir die Auswirkungen dieser Corona-Krise vor allem auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt erfolgreich meistern. Wir werden gemeinsam mit den Sozialpartnern um jeden Arbeitsplatz in der Stadt kämpfen. So wird es neue Förderschienen geben, die vor allem Lehrlinge und Menschen, die über 50 Jahre sind, im Fokus haben. Aber neben diesen Projekten gibt es noch zahlreiche weitere Leuchtturmprojekte im Regierungsübereinkommen."

Wiederkehr sagte, diese Fortschrittskoalition werde über die momentane Krise hinaus tragfähige und konstruktive Lösungen schaffen. „Der beste Hebel dazu ist die Bildung, und das damit verbundene Versprechen, das wirtschaftlicher und sozialer Aufstieg wieder möglich ist. Ein weiterer Schwerpunkt ist ein ambitioniertes Klimaschutzprogramm, mit dem angestrebten Klimaschutzgesetz wollen wir Wien bis 2040 Kohlendioxid-neutral machen. Ebenso haben wir im Bereich der Transparenz viele Maßnahmen festgelegt, etwa die Stärkung der Kontrollrechte des Stadtrechnungshofes als auch der Opposition."

Aus dem Koalitionsprogramm

Stadt der Arbeit und Wirtschaft

Die Corona-Krise stellt die Stadt vor grosse Herausforderungen aufgrund der gestiegenen Arbeitslosigkeit. Die neue Wiener Stadtregierung läßt in Wien aber niemanden zurück und hilft mit gezielten Maßnahmen rasch und unbürokratisch. Wir setzen Kon-

junkturimpulse und investieren in den Standort, sorgen für Qualifizierungsmaßnahmen und bauen erfolgreiche Initiativen – wie z.B. die „Joboffensive 50plus“ – weiter aus. Für Unternehmen modernisieren wir die Wiener Wirtschaftsförderungen und machen sie durch Entbürokratisierung leichter zugänglich. Damit fördern wir auch die Vielfalt der Wirtschaft und machen sie krisenfest.

EPU, KleinunternehmerInnen und Familienunternehmen stehen dabei im Mittelpunkt, denn sie schaffen Arbeit und bleibende Werte. Zusammen gehen wir mutig und gestärkt aus der Krise und stellen uns dabei den Herausforderungen der Digitalisierung und des Klimawandels. In Wien verbinden wir den Ausbau des hohen Wohlstands und Lebensstandards konsequent mit den Wiener Werten der Daseinsvorsorge und der Nachhaltigkeit. Denn in Wien steht der Mensch im Mittelpunkt.

Stadt der Bildung

Die Fortschrittskoalition hat es sich zum Ziel gesetzt, das Wiener Bildungssystem so weiter zu entwickeln, daß unseren Kindern alle Zukunftschancen offenstehen. Vor mehr als zehn Jahren wurde in Wien der Gratis-Kindergarten eingeführt. Diesen Herbst wurde an 70 Standorten die Gratis-Ganztagsschule etabliert. Pro Jahr kommen nun bis zu zehn weitere Standorte hinzu. Mit dem Programm „Das Wiener Bildungsversprechen“ werden Großstadtschulen mit besonderen Herausforderungen zu Startrampen für ein gelungenes Leben, die Zahl der SchulpsychologInnen wird massiv aufgestockt und an jeder Wiener Pflichtschule wird eine zusätzliche Verwaltungskraft für Unterstützung sorgen.

Gleichzeitig werden der qualitative und quantitative Ausbau der Kindergartenplätze und die Bildungs- campus-Neubauprogramme fortgesetzt. Wir setzen aber auch einen Schwerpunkt beim Personal, indem wir den PädagogInnen mit Fach- und Unterstützungspersonal sowie Sprachförderkräften den Rücken stärken. Darüber hinaus werden die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe ausgebaut. Ziel der Fortschrittskoalition ist es auch, daß Wien die kinder- und jugendfreundlichste Stadt der Welt wird – und zwar mittels Umsetzung der Wiener Kinder- und Jugendstrategie sowie der Maßnahmen dieses Regierungsprogramms. Und weil zu einer Stadt des Wissens die Wissenschaften dazugehören, werden wir alles tun, um Wien auch in Zukunft als führende europäische Forschungs- und Innovationsmetropole zu positionieren.



Foto: PID / David Bohmann

Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) …



Foto: PID / David Bohmann

Vize-Bgm. Christoph Wiederkehr (NEOS)

Lebenswerte Klimamusterstadt

Wien hat heute österreichweit die niedrigsten CO_2-Emissionen pro Kopf und eines der weltweit dichtesten Öffi-Netze. Jetzt gilt es, nicht nachzulassen! Ganz im Gegenteil: Die neue Wiener Fortschrittskoalition macht Wien zur Klimamusterstadt! Dazu setzen wir auf Klimaschutz, Klimawandelanpassung und Kreislaufwirtschaft. Alle Zielsetzungen, Werkzeuge und Gremien werden im neuen Wiener Klimaschutzgesetz gebündelt. Das Wiener Klimabudget sichert die Umsetzung unserer ambitionierten Vorhaben. Zu den wichtigsten Maßnahmen zählen der Ausbau erneuerbarer Energien, die Wärme- und Verkehrswende, neue oder erneuerte Parks- und Grünflächen, Abfallvermeidung und Baumpflanzungen sowie Begrünungs- und Kühlungsmaßnahmen in der Stadt. Auf diese Weise wird Wien bis 2040 CO_2-neutral. Bis 2040 erfolgt der Ausstieg aus fossilen Energieträgern für Heizung, Kühlung und Warmwasserbereitung. Weiters werden die CO_2-Emissionen des Verkehrssektors bis 2030 um mehr als 50 Prozent reduziert sowie der Anteil der Pkw-PendlerInnen, die nach Wien kommen, ebenfalls bis 2030 halbiert. Auf diese Weise ist sichergestellt, daß Wien trotz der Herausforderung durch den Klimawandel weiterhin die Stadt mit der weltweit höchsten Lebensqualität bleibt.

Weltoffene Kulturstadt

Wien ist eine Metropole mit internationaler Strahlkraft, die sich über Jahrhunderte hinweg durch die Begegnung von Kulturen entwickelt hat. Diese Vielfalt bereichert die Stadt, führt aber auch zu Herausforderungen für das Zusammenleben, denen wir uns stellen werden. Wir bekennen uns daher zu einer lösungsorientierten Integrationspolitik, für die immer ein friedliches Zusammenleben aller Menschen in Wien im Mittelpunkt steht.

Als Kulturstadt werden wir außerdem geeignete Rahmenbedingungen für ein möglichst vielfältiges und von möglichst vielen Menschen erlebbares Kulturprogramm schaffen. Orte der Kreativität sollen in Wien auch die einzelnen Grätzl sein, die noch dazu für ein lebendiges Miteinander von enormer Bedeutung sind. Daher setzen wir auf eine Stadt der kurzen Wege, in der Grätzl zum „verlängerten Wohnzimmer“ werden können und von Nahversorgung über Kultur und erholsamer Freizeit alles für einen lebenswerten Alltag bieten. Als weltoffene Metropole setzen wir uns zudem für die Gleichstellung der Geschlechter ein und verschreiben uns dem Kampf gegen jegliche Form der Diskriminierung. Denn in Wien haben alle Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion oder sexueller Orientierung gleiche Rechte und Pflichten.

Leistbare Stadt

Wien ist die attraktivste und leistbarste Millionenstadt der Welt. Der Hauptgrund dafür ist der geförderte Wohnbau. Dieses internationale Vorzeigemodell wollen wir weiter ausbauen. Die neue Wiener Fortschrittskoalition wird 1.500 neue Gemeindebauwohnungen und tausende weitere geförderte Wohnungen auf den Weg bringen. Außerdem starten wir eine Sanierungsoffensive, um bestehende Gemeindebauten auf den neuesten Stand zu bringen. Wir verbessern die Vergaberichtlinien, damit die WienerInnen, die eine geförderte Wohnung am dringendsten brauchen, diese auch so schnell wie möglich bekommen. Zusätzlich kümmern wir uns darum, daß auch private EigentümerInnen beim Bau und der Modernisierung von Wohnraum bestmöglich unterstützt und beraten werden.

Um den Klimawandel und seine Auswirkungen einzudämmen, setzt die Fortschrittskoalition auf nachhaltiges Bauen und Modernisieren sowie auf Maßnahmen, die an Hitzetagen für Abkühlung sorgen.

Smart City

Wien ist heute eine Smart City, die hohe Lebensqualität, radikale Ressourcenschonung und umfassende Innovation vereint. Die Smart City Wien begegnet so aktiv den Herausforderungen der Klima- und Umweltkrise, dem rasanten technologischen Wandel und der umfassenden Digitalisierung.

Wir machen die Smart City Wien nicht nur zur Klimamusterstadt, sondern auch zur Digitalisierungshauptstadt, wo der Mensch im Mittelpunkt steht.

Zu den wichtigsten Projekten zählen die Etablierung einer Datenstrategie für Wien, noch mehr Datensicherheit, die weitere Digitalisierung der Stadtverwaltung, aber auch die Verbesserung der bisher „analogen" Versorgungsinfrastruktur sowie von Bildungs- und Wissenschaftsangeboten. Zu einer Smart City gehört aber auch smarte Mobilität. Daher wird die Fortschrittskoalition Mobilität und Verkehr umfassend weiterentwickeln – und zwar unter anderem durch den weiteren Ausbau der Öffis und der E-Mobilität, Investitionen in den Ausbau der Straßeninfrastruktur, den Ausbau des Radewegnetzes, ein neues System des Parkraummanagements und verkehrsberuhigende Maßnahmen.

Stadt des sozialen Zusammenhalts

Wien ist eine Stadt der Solidarität, in der niemand zurückgelassen wird. Wir sind stolz auf unsere Sozialpolitik, die Menschen zu einem selbstbestimmten Leben ermächtigt und dort, wo das nicht möglich ist, ein Leben in Würde garantiert. Dieses soziale Netz hält nicht nur unsere Gesellschaft zusammen, sondern ist auch die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg Wiens. Eine funktionierende Armutsbekämpfung, hochwertige Pflege und eine bestmögliche Gesundheitsversorgung für alle sind die Stränge dieses sozialen Netzes.

Gerade in der Corona-Krise hat sich gezeigt, wie wichtig eine leistungsstarke öffentliche Gesundheitsversorgung ist. Das Wiener Gesundheitswesen zeichnet sich sowohl im niedergelassenen als auch im Spitalsbereich durch sein breites und qualitativ hochwertiges Angebot aus. Dieses wollen wir in seiner Serviceorientierung und seiner Ausrichtung anhand der sich veränderten Bedürfnissen der WienerInnen weiterentwickeln. Zusätzlich werden wir umfassend neue digitale Angebote wie zum Beispiel das Wiener Gesundheitsportal schaffen. Wien ist und bleibt internationales Vorbild im sozialen Zusammenhalt.



Foto: HBF

Bei der Angelobung von Michael Ludwig als Landeshauptmann von Wien (v.l.): Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Sebastian Kurz und Michael Ludwig

Transparente Stadt

Transparenz, Kontrolle und Nachvollziehbarkeit sind zentrale Bestandteile einer lebendigen Demokratie mit mündigen BürgerInnen. Die Fortschrittskoalition wird den offenen Zugang zu Datenbanken und Studien ausbauen – genauso wie die Kontrollrechte des Gemeinderates und des Stadtrechnungshofes im Bereich der Parteifinanzen. In diesem Zusammenhang werden wir alle Chancen nutzen, die uns die Digitalisierung bietet, um die Politik weiter zu öffnen. Um das Vertrauen der BürgerInnen in die Demokratie zu stärken, kommt es auch auf Korruptionsprävention und -bekämpfung an. In diesem Bereich streben wir die Schaffung einer weisungsungebundenen Wiener Antikorruptions-Ombudsstelle an. Weiters soll das Instrument der Untersuchungskommission reformiert werden. Gemeinderat und Landtag wollen wir transparenter und bürgerInnennäher machen.

Wir setzen neue Standards bei der Transparenz von Förderungen. Für faire und sparsame Wahlkämpfe formulieren wir ein klares und verbindliches Regelwerk.

Außerdem wird die Fortschrittskoalition die Einrichtungen der direkten Demokratie und der BürgerInnenbeteiligung weiter ausbauen.

Angelobung zum Landeshauptmann

Nach seiner Wiederwahl zum Bürgermeister in der konstituierenden Sitzung des Wiener Gemeinderats ist Michael Ludwig von Bundespräsident Alexander Van der Bellen am 24. November im Beisein von Bundeskanzler Sebastian Kurz als Landeshauptmann angelobt worden.

Van der Bellen gratulierte Ludwig „sehr herzlich" zu seiner Wahl als Stadtchef und zum Ergebnis für die SPÖ bei der Landtags- und Gemeinderatswahl am 11. Oktober, „bei der Sie sich sehr gut geschlagen haben, wenn ich das so sagen darf". Durch die Koalition mit den NEOS habe Ludwig sich für ein „Novum für Österreich" entschieden. „Auch das wird interessant werden", habe es so eine Regierungskonstellation schließlich bisher weder auf Landes- noch Bundesebene gegeben.

Das Staatsoberhaupt erinnerte auch daran, daß Wien nun seit 100 Jahren ein eigenständiges Bundesland ist und heute „als eine der lebenswertesten Städte der Welt" gelte. Auf die Herausforderungen – von Corona über die wachsende Stadt bis zur Arbeitsmarktsituation – brauche er nicht näher eingehen, da Ludwig darüber wohl sowieso besser Bescheid wisse.

Danach sprach Ludwig die offizielle Gelöbnisformel. Die beiden Herren begaben sich im Anschluß mit Maske – „Setzen wir diese wunderbaren Dinger wieder auf", meinte Van der Bellen – an den Tisch, um die geforderten Unterschriften zu leisten. ■

https://www.bundespraesident.at
https://www.wien.gv.at

Wie Feuer und Eis: Warum Gesellschaften zunehmend fragmentieren

Der explosionsartige Anstieg von Sozialkontakten führt unausweichlich zu einer Filterblasen-Gesellschaft und wird laut einer in Wien entwickelten »Theorie der sozialen Fragmentierung« zur Gefahr für die Demokratie und die Bewältigung künftiger Herausforderungen.

Wissenschaftler am Complexity Science Hub Vienna (CSH) zeigen, daß die sich beschleunigende Fragmentierung der Gesellschaft – oft auch als Filter-Bubble-Gesellschaft bezeichnet – eine direkte Folge der wachsenden Zahl an Sozialkontakten ist. Ihrem Modell zufolge können Gesellschaften nur entweder kohärent sein oder fragmentiert. Und so wie Wasser ab einer bestimmten Temperatur zu Eis oder zu Gas wird, wechselt eine Gesellschaft an bestimmten Kipppunkten („Tipping Points") abrupt vom einen Zustand in den anderen.

Für ihre Theorie sozialer Fragmentierung, die in der neuesten Ausgabe des „Journal of the Royal Society Interface" erschien, verwenden die Forscher zwei klassische soziologische Konzepte, die im Lauf der letzten Jahrzehnte in hunderten Studien empirisch geprüft wurden. Die erste These ist die der Homophilie. „Menschen sind glücklicher, wenn sie nicht mit anderen uneinig sind oder streiten müssen", erklärt der Erstautor der Studie, Tuan Pham (CSH & MedUni Wien). „Man kann auch sagen: Gleich und Gleich gesellt sich gern. Um Streß zu vermeiden, besteht die Tendenz, daß sich Meinungen innerhalb einer Gruppe immer mehr aneinander anpassen und angleichen."

Das zweite Konzept ist die Balancetheorie des in Österreich geborenen Psychologen Fritz Heider. Vereinfacht gesagt beschreibt sie, daß Menschen darauf bedacht sind, daß sich auch ihre FreundInnen gut verstehen. „Wir konstruieren gerne soziale Dreiecke", so Stefan Thurner (CSH-Präsident & MedUni Wien). „Am liebsten ist uns, wenn sich alle drei in dem Dreieck miteinander verstehen. Was wir nicht gut aushalten ist, wenn zwei Menschen, mit denen wir uns gut verstehen, sich nicht mögen oder z.B. miteinander streiten. Solche Zustände der Imbalance kommen in Gesellschaften tatsächlich auch viel seltener vor."

Phasenübergang: von kohärent zu fragmentiert

Die Komplexitätsforscher kombinieren in ihrem einfachen Gesellschaftsmodell Homophilie und Balancetheorie mit dem physikalischen Prinzip, daß der Zustand der geringsten Energie aufgesucht wird. „Wir legen das auf Gesellschaften um und sagen: Menschen in Gesellschaften suchen den Zustand des geringsten sozialen Stresses auf", so Thurner. „Und da sehen wir deutlich zwei gesellschaftliche Phasen-Zustände: Entweder, die Gesellschaft ist kohärent – das heißt, es existiert Zusammenhalt, und Austausch und Kooperation können stattfinden. Oder die Gesellschaft zerfällt in lauter kleine Blasen Gleichgesinnter. Die verstehen sich zwar dann untereinander gut, eine konstruktive Kommunikation über die Blasen hinweg ist aber nicht mehr möglich. Die Gesellschaft fragmentiert."

Zu viele soziale Kontakte führen zum Kipppunkt

Der Übergang, so die Forscher, ist abrupt. Was aber verursacht das Kippen? Beim Phasenübergang von Wasser ist es die Temperatur; bei Gesellschaften ist der Tipping Point laut der hier vorgestellten Theorie die Anzahl der Beziehungen, die Menschen miteinander pflegen. Und die ist dank Internet, Smartphone und Social Media in den letzten Jahren regelrecht explodiert. „Vor ein paar Jahrzehnten mußten wir unsere Telefonleitung noch mit anderen Haushalten teilen. Dann hatte jeder Haushalt eine Leitung, später jede Person ihr eigenes Telefon. Heute sind wir per Smartphone zu jeder Zeit mit Leuten in der ganzen Welt verbunden – und das noch über viele Kanäle gleichzeitig", erklärt Thurner.

Für das Wohlbefinden der Einzelnen wird das zum Problem. „Mit Unstimmigkeiten in kleinen Gruppen, zum Beispiel Streit mit zwei von zehn Mitgliedern einer Großfamilie, können wir oft noch ganz gut umgehen", erklärt Tuan Pham. „Aber sind plötzlich 20 von 100 gegen mich, halte ich das nicht aus. Ich werde diesen 20 künftig also aus dem Weg gehen. Stattdessen suche ich meine eigenen sozialen Blasen auf. Besonders einfach ist das in der Online-Welt." Tun das viele Menschen gleichzeitig, kommt es zur schlagartigen Fragmentierung, die die Forscher in ihrem Modell beobachten konnten. „Das ist so sicher wie ein Naturgesetz", sagt Thurner.

Demokratie in Gefahr

Stimmen die soziologischen Grundannahmen, sieht der Komplexitätsforscher ein gewaltiges Problem, das sowohl unsere Demokratien wie auch die Bewältigung von Herausforderungen wie Klimakrise oder Pandemien gefährden könnte. „Wenn sich alle in ihren Bubbles bewegen und nicht mehr bereit sind, diese Komfortzonen zu verlassen, wie sollen wir als Gesellschaft dann noch Themen ausverhandeln und zu Kompromissen gelangen, die die Grundlage aller Demokratie sind?" Wie real und brandgefährlich die Entwicklung ist, zeigen die letzten beiden US-Wahlen oder das immer raschere Um-sich-Greifen von Verschwörungstheorien.

Was aber tun, um die Demokratie zu retten? „Das wirksamste Mittel wäre, Kontakte wieder dramatisch zu reduzieren – aber das ist vollkommen unrealistisch", so Thurner. „Wir müssen uns hier wirklich rasch etwas überlegen." In einem nächsten Schritt wollen die Forscher ihre Theorie jedenfalls einmal anhand großer Datensätze überprüfen.

Der Complexity Science Hub Vienna (abgekürzt CSH) ist ein Verein zur wissenschaftlichen Erforschung komplexer Systeme mit Sitz in Wien. ■

https://www.csh.ac.at/

https://de.wikipedia.org/wiki/Complexity_Science_Hub_Vienna

Sicherheit in stürmischen Zeiten

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil legt Budget für 2021 vor

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil hat in seiner Funktion als Landesfinanzreferent am 12. November dem Burgenländischen Landtag den Landesvoranschlag für 2021 und den Nachtragsvoranschlag für 2020 vorgelegt. In der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit und inmitten einer globalen Pandemie gehe es in der Finanzplanung vor allem darum, den BurgenländerInnen Sicherheit zu geben, Beschäftigung zu sichern und das Land wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Daß das Burgenland zuletzt nach wie vor starke Beschäftigungs- und Nächtigungszuwächse erzielt hat, sei eine gute Ausgangsbasis. „Wir befinden uns in den schwierigsten Zeiten der letzten 60 Jahre. Umso wichtiger ist es, daß wir mit einem starken öffentlichen Sektor und einem stabilen Budget dafür sorgen, daß nicht die Bevölkerung die Kosten für diese Krise trägt“, betonte der Landeshauptmann. Die Leitprojekte des Regierungsprogrammes – vom Mindestlohn bis zum Anstellungsmodell für pflegende Angehörige – seien unverrückbar. Daneben sei vorrangig, gezielt in die Wirtschaft zu investieren, „damit dieser Motor nicht ins Stocken gerät“, so Doskozil.

Die burgenländische Budgetplanung steht also im Zeichen der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit und einer globalen Pandemie. Nachdem Corona alle Wirtschaftsprognosen über den Haufen geworfen hat, gibt es heuer neben dem Budget 2021 auch einen umfassenden Nachtrag für 2020. In beiden schlagen sich die krisenbedingten Ausfälle auf der Einnahmenseite und zusätzliche Kosten für Corona-Maßnahmen nieder. Konkret sind einerseits die Ertragsanteile durch die Wirtschaftskrise massiv eingebrochen (2020 fehlen 78,6 Millionen Euro, 2021 nach aktuellen Zahlen sogar 120 Millionen Euro), andererseits hat das Burgenland hohe Corona-Mehrkosten (2020: 26,7 Millionen Euro, 2021: 31,6 Millionen Euro) zu verzeichnen.

Durch Konsolidierungsmaßnahmen ist es gelungen, die notwendige Neuverschuldung deutlich zu drosseln: Im Nachtragshaushalt für 2020 gibt es einen negativen Saldo von 83,3 Millionen Euro, im Budget 2021 macht er 118 Millionen Euro aus – das ist in Relation weniger als in den anderen Bundesländern, beispielsweise in den Nachbarländern Niederösterreich und Steiermark. Insgesamt stehen im Landesvoranschlag für 2021 Auszahlungen von 1,398 Milliarden Euro Einzahlungen von 1,280 Milliarden gegenüber; im Nachtragsvoranschlag betragen die Auszahlungen 1,377 Milliarden und die Einzahlungen 1,294 Milliarden Euro.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Finanzlandesrat Landeshauptmann Hans Peter Doskozil bei seiner Budgetrede im Landtag

»Stabilität für die Bürger – koste es, was notwendig ist!«

„Ein Budget in einer schweren Wirtschaftskrise zu erstellen, ist für alle Bundesländer eine Herausforderung. Die Bundesregierung läßt die Länder dabei völlig im Stich. Bis heute haben wir keinerlei Kompensation zugesichert bekommen. In so einer Situation, wo von der Bundespolitik keine Stabilität kommt, sind wir umso entschlossener, den Burgenländern Sicherheit zu geben und für einen starken öffentlichen Sektor zu sorgen. Nicht ‚koste es, was es wolle‘, sondern koste es, was notwendig ist‘“, sagte der Landeshauptmann.

Nach dieser Devise setze das Land mit dem Budget 2021 antizyklisch die nötigen Maßnahmen. „Das Burgenland investiert massiv, um Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern und Einbrüche bei der Beschäftigung zu verhindern. Mit diesen Investitionen werden bleibende Werte geschaffen“, verwies Doskozil auch auf die heuer erstmals vorliegende Vermögensbilanz: Laut dieser beträgt das Landesvermögen der Burgenländer zum Stichtag 1.1.2020 rund 3,125 Milliarden Euro – mehr als das Doppelte des Landesbudgets. Dass die Landesfinanzen solide sind, zeigt sich auch am Rating von Standard & Poor’s mit AA/A-1+ und stabilem Ausblick, das laut Mitteilung vom 23.10. bestätigt wurde.

»Wir unterstützen den Betrieb der Wirtschaft und nicht ihren Ausfall«

Als einziges Bundesland Österreichs konnte das Burgenland bis Ende September 2020 noch ein Beschäftigungswachstum erreichen. Die Beschäftigung liegt rund ein Prozent – oder rund tausend Personen – über dem Vergleichszeitpunkt des Vorjahres. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, liegt aber im September mit 7,5 Prozent (+1,4 Prozent) um 0,9 Prozent unter dem Bundesschnitt von 8,4 Prozent (+1,8 Prozent). Rekordzuwächse verzeichnete das Burgenland zuletzt im Bundesländervergleich im Tourismus. Das zeige, daß die Landespolitik die richtigen Maßnahmen zur richtigen Zeit gesetzt habe, erklärte Doskozil: „Das Burgenland-Bonusticket, die Ausweitung des Handwerkerbonus und andere effektive Fördermaßnahmen haben es möglich gemacht, die Krise bisher so gut wie möglich einzudämmen und Wirtschaft und Arbeitsmarkt zu stabilisieren.“

Beispiel Bonusticket: Fast 10.000 bisher genutzte Tickets haben 750.000 Euro gekostet und eine Wertschöpfung von 5,2 Millio-

nen Euro ausgelöst. Beispiel Handwerkerbonus: Der Fördertopf wurde auf 6 Millionen Euro aufgestockt. Rund 4,2 Millionen Euro an Förderungen wurden bisher positiv bearbeitet. Damit werden Gesamtinvestitionen von 21,55 Millionen Euro für die burgenländische Wirtschaft „angestoßen" – ein Euro Förderung löst demnach 5,17 Euro an Wirtschaftsleistung aus.

Im Gegensatz zu den Maßnahmen des Bundes zielen die Maßnahmen des Landes darauf ab, „daß wir den Betrieb der Wirtschaft und nicht den Ausfall der Wirtschaft unterstützen – damit die Wirtschaft auch weiter ihre Beiträge zum Steueraufkommen leisten kann", so Doskozil: „Wir haben uns daher entschlossen, die Bonusticket-Aktion auszuweiten und zu verlängern. Auch der Handwerkerbonus wird fortgeführt. Das sind wichtige Investitionsimpulse, für die wir im neuen Budget Vorsorge treffen – und die im Burgenland bleiben", unterstrich der Landeshauptmann. Insgesamt mache der Mehraufwand für Corona-bedingte Hilfsmaßnahmen für Wirtschaft, Tourismus, Kultur und Arbeitsmarkt bzw. zusätzliche Gesundheitsausgaben 2020 rund 26,7 Millionen Euro aus und werde 2021 sogar auf 31,6 Millionen Euro steigen. „Das verdeutlicht, wie wichtig dieser Landesregierung ein wirkungsvolles Krisenmanagement ist."

Investieren gegen die Krise

Die Schwerpunkte des Budgets 2021 liegen auf Sozialem, Gesundheit und Bildung. Rund 60 Prozent des Budgets fließen in diese Bereiche – das sind 864 Millionen Euro und ist ein Plus von 3,3 Prozent gegenüber 2020. Besonders stark steigen die Ausgaben im Bereich Gesundheit, wo das Budget von 173 auf 200 Millionen Euro erweitert wird – 15 Prozent mehr als vor Corona. Das Bildungsbudget steigt um 12 Millionen Euro auf nunmehr 302 Millionen Euro. Bei der Personalkostenförderung für Kindergärten wird um 4,33 Millionen Euro aufgestockt – eine Folge der Umsetzung des Gratiskindergartens.

Das Investitionsbudget bleibt mit 22,27 Prozent am Gesamtbudget gegenüber dem Vorjahr trotz Einbruch der Budgeteinnahmen stabil. Insgesamt werden im kommenden Jahr 311 Millionen Euro investiert.

„Das größte Landesprojekt ist der Neubau des Krankenhaus Oberwart. In den kommenden Jahren werden wir bis zu 235 Millionen Euro investieren. Damit schaffen wir ein modernes Leitspital für das Südburgenland", sagte der Landeshauptmann. Investiert wird aber auch in die anderen Spitäler.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil: „Versprechen auch in der Krise halten"

Auch der öffentliche Verkehr wird massiv ausgebaut. Das Budget für Verkehrsverbünde und die Bestellung von Verkehrsdiensten wird von 15,7 Millionen 2019 bzw. 20,3 Millionen 2020 auf 23,45 Millionen erhöht, was deutliche Verbesserungen für Pendler bringen soll. Zusätzlich wird massiv in die Infrastruktur im Bereich des öffentlichen Verkehrs investiert: 1,9 Millionen Euro im Jahr 2021, bis 2027 sogar 50 Millionen Euro.

Größtes Gemeinde-Entlastungspaket in Österreich beabsichtigt!

Insgesamt 63 Millionen Euro werden aktuell über die Landesimmobilien Burgenland GmbH (LIB) in große Bauvorhaben investiert. Im Wohnbaubereich bleibt das Förderniveau für Private gegenüber 2020 trotz Konsolidierungsdruck gleich – 20 Millionen Euro stehen für Neubau- und Ankaufsdarlehen zur Verfügung, 4,8 Millionen Euro für Sanierungen. Die Mittel für die Wohnbeihilfe werden sogar auf 1,2 Millionen Euro aufgestockt.

Was die Hilfsmaßnahmen für Gemeinden betrifft, forderte Doskozil „eine ehrliche Diskussion". Ihm gehe es nicht um Mogelpackungen, das Land beabsichtige vielmehr, das größte Entlastungspaket für Gemeinden auszuverhandeln, das es im Bundesländervergleich gebe: „Den Gemeinden ist nur wirklich geholfen, wenn es zu einer strukturellen finanziellen Entlastung kommt. Unser Paket würde bedeuteten, daß rund 30 Millionen Euro zusätzlich in die Gemeinden fließen, ohne daß es zu einem Kompetenzverlust kommt." Die Gemeindebünde seien eingebunden. Er hoffe, daß die Gemeinden bereit seien, mit dem Land konstruktiv zu verhandeln. Darüber hinaus werden die Gemeinden auch durch die LIB entlastet, die zur Umsetzung und Finanzierung kommunaler Bauprojekte zur Verfügung steht.

Versprechen auch in der Krise halten

Das heurige Budget ist auch eines, mit dem Versprechen eingehalten werden. „Gerade in einer Krise muß man sich auf die Politik verlassen können. Für uns ist es deshalb selbstverständlich, daß wir unser Regierungsprogramm, den Zukunftsplan Burgenland, auf Punkt und Beistrich umsetzen und vom Mindestlohn über die Pflege bis zum Gratiskindergarten und zur Biowende Wort halten", machte der Landeshauptmann klar. Diese Weichenstellungen seien unverrückbar – „denn wir wollen nicht, daß die Bevölkerung für die Krise bezahlen soll."

Von der Umsetzung des Mindestlohnes von 1.700 Euro netto profitieren derzeit schon 866 Personen beim Land Burgenland und bei den Beteiligungen. Im kommenden Jahr wird der Mindestlohn weiter ausgerollt, z.B. auch in den Thermen Lutzmannsburg und Bad Tatzmannsdorf eingeführt. Die jährliche Wertschöpfung daraus beträgt derzeit drei Millionen Euro. „Die Frage darf nicht sein, können wir uns den Mindestlohn leisten – sondern wir müssen ihn uns leisten. Denn damit schaffen wir die Kaufkraft, die die Wirtschaft braucht."

Ein besonderer Erfolg ist das Anstellungsmodell für pflegende Angehörige. Mit 1. November 2020 sind 170 pflegende Angehörige bei der Pflegeservice Burgenland angestellt. Bis Ende 2021 wird mit 400 pflegenden Angehörigen und Kosten von 10,4 Millionen Euro gerechnet. „Die Corona-Krise hat auch gezeigt, daß wir uns vom ‚Import' von Pflegekräften unabhängig machen müssen. Diesen Weg Richtung Autarkie im Pflegesektor werden wir engagiert weitergehen – unser europaweit beachtetes Anstellungsmodell ist ein wichtiger Beitrag dazu", so Doskozil. Äußerst positiv angelaufen ist auch die Biowende: Der Bioanteil ist auf mittlerweile 37 Prozent gestiegen. Das Projekt werde konsequent fortgesetzt.

„Wir halten das, was wir versprochen haben – auch das soll den Burgenländerinnen und Burgenländern Sicherheit und Stabilität in schwierigen Zeiten geben", betonte der Landeshauptmann abschließend und appellierte an den Landtag, das Budget ebenso wie das Gemeindepaket fair und sachlich zu diskutieren." ■

Erinnerung und Gedenken

Kranzniederlegung im Gedenken an die Opfer des Krieges und des Faschismus vor dem Landhaus in Eisenstadt und beim Mahnmal für Roma und Sinti in Lackenbach

Der Burgenländische Landtag mit Landtagspräsidentin Verena Dunst an der Spitze, Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, Landesrat Leo Schneemann, die Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung Robert Hergovich, Markus Ulram, Georg Rosner und Regina Petrik gedachten am 12. November mit einer feierlichen Kranzniederlegung vor dem Landhaus in Eisenstadt jener BurgenländerInnen, die von 1938 bis 1945 aus politischen, religiösen und rassischen Gründen dem Naziregime zum Opfer gefallen sind.

Landtagspräsidentin Verena Dunst mahnte in ihrer Ansprache: „Das Erinnern und Gedenken ist unentbehrlich, heute gibt es viele Menschen, die nur die friedlichen Zeiten kennen. Dieser Frieden ist aber nicht selbstverständlich, um ihn zu wahren braucht es die Demokratie. Es ist nicht unmöglich, daß totalitäre Ideologien wieder erstarken, deshalb müssen wir unbedingt verhindern, daß sich die Geschichte wiederholt. Dieses Erinnern ist ein wichtiges Bekenntnis zu Demokratie, Menschenrechten und persönlicher Freiheit."

„Mit der Kranzniederlegung wollen wir jenen Menschen ein Andenken bewahren, die als Soldaten im Krieg gefallen sind oder unter der Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten in der Zeit von 1938 bis 1945 aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, ihres Glaubens oder ihrer politischen Gesinnung verfolgt, mißhandelt und getötet wurden. Seither sind viele Jahre vergangen, aber der zeitliche Abstand kann und darf die Betroffenheit über die Gräueltaten und Verbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus nicht verdrängen", betonte Landeshauptmann Hans Peter Doskozil.

„Die Opfer mögen uns eine Mahnung sein, daß Haß und Rassismus in unserer Gesellschaft nie wieder toleriert werden. Treten wir konsequent für ein Leben in Freiheit und Frieden ein", so Landesrat Schneemann.



Foto: Landesmedienservice Burgenland

Landtagspräsidentin Verena Dunst: „Dieses Erinnern ist ein wichtiges Bekenntnis zu Demokratie, Menschenrechten und persönlicher Freiheit."



Foto: Landesmedienservice Burgenland

LR Heinrich Dorner mit Bürgermeister Christian Weninger, Andreas Sarközy, GF Kulturverein österreichischer Roma und Christian Kippl, Obmann Kulturverein Österreichischer Roma

Mahnmal in Lackenbach

Im Gedenken an die vom NS-Verbrechensregime ermordeten Roma und Sinti fand am 14. November vor dem Mahnmal der Roma und Sinti in Lackenbach eine Kranzniederlegung statt. Landesrat Heinrich Dorner, der bereits als Schüler an den Gedenkveranstaltungen in seiner Heimatgemeinde teilgenommen hat, unterstrich die Bedeutung des Mahnmals als Zeichen der Erinnerung „an die dunkelste Zeit unserer jüngsten Vergangenheit". Dorner: „Es ist unsere Aufgabe, die richtigen Lehren aus unserer Geschichte zu ziehen und immer wieder zu betonen: Rassismus, Hetze gegen Minderheiten, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz dürfen in der Politik und in unserer Gesellschaft keinen Platz haben!"

„Ich danke dem Land Burgenland und der Gemeinde Lackenbach, daß wir trotz Covid-19 auch heuer die Kranzniederlegung beim Mahnmal für Roma und Sinti gemeinsam durchführen konnten. Es geht um das Gemeinsame", sagt Andreas Sarközy, Geschäftsführer des Kulturvereins österreichischer Roma.

Man wolle mit der Kranzniederlegung an die schrecklichen Verbrechen, die in der Vergangenheit passiert sind, erinnern, sagt Christian Kippl, Obmann des Kulturvereins Österreichischer Roma. Die freundschaftliche Zusammenarbeit mit dem Land Burgenland sei von großer Herzlichkeit geprägt. ■

https://www.kv-roma.at/

Burgenland übergibt jüdisches Zentralarchiv an IKG Wien

LH Doskozil: Auftakt für verstärkte Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet

Mit einer gemeinsamen Vertragsunterzeichnung von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Oskar Deutsch, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG Wien), wurde am 10. November die Übergabe bzw. Rückgabe des Jüdischen Zentralarchivs an die IKG Wien besiegelt. Eines der größten Archive jüdischer Geschichte in Österreich geht damit vom Land an die offizielle Vertretung der jüdischen Gemeinde bzw. Religionsgemeinschaft über. „Das Burgenland bekennt sich zu seiner historischen Verantwortung für das jüdische Erbe und die reichhaltige jüdische Tradition. Wir legen das Zentralarchiv in die Hände der IKG, weil die jüdische Gemeinde das Recht auf ihre eigene Geschichte hat“, betonte Doskozil. Dies würde auch durch die Revitalisierung der Synagoge von Kobersdorf, die Sanierung der Synagoge in Schlaining, das gemeinsame Engagement im Österreichischen Jüdischen Museum in Eisenstadt oder auch durch das Projekt „Erinnerungszeichen“, in dessen Rahmen jüdische Friedhöfe im Land gepflegt werden, sichtbar. Doskozil stellte auch klar, daß „das Judentum und die jüdische Kultur wichtiger Bestandteil der österreichischen Identität sind und man allen Tendenzen, die diese Tatsache in Frage stellen und den Antisemitismus schüren, eine klare Absage erteilen muß“.

Das Jüdische Zentralarchiv wurde ab dem Jahr 1930 aus den leihweise übergebenen Beständen der ehemaligen Kultusgemeinden des Burgenlandes, von Vereinen und Privatpersonen durch den Archivalienpfleger des Bundeskanzleramtes Karl Halaunbrenner in enger Zusammenarbeit mit dem Landeskonservator des Bundesdenkmalamtes Archivalienpfleger Sándor Wolf und mit Unterstützung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung als Archivbehörde errichtet. Allgemein beinhaltet das Schriftgut Bestände der ehemaligen Jüdischen Kultusgemeinden des Burgenlandes. Im Wesentlichen umfaßt der Bestand amtliche Korrespondenz, Unterlagen zur jeweiligen Grundherrschaft und Kultusgemeinde, Gemeindevorstandsakten sowie Vorstandsprotokolle, Verordnungen des (Ober)Stuhlrichters, Amtsbescheide, Geburts-, Trauungs- und Verlassenschaftsakten und Kultusangelegenheiten.



Foto: Landesmedienservice Burgenland

LH Hans Peter Doskozil und IKG-Präsident Oskar Deutsch bei der Vertragsunterzeichnung zur Übergabe des Jüdischen Zentralarchivs an die Israelitische Kultusgemeinde Wien

„Aufgrund der Genese des Jüdischen Zentralarchivs kommen das Land und die Israelitische Kultusgemeinde Wien überein, daß die Bestände des Zentralarchivs physisch in vollem Umfang vom Burgenländischen Landesarchiv an das Archiv der Israelitische Kultusgemeinde Wien übergeben werden. Die IKG Wien wird fortan die Verwahrung und Bereitstellung der Sammlung wahrnehmen“, so der Landeshauptmann.

IKG-Präsident Oskar Deutsch erklärte: „Wir werden die bisherige archivarische Arbeit des Landesarchivs Burgenland weiterführen. Alle Archivalien werden in deutscher, ungarischer, hebräischer/jiddisch und fallweise auch lateinischer und kroatischer Sprache archivwissenschaftlich erschlossen und durch Findbehelfe im Archiv und online zugänglich gemacht.“

Im Zuge eines gemeinsamen Projekts wird der gesamte Aktenbestand des Jüdischen Zentralarchivs digitalisiert und online zur Verfügung gestellt. „Dieses Projekt ist ein Quantensprung für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der jüdischen Geschichte und Kultur – vor allem auch im Bereich der jüdischen Alltagskultur“, betonte Doskozil weiter.

Das Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde Wien ist das größte erhaltene Archiv einer jüdischen Gemeinde. Es verfügt über umfangreiche Quellen zur Aufarbeitung der Shoah sowie für die Geschichte und Entwicklung der Jüdischen Gemeinde in Wien und ihrer Mitglieder bis ins 17. Jahrhundert. Die Archivbestände umspannen bis zu vier Jahrhunderte. Sie dokumentieren die Organisation der Kultusgemeinde und ihrer wohltätigen Einrichtungen sowie ihre religiöse, kulturelle und bildungspolitische Bedeutung. Eines der wichtigsten Ziele beim Wiederaufbau des Archivs ist die Rückholung aller sowohl von den Nationalsozialisten beschlagnahmten als auch von der IKG Wien in der Nachkriegszeit leihweise übergebenen Archivalien. ■

https://www.ikg-wien.at

Vertiefte Partnerschaft

LH Doskozil/Dir. Inzinger: Neues Kapitel der langjährigen Zusammenarbeit von Land Burgenland und Krankenhaus der Barmherzigen Brüder zur bestmöglichen Gesundheitsversorgung

Die langjährige Partnerschaft zwischen dem Land Burgenland und dem Eisenstädter Krankenhaus der Barmherzigen Brüder wird vertieft und auf eine völlig neue Basis gestellt. Diese gerade am derzeitigen Höhepunkt der Coronavirus-Pandemie wichtige Einigung wurde am 17. November von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Direktor Adolf Inzinger, Gesamtleiter der Österreichischen Ordensprovinz der Barmherzigen Brüder, präsentiert. „Wir haben uns nach intensiven und äußerst konstruktiven Gesprächen darauf geeinigt, einen Schlußstrich unter alle Differenzen der Vergangenheit zu ziehen und ein völlig neues Kapitel unserer Zusammenarbeit aufzuschlagen. Das ist ein klares Signal an die MitarbeiterInnen, an die PatientInnen und an die Öffentlichkeit. Unsere Konzentration und gemeinsame Kraftanstrengung gilt dem Kampf gegen die Pandemie. Wir vertiefen unsere Partnerschaft und planen auch gemeinsam für die Zukunft, um die bestmögliche Gesundheitsversorgung zu garantieren“, so Doskozil und Inzinger unisono.

Die aktuelle Entwicklung der Covid19-Infektionen – Österreich war zu diesem Zeitpunkt international das Land mit den höchsten Zuwachsraten – stellt die Spitäler vor enorme Herausforderungen. An allen fünf Standorten im Burgenland arbeiten die MitarbeiterInnen unter großem Druck. „Dafür ein herzliches Dankeschön und gleichzeitig der Appell an die Bevölkerung, alle Maßnahmen einzuhalten, speziell die Besuchsverbote in den Spitälern zu respektieren, so schwer das auch im Einzelfall sein mag. Gleichzeitig wollen wir – das Land und die Führung der Barmherzigen Brüder – die gesundheitspolitische Entwicklung des Burgenlandes positiv voranzutreiben, Ideen gemeinsam entwickeln und dementsprechend umsetzen, die dem Land und den Menschen zu Gute kommen. Denn die letzten Monate haben gezeigt, wie wichtig verläßliche Partnerschaften im Gesundheitswesen sind“, so Doskozil.

Das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Eisenstadt ist als größtes und mit 260 Jahren ältestes Spital des Burgenlandes ein wichtiger Partner in der Gesundheitsversorgung des Landes. Dazu Inzinger: „Die Basis für dieses völlig neue Kapitel der Zusammenarbeit bildet eine Grundsatzerklärung. Ziel dieser Grundsatzerklärung zwischen dem Land und den Barmherzigen Brüdern ist es, gegenseitiges Vertrauen wiederaufzubauen und die Zusammenarbeit auf einer neuen Ebene zu vertiefen.“



Foto: Landesmedienservice Burgenland

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil (r.) und Direktor Adolf Inzinger, Gesamtleiter der Österreichischen Ordensprovinz der Barmherzigen Brüder, präsentierten die Einigung über die vertiefte Partnerschaft von Land Burgenland und Krankenhaus der Barmherzigen Brüder.

So werden die Barmherzigen Brüder den Spitalsbetrieb in eine GmbH einbringen und das Krankenhaus dann als GmbH führen. Die Barmherzigen Brüder werden Alleingesellschafter dieser GmbH sein, das Land wird einen Aufsichtsrat besetzen. Dieser Betrieb als GmbH soll maximale Transparenz gegenüber dem Land garantieren. Teil der GmbH werden auch die Parkgarage und jener Teil der Apotheke sein, der nicht öffentlich ist (künftige Führung als Anstaltsapotheke). Der bestehende Kooperationsvertrag wird den neuen Gegebenheiten angepaßt. Weiters soll das Lohnschema der Barmherzigen Brüder dem Schema der Landeskrankenhäuser angeglichen werden. Dieses Lohnschema wird insbesondere die Umsetzung des „Lohnschemas Neu“ inklusive Mindestlohn im Kollektivvertrag der Barmherzigen Brüder und die Umsetzung der bereits für die KRAGES-Spitäler fixierten Corona-Zulagen im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Eisenstadt beinhalten.

Im anhängigen Zivilverfahren beim Landesgericht in Eisenstadt wird die Klage von den Barmherzigen Brüdern zurückgezogen. Das Land Burgenland verpflichtet sich, die noch offenen Verbindlichkeiten gegenüber den Barmherzigen Brüdern zu begleichen. Nach Eingang dieser Zahlungen des Landes werden die Barmherzigen Brüder – um auch in Zukunft die bestmögliche Versorgung sicherzustellen – weiter in die Qualität des Spitals investieren. Konkret geplant sind der Neubau des Labors und die Sanierung der OP-Landschaft.

Darüber hinaus investieren die Barmherzigen Brüder auch die auf die Krankenhaus-Belieferung entfallenden Gewinne der Apotheke erstmalig für das Jahr 2020 bis zur Einbringung in die GmbH in den Standort Krankenhaus Eisenstadt. ■

Krankenhaus der Barmherzigen Brüder
Eisenstadt
Johannes von Gott-Platz 1
7000 Eisenstadt
Telefon: 0043 2682 601-0
Fax: 0043 2682 601-1099
https://www.barmherzige-brueder.at/site/eisenstadt/

Festmesse zum Martinsfest

Zsifkovics: Gebet, Gemeinschaft und Nächstenliebe geben Halt im Lockdown – Auch Landesregierung und Landtagspräsidentin wohnten am 11. November der Messe mit dem Bischof im Eisenstädter Dom bei



Foto: Diözese Eisenstadt / Franz Josef Rupprecht

Am Vormittag des 11. November fand im Eisenstädter Martinsdom die traditionelle Messe zu Ehren des Landes- und Diözesanpatrons statt.

Der aktuelle zweite Lockdown bringt zwar „viele an ihre Grenzen“, und es gibt unter den Menschen „große Angst und Verzagtheit“, aber die Orientierung an Gebet, Gemeinschaft und Nächstenliebe – bzw. den drei „S“ Spiritualität, Synodalität und Solidarität – ist für Christen der Schlüssel zu innerem Halt in der Krise. Das betonte der Eisenstädter Diözesanbischof Ägidius J. Zsifkovics am 11. November bei der Festmesse zum Martinsfest, dem Landespatronatsfest, im Martinsdom der burgenländischen Landeshauptstadt. Auch Landeshauptmann Hans-Peter Doskozil nahm an der Messe, die unter strengen Restriktionen stattfand, teil. Doskozil: „Die Geschichte des Burgenlandes ist eine Geschichte der Vielfalt und des Miteinanders. Besonders die Kirchen des Landes stehen für diese Tradition und damit auch für die burgenländische Identität, für Solidarität und Menschlichkeit“, diese Werte seien heute mehr denn je gefordert.

Lesen Sie hier die Predigt von Bischof Ägidius J. Zsifkovics im Wortlaut:

Das Corona-Jahr 2020 ist in jeder Hinsicht anders – im Frühjahr der erste harte Lockdown, den Sommer über die langsame Rückkehr zur Normalität, jetzt im Herbst der befürchtete zweite Lockdown, der uns alle in Kirche und Gesellschaft fordert und an unsere Grenzen bringt.

Nicht nur die Corona-Pandemie hat die Welt fest im Griff, auch Krieg und Terror greifen vermehrt um sich und erreichten dieser Tage auch unser Land im schrecklichen Attentat von Wien, wo vier unschuldige Menschen willkürlich und aus Haß getötet und viele verletzt wurden. Unsere Gedanken und Gebete sind in dieser Stunde bei den Familien und Angehörigen – die Toten empfehlen wir Gottes Barmherzigkeit, den Verletzten wünschen wir rasche Genesung, allen Betroffenen Trost und den Einsatzkräften gilt unser Dank für ihren Mut und die geleistete Hilfe. Unsere Antwort auf diese abscheuliche Tat soll nicht Rache und Haß, sondern Liebe, Dialog und Zusammenhalt sein!

Das Corona-Jahr 2020 ist anders. Es hat schwere Auswirkungen auf unsere ganze Gesellschaft, auf die Politik, Kultur, Wirtschaft, Arbeits- und Finanzwelt, auch auf die Kirchen und Religionsgemeinschaften. Auch unsere Diözese ist davon zutiefst betroffen – wir konnten unser Diözesanjubiläum nicht wie geplant begehen, sondern wollen es mit dem Jubiläum „100 Jahre Burgenland“ im kommenden Jahr feiern.

Das diesjährige Martinsfest sollte der Abschluß unseres Diözesanjubiläums sein, wird aber zum Auftakt unseres Landesjubiläums.



Foto: Diözese Eisenstadt / Franz Josef Rupprecht

Diözesanbischof Ägidius J. Zsifkovics bei seiner Predigt zum Feiertag des Heiligen Martin

Am Fest unseres Landes- und Diözesanpatrons des hl. Martin, erlauben Sie mir zwei Fragen: Welche Konfektionsgröße haben Sie? Diese Frage ist nicht nur an die Damen unter uns gerichtet, oder an die neuen Kanoniker, die heute in ihr Amt eingeführt und eingekleidet werden, oder an jene Frauen und Männer, die heute eine diözesane Auszeichnung erhalten, sondern diese Frage richtet sich an uns alle. Und meine zweite Frage an Sie ist: Kennen Sie die Konfektionsgröße des hl. Martin, unseres Landes- und Diözesanpatrons? Es ist „S"! „S" steht für „Small", Klein. Das deshalb, da die Menschen früherer Zeiten körperlich kleiner waren als wir heute. Eigentlich geht es aber bei dieser Frage mir nicht um die Kleidergröße des heiligen Martin, sondern vielmehr um seine geistliche Konfektionsgröße.

Das „S" bei Martinus steht zuerst für Spiritualität.

Was macht Martins Spiritualität aus? Einfach und kurz gesagt, es ist sein geistliches Leben. Martin machte sein Ich klein, sein Ego „small" und wurde dadurch groß für Gott und die Gemeinschaft. Haben wir moderne Christen das nicht weithin aufgegeben und uns, wie wir meinen, wichtigeren Dingen des Lebens zugewandt? Wird in unserer Gesellschaft Spiritualität nicht oft in den privaten Bereich des Lebens verbannt, als etwas Verstaubtes, ewig Gestriges und nur für Fromme abgetan? Der Mensch braucht Spiritualität, denn er ist ein Geschöpf Gottes mit Geist, Leib und. Seele. Gerade diese Zeit der Pandemie zeigt, wie der Mensch nach Spiritualität sucht und wie er in Krisenzeiten Halt braucht. Daher meine Bitte als Hirte an alle: Praktizieren wir wie Martin wieder unser geistliches Leben, persönlich, in Familie, Pfarrgemeinde und Gemeinschaften. Ohne Spiritualität gibt es kein Christsein!

Das „S" bei Martinus steht auch für Synodalität.

Dieses altgriechische Wort bedeutet: den Weg miteinander gehen. Auch dazu muß man sich „small-klein" machen, um auch anderen und vor allem dem Heiligen Geist, Raum zu lassen. Die Kirche ist, wie Papst Franziskus sagt, „kein Parlament", sondern eine Weggemeinschaft, in der sich die Einheit mit Gott und die Einigkeit unter den Menschen verwirklicht. Auf diesem Weg sind alle Getauften berufen, mit ihren Charismen an der Sendung der Kirche mitzuwirken, um Jesus zu den Menschen zu bringen. Das holt uns aus der bequemen Rolle des Besserwissens, Kritisierens und Forderns heraus und nimmt uns als Christen in die Verantwortung für unsere Kirche, Diözese und Pfarre. Martinus zeigt uns in seinem Hirtendienst die Synodalität der frühen Kirche, von der wir heute wieder lernen können und müssen. Synodalität – den Weg miteinander gehen – das braucht es heute nicht nur in der Kirche, sondern auch in allen Bereichen unserer Welt. Gerade in dieser Zeit der Corona-Pandemie und des Terrors braucht es den Willen und die Bereitschaft aller in Kirche und Gesellschaft, den Weg miteinander zu gehen, aufeinander zu hören und Rücksicht zu nehmen, voneinander zu lernen und füreinander da zu sein. Synodalität – den Weg miteinander gehen – dazu verpflichtet uns BurgenländerInnen unser Landes- und Diözesanpatron der hl. Martin, sei es in der Kirche, Ökumene, zwischen den politischen Parteien, den Volksgruppen, den verschiedenen Bereichen und Vereinen. Den Weg gemeinsam gehen – das war, ist und bleibt der burgenländische Weg. Daher meine zweite Bitte: Gehen wir diesen Weg weiter und bringen wir unsere Talente und Fähigkeiten in Kirche und Gesellschaft ein – das ist gelebte Synodalität, die unser Burgenland zum Blühen bringt.

Das „S" bei Martinus steht schließlich für Solidarität.

Das Teilen des Mantels mit dem Bettler am Stadttor von Amiens ist das über Jahrhunderte bleibende Markenzeichen des heiligen Martin. Die barmherzige Tat des Martin galt nur vordergründig dem Bettler, letztlich aber Christus selber: „...was ihr für einen



Foto: Diözese Eisenstadt / Franz Josef Rupprecht

Corona-bedingt konnten heuer nur wenige am Festgottesdienst teilhaben, viele konnten ihn aber via Livestream übers Internet mitfeiern.



Foto: Landesmedienservice Burgenland

Besuchten die Messe im Martinsdom (v.l.): Landesrätin Daniela Winkler, Karin und Landesrat Leonhard Schneemann, Landtagspräsidentin Verena Dunst, Julia und Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, Landeshauptmann-Stv. Astrid Eisenkopf und Landesrat Heinrich Dorner

meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan", bestätigt das Evangelium. Nächstenliebe und Solidarität ist der klare Auftrag für jeden Christen und für die Kirche. Wir sollen Christus, der sich ebenfalls „small-klein" machte, nachahmen in seinem Dienst für die Menschen oder wie es unser Logo sagt: 60 Jahre Diözese Eisenstadt – für die Menschen da.

Zeigt uns diese Pandemie nicht neue Arten der Armut, die wir als Kirche, als Christen erkennen und auch lindern helfen sollten?

Daher meine dritte Bitte: Setzen wir in unserer Umgebung konkrete Martinstaten, damit Nächstenliebe und Solidarität in unserem Land auch heute weiterleben! Werden wir nicht müde, Menschen auf der Flucht beizustehen – auch Jesus teilte das Los eines Flüchtlings!



Foto: Landesmedienservice Burgenland

Diözesanbischof Ägidius J. Zsifkovics und Landeshauptmann Hans Peter Doskozil

Der Terror der Extremisten siegt erst dann, wenn wir uns polarisieren lassen, wenn geschürte Vorurteile und Angst über Mitleid und Menschlichkeit siegen. Schauen wir aber auch in Kirche und Politik nicht länger weg, wenn sich Parallelgesellschaften bilden, die unsere europäischen Werte nicht respektieren wollen!

Neben der persönlichen Konfektionsgröße sollten Christen – vor allem wir Burgenländer – auch die geistliche Konfektionsgröße „S" unseres Landes- und Diözesanpatrons des heiligen Martin kennen und sie uns zueigen machen – Spiritualität, Synodalität, Solidarität.

Die geistliche Konfektionsgröße „S" unseres Patrons lege ich unseren neuen Kanonikern besonders ans Herz. Eure neue Kleidung mit Kreuz, Mozett und Birett ist ein Zeichen für die Spiritualität, Synodalität und Solidarität, zu der Ihr als Kapitulare des heiligen Martin berufen seid. Das gemeinsame Gebet, die gemeinsame Sorge um unsere Diözese und unsere Domkirche sowie die gemeinsame Sorge um die Armen mögen Euch als „Domkapitel zum heiligen Martin" auszeichnen!

Und allen, die am Ende dieses Festgottesdienstes eine diözesane Auszeichnung für Ihr Beten und Arbeiten in und für unsere Diözese erhalten, danke ich von Herzen für Ihr gelebtes Zeugnis der Spiritualität, Synodalität und Solidarität – Ihr ward und seid für die Menschen da!

Machen wir uns wie Martinus „small-klein" vor Gott im Gebet und bringen wir Spiritualität und seinen Geist in unsere Gesellschaft ein! Stellen wir wie Martinus unser „Ego-Ich" zurück und gehen wir als Kirchen, Parteien, Volksgruppen, Gemeinden, Vereine noch mehr gemeinsam den Weg zum Wohl unseres Landes und seiner Menschen!

Sehen wir wie Martinus die Nöte der Armen heute und helfen wir mit konkreten Martinstaten, die gerade jetzt im zweiten Lokkdown vielen Angst und Unsicherheit nehmen, aber Mut und Hoffnung machen sollen!

Wenn wir so im Blick auf den heiligen Martin und im Vertrauen auf seine Fürsprache, seine geistliche Konfektionsgröße „S" zu unserer machen, dann sind wir alle, unsere jubilierende Diözese und unser jubilierendes Land auf einem guten Weg in die Zukunft!

Amen.

https://www.martinus.at/

Die Ideen für den Stadtpark der Zukunft

Ergebnisse der Bürgerbeteiligung zur Neugestaltung des Oberwarter Stadtparks

Die Einbettung des Parks in ein Gesamtkonzept für die Innenstadt sowie die schrittweise Entwicklung und Verwandlung in einen naturnahen Stadtgarten unter Einbindung der Bevölkerung – das sind nur zwei aus einer ganzen Liste von Wünschen, die die OberwarterInnen im Rahmen der Bürgerbeteiligung an die politischen Verantwortungsträger herangetragen haben.

Vor rund drei Monaten haben die Menschen in Oberwart die Einladung erhalten, sich mit Ideen zur geplanten Neugestaltung des Stadtparks einzubringen. Mittels Postwurfsendung wurden folgende Fragen an die Bevölkerung gerichtet: „Was soll im Stadtpark der Zukunft passieren und was darf dort keinesfalls geschehen? Was erwarten Sie von diesem Platz? Welche Qualitäten muß dieser Ort haben, damit Sie ihn gerne aufsuchen?“ Bis Anfang Oktober hatten die BürgerInnen dann die Möglichkeit, ihre Vorschläge per Postkarte, per Online-Formular oder per Mail einzubringen.

„Es ist das erste Mal, daß wir diese Herangehensweise bewußt gewählt und die Bevölkerung eingeladen haben, uns Ideen und Vorschläge zu übermitteln. Und ich kann sagen, es hat sich ausgezahlt!“ Bürgermeister und 2. LT-Präs. Georg Rosner zeigt sich mit Verlauf und Ergebnis rundum zufrieden.

Bei den vier in Oberwart aufgestellten Infoständen sind knapp 100 Postkarten eingelangt. Weitere ca. 30 Rückmeldungen kamen per Email, Facebook oder Instagram bzw. per Brief. Alle so eingelangten Ideen und Vorschläge wurden von den Rathaus-MitarbeiterInnen gesammelt und an die Oberwarter Agentur Rabold und Co. zur Auswertung weitergeleitet. Die KommunikationsexpertInnen waren es auch, die darüber hinaus noch Interviews, Begegnungen und Workshops organisierten. „Wir haben zehn ausgewählte Personen aus Oberwart interviewt, zu zwei ‚Parksafaris‘ mit Bürgermeister, Gemeinderatsmitgliedern und interessierten BürgerInnen geladen, zwei Workshops zur Ideenfindung veranstaltet sowie sieben weitere interne Workshops zur Auswertung der Ergebnisse und einen finalen Workshop zur Berichterstellung durchgeführt“, berichtet Agenturchefin Eveline Rabold, „und wir sind von der hohen Qualität der gesammelten Ideen positiv überrascht. Die OberwarterInnen haben sich ernsthaft Gedanken gemacht und vielschichtige Problemfelder erkannt. Einige haben ihre Vorschläge sogar gezeichnet oder als Planskizze übermittelt. Jedenfalls lassen sich aus der Summe der eingelangten Ideen mehrere Themenschwerpunkte formulieren.“ Man wünscht sich:



Foto: Alexander »Lexi« Horvath

Bürgermeister 2. LT-Präs. Georg Rosner mit Bürgern im Oberwarter Stadtpark

- ein Gesamtkonzept, das sich in die städtische Umgebung integriert. Kein Stückwerk!
- kein fixfertiges Endprodukt, sondern eine schrittweise Entwicklung und Einbindung der Bevölkerung.
- die Verwandlung zu einem naturnahen Stadtgarten – ohne Autos und Schotter, dafür mit einheimischen Pflanzen und Wasserflächen.
- Sitzmöglichkeiten, die zum Verweilen einladen und WCs, die sauber sind, in einem Stadtgarten, in dem man sich sicher fühlt.
- einen Erholungs- und Kommunikationsort, der mit seiner besonderen Gestaltung die Menschen anzieht.
- Fitnessgeräte und Flächen, die zu sportlicher Betätigung einladen.
- einen gut integrierten Kinderspielplatz, der mit hochwertigen Spielgeräten zum Besuchermagnet wird.
- eine kleine, feine Gastronomie in der Mitte des Stadtgartens, mit Blick auf eine Wasserfläche und den Kinderspielplatz
- kleine und feine Veranstaltungen, die das Ambiente des künftigen Stadtgartens nutzen und beleben.
- einen fixen, attraktiven Marktplatz im vorderen Bereich, der Oberwart zum regionalen Genusszentrum werden läßt.
- ein Kriegerdenkmal und Mahnmal – mit einer neuen Botschaft aufgewertet, eventuell anders ausgerichtet – als integraler Bestandteil des künftigen Stadtgartens.
- eine laufende, liebevolle Pflege und Betreuung – gewährleistet durch ein attraktives Beteiligungsprojekt für Alt und Jung.

Diese Themenschwerpunkte wurden den Verantwortlichen in der Stadtgemeinde vor kurzem präsentiert. Das Projekt zur Neugestaltung des Stadtparks hat damit erst Fahrt aufgenommen. Für Bürgermeister 2. LT-Präs. Georg Rosner ist eines klar geworden: „Wir haben die Botschaft der OberwarterInnen verstanden, und wir werden die einzelnen Problemfelder Schritt für Schritt in Angriff nehmen. Dazu wird es notwendig sein, ein interdisziplinäres Expertengremium zusammenzustellen, das in der Lage ist, die richtigen Lösungen für die jeweiligen Bereiche zu finden.“ Dazu zählen für ihn die Bereiche Landschafts- und Grünraumplanung, Stadtplanung und -entwicklung, Veranstaltungsplanung und das Thema Markt. „Ich kann mir gut vorstellen, daß wir – in Absprache mit diesem Expertenteam – bereits im kommenden Jahr mit einzelnen Maßnahmen beginnen“, so Bürgermeister Rosner.

Oberwart »Stadt der Vielfalt«

Am 10. November ist das neue Oberwart-Buch erschienen



Foto: Stadtgemeinde Oberwart

v.l.: Bürgermeister 2. LT-Präs. Georg Rosner, Angelika Miertl (Koordinatorin und Redaktionsteam „edition lex liszt 12"), Kerstin Zsifkovits-Taferner (Koordinatorin und Redaktionsteam Stadtgemeinde Oberwart) und Horst Horvath (Verlagsleiter „edition lex liszt 12")

Auf 256 Seiten wird die jüngste Geschichte von Oberwart und seinem Ortsteil St. Martin/Wart beleuchtet. Das Buch ist ab sofort im Buchhandel, beim Verlag „edition lex liszt 12" und im Rathaus der Stadtgemeinde Oberwart zum Preis von 46 Euro erhältlich.

Das 80jährige Jubiläum zur Stadterhebung, das im vergangenen Jahr begangen wurde, war Anlaß, die positive Entwicklung und die Vielfalt von Oberwart in einem Buch widerzuspiegeln. 50 Jahre sind vergangen, seit dem ein Buch über die Stadt erschienen ist. Vieles ist in dieser Zeit geschehen und die Sichtweise auf die Ereignisse in der Geschichte von Oberwart und St. Martin/Wart hat sich ebenfalls verändert. Im Frühling 2018 begann ein motiviertes Redaktionsteam mit der Umsetzung des Projektes. Der besondere Fokus des Buches wurde auf die Geschichte der vergangenen 80 Jahre gelegt. Neben einer kritischen Betrachtung der Stadterhebung in der Zeit des Nationalsozialismus wurde die Geschichte Oberwarts Schritt für Schritt thematisch aufgearbeitet. Auch dem Ortsteil St. Martin/Wart, der seit 1971 zu Oberwart gehört, widmet sich das Buch. Ergänzt wurden die Texte mit zahlreichen Bildern und mit Zitaten aus Interviews, die mit Oberwarter Persönlichkeiten geführt wurden. Auch die BürgerInnen waren aufgerufen, ihre Erinnerungen in Form von Fotos, Dokumenten und Erzählungen miteinzubringen.

Entstanden ist ein Buch, das unsere Stadt perfekt widerspiegelt – vielfältig, bunt und voller interessanter und auch überraschender Geschichten aus den vergangenen acht Jahrzehnten.

Bürgermeister 2. LT-Präs. Georg Rosner war einer der ersten, der das frisch gedruckte Werk in Händen halten konnte und ist begeistert: „Das gesamte Redaktionsteam hat sehr viel Arbeit und Herzblut in dieses Werk gesteckt. Und während der Phase des Recherchierens und Nachforschens haben wir erkannt, daß es mehr Zeit braucht, um alle wichtigen Aspekte unserer Stadt zu berücksichtigen. Deshalb hat sich das Team mehr Zeit genommen, um noch ausführlicher und noch tiefgründiger zu recherchieren. Das Buch ist somit nicht – wie geplant – im Jubiläumjahr 2019 erschienen. Aber die zusätzlich gewonnenen Monate haben dazu beigetragen, daß den Leserinnen und Lesern noch mehr Details und Geschichten aus Oberwart und St. Martin in der Wart geboten werden können. Auf diesem Wege möchte ich mich bei allen Personen bedanken, die dazu beigetragen haben, daß wir heute das Oberwart Buch ‚Stadt der Vielfalt' präsentieren können. Ein besonderer Dank gilt den Verantwortlichen des Oberwarter Verlages ‚edition lex listz 12', mit dem wir das Buch herausgebracht haben."

Aufgrund der Corona-Krise war eine öffentliche Buchpräsentation nicht möglich und so wurde entschieden, ein Präsentations-Video zu produzieren. Gemeinsam mit dem Journalisten Walter Reiss entstand ein 20minütiger Film, in dem ein Einblick in das Buch gewährt wird. Mit Interviews von Oberwarter Persönlichkeiten, historischen sowie aktuellen Bildern und Leseproben aus dem Buch soll vermittelt werden, was die Stadt und ihre Menschen so besonders macht.

https://www.youtube.com/watch?v=RLxOzZ_oVgs

Details zum Buch

Oberwart, Felsőőr, Borta, Erba – schon an den verschiedensprachigen Ortsbezeichnungen wird die Vielfalt sichtbar. Die Bezirkshauptstadt setzt sich aus historischen, kulturellen, gesellschaftlichen und sozialen Mosaiksteinchen zusammen – gemeinsam ergeben sie Oberwart. Anläßlich des Jubiläums „80 Jahre Stadterhebung" entstand der Gedanke, diese Vielfalt in einem Buch widerzugeben. Begonnen bei den frühsten Zeugnissen einer Besiedelung des Raumes Oberwart, werden die Leserinnen und Leser durch alle Zeitalter geführt. Der besondere Fokus des Buches liegt jedoch auf der Geschichte der vergangenen 80 Jahre. Neben einer kritischen Betrachtung der Stadterhebung in der Zeit des Nationalsozialismus wird die Geschichte Oberwarts Schritt für Schritt thematisch aufgearbeitet. Themenbereiche wie zum Beispiel Wirtschaft, Bildung, Kultur oder Religion geben Einblicke in das facettenreiche Stadtleben. Auch dem Ortsteil St. Martin in der Wart, der seit 1971 zu Oberwart gehört, widmet sich das Buch. Ergänzt werden die Texte mit zahlreichen Bildern und mit Zitaten aus Interviews, die mit Oberwarter Persönlichkeiten geführt wurden. Tauchen Sie ein in die Geschichte der Stadt und staunen Sie über die Vielfalt, die hier gelebt wird. ■

https://www.lexliszt12.at/index.php/buecher/sachbuecher/oberwart-detail

Illuminierung von Fußgängerzone und Pulverturm

Alljährlich, wenn der Spätherbst ins Land zieht, laufen in Eisenstadt die Vorbereitungen für den Advent in der kleinsten Großstadt der Welt auf Hochtouren. Doch auch wenn der Christkindlmarkt (derzeit) nicht stattfindet, wurde die Stadt im Corona-Jahr selbstverständlich weihnachtlich geschmückt und nun illuminiert.

Unzählige Lichterketten, Sterne, leuchtende Notenschlüssel und Luster bringen gemeinsam mit dem großen Christbaum und den neuen Advent-Deko-Hütten auch im Lockdown Weihnachtszauber in die burgenländische Landeshauptstadt. Erstmals ist auch der Pulverturm in eine einzigartige Weihnachtskulisse verwandelt worden. „Mit der Weihnachtsbeleuchtung setzt Eisenstadt auch im Corona-Jahr ein leuchtendes Zeichen für weihnachtliche Stimmung“, erklärte Bürgermeister Thomas Steiner bei der Illuminierung am 27. November. ■



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt

Bürgermeister Thomas Steiner mit seiner Ehefrau Andrea und Susanne Hanus (l.), die der Stadt Eisenstadt den 12 Meter hohen Christbaum gespendet hat.

Segnung des EisenStadtWeines



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt

v.l.: Pater Bruno Meusburger, Bürgermeister Thomas Steiner mit Tochter Ina und Witwe Gaby Laubner sowie Winzer Erwin Tinhof

Am 10. November wurde der EisenStadtWein gesegnet! Statt wie üblich zu Martini auf der vollen Fußgängerzone, fand die Zeremonie im kleinsten Kreis im Pulverturm statt. Covid-beding mußten der Martinimarkt sowie die Martini-Matinee abgesagt werden.

„Es war uns aber wichtig, der Segnung dennoch einen schönen Rahmen zu geben“, so Bürgermeister Thomas Steiner. Also nahm Pater Bruno Meusburger COp die Segnung nur im Beisein von Bürgermeister, Winzer Erwin Tinhof sowie Gaby und Ina Laubner vor.

„Ein besonderes Jahr, ein besonderer Wein und ein besonderes Etikett. Der EisenStadtWein kommt im Corona-Jahr aus dem Stadtteil Eisenstadt und ziert ein Werk eines großen Künstlers der Stadt, der heuer viel zu früh von uns gegangen ist“, so Steiner, der weiter erklärt: „Sepp Laubner starb am Tag an dem die Weinlese für den StadtWein begann. Es war also für den Winzer Erwin Tinhof und uns klar, daß wir die beiden zusammenbringen werden. Die Kunst des Weinmachens und Bildende Kunst aus der Stadt.“ Das Original-Bild von Sepp Laubner ist im Eigentum der Stadt und hängt im Gemeinderatssaal der Stadt Eisenstadt. ■

https://www.tinhof.at/

Burgenland – Die Genussseite Österreichs

Gold für das Landesprojekt beim BestOf der Bundesprojektprämierung

Jedes Jahr im November prämiert die Landjugend Österreich mit Unterstützung des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus die besten Projekte ihrer Mitglieder und vergibt im Rahmen der feierlichen „BestOf“ den begehrten Landjugend-Award. Externe JurorInnen und LandjugendvertreterInnen aus allen Bundesländern bewerten in einer Jurysitzung sowie anhand eines Erhebungsblattes die eingereichten Projekte. Innovation, Marketing, Nutzen und Ziele, Umsetzung, Nachhaltigkeit und Präsentation sind die wichtigsten Kriterien, nach denen die Projekte bewertet werden.

Die Landjugend Burgenland war mit dem Landesprojekt „Burgenland – Die Genussseite Österreichs“ dabei und konnte sich in der Kategorie Landesprojekte Gold holen.

„Landwirt sein und bleiben ist mit immer mehr Herausforderungen verbunden. Trotzdem gibt es im Burgenland und besonders in der Landjugend viele innovative und motivierte Junglandwirte. Unsere Landjugend hat diese Betriebe vor den Vorhang geholt und auch die Gesellschaft an deren innovativem Wirtschaften teilhaben lassen. Die Landjugend ist ein starker Partner der Landwirtschaftskammer und der Landwirtschaft. Mit ihren Projekten und Veranstaltungen im ganzen Jahr tragen sie viel zur Bewußtseinsbildung in der Gesellschaft bei. Ich gratuliere der Landjugend Burgenland für diese herausragende Idee der Kampagne „Burgenland – Die Genussseite Österreichs“, so Nikolaus Berlakovich, Präsident der Burgenländischen Landwirtschaftskammer.

„Es ist einfach ein Wahnsinn zu sehen, wie sich ein Projekt entwickelt und welche großen Wellen es schlagen kann. Die Verleihung von Gold zeigt nochmal: Unsere Junglandwirte haben zur aktuellen Situation in der Landwirtschaft etwas zu sagen und die Leute wollen das auch hören“, so die Landesleitung der Landjugend Burgenland.

Ziel des Projektes war es einerseits, die Vielfalt der agrarischen Produkte im Burgenland aufzuzeigen und andererseits den BäuerInnen mit ihren Ideen, Herausforderungen und Wünschen Gehör in der Gesellschaft zu verschaffen. In den Kurzclips wurden Fragen zu möglichen Stärken, Chancen, aber auch Herausforderungen im Trend des regionalen Wirtschaftens für unsere burgenländischen Landwirte behandelt. Die Aussagen waren so vielfältig wie das Burgenland mit den vielen unterschiedlichen Betriebssparten und verschiedenen Größen selbst.



Foto: Landjugend Burgenland

Die Verleihung des Zertifikates des Lehrgangs „Landjugend SpitzenfunktionärIn“ durch die beiden Moderatoren von „2tagesbart“ erfolgte online – ein erfolgreicher Abschluß für den Landesobmann der Landjugend Burgenland, Christoph Unger, rechts oben im Monitor zu sehen.

Mitgemacht haben die Winzer Andreas Unger und Konrad Mariel und die Viehhalter/Direktvermarkter Maximilian Weber, Hagen Grath und Stefan Tschögl.



Foto: Landjugend Österreich

Bundesvorstandsmitglied Angela Hiermann

Im Bereich Ackerbau machten Georg Schoditsch, Georg Friedl, Markus Tobler, Christopher Fischer und Maximilian Wohlfarth mit. Über Gemüse verrieten Martin Pölzer und Martin Michlits viel Wissenswertes.

Die Hauptbotschaft ist, die Zuseher auf die Wichtigkeit des regionalen Wirtschaftens aufmerksam zu machen und in diesem Zug den Landwirten im Burgenland ein paar Gesichter zu geben.

Stattgefunden hat dieses Projekt quer durchs Burgenland – von Nord nach Süd. Als Drehorte wurde der typische Arbeitsplatz (Halle/Stall/Feld) des Landwirtes gewählt.

Die Videos findet man auf Facebook unter ***https://www.facebook.com/ljbgld*** in der Rubrik „Videos“.v

Neben der Prämierung der besten Projekte des Jahres standen auch die Verleihungen der Zertifikate des Lehrgangs „Landjugend SpitzenfunktionärIn“ am Programm. Dem Landesobmann Christoph Unger wurde zum erfolgreichen Abschluß herzlich gratuliert.

Außerdem fand die Vorstellung des neuen Bundesvorstands am Programm: Angela Hiermann aus der Landjugend Gattendorf wurde als Bundesvorstandsmitglied für ein weiteres Jahr im Bundesvorstand gewählt. ■

https://bgld.lko.at/

Wirtschaft

Wirtschaftsentwicklung im III. Quartal mit Nachholeffekten

Die Dynamik der Weltwirtschaft ist nach wie vor von der COVID-19-Pandemie und den zu ihrer Eindämmung gesetzten Maßnahmen bestimmt. Nach dem BIP-Einbruch in den USA und im Euro-Raum im II. Quartal wurde im III. Quartal ein Rebound verzeichnet. Die Vertrauensindikatoren liegen weiterhin auf niedrigem Niveau, signalisieren jedoch Erholungstendenzen in der Industrie. Auch in Österreich wuchs die Wirtschaftsleistung im III. Quartal 2020 deutlich. Nachholeffekte schlugen sich besonders in einem Anstieg des Konsums der privaten Haushalte und der Wertschöpfung der Dienstleister nieder. Der Beschäftigungsabbau verlangsamte sich, betrug im Oktober aber nach vorläufigen Zahlen immer noch 1 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Inflation erhöhte sich im September leicht.

„Im III. Quartal 2020 wurde die Konjunkturdynamik von Nachholeffekten bestimmt. Nach den Einschränkungen im II. Quartal war sowohl in Österreich als auch im Euro-Raum insgesamt ein Rebound zu verzeichnen“, so die Autorin des aktuellen WIFO-Konjunkturberichtes Sandra Bilek-Steindl.

Die Weltwirtschaft steht anhaltend im Zeichen der Covid-19-Pandemie. Im Herbst zogen steigende Infektionszahlen in vielen Ländern abermals einschränkende Maßnahmen nach sich. Vor dem Hintergrund der schwachen Konjunktur drückte die weltweite Abnahme der Rohölnachfrage weiterhin die Rohölpreise, der HWWI-Index der Weltmarktrohstoffpreise sank im Oktober im Vorjahresvergleich.

Nachdem das BIP sowohl in den USA als auch im Euro-Raum im II. Quartal eingebrochen war, wurden im III. Quartal wieder deutliche Zuwächse verzeichnet (USA +7,4 %, Euro-Raum +12,7 %). In den USA verbesserten sich im Oktober die Stimmung der Industrie laut Einkaufsmanagerindex (ISM) und das Konsumentenvertrauen (laut Conference Board und University of Michigan). Im Euro-Raum und in Deutschland zeigt sich hingegen ein uneinheitliches Bild: Während die Vorlaufindikatoren der Industrie aufwärtsgerichtet sind, geben jene für den privaten Konsum und die Dienstleistungen eine verhaltene Entwicklung wieder.

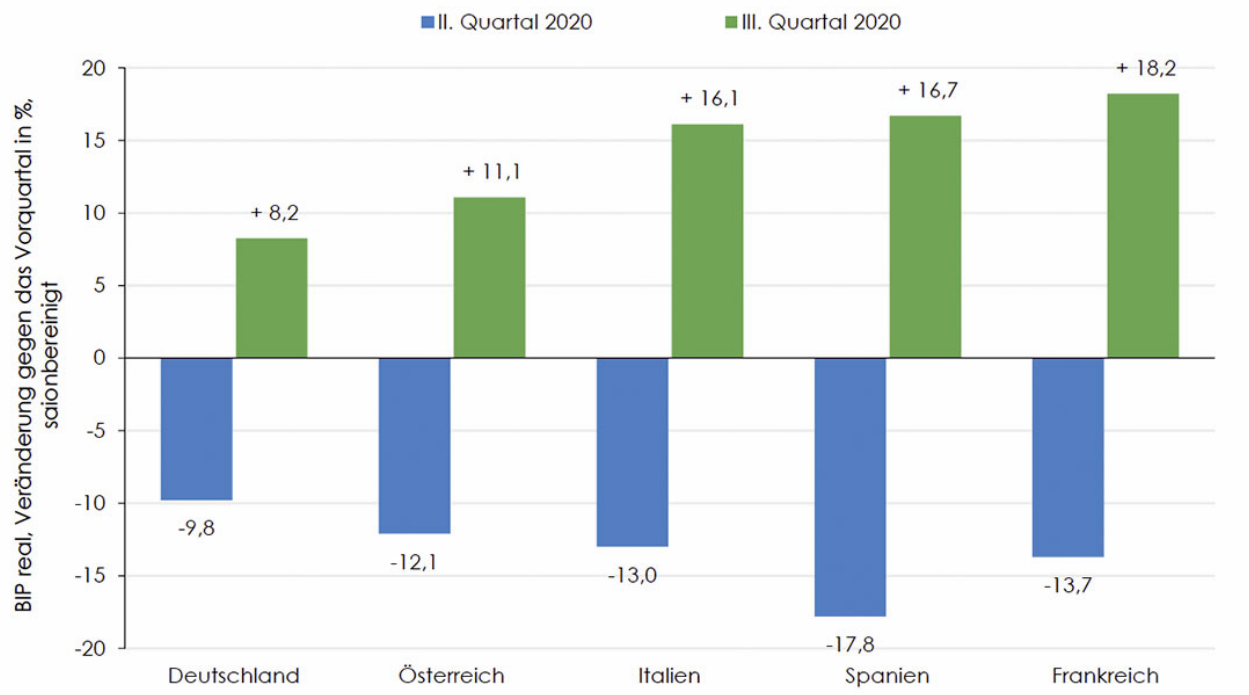
Auch in Österreich nahm die Wirtschaftsleistung mit dem Rebound im III. Quartal zu, das BIP stieg gemäß ersten Berechnungen gegenüber dem Vorquartal um 11,1 %. Mit der Lockerung der zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie gesetzten Maßnahmen wurde ein Anstieg insbesondere der Konsumnachfrage der privaten Haushalte sowie der Wertschöpfung der Dienstleistungsbereiche verzeichnet. Aber auch der produzierende Bereich und die Exporte zogen kräftig an.

Nach dem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit im Frühjahr stabilisierte sich die Lage weiter, die Arbeitslosenquote (nationale Berechnungsmethode, saisonbereinigt) lag Ende Oktober nach vorläufigen Zahlen bei 9,4 %. Auch der Beschäftigungsabbau verlangsamte sich, betrug nach vorläufiger Schätzung im Oktober aber immer noch 1 % gegenüber dem Vorjahr.

Trotz des Rückganges der Treibstoffpreise zog die Inflation in Österreich im September leicht an. Gemäß Verbraucherpreisindex (VPI) betrug die Teuerung 1,5 %, laut harmonisiertem Verbraucherpreisindex (HVPI) 1,3 %. Damit war der Preisauftrieb in Österreich erneut höher als im Durchschnitt des Euro-Raumes (-0,3 %). ■

https://www.wifo.ac.at/

Die aktuelle Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum



Quellen: Eurostat, WDS – WIFO-Datensystem, Macrobond

Wirtschaft

Konjunkturerholung in Österreich ab Frühjahr 2021 in Sicht

UniCredit Bank Austria Konjunktureinschätzung 2021/22 – Durch den neuerlichen Lockdown ist eine leichte Rezession über den Winter zu erwarten

Der kontinuierliche Anstieg neuer Fälle von Covid-19 seit Mitte des Sommers führte in den meisten Staaten Europas und damit auch in Österreich zu einem erneuten Lockdown und dementsprechend zu einer Reduktion des wirtschaftlichen Aktivitätsniveaus. „Auch wenn der erneute Lockdown für manche Branchen in Österreich ähnlich stark ausfällt wie im Frühjahr zeigen die Aktivitätsniveaus in Österreich einen etwas geringeren Einbruch“, meint Stefan Bruckbauer, Chefvolkswirt der UniCredit Bank Austria und ergänzt: „Trotzdem wird Österreichs Wirtschaft im vierten Quartal 2020 erneut in eine Rezession eintreten“.

Die Ökonomen der UniCredit Bank Austria erwarten, daß der Lockdown mehr oder weniger in den meisten Ländern Europas bis zum Beginn des Frühjahres anhalten wird. Trotz einiger Lockerungsmaßnahmen wird die sich abschwächende Industriekonjunktur im ersten Quartal 2021 erneut zu einem leichten BIP-Rückgang führen. „Mit Frühlingsbeginn und erst recht über den Sommer ist dann mit einer deutlichen Belebung der Wirtschaft sowohl in Österreich als auch in den meisten Ländern Europas zu rechnen.“

Für die weitere Erholung in den kommenden zwei Jahren ist für die Ökonomen der UniCredit Bank Austria entscheidend, wie sich die Konsumenten in Bezug auf das hohe Sparvolumens verhalten werden. Die Sparquote dürfte 2020 in Österreich rund 14 % erreichen und im nächsten Jahr mit 11 % noch immer über dem Vorkrisenniveau von rund 8 % bleiben und damit die Konjunkturerholung bremsen. Auch bei den Investitionen der Unternehmen ist nach dem Einbruch um über 6 % 2020 noch bis 2023 nicht damit zu rechnen, daß der Vorkrisentrend erreicht werden kann, was dementsprechend das Wachstumspotential in Österreich dämpfen wird.

Obwohl die Ökonomen der UniCredit Bank Austria davon ausgehen, daß mittelfristig die Trends wieder in den Vordergrund rücken, die bereits vor der Pandemie bestimmend waren – wie Digitalisierung, nachhaltiges Wirtschaften und globale Handelskonflikte – wird die Region Asien gegenüber dem Rest der Welt sowie Güterproduzenten gegenüber Dienstleistungsanbietern in den nächsten zwei Jahren im Vorteil sein. Österreichs Wirtschaft erreicht mit rund 3,5 % ihrer Nachfrage aus Asien in etwa Euroraum-Durchschnitt, während Deutschland mit einem Anteil von 5 % etwas günstiger abschneidet.

Hinsichtlich der von der Pandemie kurzfristig negativ betroffen Branchen liegt Österreich jedenfalls im internationalen Vergleich aufgrund des hohen Anteils des Tourismus ungünstiger. „Mit dem hohen Tourismusanteil an der österreichischen Wirtschaftsleistung dürfte Österreich in den kommenden Jahren ungünstigere Wachstumsvoraussetzungen als etwa Deutschland, Frankreich oder die Schweiz haben“, meint Bruckbauer. Um so wichtiger ist es für Österreichs Wirtschaft, daß die Politik mit einer das Wachstum stützenden Politik zusätzliche Impulse setzt.

Rebound ab Mitte 2021

„Nach dem starken Rückgang des BIP um 7,5 % im Jahr 2020 wird mit der im Frühjahr einsetzenden Erholung die österreichische Wirtschaft 2021 ein Wirtschaftswachstum von 3,1 % und 2022 von sogar 5,2 % erreichen können“, meint UniCredit Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl und

Österreich Konjukturprognose

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	Prognose 2020	2021	2022
BIP	0,7	1,0	2,0	2,4	2,6	1,4	-7,5	3,1	5,2
Konsum	0,3	0,5	1,5	1,9	1,1	0,8	-8,6	3,3	5,5
Bruttoanlageinvestitionen	-0,4	2,3	4,3	4,1	3,9	4,0	-6,5	3,2	6,8
davon Ausrüstung	-1,4	3,9	9,5	7,3	3,2	4,7	-8,5	4,0	10,0
davon Bau	0,3	0,1	0,3	2,5	3,6	3,6	-3,5	2,8	2,6
Exporte	2,9	3,0	3,0	4,9	5,5	2,9	-10,3	3,6	4,7
Importe	3,0	3,6	3,7	5,3	5,0	2,3	-10,5	1,8	4,2
VPI (Veränderung z. Vorjahr)	1,7	0,9	0,9	2,1	2,0	1,5	1,5	1,5	1,9
Beschäftigung (Veränderung zum Vorjahr)*)	0,7	1,0	1,6	2,0	2,5	1,6	-2,0	0,9	1,6
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	8,4	9,1	9,1	8,5	7,7	7,4	10,0	9,6	8,7
Arbeitslosenquote (Eurostat Definition)	5,6	5,7	6,0	5,5	4,9	4,5	5,2	5,4	5,2
Öffentlicher Saldo (in % des BIP)	-2,7	-1,0	-1,5	-0,8	0,2	0,7	-10,5	-6,9	-3,5
Öffentliche Schuld (in % des BIP)	84,0	84,9	82,8	78,5	74,0	70,5	84,9	87,9	85,5
Sparquote	7,3	6,7	7,8	7,5	7,8	8,2	14,1	11,2	8,2

*) ohne Karenzgeldbezieher, Präsenzdiener und Schulungen – Quelle: Statistik Austria, ÖNB, UniCredit ResearchPrognose

ergänzt: „Die Entwicklung wird von der sehr unterschiedlichen Betroffenheit der einzelnen Wirtschaftsbranchen von der Pandemie und den Maßnahmen zu deren Eindämmung gekennzeichnet sein."

Der Lebensmittelhandel sowie der Versand- und Internethandel werden deutliche Umsatzzuwächse im längerfristigen Vergleich erzielen. Moderate Einbußen im längerfristigen Vergleich werden neben den sogenannten systemerhaltenden Bereichen, wie die öffentliche Verwaltung und die Gesundheitsdienste einige wenige Dienstleistungssparten, wie die Paketdienste und die Anbieter von Informations- und Kommunikationsdiensten, sowie einige Industriebranchen, wie die Pharmaindustrie, die Möbel- und Sportartikelhersteller und die Lebensmittelerzeuger verzeichnen.

Als relativ krisenfest wird sich auch die Bauwirtschaft erweisen, die das Krisenjahr 2020 dank guter Auftragslage mit einem geringen Wertschöpfungsminus von 2 % abschließen dürfte, deren Erholungstempo in den kommenden Jahren aber mehr denn je von öffentlichen Bauinvestitionen abhängen wird. Mit den höchsten Umsatzeinbußen sind die tourismusabhängigen Sparten, das Beherbergungs- und Gaststättenwesen, die Reisebüros, Kulturveranstalter, einzelne Verkehrsdienstleister aber auch der Lebensmittelgroßhandel konfrontiert, die auch noch einer schwierigen ersten Jahreshälfte 2021 entgegensehen.

Industrieerholung hält im 2. Lockdown vorerst noch an

Die Industrie hat ihre Abläufe an die neuen Rahmenbedingungen wie das Social Distancing gut angepaßt und wird die Corona-Krise 2020 besser bewältigen als die Finanzkrise 2009. Die mit Beginn des dritten Quartals 2020 eingesetzte Erholung der Industriekonjunktur in Österreich hält auch während des zweiten Lockdowns an. „Im November ist der UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex zwar leicht auf 51,7 Punkte gesunken. Nach dem Einbruch während des ersten Lockdowns liegt die heimische Industrie aber weiterhin auf Expansionskurs, mittlerweile den fünften Monat in Folge", meint Pudschedl.

Mit Rückenwind aus dem Ausland hat sich der Aufschwung der heimischen Industrie nach einem eher ruhigen Start im Herbst konsolidiert. Im November haben die heimischen Industriebetriebe, gestützt auf einen Anstieg des Neugeschäfts, die Produktion erneut ausgeweitet und der Beschäftigungsabbau verlor zumindest an Tempo. Zudem weisen steigende Auftragsrückstände, längere Lieferzeiten und höhere Preise auf eine positive Entwicklung hin.

„Auf kurze Sicht spricht das Indexverhältnis zwischen Neuaufträgen und den Beständen im Absatzlager im Rahmen der Befragung zum UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex für eine Fortsetzung des Konjunkturaufschwungs in der heimischen Industrie, denn mit den vorhandenen Lagerbeständen können die eingelangten Aufträge nicht ohne einer weiteren Produktionssteigerung erfüllt werden. Darüber hinaus sind die Betriebe trotz Lockdown hinsichtlich der mittelfristigen Aussichten etwas optimistischer geworden. Die Produktionserwartungen für das kommende Jahr stiegen im November leicht an", so Pudschedl.

Die Industriekonjunktur wird aber 2021 dennoch gedämpft bleiben, da die Investitions- und Exportentwicklung unter anhaltenden wirtschaftlichen Unsicherheiten leiden und die Gewinnausfälle 2020 den Investitionsspielraum einengen bzw. noch unterausgelastete Kapazitäten den Investitionsbedarf bremsen.

Nur langsame Entspannung am Arbeitsmarkt in Sicht

Die unterschiedliche Sektorentwicklung widerspiegelt sich auch am österreichischen Arbeitsmarkt. „Aufgrund des zweiten Lockdowns wird sich der Verbesserungstrend am Arbeitsmarkt in den kommenden Monaten nicht mehr fortsetzten. Erst ab der zweiten Jahreshälfte 2021 erwarten wir wieder einen Rückgang der Arbeitslosenquote in Österreich. Nach dem Anstieg auf durchschnittlich 10 % im Jahr 2020 wird die Arbeitslosenquote 2021 auf 9,6 % sinken und erst 2022 etwas stärker abnehmen, mit 8,7 % jedoch weiter klar über dem Vorkrisenniveau liegen", meint Pudschedl.

Trotz der Corona-Krise wird die Inflation in Österreich im Jahresdurchschnitt 2020 mit 1,5 % gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich nicht sinken. Der Inflationsaufschlag gegenüber dem Euroraum und unserem wichtigsten Handelspartner Deutschland hat sich insbesondere ab Mitte des Jahres deutlich erhöht. Dies ist unter anderem auf stärkere Preisanstiege in den Sparten Beherbergung und Gastronomie zurückzuführen. Zudem wurde die temporäre Herabsetzung der Mehrwertsteuer für Gastronomie-, Beherbergung- und Kulturdienstleistungen, anders als etwa in Deutschland die Herabsetzung der allgemeinen Mehrwertsteuer von 19 auf 16 %, offenbar kaum an die Konsumenten weitergegeben. Wäre in Österreich eine gleich starke Preisreaktion auf die Mehrwertsteuersenkung wie in Deutschland erfolgt, hätte die Inflation von Juli bis Oktober in Österreich nicht durchschnittlich 1,4 % betragen, sondern nur rund 0,6 %.

Trotz der Erholung wird der Inflationsdruck vorerst überschaubar bleiben, zudem 2021 der Ölpreis die Teuerung in Österreich entlasten dürfte. „Nach 1,5 % im Jahresdurchschnitt 2020 erwarten wir auch für 2021 eine Inflationsrate von 1,5 %, die sich 2022 auf durchschnittlich 1,9 % erhöhen dürfte. Damit wird die Teuerung das zehnte Jahr in Folge über dem Vergleichswert im Euroraum liegen. Von 2013 als Startpunkt gesehen wird sich bis 2022 insgesamt ein Inflationsaufschlag von fast 7 %punkten gegenüber dem europäischen Durchschnitt aufbauen", meint Pudschedl.

Geldpolitik unterstützt weiter

In diesem Umfeld ist von der Geldpolitik der EZB mit weiterer Unterstützung zu rechnen. Die Ökonomen der UniCredit Bank Austria gehen von einer erneuten Erhöhung des PEPP im Dezember aus. Zinssenkungen seitens der EZB erwarten sie jedoch bis Ende 2022 nicht.

Risiken und Chancen abhängig vom Pandemieverlauf

Der Ausblick der Ökonomen der UniCredit Bank Austria für die nächsten zwei Jahre ist wesentlich auf eine deutliche Erleichterung der Pandemie ab Mitte 2021 aufgebaut, wofür es aufgrund der ermutigenden Aussichten auf eine wirkungsvolle Impfung und weiter verbesserte Therapiemöglichkeiten gute Argumente gibt. „Wir erwarten, daß Österreichs Wirtschaft Mitte 2022 das Niveau von 2019 erreichen kann", meint Bruckbauer. Das größte Risiko für die Prognose ist eine Enttäuschung bei der medizinischen Entwicklung speziell rund um eine Impfung. Eine Erholung der Wirtschaft auf das Niveau von 2019 würde sich weit in die Zukunft verschieben und langfristig negative Auswirkungen wären die Folge.

„Ein überraschend schnellerer Fortschritt der medizinischen Entwicklung könnte dazu führen, daß Österreich bereits nächsten Sommer das wirtschaftliche Niveau von 2019 erreicht. Die heimische Wirtschaft könnte dann sogar Ende 2022 bereits auf den alten Wachstumspfad zurückkommen", meint Bruckbauer abschließend. ■

https://www.bankaustria.at/

Wirtschaft wächst im 3. Quartal um 12% gegenüber Vorquartal

Das österreichische Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs in den Monaten Juli bis September 2020 gegenüber April bis Juni real um 12,0 % (saison- und arbeitstagbereinigt). Wie Statistik Austria weiter berichtet, wurde im Vergleich zum 3. Quartal 2019 ein realer Rückgang von 4,0 % verzeichnet.

„Nach dem coronabedingten historischen Einbruch der österreichischen Wirtschaftsleistung im 2. Quartal 2020 gab es im Sommer einen wirtschaftlichen Rebound in nahezu allen Branchen, im privaten Konsum, bei den Investitionen und im Außenhandel. Dennoch lag das 3. Quartal noch immer 4,0 % unter dem Vorjahresniveau und auch der erneute Lockdown wird tiefgreifende wirtschaftliche Folgen haben“, so Tobias Thomas, Generaldirektor von Statistik Austria. Die Ergebnisse sind aufgrund der außergewöhnlichen Rahmenbedingungen allerdings nach wie vor mit großer Unsicherheit behaftet.

Aufholeffekte im Konsum, bei den Investitionen und im Außenhandel

Der Konsum der privaten Haushalte wies real im 3. Quartal gegenüber dem Vorquartal mit +13,3 % wieder ein kräftiges Wachstum auf. Der Rückgang von 5,1 % zum Vorjahresquartal lässt sich vor allem auf den nach wie vor schwächeren Konsum von Dienstleistungen zurückführen. Ein substantieller Nachholeffekt läßt sich demgegenüber bei der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern – darunter vor allem Einrichtungsgegenstände und Möbel – feststellen (+7,7 % real im Vergleich zum Vorjahresquartal).

Die realen Investitionen stiegen im 3. Quartal gegenüber dem Vorquartal um 7,9 % (-0,7 % zum Vorjahresquartal) und konnten damit einen Großteil der Rückgänge des 1. Halbjahres 2020 wieder aufholen. Der Trend nach oben zeigte sich in allen Investitionskategorien, wobei die Investitionen in Maschinen (+14,0 % real zum Vorquartal, -3,7 % real zum Vorjahresquartal) und Fahrzeuge (+17,5 % real zum Vorquartal, +6,4 % real zum Vorjahresquartal) die höchsten Wachstumsraten aufwiesen.

Die auch international entspanntere Corona-Situtation im Sommer schlug sich auch in den Außenhandelsdaten nieder: Die realen Exporte stiegen im 3. Quartal um 16,1 % gegenüber dem 2. Quartal, die realen Importe stiegen im selben Zeitraum um 12,1 %. Der noch immer relativ große reale Rückgang der Exporte (-8,6 %) und Importe (-9,1 %) im Vergleich zum Vorjahresquartal läßt sich durch den verhaltenen grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr (insbesondere Reiseverkehr) erklären.

Wachstumsschub im Dienstleistungsbereich

Die Erholungseffekte während der Sommermonate zogen sich durch nahezu alle Wirtschaftsbereiche. Die vom Lockdown im 1. Halbjahr 2020 besonders stark betroffenen Wirtschaftsbereiche Handel, Verkehr sowie Beherbergung und Gastronomie verzeichneten im 3. Quartal ein kräftiges reales Plus von 32,9 % zum Vorquartal (-4,5 % zum Vorjahresquartal). Ähnliches gilt für die Kultur- und Unterhaltungsbranche sowie für die persönlichen Dienstleistungen, die zusammen einen realen Zuwachs um 39,2 % zum Vorquartal aufwiesen, jedoch noch nicht an das Vorkrisenniveau heranreichen konnten (-7,7 % real zum Vorjahresquartal).

Im produzierenden Bereich wuchs die Herstellung von Waren real um 15,7 % gegenüber dem Vorquartal (-4,0 % gegenüber dem Vorjahresquartal). Im Bau kehrte man mit einer realen Wachstumsrate von 0,2 % im Jahresabstand zum Vorkrisenniveau zurück (+10,1 % zum Vorquartal).

Die von den Covid-Maßnahmen des 1. Halbjahrs vergleichsweise weniger beeinträchtigen Bereiche Wohnungswesen, Gesundheitswesen und öffentliche Verwaltung wiesen eine weiterhin stabile reale Entwicklung auf (Wohnungswesen: -0,4 % zum Vorquartal bzw. +1,5 % zum Vorjahresquartal; Gesundheitswesen und Öffentliche Verwaltung: +0,5 % zum Vorquartal bzw. +0,6 % zum Vorjahresquartal).

Leichte Stabilisierung am Arbeitsmarkt

Die allgemeine Stabilisierung der Wirtschaftslage in den Monaten Juni bis September machte sich auch am Arbeitsmarkt bemerkbar. Die Beschäftigtenzahlen stiegen im 3. Quartal gegenüber dem Vorquartal um 3,5 %. Damit lagen sie leicht unterhalb des Vergleichswerts aus dem 3. Quartal 2019 (-1,3 % zum Vorjahresquartal). Die geleisteten Arbeitsstunden verzeichneten ein kräftiges Plus von 14,1 % im Vergleich zum 2. Quartal 2020. Sie fielen um 3,4 % gegenüber dem 3. Quartal 2019 zurück.

Die Summe der Löhne und Gehälter stieg im 3. Quartal um 5,5 % (nominell, bereinigt) gegenüber dem Vorquartal. Das entspricht einem Rückgang von 1,3 % im Vergleich zum 3. Quartal des Vorjahres. ■

Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP), real

	2018				2019				2020		
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3
BIP											
% zum Vorquartal, bereinigt	1,2	0,4	0,2	0,9	0,8	-0,3	0,3	-0,5	-2,8	-11,6	12,0
% zum Vorjahresquartal, unbereinigt	2,7	2,5	2,1	3,0	2,2	1,4	1,7	0,4	-3,4	-14,1	-4,0

Quelle: Statistik Austria, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. – Stand November 2020.

Wohnimmobilienpreise

Steigender Trend setzte sich im dritten Quartal 2020 fort – Preistreibend wirkten vor allem Einfamilienhäuser

Die aktuelle Ausgabe der Immobilienmarktanalyse der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) zeigt eine weitere Beschleunigung des Preisanstiegs für Wohnimmobilien im dritten Quartal 2020 österreichweit auf 9,5 %, nach einem Plus von 5,2 % im zweiten Quartal. In Wien wurde ebenfalls diese starke Preisdynamik mit +9,4 % nach 4,1% im Vorquartal verzeichnet. Im Bundesgebiet ohne Wien zeigt sich im Vorjahresvergleich ein Preisauftrieb von 9,7 % (nach 6,8 %). Dabei verfestigt sich die Vermutung, daß die Preissteigerungen bei Einfamilienhäusern durch die Covid-19-Krise (Trend zu Homeoffice) auf den verstärkten Wunsch nach Wohnen im Grünen bzw. mit Garten zurückzuführen sind.

Abweichung der Preise von Fundamentalfaktoren beschleunigt sich

Der Fundamentalpreisindikator für Wohnimmobilien für Wien deutet für das dritte Quartal 2020 auf eine Abweichung der Preise von den Fundamentalfaktoren um +24 % hin. Österreichweit liegt dieser Wert bei 17 %.

Die Covid-19-Pandemie verstärkt die Konjunkturabkühlung im Wohnbau

Die Pandemie verstärkt die Abkühlung im Wohnbau. Bedingt durch die Einschränkungen während des ersten Lockdowns im Frühjahr sind die Wohnbauinvestitionen im ersten Halbjahr 2020 im Jahresabstand um 5,5 % gesunken. Die Zahl der Immobilientransaktionen hat im gleichen Zeitraum hingegen zugenommen.

Stabiles Wachstum der Wohnbaukredite an private Haushalte

Das Wachstum der Wohnbaukredite an private Haushalte hat sich im dritten Quartal 2020 wenig verändert und betrug im September 2020 im Vorjahresvergleich 6,0 %. Die durchschnittlichen Zinsen für Wohnbaukredite an private Haushalte in Euro waren im September 2020 mit 1,28 % um 29 Basispunkte niedriger als vor Jahresfrist.

Ausmaß und Höhe der erwarteten Preisentwicklung

Im zweiten und dritten Quartal 2020 wurde eine Sondererhebung der OeNB unter privaten Haushalten in Österreich durchgeführt. Die Befragten wurden einerseits um ihre Einschätzung zur Preisentwicklung für Häuser, Wohnungen und Grundstücke in der eigenen Wohngegend in den kommenden zwölf Monaten sowie andererseits zur Höhe der erwarteten Preisänderung ersucht. Dabei zeigt sich, daß Preissteigerungen mit zunehmendem Lebensalter erwartet werden. Der Anteil verdoppelt sich nahezu von 17 % bei den Unter-30jährigen auf 31 % bei den Über-60jährigen. Der Bildungsgrad hat ebenfalls einen Einfluß auf die Preiserwartung – bei höherer Bildung erwarten weniger Haushalte gleichbleibende Preise und mehr Haushalte geringfügige Preissteigerungen. Befinden sich Haushalte in Wien, Vorarlberg, Tirol und Salzburg – in Regionen mit überdurchschnittlichen Preissteigerungen in der Vergangenheit –, so erwarten mehr von ihnen deutlich steigende Preise als dies bei Haushalten im restlichen Bundesgebiet der Fall ist.

Der Wohnimmobilienpreisindex

Daten zu Wohnimmobilienpreisen bilden die Basis für die Messung und Beurteilung der Entwicklungen am Immobilienmarkt. Die OeNB unterhält seit über 15 Jahren eine Kooperation mit der Technischen Universität Wien (TU Wien, Prof. Feilmayr) und der DataScience Service GmbH (DSS) zur Berechnung des gemeinsam entwickelten Wohnimmobilienpreisindexes und seiner Teilaggregate. Die auf der Seite der OeNB einsehbaren, vierteljährlichen Daten reichen bis ins Jahr 1986 zurück und ermöglichen damit längerfristige Analysen.

Der gegenständliche Index wird ausschließlich im Rahmen der Bewertung der Preisstabilität zu statistischen Zwecken erstellt und eignet sich nicht als Referenzwert für Finanzinstrumente und Finanzkontrakte. Für die Richtigkeit der veröffentlichten Werte wird keine Haftung übernommen. Eine Revision der Werte ist jederzeit möglich. ■

https://www.oenb.at/

Entwicklung der Wohnimmobilienpreise in Österreich

	Q3 20	Q2 20	Q1 20	Q4 19	Q3 19	Q2 19	2019	2018	2017	2016	2015
Veränderung zum Vorjahr in %											
Österreich	+9,5	+5,2	+3,4	+3,0	+2,3	+5,6	+3,9	+6,9	+3,8	+7,3	+4,1
Österreich ohne Wien	+9,7	+6,8	+2,8	+1,2	+1,7	+3,6	+2,6	+8,5	+4,9	+9,1	+5,1
Wien	+9,4	+4,1	+3,9	+4,3	+2,7	+7,0	+4,9	+5,2	+1,5	+3,8	+2,2
Veränderung zum Vorquartal in %											
Österreich	+3,6	+3,0	+1,7	+0,8	−0,4	+1,2	×	×	×	×	×
Österreich ohne Wien	+3,5	+3,8	+1,5	+0,6	+0,8	−0,0	×	×	×	×	×
Wien	+3,7	+2,4	+1,9	+1,0	−1,2	+2,2	×	×	×	×	×
Index (2000=100)											
Österreich	227,5	219,5	213,1	209,5	207,8	208,6	208,0	200,1	187,2	180,4	168,1
Österreich ohne Wien	214,1	206,9	199,3	196,3	195,2	193,7	194,8	189,8	174,9	166,7	152,9
Wien	265,1	255,6	249,5	244,9	242,4	245,4	243,2	232,0	220,4	217,2	209,2

Quelle: Data Science Service GmbH (DSS), TU Wien, Prof. Feilmayr, OeNB

Wirtschaft

Innovation und Infrastruktur sind standortentscheidend

Österreichischer Infrastrukturreport 2021: Innovation für 45 Prozent der heimischen ManagerInnen wettbewerbsentscheidend – FFG: Studie zeigt, daß Investitionen des Bundes und der Länder Früchte tragen

Der neue Österreichische Infrastrukturreport 2021 der Initiative Future Business Austria (FBA) zeigt auf, welche Faktoren für Österreichs Wettbewerbsfähigkeit entscheidend sind: 84 % der im Rahmen einer repräsentativen Studie befragten Manager halten Bildung und gut ausgebildete Fachkräfte für entscheidend. Für 55 % zählen eine gute und krisensichere Infrastruktur und für 45 % Innovation zu den Top-Prioritäten. Trotz Corona ist das Vertrauen in den Standort ungebrochen hoch: 61 % der befragten Manager sind von der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs überzeugt.

87 % der Befragten sehen den Ausbau neuer Technologien für höhere Energieeffizienz als Top-Priorität für die Wettbewerbsfähigkeit und die Zukunft des Standorts Österreich. Für weitere 81 % ist der Ausbau neuer Technologien für den Klimaschutz zentral. Weitere wichtige Zukunftsthemen sind Verkehrsnetze (insbesondere ein leistungsfähiges Bahnnetz) und die digitale Infrastruktur. Insgesamt zeigt sich, daß die befragten Manager in der Energiewende erhebliche Vorteile für den Standort sehen. 41 % der Befragten bestätigen dies. Im Vorjahr waren es nur 15 % gewesen.

Die Digitalisierung spielt für die heimischen Manager ebenfalls eine besondere Rolle, insbesondere der Ausbau der Breitbandinfrastruktur und die Cybersicherheit. Erfreulicher Befund des Reports: Österreichs IKT-Infrastruktur habe sich im europäischen Vergleich weiter verbessert, so die Wahrnehmung der Befragten. Und: Breitbandnetze seien auch für den Klimaschutz essentiell, weil sie den klassischen Verkehr reduzieren können und Basis für andere Energie- und Klimaschutztechnologien bilden.

„Der Infrastrukturreport 2021 zeigt klar: Innovationen in grüne und digitale Infrastrukturen tragen nachhaltig zur Wettbewerbsfähigkeit bei. Und nur mit Forschung, Entwicklung und Digitalisierung können wir klimaschonend wirtschaften“, erläutern die Geschäftsführer der Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft FFG, Henrietta Egerth und Klaus Pseiner. Der aktuelle Report legt einen Schwerpunkt auf die Potenziale des Infrastrukturausbaus für Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und Klimaschutz beschäftigt. „Die FFG unterstützt die jährliche Erstellung des Reports als wichtigen Beitrag für die Weiterentwicklung des Wirtschafts- und Innovationsstandortes Österreich“, so die FFG-Geschäftsführer.



Foto: FFG / Martin Lusser

Die Geschäftsführung der FFG: Henrietta Egerth und Klaus Pseiner

Auf die Frage nach der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs im internationalen Vergleich waren bereits vergangenes Jahr 60 % der Befragten der Meinung, Österreich sei sehr oder eher wettbewerbsfähig. Dieser Wert ist mit 61 % im aktuellen Report trotz Corona-Krise ungebrochen hoch. Insgesamt nehmen die befragten Manager damit im Zeitverlauf eine klare Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs wahr. 2014 hatten nur 29 % angegeben, Österreich sei sehr oder eher wettbewerbsfähig.

„Das ist ein klarer Befund dafür, daß die bisherigen Investitionen des Bundes in den Wirtschafts- und Innovationsstandort Österreich Früchte tragen und die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs nur durch gemeinsame Anstrengungen von Wirtschaft, Gesellschaft und öffentlicher Hand gesichert und ausgebaut werden kann“, so die Schlußfolgerung der FFG-Geschäftsführung. Die FFG setze gemeinsam mit ihren Eigentümerressorts, dem Wirtschafts- und Klimaschutzministerium (BMDW und BMK), und ihren weiteren Auftraggebern (wie dem BMLRT) und Kooperationspartnern durch wirkungsvolle Programme die richtigen Impulse, beispielsweise beim Breitbandausbau, im Bereich Energie- und Klimaschutz, Produktion oder Mobilität. Und das mit Erfolg, wie auch der Infrastrukturreport 2021 zeigt. ■

https://www.ffg.at/



© FFG

Chronik

100 Jahre Bundesland Wien

Am 10. November 1920 fand die erste Wiener Landtagssitzung statt. Im Rathaus wurde zum Jahrestag im Rahmen eines kleinen Festakts dieses Jubiläums gedacht.

Wiens Erster Landtagspräsident Ernst Woller sagte am 10. November in seiner Festrede: „Wie bedeutend eine starke Demokratie in unserer Gesellschaft ist, ist uns aufgrund der schrecklichen Ereignisse der vergangenen Tage schmerzlich bewußt geworden. Im Kampf gegen Haß und Terror bedarf es einer Gesellschaft, die über alle Partei- und Religionsgrenzen hinweg zusammenhält, und es bedarf eines parlamentarischen Systems, das Sicherheit und Frieden garantiert. Der Wiener Landtag und dessen Abgeordnete leisten dazu seit 100 Jahren einen wichtigen Beitrag."

„Der Erste Weltkrieg, die ‚Spanische Grippe' und das Nachkriegs-Elend bildeten den dramatischen Hintergrund für die unvergleichliche politische, soziale und gesellschaftliche Entwicklung unserer Heimatstadt", so Landeshauptmann und Bürgermeister Michael Ludwig in seiner Festrede.

Durch die längst überfällige „Emanzipation" Wiens von Niederösterreich wurde der Weg für ein einzigartiges Reformwerk in der Geschichte Wiens geebnet. Politiker wie die Bürgermeister Jakob Reumann und Karl Seitz, die Stadträte Hugo Breitner und Julius Tandler sowie der Schulreformer Otto Glökkel, konnten so ein außergewöhnliches kommunales Experiment starten, das den sozialen Wohnbau sowie umfangreiche Reformen in der Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik ermöglichte, so Ludwig weiter. Er wies auch auf die besondere Bedeutung der Wiener Stadtverfassung hin, die es der Opposition schon sehr frühzeitig erlaube, in politische Entscheidungen einbezogen zu werden.

Die Festansprache wurde von Botschafterin a.D. Eva Nowotny, Präsidentin des Universitätsrates der Universität Wien, gehalten.



Foto: PID / C. Jobst

Wien feiert seine 100jährige Geschichte als eigenes Bundesland: Erster Landtagspräsident Ernst Woller (r.) und die damals noch im Amt befindliche Landesregierung (siehe Seite 57)



Foto: PID / C. Jobst

v.l. Erster Landtagspräsident Ernst Woller, Bürgermeister und Landeshauptmann Michael Ludwig und Botschafterin a.D. Eva Nowotny, Präsidentin des Universitätsrates der Universität Wien mit dem Buch „Wien wird Bundesland", erschienen im Residenz Verlag.

Wien wird ein eigenes Bundesland

Nach dem Zerfall der Habsburger-Monarchie und der Gründung der Ersten Republik am 12. November 1918 wurde Österreich in demokratischer Form neu geordnet. Wien war jahrhundertelang, bis 1920, Teil des Landes Niederösterreich. Das Bundesland Niederösterreich-Wien war ein sehr großer Teil der neuen Republik, in dem mehr als 54 Prozent der Bevölkerung Österreichs lebten. Dieses Übergewicht und die nach den Wahlen 1919 geänderten politischen Verhältnisse verliehen den Tendenzen einer Verselbstständigung Wiens zusätzliche Dynamik. Große Unterschiede in Alltag und Lebenskultur beförderten das Misstrauen zwischen den mehrheitlich sozialdemokratisch orientierten Wienerinnen und Wienern und der meist christlichsozial gesinnten Landbevölkerung. Dieses Mißtrauen fand seinen Niederschlag auch in der Diskussion darüber, welche Ausdehnung ein als Bundesland organisiertes „Wienerland" haben könnte. Manchen Überlegungen zufolge sollte die Linie an der Staatsgrenze gezogen werden,



© Wienbibliothek im Rathaus, B-72420

Sitzung des Wiener Stadtsenats unter dem Vorsitz von Bürgermeister Karl Seitz, ca. 1926

anderen nach tief im niederösterreichischen Industrieviertel.

Die im Oktober 1920 beschlossene Bundesverfassung schuf den rechtlichen Rahmen für Wiens Eigenständigkeit als Bundesland, begrenzt auf das damalige Stadtgebiet.

Als sie am 10. November des Jahres in Kraft trat, konstituierte sich der Wiener Gemeinderat als Landtag und beschloß unter Vorsitz von Robert Danneberg (er war dann von 1920 bis 1932 der erste Landtagspräsident in der Geschichte Wiens) in seiner ersten Sitzung die Wiener Stadtverfassung, die bis heute die Funktionsweise der politischen Organe für Wien in seiner Eigenschaft sowohl als Gemeinde als auch als Bundesland regelt. Sie übernahm die Eckpunkte des erst im April 1920 reformierten Gemeindestatuts, unter anderem die ressortzuständigen amtsführenden Stadträte und Gemeinderatsausschüsse sowie das darin neu geschaffene Kontrollamt. Die Stadtverfassung wurde von Bürgermeister und Magistratsdirektor in der nunmehrigen Funktion als Landeshauptmann bzw. Landesamtsdirektor unterzeichnet und als Nummer 1 im neuen Landesgesetzblatt für Wien kundgemacht. Sie trat am 18. November 1920 in Kraft und ist in ihren wesentlichen Punkten bis heute gültig. Eines der ersten Gesetze war die von Hugo Breitner initiierte Wohnbausteuer, die das Programm des sozialen Wohnbaus ermöglichte und finanzierte. In der Folge wurden im Wiener Landtag viele gesetzliche Voraussetzun-



© Wienbibliothek im Rathaus

Karikatur in der österreichischen Satirezeitschrift „Kikeriki", 21. November 1920

gen für die Entwicklung Wiens geschaffen, die in der Ersten Republik als das Erfolgsmodell des Roten Wien in die Geschichte eingegangen ist.

Nach Klärung organisatorischer und vermögensrechtlicher Fragen wurde mit dem gleichlautend vom Wiener und vom Niederösterreichischen Landtag beschlossenen „Trennungsgesetz“ vom 29. Dezember 1921 die vollständige Trennung von Wien und Niederösterreich(-Land) vollzogen. Sie trat mit Jahreswechsel 1921/1922 in Kraft und machte die großen politischen und sozialen Reformen des Roten Wien überhaupt erst möglich.

Damit wurde die politische Basis geschaffen, daß der Wiener Landtag eigenständig Politik machen und eigenständige Gesetze für das Land Wien beschließen konnte.

Wien in Europa

Mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union haben die Bundesländer – und damit die Landtage – wichtige Aufgaben übernommen. Landtagspräsident Woller: „Es geht bei einer fortschreitenden Entwicklung der europäischen Integration auch darum, ein Europa der Städte und Regionen zu bewahren und zu leben und damit die Europäische Union näher an die Bürgerinnen und Bürger zu bringen.“



© Wienbibliothek im Rathaus, TF-001990

Robert Danneberg, Sozialdemokratische Arbeiterpartei, Hauptarbeit bei der Erarbeitung der Wiener Stadtverfassung vom November 1920. Porträtfoto, undatiert

Die Landtage erfüllen hier im Sinne des Föderalismus und der Subsidiarität eine wichtige Aufgabe im politischen System der Europäischen Union.

„Insgesamt agiert der Wiener Landtag aber vor allem im Interesse der Wienerinnen und Wiener und schafft mit seinen Gesetzen die Voraussetzungen für die Entwicklung unserer Stadt. Im Wiener Landtag wurde und wird sozusagen Wien gemacht“, so Woller.

„Vor 100 Jahren wurden Innovationen gesetzt, die heute noch unsere Stadt positiv prägen. Die Geschichte, vor allem die beiden Faschismen des 20. Jahrhunderts, haben Wien zu einer toleranten, weltoffenen Stadt gemacht, die heute Wirtschaftsmotor unserer Republik und eine der lebenswertesten Städte der Welt ist“, so der Wiener Landeshauptmann und Bürgermeister. „Wir können mit gutem Grund stolz auf die vergangenen einhundert Jahre blicken, aber vor allem können wir positiv in die Zukunft schauen“, so Ludwig abschließend.

Ausstellung in der Wienbibliothek im Rathaus

Die Wienbibliothek im Rathaus hat eine Ausstellung mit dem Titel „Wien wird Bundesland. 100 Jahre Wiener Stadtverfassung und die Trennung von Niederösterreich“ erstellt, die bis 9. April 2021 zu besichtigen sein wird. Sie beleuchtet Vorgeschichte, Hintergründe und Auswirkungen der Entwicklung Wiens zum eigenständigen Bundesland und vermittelt Einblicke in den Trennungsprozeß, der nicht nur einen politisch-rechtlichen, sondern auch einen kulturellen Einschnitt darstellte. Die Werbemittel für die im Mai 1919 stattfindenden Wahlen zum Niederösterreichischen Landtag und zum Wiener Gemeinderat spiegeln das gesellschaftliche Klima anschaulich wider. Eine Vitrine porträtiert die wichtigsten Akteure in diesem Prozeß, allen voran Robert Danneberg, den führenden Verfassungsexperten der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Präsentiert werden Objekte aus der Zeit um 1920, darunter Kartenmaterial und Pläne sowie Dokumente zu den in den Trennungsverhandlungen umstrittenen Gebäuden und Organisationen.

Darüber hinaus vermitteln zeitgenössische sowie von Wolfgang Ammer exklusiv für die Ausstellung geschaffene Zeichnungen die Stimmungslage in jener Zeit. ■

https://www.wien.gv.at
https://www.wienbibliothek.at/



Foto: Wienbibliothek im Rathaus / Gregor Kallina

Ansicht der Ausstellung „Wien wird Bundesland“ in der Wienbibliothek im Rathaus

Bernhard Hachleitner (Hg.)
Christian Mertens (Hg.)
Wien wird Bundesland
Die Wiener Stadtverfassung 1920 und die Trennung von Niederösterreich
Residenz Verlag 2020
200 Seiten mit zahlreichen Abbildungen
Format: 210 x 280 mm
ISBN: 9783701735273

Chronik

Bevölkerungsprognose 2020

Ab 2021 mehr ältere Menschen als Kinder und Jugendliche

Die aktuelle Entwicklung einer wachsenden und alternden Bevölkerung Österreichs wird sich auch in Zukunft fortsetzen, wie aus der von Statistik Austria veröffentlichten Bevölkerungsprognose hervorgeht. Demnach wird die Bevölkerungszahl Österreichs von 8,88 Mio. (2019) bis 2040 um 6 % auf 9,45 Mio. wachsen, bis 2080 schließlich um 12 % auf 9,93. Mio.

„Österreich wächst. Bereits im Jahr 2022 wird die Bevölkerungszahl die Neun-Millionen-Grenze überschreiten und 2080 werden fast zehn Millionen Menschen in Österreich leben. Österreich wird aber auch immer älter. Das ist an sich eine gute Nachricht, allerdings setzt dies umlagefinanzierte Sicherungssysteme, wie Pensionen oder Gesundheit, unter Finanzierungsdruck. Während 1950 auf eine Person im Pensionsalter noch sechs Personen im erwerbsfähigen Alter kamen, so sind es heute nur noch drei Personen und 2040 werden es nur noch zwei sein“, sagt Statistik-Austria-Generaldirektor Tobias Thomas.

Wanderungsgewinne übertreffen prognostizierte Geburtendefizite

Der erwartete Bevölkerungszuwachs ist ausschließlich auf Wanderungsgewinne von jährlich rund 30.000 Personen zurückzuführen. Damit wird ein langjähriger Trend fortgeschrieben: Seit der Jahrhundertwende ist die Einwohnerzahl Österreichs vor allem durch Wanderungsüberschüsse gestiegen. Zur Volkszählung 2001 zählte Österreich erstmals knapp über 8 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner, im Jahresdurchschnitt 2010 waren es 8,36 Mio. Bis 2019 ergab sich eine weitere Zunahme um 6 % auf 8,88 Mio. Von dem Zuwachs seit der Jahrhundertwende entfielen nur knapp 5 % auf Geburtenüberschüsse, der überwiegende Teil waren Wanderungsgewinne. Zwar dürfte in den kommenden Jahren die Zahl der Sterbefälle über die Zahl der Geburten steigen, die Geburtenbilanz wird somit negativ. Auch stehen die starken Geburtsjahrgänge des Babybooms der 1950er- und 1960er-Jahre an der Schwelle zum Pensionsalter. Dennoch wird die Bevölkerungszahl nach den vorliegenden Berechnungen im Jahr 2022 die Neun-Millionen-Grenze überschreiten. Auch für die Zeit danach ist ein weiterer Anstieg wahrscheinlich, da die prognostizierten Wanderungsgewinne die Verluste aus der Geburtenbilanz übertreffen werden.

Stärkstes Bevölkerungswachstum im Pensionsalter

Die Bevölkerung der Generation 65+ wird weiterhin zahlen- und anteilsmäßig stark an Gewicht gewinnen. Ab dem Jahr 2021 werden österreichweit mehr Personen im Alter von 65 und mehr Jahren leben als unter 20jährige. Dafür sind neben stagnierenden Geburtenzahlen und einer voraussichtlich weiterhin steigenden Lebenserwartung insbesondere die starken Geburtsjahrgänge der 1950er- und 1960er-Jahre verantwortlich, die sukzessive ins Pensionsalter aufrücken. 2040 dürfte die Bevölkerung ab 65 um 48 % (bzw. mehr als 800.000 Personen) größer sein als 2019. Zugleich erhöht sich ihr Anteil

Tabelle 1: Bevölkerungsprognose Österreichs nach Alter und Geburtsland (Hauptvariante)

	Gesamtbevölkerung, absolut				In %			Im Ausland geboren	
Jahr	Insgesamt	Bis unter 20 Jahre	20 bis unter 65 Jahre	65 und mehr Jahre	Bis unter 20 Jahre	20 bis unter 65 Jahre	65 und mehr Jahre	insgesamt	in %
2019	8.877.637	1.717.820	5.478.294	1.681.523	19,3	61,7	18,9	1.746.206	19,7
2020	8.921.789	1.723.164	5.490.982	1.707.643	19,3	61,5	19,1	1.781.853	20,0
2030	9.225.271	1.777.747	5.306.807	2.140.717	19,3	57,5	23,2	2.027.017	22,0
2040	9.446.759	1.775.187	5.180.656	2.490.916	18,8	54,8	26,4	2.230.014	23,6
2050	9.605.926	1.778.518	5.173.762	2.653.646	18,5	53,9	27,6	2.394.501	24,9
2060	9.688.072	1.813.092	5.111.733	2.763.247	18,7	52,8	28,5	2.520.692	26,0
2070	9.796.723	1.834.400	5.131.991	2.830.332	18,7	52,4	28,9	2.609.525	26,6
2080	9.929.792	1.844.648	5.171.974	2.913.170	18,6	52,1	29,3	2.666.091	26,8

Quelle: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2020, Hauptvariante

Tabelle 2: Bevölkerungsprognose Österreichs nach Bundesländern (Hauptvariante)

Bundesland	2019	2020	2030	2040	2050	2060	2070	2080
Burgenland	293.861	295.001	305.992	315.125	320.819	323.946	328.317	333.920
Kärnten	561.062	561.078	555.204	548.034	539.045	528.201	523.449	523.838
Niederösterreich	1.680.588	1.688.169	1.757.644	1.816.610	1.865.064	1.895.405	1.930.470	1.970.491
Oberösterreich	1.486.141	1.493.590	1.549.696	1.590.598	1.616.373	1.628.054	1.646.825	1.669.460
Salzburg	556.627	559.444	572.864	580.766	585.626	587.116	590.884	596.639
Steiermark	1.244.474	1.247.840	1.267.024	1.278.306	1.281.466	1.275.511	1.277.266	1.286.180
Tirol	755.695	759.600	786.706	804.975	816.540	820.437	826.260	834.257
Vorarlberg	395.949	398.186	412.279	421.743	427.821	430.351	433.132	436.884
Wien	1.903.240	1.918.881	2.017.862	2.090.602	2.153.172	2.199.051	2.240.120	2.278.123
Österreich insgesamt	**8.877.637**	**8.921.789**	**9.225.271**	**9.446.759**	**9.605.926**	**9.688.072**	**9.796.723**	**9.929.792**

Quelle: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2020, Hauptvariante

an der Bevölkerung von derzeit 18,9 % auf 26,4 % (2040). Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis unter 65 Jahren wird bis 2021 noch geringfügig über dem Niveau von 2019 liegen, danach bis 2040 jedoch um knapp 300.000 Personen (-5 %) unter den derzeitigen Wert sinken *(s. Tabelle 1)*. Nach 2040 bleibt die Zahl der Erwerbsfähigen der Prognose zufolge weitgehend konstant. Die Zahl der unter 20jährigen wird zwar noch leicht ansteigen, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung sinkt jedoch mittelfristig von 19,3 % (2019) auf 18,8 % (2040).

Anteil der im Ausland Geborenen steigt langfristig von 20 % auf 27 %

Die Zahl der im Ausland geborenen Bevölkerung Österreichs wird unter der Annahme fortgesetzter internationaler Zuwanderung künftig weiterhin zunehmen. 2019 lebten im Bundesgebiet 1,75 Mio. Menschen, die nicht in Österreich zur Welt kamen, das entspricht 20 % der Gesamtbevölkerung *(siehe Tabelle 1)*. Bis zum Jahr 2040 steigt ihre Zahl der Prognose zufolge auf 2,23 Mio. (+28 %), bis 2080 schließlich auf 2,67 Mio. (+53 % gegenüber dem Basisjahr 2019). Der Anteil der nicht in Österreich geborenen Personen nimmt somit laut Prognose bis 2040 auf 24 % und bis 2080 auf 27 % zu *(s. Tabelle 1)*.

Der Osten wächst am stärksten

Das für Österreich prognostizierte Bevölkerungswachstum um 12 % bis 2080 wird sich regional sehr unterschiedlich verteilen. Überdurchschnittlich starke Zuwächse sind in Wien zu erwarten. Auf die Bundeshauptstadt entfällt knapp 40 % der internationalen Zuwanderung nach Österreich. Wien wird laut Prognose im Jahr 2028 – wie zuletzt am Beginn des 20. Jahrhunderts – die Zwei-Millionen-Marke überschreiten. In Kärnten ist hingegen – wie schon zwischen 2010 und 2013 sowie im Jahr 2018 – mit leichten Bevölkerungsverlusten zu rechnen, wodurch die Einwohnerzahl ab 2021 hinter Salzburg zurückfällt. Salzburg steigt dadurch zum bevölkerungsmäßig sechstgrößten Bundesland auf. Neben Wien wird auch für Niederösterreich ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum prognostiziert, während der Trend in Salzburg und in der Steiermark unter dem Bundesschnitt liegt. Die erwartete Bevölkerungsentwicklung im Burgenland sowie in Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg entspricht weitgehend dem prognostizierten Durchschnitt für Österreich *(s. Tabelle 2)*.

Informationen zur Methodik, Definitionen

Zur Berechnung der Prognose wird der nach Alter, Geschlecht und Geburtsland differenzierte Bevölkerungsstand zum 1.1.2020 in die Zukunft fortgeschrieben. Pro Kalenderjahr altern die Bevölkerungsbestände um ein Jahr. Die neuen Geburtsjahrgänge eines Prognosejahres werden mittels altersspezifischer Fertilitätsraten (Lebendgeburten nach Alter der Mutter) berechnet.

Die Sterbefälle ergeben sich aus alters- und geschlechtsspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten, die mit den Bevölkerungsständen multipliziert werden. Während sich die internationale Abwanderung analog zu den Sterbefällen aus Raten errechnet, wird die Zuwanderung in Absolutzahlen vorgegeben (ebenfalls jeweils nach Alter und Geschlecht). Langfristig wird mit jährlich 145.000 Zuwandernden gerechnet. Bei etwa 115.000 Wegziehenden ergibt dies jährliche Wanderungsgewinne von rund 30.000 Personen.

Die Binnenwanderungen zwischen den neun Bundesländern Österreichs werden mittels alters-, geschlechts- und richtungsspezifischer Abwanderungsraten modelliert.

Bei der Interpretation der Ergebnisse nach dem Merkmal „im Inland/Ausland geboren“ ist zu beachten, daß es sich hierbei nicht um eine Prognose der Bevölkerung Österreichs nach der Staatsangehörigkeit („Ausländerprognose“) handelt. ■

http://www.statistik.at/

Chronik

Wiens schönster Weihnachtsbaum leuchtet

LH Stelzer: 200 Jahre alte Fichte aus Oberösterreich ist »Weihnachtsbotschafterin aus OÖ«, für Bgm. Ludwig »Zeichen des Zusammenhalts und des Miteinanders«

Die Vorweihnachtszeit in Wien ist offiziell eingeläutet. Am 28. November haben Wiens Bürgermeister und Landeshauptmann Michael Ludwig und Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer die 2.000 LED-Lichter am Weihnachtsbaum am Rathausplatz mit einem Knopfdruck eingeschaltet. Der Weihnachtsbaum der WienerInnen kommt dieses Jahr aus Oberösterreich.

„In diesen herausfordernden Zeiten und in einem Jahr, in dem kaum etwas so ist, wie es unter normalen Umständen sein sollte, freut es mich besonders, daß wir mit unserem Geschenk aus Oberösterreich den Wienerinnen und Wienern eine Freude bereiten können. Diese mehr als 200 Jahre alte Fichte aus der Böhmerwaldgemeinde Klaffer am Hochficht soll als Weihnachtsbotschafterin fungieren und für die festliche Weihnachtsstimmung am Wiener Rathausplatz sorgen“, so Landeshauptmann Stelzer.

„Ein schön beleuchteter und festlich geschmückter Baum gehört zur Vorweihnachtszeit dazu. Gerade in diesem Jahr haben sich die Wienerinnen und Wiener einen besinnlichen und erholsamen Advent verdient. Der Baum ist ein Zeichen dafür, daß die Stadt auch schwere Zeiten meistern kann und durch Zusammenhalt und Miteinanders stärker wird. Auch wenn körperliche Nähe derzeit nicht möglich ist, rücken wir zusammen. Ich bedanke mich stellvertretend für alle Wienerinnen und Wiener beim Land Oberösterreich, das dieses Jahr den Weihnachtsbaum für unsere Stadt stellt und besonders bei der Gemeinde Klaffer und dem Stift Schlägl, aus dessen Wäldern der Wiener Weihnachtsbaum kommt“, sagte Bürgermeister Ludwig.

Für seinen großen Auftritt wurde der Baum von den „Beauty-Docs“ der Wiener Stadtgärten zurechtgemacht und geschmückt. Dank ihrer Arbeit steht der schönste Weihnachtsbaum Wiens am Wiener Rathausplatz.

Nicht nur der Baum vor dem Rathaus bringt den Advent zum Funkeln, auch der Wiener Weihnachtstraum im Rathauspark erstrahlt wieder – auch wenn es heuer, Corona-bedingt, keinen Christkindlmarkt gibt.



Foto: Land OÖ / Max Mayrhofer

Wiens Bürgermeister (l.) und Landeshauptmann Michael Ludwig und Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer schalteten die 2.000 LED-Lichter am Weihnachtsbaum ein.

Die Wiener Weihnachts-Wunderwelt mit kunstvoll beleuchteten und märchenhaften Attraktionen wie etwa dem beliebten Herzerlbaum und dem besinnlichen Krippenpfad, bietet ein stimmungsvolles Erlebnis für Alt und Jung. ■

http://www.land-oberoesterreich.gv.at/
https://www.wien.gv.at/

Eistorte zu Finjas erstem Geburtstag

Kinder lieben zum Geburtstag eine Schokotorte. Aber Eisbären? Eisbären-Mädchen Finja im Tiergarten Schönbrunn frißt gerne Melonen, Karotten und Lachs. Das weiß ihre Tierpflegerin Alessa Esau natürlich und hat Finja zu ihrem ersten Geburtstag am 9. November eine besondere Überraschung bereitet: „Wir haben für Finja eine Eistorte gemacht und dafür ihre Lieblingsleckereien in Wasser tiefgefroren. Die Eins obendrauf war gefüllt mit Lachs." Sehr verspielt und neugierig: So läßt sich Finja beschreiben. Das war auch an ihrem Geburtstag zu merken. „Nora und Finja haben die Eistorte sofort beschnuppert. Nora hat sich gleich die Eins gesichert und gefressen, während Finja aufgeregt die restliche Eistorte zerlegt hat." Als Geschenk gab es noch Spielzeug, das die Wasserratte sofort mit ins Becken nahm.



Foto: Tiergarten Schönbrunn / Daniel Zupanc

Finja wurde zu ihrem ersten Geburtstag eine besondere Überraschung bereitet.

Finja wurde am 9. November 2019 geboren. Bei der Geburt wog sie rund 100 Gramm und war nur so groß wie ein Meerschweinchen. Tiergartendirektor Stephan Hering-Hagenbeck: „Unser Eisbären-Mädchen hat sich prima entwickelt. Finja wiegt bereits halb so viel wie ihre Mutter, etwa 120 Kilogramm." Finja war der erste Eisbären-Nachwuchs in Wien seit 12 Jahren und hat die Herzen der Besucher im Sturm erobert. 20.964 Namensvorschläge wurden eingeschickt. Die Pfleger entschieden sich für „Finja", die Weiße und Schöne. Wer Zoo unterstützen möchte, kann gegen eine Online-Spende von 15 Euro eine Herzenspatenschaft für das Eisbären-Mädchen übernehmen. Mehr dazu erfahren Sie auf der Zoo-Homepage. ■

https://www.zoovienna.at/

Koala-Nachwuchs heißt Millaa Millaa und hat Beutel verlassen

Viel Neues gibt es über das herzige Koala-Jungtier im Tiergarten Schönbrunn zu berichten. Die größte Neuigkeit: Das Geschlecht des Jungtieres ist bekannt. „Unsere Tierpflegerin hat beim Jungtier einen kleinen Beutel am Bauch entdeckt. Es ist also ein Weibchen", verrät Tiergartendirektor Stephan Hering-Hagenbeck. Seit 2002 hält der Wiener Zoo Koalas und hoffte auf Nachwuchs. Nicht nur für die Tiergartenfans, auch für das Tierpfleger-Team ist der erste Nachwuchs Grund zu großer Freude. „Unsere Tierpfleger haben sich viele Gedanken dazu gemacht, wie unser Koala-Mädchen heißen könnte. Schließlich wurde der Name Millaa Millaa ausgesucht. Millaa Millaa ist ein wunderschöner Wasserfall in der gleichnamigen Stadt in Queensland, jenem Bundesstaat in Australien, wo unsere Koala-Unterart heimisch ist."



Foto: Tiergarten Schönbrunn / Daniel Zupanc

Vom Wintereinbruch bekommen die Koalas natürlich nichts mit. Im Schönbrunner Koalahaus hat es mit 22 Grad Celsius eine wohlige Wärme.

Das Koala-Mädchen ist mittlerweile siebeneinhalb Monate alt. Und damit folgt gleich eine spannende Nachricht zur Entwicklung: Millaa Millaa hat den Beutel von Mutter Bunji bereits verlassen. „Für den Beutel ist sie mittlerweile zu groß. Millaa Millaa hängt am Bauch ihrer Mutter oder klettert am Kopf oder Rücken von Bunji herum. Sie macht sogar schon erste kurze Kletterversuche und erkundet die Umgebung", erklärt Zoologin Eveline Dungl. Zum Ruhen kehrt die Kleine stets in den sicheren Schoß ihrer Mutter zurück – auch zum Trinken. „Millaa Millaa knabbert schon Eukalyptusblätter, riecht daran und beobachtet genau, was ihrer Mutter besonders gut schmeckt." ■

https://www.zoovienna.at/

Chronik

Eisriesenwelt – die größte Eishöhle der Erde

Die Bergwelt des Salzburger Landes ist reich an Höhlen, unter denen sich in alpinen Verhältnissen auch eine beachtliche Anzahl von Eishöhlen befindet. Nur ein Höhlensystem jedoch besitzt internationale Bedeutung – die 44 km südlich der Landeshauptstadt Salzburg bei Werfen im Pongau gelegene Eisriesenwelt.

Die Eisriesenwelt gilt als die größte Eishöhle der Welt. Ihr Höhlensystem umfaßt auf insgesamt 42 km Länge aneinandergereiht riesige Hallen, Gänge und Labyrinthe. Im vorderen Bereich verteilen sich auf einer Strecke von einem Kilometer 30.000 m² Bodeneis, welches sich bis zu einer Mächtigkeit von 20 Metern auftürmt. Seit 1920 ist dieser Bereich der Höhle erschlossen. Von Mai bis Oktober jedes Jahres kommen BesucherInnen aus aller Welt, um dieses faszinierende, in stetigem Wandel begriffene Naturphänomen des Höhleneises zu erleben.

Die Entdeckung und Erforschung der Eisriesenwelt

Hoch über dem Tal der Salzach, die in ihrem Mittellauf die nördlichen Kalkalpen von Süden nach Norden durchschneidet, erhebt sich die mächtige Westwand des Tennengebirges. Hierbei handelt es sich um einen stark verkarsteten und höhlenreichen Gebirgsstock. In den südlichen Steilhängen des Hochkogels (2283 m), fast genau nördlich des Achselkopfes, befindet sich in 1641 m Höhe der Eingang in die Eisriesenwelt.

Lange schlummerten die Eisriesen im Verborgenen, denn es gab früher kein Interesse an derartigen Naturerscheinungen, dies nicht zuletzt auch wegen Aberglaube und Angst vor den „Wintergeistern“. Der Eingang zur Höhle war vermutlich nur einigen Jägern bekannt, denn trotz seiner Mächtigkeit ist das Höhlentor vom Tal aus nicht zu sehen.

Im Oktober 1879 hatten der Alpinist und Naturforscher Anton von Posselt-Csorich (*1854; †1911) und sein Bergführer, der Jäger Eckschlager, nach zehnstündiger Kletterei, vom Seeofen (eine weitere Höhle im Tennengebirge) kommend, als Erste den vordersten Teil der Höhle betreten. Bereits drei Jahre zuvor, 1876, hatte Posselt die „Schellenberger Eishöhle“ im Untersberg entdeckt, sodaß ihm die Bedeutung dieses neuen Fundes schnell bewußt wurde, als er etwa 200 m weit in die riesige und bislang unbekannte



Foto: Eisriesenwelt

Der beeindruckende Eisvorhang an der Ostwand der „Hymirburg“

Höhle vordrang. Dann stieß er jedoch auf einen senkrechten, die Höhle in ihrer ganzen Breite abschließenden Eiswall,

Es sollte 33 Jahre dauern, ehe die Höhle weiter erforscht wurde. Im Jahre 1911 hatte der akademische Maler Alexander von Mörk (*1887; †1914), ein junger begeisterter Höhlenforscher, den Salzburger Höhlenverein gegründet und gab damit einen wichtigen Impuls zu einer systematischen Erforschung der Höhlen des Salzburger Landes. Er hatte den 1880 veröffentlichten Bericht Anton von Posselts aufmerksam gelesen und beschloß, die Höhle weiter zu erkunden. Schon 1913, kehrte Alexander von Mörk in die große Eishöhle zurück und betrat als Erster den Gipfel des Eiswalles. Nachdem die Höhlenforscher auch noch eine trockene Abzweigung der Höhle begangen hatten, dürfte ihnen klar geworden sein, daß sie eine der bedeutendsten Höhlenanlagen der Welt entdeckt hatten.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Jahre 1914 setzte der weiteren Erforschung der Eisriesenwelt vorerst ein Ende. Alexander von Mörk und Hermann Rihl kehrten nicht aus dem Krieg zurück. Erst ein Jahr nach Kriegsende nahm man die weitere Er–forschung der Höhle wieder in Angriff. Maßgeblich bemühten sich damals die Brüder Friedrich und Robert Oedl sowie Walther von Czoernig um die wissenschaftliche Erkundung. Am 22. September 1919 startete eine gut ausgerüstete Expedition, an der die Gebrüder Oedl, Erwin v. Angermayer, Walter v. Czoernig, Martha Biebl, Poldi Fuhrich und Hermann Gruber teilnahmen. Man drang 1,6 km in das Innere der Eishöhle vor. Hierzu mußte der Sturmsee trockengelegt werden, dessen Wasser in eine Randkluft abgeleitet wurde. Nun erst stand das gewaltige Höhlensystem der Eisriesenwelt den Forschern offen. Sie gelangten in einen riesigen „Dom“, den sie zu Ehren des Höhlenforschers Alexander von Mörk „Mörkdom“ nannten und wagten sich erstmals bis in den eisfreien Teil der Höhle. Mit Meßpunkten konnte erstmals die Höhlenlage im Gelände festgelegt werden. Spätere Vermessungen mit weitaus präziseren Geräten führten zu dem Ergebnis, daß diese erste Einmessung der Höhle erstaunlich genau gewesen war. Weitere Befahrungen zur Erforschung und zur Vermessung neu entdeckter Höhlenabschnitte folgten.

Unter dem grandiosen Eindruck des Naturdenkmals Eisriesenwelt reiften sogleich Pläne, die überwältigende Schönheit der Höhle für Besucher zugänglich zu machen. Parallel zu den nun intensiv betriebenen Forschungsarbeiten an der Höhle wurde im Jahre 1920 am Achselkopf eine erste Hütte errichtet. Um dem interessierten Publikum die Besichtigung zu ermöglichen, wurden einfache Steiganlagen gebaut. Die offizielle Eröffnung eines Schauhöhlenteils konnte bereits am 26. September 1920 gefeiert werden. Im Jahre 1921 wurde in das bisher nur für geübte Alpinisten begehbare Gelände ein Zugangsweg gebaut, der von Werfen und Tenneck zur Eisriesenwelt führte. In den Eisteil der Höhle wurde 1924 ein durchgehender hölzener Treppenweg eingebaut. Zwischen 1923 und 1926 entstand ein für damalige Verhältnisse sehr großzügiges Schutzhaus am Achselkopf nahe dem Höhleneingang. Die Organisation der teilweise unter schwierigsten Bedingungen verlaufenden Erschließungsarbeiten lag in den Händen eines der ersten Erforscher der Eisriesenwelt, des Rechtsanwalts Friedrich Oedl. Ihm zu Ehren wurde das Schutzhaus am Achselkopf „Dr.-Friedrich-Oedl-Haus“ genannt.



Foto: Eisriesenwelt

Auf einem gut ausgebauten und steinschlagsicheren Fußweg, dem „Beißzangensteig“, vorbei an schroffen Felsformationen hinauf zum Eingang der Eisriesenwelt in 1641 m Höhe.

Großartige Entdeckungen

Die weitere Erforschung der Höhle hatte indessen zu großartigen Entdeckungen geführt. Im Jahre 1921 unternahm die Akademie der Wissenschaften in Wien eine Expedition in die Eisriesenwelt, die nach ausführlicher wissenschaftlicher Bearbeitung ihre Ergebnisse in den Berichten der Bundeshöhlenkommission des Jahres 1922 und in den 1926 erschienenen speläologischen Mono-



Foto: Eisriesenwelt

Abendlicher Blick zum Höhleneingangv



Foto: Eisriesenwelt

Die „Posselthalle“ besitzt die eindrucksvollen Dimensionen von 150 m Länge, über 40 m Breite und 30 m Höhe.

graphien veröffentlichte. Walter v. Czoernig berichtete über die Entdeckungs- und Erschließungsgeschichte, Prof. Otto Lehmann veröffentlichte seine Beobachtungen hinsichtlich der Höhlenformationen und der Ursachen, die zu ihrer Formenbildung führten (Geomorphologie). Robert Oedl beschrieb die von ihm vorgenommenen Vermessungsarbeiten. Nachdem schon 1920 erste Fotografien durch den Salzburger Fotografen H. Gürtler angefertigt worden waren, folgte im Rahmen der wissenschaftlichen Expedition, durch den Münchner Fotografen Alfred Asal eine weitere Fotodokumentation der Eisriesenwelt. Die Veröffentlichung der Fotografien machte die Höhle schlagartig einem größeren Publikum bekannt. Gestützt auf das Fotomaterial fanden nun auch zahlreiche Vorträge durch den Verein für Höhlenkunde in Salzburg statt.

Bis heute wurden noch zahlreiche Nebengänge und Labyrinthe der Eisriesenwelt auf einer Gesamtlänge von insgesamt 42 km erforscht.



Foto: Eisriesenwelt

Die Eismenge des Posseltturms hat in den letzten Jahrzehnten bereits wieder zugenommen.

Der Besuch der Eisriesenwelt

Vom Markt Werfen (547m) ausgehend, führt die 6 km lange Eisriesenweltstraße zunächst über die Salzach, dann durch bereits



Foto: Eisriesenwelt

In der „Hymirhalle“ erhebt sich die sogenannte „Hymirburg“, ein vom Boden gewachsener Eisberg von rd. 40 m Basisumfang, der 15 m emporragt.

ansteigendes Gelände mit Wiesen und Wäldern über den Tristelgraben zum Eisriesenwelt-Parkplatz. Hier befindet sich das im Jahr 2009 eröffnete Besucher- und Informationszentrum zur Eisriesenwelt. Nun geht es zu Fuß weiter. Durch den Bergwald führt der ausgebaute Weg weiter nach oben. Eine Brücke überquert den felsigen, schluchtartig steil abfallenden Saugraben. Von hier aus hat man einen herrlichen Blick in das Salzachtal und auf das Hagengebirge. Nach einer ca. 20minütigen Gehzeit erreicht man die auf 1080 m Höhe gelegene Eisriesenwelt-Rasthütte, die „Wimmerhütte“. Geübte Bergwanderer können sich von hier aus auf den mit zahlreichen Kehren steil nach oben führenden Fußweg zum Achselkopf machen. Eine Gehzeit von 1½ Stunden sollte eingeplant werden. Aber auch die Fahrt mit der Personenseilbahn, einer der steilsten in Österreich, ist ein Erlebnis. Schon in den 1930er-Jahren gab es Pläne zu einem Seilbahnprojekt auf den Achselkopf, die jedoch aus verschiedenen Gründen nicht umgesetzt wurden. 1953 wurde der Bau der Seilbahn dann aber in Angriff genommen und 1955 in Betrieb genommen. In den 1970er-Jahren wurde die Seilbahn zur Erhöhung der Förderkapazität gänzlich umgebaut und modernisiert. Die Gondel schwebt über schroffe Felsen und Geröllhalden hinweg und überwindet mit 120 Prozent größter Steigung – das entspricht 47 Grad – in nur wenigen Minuten einen Höhenunterschied von 500 m. In unmittelbarer Nähe der Seilbahnstation auf



Foto: Eisriesenwelt

Eine eisige Zauberwelt, die Alexander von Mörk mit „Niflheim“ betitelte.



Foto: Eisriesenwelt

Manchmal hängen durchsichtig zarte Eisgebilde herab, die zu der Bezeichnung „Friggas Schleier“ führten.

dem Achselkopf befindet sich das „Dr.-Friedrich-Oedl-Schutzhaus“ (1575 m). Man geht nun nochmals ca. 20 Minuten auf einem gut ausgebauten und steinschlagsicheren Fußweg, dem „Beißzangensteig“, vorbei an schroffen Felsformationen hinauf zum Eingang der Eisriesenwelt in 1641 m Höhe. Durch die sog. „Beißzange“, eine große Felsspalte, hindurch, die den vorgelagerten Felskopf („Achselkopf“) vom Tennengebirge abtrennt, kann man im Salzachtal die Stadt Bischofshofen erkennen. Darüber öffnet sich das gesamte Panorama der Gipfel der Tauernkette.

Auf einer steilen Blockhalde im mächtigen Trichter des Höhlentors sammeln sich die Besucher zu Gruppen und werden hier von den Höhlenführern begrüßt. Es werden hier Informationen und Hinweise zum Ablauf der Befahrung der Eisriesenwelt gegeben. Die „Höhlenfahrt“ – eine, wie die BesucherInnen feststellen werden, irreführende Bezeichnung, die aus der Bergmannsprache kommt – beginnt mit dem Abstieg von der Blockhalde in den hinteren Teil des Trichters zu der von einer Holztüre verschlossenen Höhle und dem Lampenhäuschen, wo Karbidlampen ausgegeben werden. Ganz bewußt hat man bei der Erschließung der Höhle auf eine elektrische Beleuchtung verzichtet, um die geheimnisvolle Höhlenwelt in ihrem ganzen Zauber offenbaren zu können und dabei die weitest mögliche Natürlichkeit zu bewahren

Nachdem die angezündeten Karbidlampen verteilt sind, wird die Türe zur Eisriesenwelt geöffnet. Besonders an warmen Tagen entströmt der Höhle der kalte Atem des Eises der den Besuchern auf den ersten Metern in der Höhle entgegenweht. Die Lampen verlöschen und werden erst in der dunklen Höhle wieder in Gang gebracht. Plötzlich steht man auf Eisboden, dem „ersten Eissee“, und erblickt an den Wänden der relativ niedrigen Eingangshalle erste Eiskaskaden. Rechts aus einem Loch in der Decke ergießt sich ein kleiner Eisfall. Die Wände der Eingangshalle sind im Frühsommer mit glasklaren Eiszapfen bedeckt. Zunächst sanft, dann deutlich steiler ansteigend, führt der mächtige Hauptgang der Höhle in nördlicher Richtung vom Eingang fort. Die „Posselthalle“ besitzt die eindrucksvollen Dimensionen von 150 m Länge, über 40 m Breite und 30 m Höhe. Dann ist der Fuß des „Großen Eiswalls“ erreicht, der die Höhle in ihrer ganzen Breite von mehr als 40 m und in einer Höhe von 20 m abriegelt. Verankerte Treppen dem Besucher den bequemen Aufstieg – freilich nicht ganz ohne Anstrengung.



Foto: Eisriesenwelt

Die „Eisorgel“ erhielt ihren Namen wegen ihrer nebeneinander bis zum Boden hängenden Eisstalaktiten an die Pfeifen einer Orgel erinnern.

Oben angekommen führt ein schmaler Durchlaß in den nächsten großen Höhlenraum – die „Hymirhalle“. Hymir, „der Finstere“, war in der nordischen Sagenwelt ein Riese, der den Wettergott Thor zum Fangen der Midgardschlange auf das Meer ruderte.

In diesem und dem folgenden Abschnitt der Höhle befindet man sich in der Zone des stärksten Eiswachstums. Die riesige, quer zur bisherigen Gangrichtung gelegene Hymirhalle ist zur Zeit des höchsten Eisstandes fast vollständig mit Eis gefüllt. In der Mitte erhebt sich die sogenannte „Hymirburg“, ein vom Boden gewachsener Eisberg von knapp 40 m Basisumfang, der 15 m emporragt. An der Ostwand erhebt sich ein weiterer Eisberg, bei dem sich die älteren Formationen der „Eiskapelle“ und des „Eisvorhangs“ zu einem zweiten mächtigen Eisturm vereinigt haben.



Foto: Eisriesenwelt

Ein paar Stufen weiter gelangt man in eine eisige Zauberwelt, die Alexander von Mörk mit „Niflheim“ betitelte. Niflheim war in der nordischen Mythologie „die dunkle Welt“, eine kalte Nebelwelt im Norden, die von Reif- und Frostriesen bewohnt wurde. Auch hier entzünden die Höhlenführer Magnesiumstreifen, deren gleißendes Licht von den glitzernden Wänden der Eisriesen reflektiert wird. Einzigartige Bilder entstehen – und sinken wieder in die Dunkelheit zurück. Überraschend ist die Farbenvielfalt des Eises, das bald geheimnisvoll blau-grünlich schimmernd, bald rötlich, bald blendend weiß erscheint. Hier befindet sich die wie von einer Kuppel überwölbte „Eisorgel“, die zur Zeit der Erforschung wegen ihrer nebeneinander bis zum Boden hängenden Eisstalaktiten an die Pfeifen einer Orgel erinnerte.

Der Besichtigungsweg führt nun links am „Donardom“ vorbei, der nach Donar oder Thor, dem nordischen Wettergott benannt

Bild links: Im Laufe der Zeit können sich die Eisfiguren auch auf Grund ihres Gewichtes durch Verbiegung ändern

Bild unten: Der sogenannte „Mörkgletscher“ ist bis zu 15 m mit Sohleneis gefüllt



Foto: Eisriesenwelt

wurde. An diesen schließt sich unmittelbar der „Odinsaal“ an. Odin war die oberste Gottheit der nordischen Sagenwelt. Er war der Gott der Toten, der Zauberei, der Runenschrift und der Ekstase.

Wie Spielzeug liegen am Boden des Odinsaals große Gesteinsblöcke verstreut, die darauf hindeuten, daß es hier bei der Höhlenentstehung an der Höhlendecke zu Einbrüchen kam (Inkasion). Links ist ein gefrorener Wasserfall zu sehen. Am Ende des Saales liegt das „Asenheim“, die Burg und Gerichtsstätte der Götter, in Form eines blaugrünen, thronartigen Eisblockes. Dieser hebt sich wirkungsvoll von dem durch eisenhaltige Minerale rötlich gefärbten Wandgestein ab. Nun gelangt man durch eine Schmalstelle und links um eine Felsenkante biegend in die „Thrym-Halle“. Thrym, einer der Eisriesen, stahl den Hammer des Gottes Thor, genannt Mjöllnir – eine Waffe, die die Götter vor den Eisriesen schützte.

Danach erstreckte sich einst der ca. 50 cm tiefe Sturmsee. Da sich hier der Höhlenwind auf Grund der Raumverengung so zu sagen durch eine Düse zwingen muß, befand sich das dort eingedrungene Wasser in ständiger Bewegung, sodaß es hier nicht gefrieren konnte.

Man gelangt schließlich in einen Raum, der bis zu 15 m mit Sohleneis (sogenannte „Mörkgletscher“) gefüllt ist und von dort in den „Alexander-von-Mörk-Dom“. Dieser ist mit 60 m Länge, 30 m Breite und 35 m Höhe einer der größten Höhlenräume im gesamten Eisriesenweltsystem.

Durch einen eisfreien Gang gelangt man hinab in den „Eispalast“. Er ist 70 m lang, 25 m breit und ist von einem riesigen Eissee bedeckt, der größten ebenen Bodenvereisung der Eisriesenwelt. In den 1930er-Jahren diente dieses glatte Eis als Übungsfläche für Eiskunstläufer. Da es damals noch kaum Kunsteisanlagen gab, wurde hier, beim trüben Schein von Karbidlampen und begleitet von Musik aus einem Kurbelgramophon, in Vorbereitung auf die Olympischen Spiele der Paarlauf trainiert.

Mit dem Eispalast ist das Ende des für Besucher erschlossenen Höhlenteiles erreicht. Hinter dem Eissee erstreckt sich ein über 40 km langes eisfreies Gangsystem, ein Labyrinth, das zum Teil mächtige Tunnelgänge, wie jenen des „Midgard“ aufweist, und im Osten mit den vom Eingang entferntesten Teilen, dem „Jenseits“ endet. Im Nordosten trifft die Höhle auf eine große Bruchlinie des Tennengebirges, die von Südosten nach Nordwesten verläuft. Dadurch ist eine weitergehende Erforschung der Höhle in diese Richtung nicht möglich, denn alle Gänge, die diese Bruchlinie anfahren, sind durch Verstürze verschlossen. Vom Pitschenbergtal aus fand man aber in dem hochgelegenen Einstieg des „Bretterschachts“ die Fortsetzung des Gangsystems. Damit konnte festgestellt werden, daß sich das Gesamtsystem bis hin zum Frauenofen erstreckt.



Foto: Eisriesenwelt

Ein Blick zurück: die Mitglieder des Vereins für Höhlenkunde in Österreich, Sektion Salzburg sind maßgeblich für die Bewahrung des einzigartigen Naturerbes verantwortlich

Der Rückweg durch die Eishöhle führt zwar durch die gleichen Räume, ist aber über einen anderen Weg ausgelegt, und führt parallel zum Aufstiegsweg – zum Teil auch durch einen künstlich hergestellten Stollen im meterdicken Bodeneis – wieder zurück und man gelangt durch die Posselt-Halle wieder zum Höhleneingang. Hier erwartet den BesucherInnen zum Abschied ein grandioses Finale: Durch das 18 m breite und 20 m hohe Höhlentor hat man – von den Felsspitzen der Beißzange gerahmt – einen atemberaubenden Ausblick auf die schneebedeckten Gipfel der Hohen Tauern.



Foto: Eisriesenwelt

Das Team der Eisriesenwelt vor dem Besucher- und Informationszentum

Bewahrung des Naturerbes

Mit der Entscheidung die Schönheit des Naturdenkmals Eisriesenwelt möglichst vielen Menschen zugänglich zu machen, übernahm die Sektion Salzburg des Vereins für Höhlenkunde in Österreich – maßgeblich also die Miterforscher der Eisriesenwelt – auch die Verantwortung für die Bewahrung eines einzigartigen Naturerbes. Bereits 1920 wurde mit dem damaligen Eigentümer des Höhlensystems, dem Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft in Wien, ein Pachtvertrag geschlossen. Da der Verein mit den zunehmend komplexeren Aufgaben eines Schauhöhlenbetriebs überfordert war, entschloß man sich im Jahre 1928, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu gründen. Nach dieser Umstrukturierung schlossen die Österreichischen Bundesforste in Wien mit der Eisriesenwelt Ges.m.b.H. im Jahre 1929 einen langjährigen Pachtvertrag, der Handlungsspielraum für längerfristige Erschließungs- und Ausbauarbeiten gab. Dabei gab es jedoch vor allem im Hinblick auf die Bewahrung des Naturerbes vieles zu beachten. Im Jahre 1928 war ein Bundesgesetz zum Schutze von Naturhöhlen erlassen worden, das dem Erhalt von Eigenart, Gepräge und naturwissenschaftlicher Bedeutung von Naturhöhlen dienen sollte (Naturhöhlengesetz). Besonderer Schutz wurde dabei denjenigen Naturhöhlen gewährt, die vom Bundesdenkmalamt zu Naturdenkmälern erklärt wurden. Die Eisriesenwelt hat von Mai bis Oktober geöffnet. ■

https://eisriesenwelt.at/
https://www.hoehlenverein-salzburg.at/

Jubiläumsweine anläßlich 100 Jahre Burgenland



Foto: Landesmedienservice Burgenland

Die Verkostungsjury im Martinsschlössl in Donnerskirchen mit den 208 eingereichten Weinen (v.l.): die amtierende Bgld. Weinkönigin Susanne Riepl, Herbert Oschep, Büroleiter LH Doskozil, Weinbaupräsident Andreas Liegenfeld, Wolfgang Böck, Direktor der Weinakademie Österreich Josef Schuller und Wein Burgenland-Geschäftsführer Georg Schweitzer

Im Jahr 2021 feiert das Burgenland seine 100jährige Zugehörigkeit zu Österreich. Dieses bedeutende und historische Ereignis ist Anlaß dazu, sich mit der eigenen Geschichte und Identität auseinanderzusetzen, das Bewußtsein und die Wahrnehmung für die Gegenwart zu schärfen und nachhaltig in die Zukunft zu blicken. Selbstverständlich darf dabei auch unser weltberühmtes Kulturgut Wein nicht fehlen.

Aus diesem Grund wurde vom Land Burgenland, den Institutionen Wein Burgenland und Marke Burgenland sowie dem 100-Jahre-Projekt-Team der KBB – Kulturbetriebe Burgenland GmbH ein Konzept für eine Jubiläumswein-Kollektion erarbeitet, die ab Jänner 2021 sowohl für offizielle Anlässe des Landes als auch für den Verkauf gedacht ist.

Wein Burgenland übermittelte in einer Ausschreibung die Kriterien für insgesamt sieben Kategorien an die heimischen Weinbaubetriebe, die gebeten wurden, ihre edlen Tropfen für dieses „Jahrhundert-Ereignis“ einzureichen. Um die Jubiläumsweine in den einzelnen Kategorien zu ermitteln, wurden die eingesandten Weine einer prominent besetzen Jury zur Blindverkostung gereicht. Weinliebhaber und Weinexperten wie Schauspieler Wolfgang Böck, die amtierende burgenländische Weinkönigin Susanne Riepl, der Direktor der Weinakademie Österreich Josef Schuller, der Büroleiter des burgenländischen Landeshauptmanns Herbert Oschep, der burgenländische Weinbaupräsident Andreas Liegenfeld und der Geschäftsführer der Wein Burgenland, Georg Schweitzer, verkosteten Mitte Oktober im Martinsschlössl in Donnerskirchen 208 Proben, die von den heimischen Betrieben ins önologische Rennen geschickt wurden. Jeder Wein wurde blind verkostet und danach unabhängig bewertet. Der Mittelwert aller anonymen Beurteilungen führte schließlich zum Endergebnis in den sieben Kategorien und kürte somit auch die Weine, die in Jubiläumskollektion aufgenommen werden.

Herbert Oschep zeigte sich „erfreut und auch beeindruckt, so viele hochwertige burgenländische Weine zur Auswahl für dieses Projekt zu haben. Am Ende des Tages galt es aber, sieben Siegerweine zu küren. Mit diesem Projekt wollen wir zum einen den hohen Stellenwert des burgenländischen Weines für das Land dokumentieren, zum anderen ein würdiges Zeichen anläßlich des 100-Jahr-Jubiläums des Burgenlandes setzen“.

Josef Schuller betonte nach der Verkostung: „Das Qualitätsniveau der eingereichten Weine war bemerkenswert hoch. Ganz unter dem Motto des Jubiläums ‚Wir sind 100‘ hoffen wir, daß das burgenländische Jubiläum viele Genußmomente bei einem ge–meinsamen Glas Wein bietet. Dafür ist die Jubiläums-Kollektion nicht nur ein perfekter Begleiter, sondern zugleich ein großartiger Botschafter.“

Im Jänner 2021 wird die Jubiläumswein-Kollektion mit eigens dafür entworfenen Etiketten und Verpackungen im Beisein der Winzer offiziell präsentiert. Des Weiteren werden bei diesem Termin auch Details über Vertriebswege und Preise bekannt gegeben.

Beschreibung der Kategorien

Kategorie 1: (Cuvée) Weiß
klassisch, fruchtig ausgebaut, hauptsächlich für Veranstaltungen im Rahmen von „100 Jahre Burgenland“-Feiern gedacht,
Burgenländischer Qualitätswein
Rebsorten keine Einschränkung

Kategorie 2: (Cuvée) Rot
klassisch, fruchtig ausgebaut, hauptsächlich für Veranstaltungen im Rahmen von 100 Jahr Feiern gedacht
Burgenländischer Qualitätswein
Rebsorten keine Einschränkung

Kategorie 3: (Cuvée) Weiß Reserve
gehaltvoll und vollmundig, hauptsächlich als Geschenk gedacht
Burgenländischer Qualitätswein
Rebsorten keine Einschränkung

Kategorie 4: (Cuvée) Rot Reserve
gehaltvoll und vollmundig, hauptsächlich als Geschenk gedacht
Burgenländischer Qualitätswein
Rebsorten keine Einschränkung

Kategorie 5: Top-(Cuvée) in Rot
ausgezeichnete Qualität, gehaltvoll, kräftig, mit Tiefgang, lagerfähig, ein besonderes Geschenk für besondere Gäste
Burgenländischer Qualitätswein
Rebsorten keine Einschränkung, Hauptbestandteil muß aus autochthonen (einheimischen) Rebsorten sein

Kategorie 6: Uhudler-Frizzante
spritzig, fruchtig, animierend, wird hauptsächlich bei Veranstaltungen ausgeschenkt

Kategorie 7: Flaschenvergorener Qualitätsschaumwein aus dem Burgenland
fruchtig, animierend, prickelnd, wird hauptsächlich bei Veranstaltungen ausgeschenkt

Sieger

Kategorie 1: Weingut Liegenfeld, Grüner Veltliner Bergweingarten 2019
https://www.liegenfeld.at/

Kategorie 2: Weingut Christoph Hess, Cuvée Burgenland 2019
https://www.shopchristophhess.at/

Kategorie 3: Weingut Bayer-Erbhof, Chardonnay Ried Martinsberg 2019
https://www.bayer-erbhof.at/

Kategorie 4: Grenzlandhof Familie Reumann, Mariela 2018
http://grenzlandhof-reumann.at/

Kategorie 5: Weingut Kollwentz, Eichkogel 2017
https://www.kollwentz.at/

Kategorie 6: Weinhof Zieger, Uhudler Frizzante 2019
https://www.weinziegartig.at/

Kategorie 7: A-Nobis, Muskat Ottonel Brut 2018
https://www.a-nobis.at/

Der Jahrgang 2020 wurde gesegnet



Foto: ÖWM / Anna Stöcher

Mit Abstand die exklusivste Bundesweintaufe. Stießen symbolisch auf den Jahrgang 2020 an (v.l.): Weinbauverbandsdirektor Josef Glatt, Burgenlands Weinkönigin Susanne I., ÖWM-Geschäftsführer Chris Yorke und Augustiner-Chorherr Tassilo Lorenz

Im kleinen Kreis erhielt der neue Weinjahrgang nun seine Weihe. Die Verleihung des begehrten Bacchuspreises mußte aufgrund der geltenden Beschränkungen ausfallen.

Spezielle Zeiten erfordern spezielle Maßnahmen: Das trifft heuer auch auf die traditionelle Taufe des neuen Weinjahrgangs zu. Statt wie üblich im großen, feierlichen Rahmen mit Hunderten TeilnehmerInnen stießen nun ausgewählte Vertreter der heimischen Weinwirtschaft in Wien auf den Jahrgang 2020 an. Im Zuge dessen erhielt der diesjährige Wein vom Augustiner-Chorherr Tassilo Lorenz (Stift Klosterneuburg) seine offizielle Segnung.

„Das heurige Jahr stellt uns immer wieder vor neue Herausforderungen, jetzt auch bei der Weintaufe. Dennoch war es uns sehr wichtig, dieser Tradition auch unter ungewohnten Bedingungen nachzukommen“, bekräftigt Chris Yorke, Geschäftsführer der Österreich Wein Marketing GmbH (ÖWM).

Bacchuspreis-Verleihung ausgesetzt

Yorke war neben Tassilo Lorenz, dem Direktor des Weinbauverbands Josef Glatt und der burgenländischen Weinkönigin Susanne I. einer von nur vier Anwesenden bei der Beglückwünschung des Jahrgangs 2020.

Die Verleihung des begehrten Bacchuspreises, der traditionellerweise im Rahmen der Bundesweintaufe vergeben wird, mußte heuer ausgesetzt werden.

„Es ist natürlich sehr schade, daß wir in einem so kleinen Kreis auf den neuen Jahrgang anstoßen mußten. Umso mehr freue ich mich aber bereits jetzt auf eine große Taufe im kommenden Jahr – mit strahlenden Bacchuspreisträgern!“, zeigt sich Yorke optimistisch.

Die Österreich Wein Marketing GmbH

ist eine Servicegesellschaft für die österreichische Weinwirtschaft mit Sitz in Wien. Sie wurde 1986 gegründet und unterstützt und koordiniert die strategischen Bemühungen der österreichischen Weinwirtschaft um Qualität und Verkauf.

Im Inland ist es das Ziel, die Marktsegmente für Qualitätswein dominierend zu besetzen. Der Export von Flaschenweinen soll weiter gesteigert werden, wobei die Wertschöpfung im Vordergrund steht. ■

https://www.oesterreichwein.at/

Gastronomie & Kulinarisches

Lust auf Süßes

Oberösterreichs Landesrat Max Hiegelsberger: Neues Kochbuch von Elfriede Schachinger pünktlich zur Weihnachts-Saison

Die Corona-Situation beschränkt uns aktuell stärker auf die eigenen vier Wände. Kochen als Hobby oder auch einfach, weil die Kantinen geschlossen sind, wird zum großen Thema in den Haushalten des Landes. Pünktlich dazu liefert Elfriede Schachinger, Seminarbäuerin und Bezirksbäuerin von Vöcklabruck, ihr zweites Werk „Lust auf Süßes“. Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger bekam einen ersten Einblick in die umfangreiche Rezeptsammlung für Süßspeisen und Backwerk, die wieder einen Schwerpunkt auf Regionalität und Saisonalität setzt.

Das erste Kochbuch „Wås koch i heut“ von Elfriede Schachinger entwickelte sich zu einem richtigen Überraschungserfolg. Drei Auflagen und über 10.000 verkaufte Exemplare sprechen für sich. Sie weiß als Seminarbäuerin und Leiterin zahlreicher Kochkurse, auf was es bei Kochbüchern ankommt und wie man den Menschen Lust darauf macht, selbst den Kochlöffel zu schwingen: „Mir ist als aktive Bäuerin der Bezug zu den heimischen Lebensmittel ganz wichtig. Im Laufe des Jahres bietet unsere Landwirtschaft eine noch nie dagewesene Vielfalt an Lebensmitteln in höchster Qualität an. Es ist für mich der große Reiz am Kochen, im Verlauf der Saisonen auf die Zutaten zurückzugreifen, die gerade bei mir in der Umgebung reif und vorhanden sind. Die traditionelle österreichische Küche hat einen sehr starken saisonalen Bezug, Kraut gibts im Winter und Erdbeeren im Sommer. Es freut mich daher besonders, daß ich mein neues Kochbuch ‚Lust auf Süßes‘ noch pünktlich vor dem Advent und der Weihnachtszeit fertig stellen konnte. Gerade bei den Kekserl gibt es viele regionale Spezialitäten, darauf hab ich einen besonderen Schwerpunkt gelegt“, so die Kochbuchautorin.

Im Frühjahr 2021 wird dann als Nachfolger des Erstlingswerks ein weiteres Kochbuch für pikante Speisen erscheinen. Diese Zweiteilung wurde aufgrund der Fülle an Rezepten und Inhalten notwendig.



Foto: Land OÖ / Reinhard Mallinger

Landesrat Max Hiegelsberger gratuliert Kochbauch-Autorin Elfriede Schachinger zu ihrer Neuerscheinung „Lust auf Süßes“

Wertschätzung für Lebensmittel durch Kochkunst

Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft ist es von zentraler Bedeutung, daß die Menschen sich wieder stärker mit der Herkunft und der Qualität der konsumierten Lebensmittel beschäftigen. Die Produkte der heimischen BäuerInnen stechen durch Qualität und den Mehrwert intakter ländlicher Strukturen hervor. Rein über den Preis gibt es für die heimischen Familienbetriebe nichts zu gewinnen. „Wer gerne kocht, interessiert sich auch für die verwendeten Lebensmittel und schaut auf deren Herkunft. Daher freut es mich sehr, daß Kochen als Trend wieder stark an Bedeutung zunimmt und Kochbücher so guten Absatz finden. Elfriede Schachinger lässt als engagierte Seminarbäuerin ihre reiche Erfahrung und landwirtschaftliches Fachwissen in ihre Kochbücher einfließen. Diese Verbindung von der Urproduktion bis hin zur konkreten Verwendung der Lebensmittel in der Küche macht ihre Kochbücher zu etwas Besonderem“, so Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger.



© Trauner Verlag

Wo gibt es das neue Kochbuch?

„Lust auf Süßes“ von Elfriede Schachinger, im Trauner Verlag erschienen, ist im stationären Buchhandel, online und auch bei der Autorin selbst erhältlich. ■

https://www.trauner.at/Buchdetail/25198241

Personalia

Prof. Gottfried Kumpf zum 90er

Der international renommierte Maler Prof. Gottfried Kumpf wurde in Annaberg-Lungötz geboren. Zum 90. Geburtstag hat ihm die Salzburger Gemeinde die Ehrenbürgerschaft verliehen.

Der österreichische Maler, Graphiker und Bildhauer wurde am 29. November 1930 in der Salzburger Gemeinde Annaberg-Lungötz am Fuße des Dachsteins als Sohn des Landarztes Kerner geboren. Er war von Kindheit an der Natur nahe und dieser verbunden. Die Arztfamilie übersiedelte mit Sohn Gottfried, der später unter dem Pseudonym „Kumpf“ weit über die Grenzen Österreichs in der Kunstszene höchste Anerkennung gefunden hat, nach Ebensee. Er studierte zunächst einige Jahre Medizin, wandte sich aber ab 1956 ganz der Malerei zu.

Während der Studienzeit hatte er zahlreiche Reisen durch Europa und Nordamerika mit Fahrrad und Skizzenblock unternommen und wurde bereits in den Jahren 1964 bis 1969 zu ersten Ausstellungen in Europa und New York eingeladen. 1964 waren ihm in der Salzburger Residenzgalerie erste Einzelausstellungen gewidmet.

Als sich der der Natur sehr verbundene Maler 1968 mit seiner Gattin in Breitenbrunn im Burgenland niederließ, hatte er eine Landschaft gefunden, die ihn sehr beeindruckte und beeinflussen sollte.

1970 wurde Kumpf vom Regisseur Bernhard Wicki (* 28. Oktober 1919 in St. Pölten, Niederösterreich; † 5. Januar 2000 in München) eingeladen, die Hauptrolle – einen Zigeuner – in seinem Spielfilm „Das falsche Gewicht“ zu übernehmen. Das Drehbuch stammte ebenfalls von einem Österreicher, nämlich Fritz Hochwälder (* 28. Mai 1911 in Wien, † 20. Oktober 1986 in Zürich). Kumpf malte später auch etliche Bilder zum Film.

Auf fast jedem Bild von Gottfried Kumpf sitzt die bekannte Kumpf-Figur „Der Asoziale“ *(siehe Bild),* ab 1972 arbeitete Kumpf auch als Bildhauer: es entstand der erste Brunnen aus Sandstein, und modellierte seine „Asozioalen“ zuerst in Ton und dann in Bronze – seine erste Bronzeskulptur.

1982 wurde ihm vom WWF (World Wide Fund for Nature) der „Award for Conservation Merit“ für den Einsatz zur Erhaltung des



Foto: Kristian Bissuti



Foto: Ben Skála, Benfoto, CC BY-SA 3.0 https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0

Bild oben: Prof. Gottfried Kumpf mit seinem Freund, dem „Asozialen 87“.

Bild rechts: Der große Bronze-Elefant vor dem Naturhistorischen Museum in Wien

Personalia

Naturschutzgebietes „Lange Lacke'" verliehen. Durch das Ölbild „Löffler über der Langen Lacke", das als Poster gedruckt und durch eine große Werbekampagne des WWF, ORF, verschiedener Zeitungen sowie dem Land Burgenland der Öffentlichkeit bekannt wurde, trug er dazu bei, daß der „Nationalpark Neusiedler See – Seewinkel" entstehen konnte.

Heute gilt Kumpf als typisch burgenländischer Maler, den die pannonische Weite mit ihren Schönheiten prägt, denn bereits seit 1968 lebt er dort, mittlerweile auch in Wien. Er malt Landschaften des Burgenlands, Städte wie Salzburg und München, aber auch kleine Dörfer und ihr Brauchtum. Seine Werke befinden sich in unzähligen privaten und öffentlichen Sammlungen in aller Welt.

Neben Ölbildern, Aquarellen, Druckgraphiken etc. hat Prof. Kumpf auch einige Bücher geschrieben, darunter ein Kochbuch der burgenländischen Küche. Auch Briefmarken kreierte er für die Republik Österreich, wobei die bekanntesten für Olympische Sommer- und Winterspiele gedruckt wurden. Auch mit Architektur und Design verewigt sich Prof. Kumpf in Österreich. Dazu gehören die Autobahnstation Göttelsbrunn an der Ostautobahn A4, das Golf- und Thermenhotel Stegersbach oder der Vorplatz des Wasserkraftwerkes Wien-Bisamberg.

Gemeinsam mit Thomas Brezina verfaßte er eine Reihe von Bilderbüchern. Außerdem hat er mehrere Briefmarken für die Österreichische Post und für die Postverwaltung der Vereinten Nationen entworfen.

2005 gestaltete er Bronzeplastiken der 12 Tierkreiszeichen, welche zuvor schon in einer Serie von Telefonwertkarten der österreichischen Post Verwendung fanden.

Skulpturen aus Bronze wie Katzen, Frösche, Eulen und Tierkreiszeichen wurden von Prof. Kumpf in seinem weichen, individuellen Stil entworfen und sind sehr beliebt. Diese Skulpturen werden nur in der Bronzegießerei Venturi Arte in Bologna in Anwesenheit des Künstlers gegossen.

Anläßlich seines 75. Geburtstags wurde der Weg zu seinem Geburtshaus in Annaberg-Lungötz in „Prof.-Gottfried-Kumpf-Weg" umbenannt. Die feierliche Einweihung am 11. Juni 2005 statt.

Im Juni 2006 wurde in seiner Heimatgemeinde am Vorplatz der Hauptschule der von ihm gestiftete neue Kumpf-Brunnen mit einer Bronze-Eule enthüllt. „Wir sind sehr stolz, dieses Kunstwerk der Öffentlichkeit zugänglich machen zu können", so der damalige Bürgermeister Josef Schwarzenbacher.



Foto: Gemeinde Annaberg-Lungötz

Die Enthüllung des Wegweisers „Prof.-Gottfried-Kumpf-Weg" in Annaberg-Lungötz – Prof. Gottfried Kumpf (l.) mit dem damaligen Bürgermeister von Josef Schwarzenbacher



© Gottfried Kumpf

Bubo der Uhu, 2017, Höhe: 20,5 cm



© Gottfried Kumpf

Kater Sabu 1975, Höhe 22 cm

Im November 2010 feierte Prof. Gottfried Kumpf seinen 80. Geburtstag. Zu diesem Anlaß wurde eine Delegation aus Annaberg nach Wien geschickt. Voran der Bürgermeister mit Gattin Regina, Bildungswerk- und Tourismusobfrau Maria Höll mit Mitarbeiterin sowie Mitarbeiter des Gemeindeamtes und die ehemaligen Schuldirektoren überbrachten dem Jubilar die Glückwünsche der AnnabergerInnen.

Die Ehrenbürgerschaft

2020 gab der Bürgermeister von Annaberg-Lungötz, Martin Promok, bekannt, daß der Gemeinderat vor einiger Zeit beschlossen hatte, dem berühmten Sohn der Gemeinde die Ehrenbürgerschaft zu verleihen: „Wir freuen uns sehr, Gottfried Kumpf ehren zu können, er hat zwar hier nur kurz gelebt, aber er ist dem Ort immer verbunden geblieben." Wegen der Corona-bedingten Reisebeschränkungen kann eine Verleihung derzeit nicht vorgenommen werden, was man aber ehestmöglich nachgeholt werden wird – worauf man sich auch schon sehr freue, so der Bürgermeister am 29. November gegenüber ORF Salzburg: „Wir haben ihm daher eine Videobotschaft gesendet und mit dem heutigen Tag gilt die Ehrenbürgerschaft." ■

Das „Österreich Journal" schließt sich gerne den vielen Glückwünschen zum 90. Geburtstag an: Alles erdenklich Gute, Gesundheit und viel Schaffenskraft, sehr geehrter Herr Professor Kumpf!

Quellen: ***http://www.kumpf.at/***
https://www.annaberg-lungoetz.at/
https://austria-forum.org/
https://de.wikipedia.org/

Religion und Kirche

Martin von Tours

Ein Blick auf Geschichte, Brauchtum und Legenden

Martin von Tours war der Erste, der nicht als Märtyrer, sondern als „Bekenner“ allein aufgrund seines Lebenswandels als Heiliger verehrt wurde. Er wurde um das Jahr 316/317 in der Stadt Savaria, dem heutigen Szombathely (Steinamanger) geboren. Auf Wunsch seines Vaters trat er als junger Mann in die Armee ein. Mit 18 Jahren ließ er sich taufen, quittierte seinen Militärdienst und wurde Eremit. 371 wurde er auf Wunsch des Volkes zum Bischof von Tours an der Loire ernannt. Er verstarb am 8. November 397 in seiner Diözese und wurde am 11. November in Tours beigesetzt.

Heute befindet sich sein Grab in der 1902 neu erbauten Martinskirche in Tours, die die alte, fünfschiffige Basilika ersetzt. Anfang des 6. Jahrhunderts, nach dem Sieg über die arianischen Westgoten (507), erhob der Frankenkönig Chlodwig den heiligen Martinus zum Schutzpatron des Frankenreiches. In der Karolingerzeit gelangte die Martinsverehrung allmählich auch nach Osten, in den heutigen burgenländisch-westungarischen Raum. Mit dem Dekret des Heiligen Stuhles vom 10. Dezember 1924 wurde die Erhebung des heiligen Martin zum burgenländischen Landespatron schließlich offiziell verkündet. Ausserdem ist Sankt Martin auch Patron der Diözesen Szombathely, Mainz und Rotterdam.

Der Feiertag geht auf eine Legende aus dem Jahr 334 nach Christus zurück. Martin war als römischer Offizier in Armenien stationiert. Als er eines Tages einem frierenden Bettler begegnet, teilte er, der Offizier, kurzerhand seinen Mantel mit dem Schwert und gab dem armen Mann eine Hälfte. Des Nachts erschien ihm dann Christus im Traum, bekleidet mit dieser Hälfte seines Mantels. Durch diese barmherzige Tat ist St. Martin zu einem Symbol christlicher Demut geworden. Im Mittelalter entwickelte sich daraus eine ganze Reihe von Bräuchen, die sich bis heute erhalten haben.

Dieser „besonders volkstümliche Heilige“ und einer der beliebtesten Heiligen ganz Europas, wie Kurienkardinal Koch den Heiligen Martin im Rahmen der gemeinsamen Festmesse mit Diözesanbischof Zsifkovics 2018 bezeichnete, wird in Messen mit gelebtem Brauchtum gefeiert. Dazu zählt auch das Segnen und Verteilen des Martinskipferls.



Foto: kathbild.at / Franz Josef Rupprecht

Darstellung des Heiligen Martin in der Pfarrkirche St. Martin an der Raab

Als „Heiliger für alle“ bezeichnet Bischof Zsifkovics Sankt Martin, und weist so nicht nur auf die Bedeutung des burgenländischen Landespatrons, sondern auch auf das Motto der Diözese Eisenstadt im Jubiläumsjahr „Für die Menschen da“ hin.

Tief verwurzelt sind die jährlichen Martinsumzüge um den 11. November. Sie gehen auf den Lichterzug zurück, der den Verstorbenen 397 auf seinem letzten Weg begleitete. Kinder ziehen mit selbstgebastelten Laternen durch die Straßen und singen Martinslieder. Anschließend wird die Legende rund um die Mantelteilung des heiligen Martins nachgespielt und Martinswecken – aus Germteig und Rosinen gebackene Männchen – gegessen.

Der Brauch an diesem Tag eine „Martinigans“ zu verzehren erinnert an die Legende, wonach sich der Heilige in einem Gänsestall versteckte, um seiner Wahl zum Bischof durch das Volk zu entgehen. Die schnatternden Tiere verrieten ihn jedoch. ■

https://www.martinus.at/

Wissenschaft & Technik

Lebensweise in der Trias-Zeit

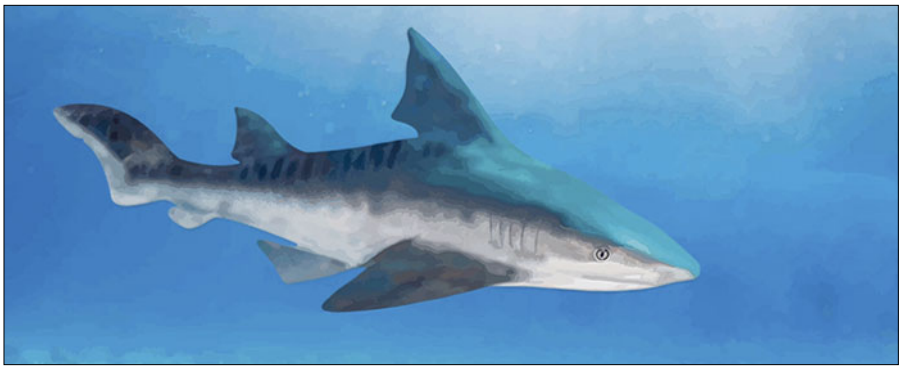
Fossiler Kot als Fenster in die Erdgeschichte bringt neue Forschungsergebnisse

In einem Forschungsprojekt des Naturhistorischen Museums Wien (NHM) und der Schlesischen Universität in Katowice (Polen) ist es erstmals gelungen, einzigartige Wirbeltier-Exkremente aus der Triaszeit der Nördlichen Kalkalpen zu erforschen. Damit läßt sich die Lebensweise der Tiere vor 220 Millionen Jahren rekonstruieren.

Alexander Lukeneder, Paläontologe am NHM, und Mariusz Salamon und Dawid Surmik von der Schlesischen Universität in Katowice analysierten gemeinsam 220 Millionen Jahre alten fossilen Kot sowie Speiballen (hochgewürgte Nahrungsreste) aus den Reingrabener Schiefern Niederösterreichs. Erstmals ist es dabei gelungen, diese einzigartigen Wirbeltier-Exkremente aus der Triaszeit der Nördlichen Kalkalpen zu erforschen und Meeresfischen zuzuordnen. Dabei konnten sowohl Exemplare aus der Sammlung des NHM Wien als auch neues Material, das durch die Citizen Scientists Birgitt und Karl Aschauer aus Waidhofen an der Ybbs entdeckt wurde, untersucht werden. Im fossilen Erbrochenen fanden sich hunderte zerbissene Schalen von Beute-Ammoniten und Armhäkchen von Tintenfischen. Diese konnten vom Räuber nicht verdaut werden und wurden wieder ausgewürgt. Der Hauptteil der Funde ist aber fossiler Kot. Mit Mikrotomographie, Rasterelektronenmikroskopie sowie diversen geochemischen Analysen wurden die fossilen Proben analysiert.

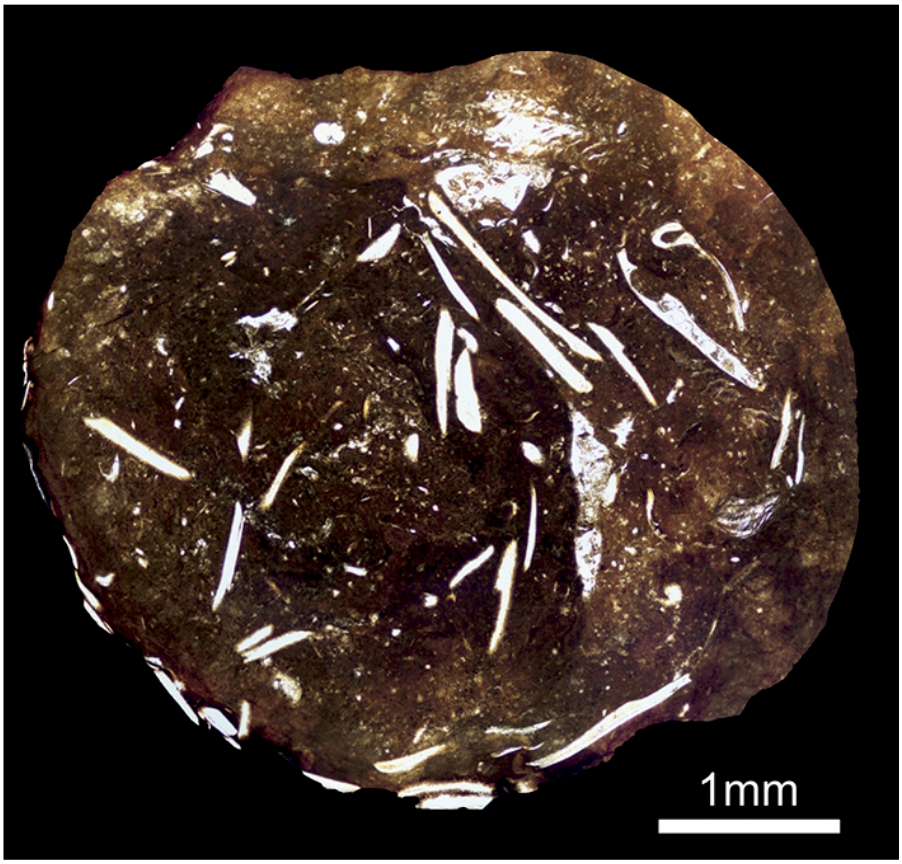
„Frei nach dem Motto ‚Zeige mir deinen Kot und ich sage dir, wer du bist' kamen wir zu der Erkenntnis, daß die Speiballen von Acrodus, einem 1-Meter großen Meeresfisch der Triaszeit, produziert wurden. Es handelt sich dabei um einen marinen, haiähnlichen Knorpelfisch, der alle Ammoniten und Tintenfische jagte", resümiert Alexander Lukeneder.

Diese Weichtiere schwammen nahe am Meeresboden und im offenen Meer. Sein besonders angepaßtes Gebiß mit flachen Zähnen erlaubte es Acrodus, die hartschalige Beute zu knacken und zu verschlingen, aber eben nicht zu verdauen. Die störenden Schalenreste würgte der Fisch wieder hoch. Diese spezielle Art, sich von hartschaligen Organismen zu ernähren und deren harte Schalen zu zerknacken, wird als Durophagie bezeichnet.



© NHM Wien

Rekonstruktion des Trias Meeresfischs Acrodus



© NHM Wien

Fossile Fischschuppen

Der überwiegende Teil der Fosilien sind Kotreste von kleineren Fischen wie den Strahlenflossern Gigantopterus, Saurichthys oder Polzbergia, die in großen Schwärmen den Tethys-Ozean bevölkerten. Diese wiederum fraßen andere Fische – tausende Fischschuppen in ihrem Kot belegen diese Lebensweise.

Alexander Lukeneder und seine Kollegen zeigen in dieser Studie das unerwartete Potential von fossilem Kot und Erbrochenem für die Rekonstruktion von Lebensweise, Ökologie und Ernährungsstrategien vieler Meeresbewohner der Triaszeit. Die Funde legen nahe, daß Durophagie, also das Fressen hartschaliger Tiere, sich erst in der Triaszeit durchsetzte und damit die Ökosysteme revolutionierte.

Die fossilen Fische und deren Exkremente werden nach der Covid-19-bedingten vorübergehenden Schließung des NHM im Saal 8 ausgestellt sein. ■

https://www.nhm-wien.ac.at/

Wissenschaft & Technik

Gentherapie »Made in Europe«

Novartis baut Kundl zum Kompetenzzentrum für Nukleinsäure-Produktion aus – Eröffnung einer High-Tech-Fertigungsanlage für Plasmide – dem wichtigsten Grundstoff für Zell- und Gentherapien mit Perspektive auf signifikante Erweiterung

Novartis setzt bei der Herstellung seiner innovativen Gentherapien verstärkt auf Europa: Um die Produktion von Nukleinsäuren für seine kommerziellen Therapien als auch für die vielfältigen Entwicklungs-Projekte auszuweiten, baut Novartis den Standort Kundl zum Kompetenzzentrum aus. Am 30. November wurde eine neue Anlage eingeweiht, mit der ab sofort in Österreich Plasmide für die Studienmedikation von gentherapeutischen Pipeline-Programmen hergestellt werden. Plasmide sind ringförmige DNA-Moleküle, die für Zell- und Gentherapien benötigt werden. Sie sind damit ein entscheidender Bestandteil aller innovativen Zell- und Gentherapien von Novartis. Wie etwa der Gentherapie-Plattform von Novartis Gene Therapies, mit der das Unternehmen eine neue Ära in der Behandlung monogener neuromuskulärer Erbkrankheiten einleitet.

„Der Bedarf an Nukleinsäure-Produkten ist infolge der zunehmenden Forschung im Bereich Zell- und Gentherapien stark gestiegen. Der Aufbau einer eigenen Produktion in diesem Hochtechnologiebereich ist ein wichtiger strategischer Schritt, unser Produktionsnetzwerk an die künftigen Anforderungen der Medizin ausrichten“, erläuterte Steffen Lang, Global Head von Novartis Technical Operations und Mitglied der Novartis Geschäftsleitung. „Die neue Anlage in Kundl ist eine ideale Ergänzung unseres globalen Produktionsnetzes für Zell- und Gentherapien. Wir beabsichtigen die Kapazitäten zur Herstellung von Nukleinsäure-Produkten am Standort weiter auszuweiten.“

Und Mario Riesner, Geschäftsführer Sandoz GmbH, fügte hinzu: „Wir freuen uns, daß wir Patientinnen und Patienten auf der ganzen Welt, die an schwerwiegenden monogenen Erbkrankheiten leiden, mit unserer Arbeit unterstützen können. Mit diesen neuen Anlagen leisten wir einen wesentlichen Beitrag zur Versorgung mit innovativen Gentherapeutika und schlagen ein neues Kapitel an unserem Traditionsstandort in Kundl auf. Hier sind wir seit 1946 Pioniere – von den Anfängen mit Antibiotika über das erste Biosimilar bis hin zu nun einer zentralen Fertigungsanlage für Nukleinsäuren.“

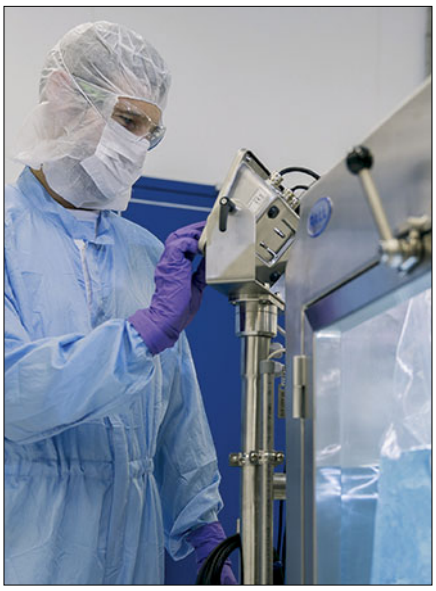


Foto: Novartis

Novartis' Gentherapie »Made in Europe«

Investition in technologische Weiterentwicklung

Novartis Gene Therapies ist das weltweit führende Gentherapieunternehmen und definiert mit seiner innovativen Gentherapieplattform die Möglichkeiten für Patienten, die von lebensbedrohlichen genetischen Erkrankungen betroffen sind, und ihre Familien neu. Am Standort in Kundl hat Novartis in diesem Jahr bereits 15,7 Millionen USD in die neue Anlage zur Produktion für Plasmid-DNA investiert. Mit weiteren 4,7 Millionen USD entsteht bis Mitte nächsten Jahres eine weitere Anlage zur Herstellung von mRNA. Insgesamt werden dann 45 Mitarbeitende in der Nukleinsäure-Produktion beschäftigt sein. Am Kompetenzzentrum werden die Mitarbeitenden für die hochspezialisierten Funktionen in der Fertigung der Nukleinsäuren qualifiziert. Das Zentrum besitzt auch eine eigene Entwicklungsabteilung, die sich gezielt der technologischen Weiterentwicklung der Gentherapien widmet.

Bauanleitung für Zellen, um seltene Gendefekte ursächlich zu behandeln

Gentherapien werden in einem langen und komplexen Prozeß hergestellt, für den eine Reihe biologischer Schritte erforderlich sind. Ein wichtiger Bestandteil dieser innovativen Therapien ist zugleich auch der Kleinste: Plasmide. Diese ringförmigen DNA-Moleküle tragen die Anleitung in sich, damit die Zellen im Körper der Patienten die Gentherapien von Novartis herstellen können. Die Produktion der Plasmid-DNA dauert etwa sieben Tage. Für die verschiedenen Zell- und Gentherapien von Novartis werden jeweils drei bis vier dieser Plasmide benötigt. Die in Kundl hergestellten DNA-Moleküle werden in einem Bioreaktor mit speziellen Zelllinien zusammengebracht, um damit die adenoassoziierten Viren (AAVs) herzustellen. Sobald die Virushüllen DNA-Plasmide aufgenommen haben, nennt man sie AAV-Vektoren. Diese dienen als Vehikel, um das therapeutisch wirksame genetische Material in die Zellen der Patienten zu transportieren. Insgesamt 30 Tage dauert es so zum Beispiel bis die Einmal-Gentherapie gegen die spinale Muskelatrophie für die Patienten ganz individuell auf deren Gewicht abgestimmt produziert ist.

Über Novartis

Novartis denkt Medizin neu, um Menschen zu einem besseren und längeren Leben zu verhelfen. Als führendes globales Pharmaunternehmen nutzt es wissenschaftliche Innovationen und digitale Technologien, um bahnbrechende Therapien in Bereichen mit großem medizinischem Bedarf zu entwickeln. Dabei gehört man regelmäßig zu jenen Unternehmen, die weltweit am meisten in Forschung und Entwicklung investieren. Die Produkte von Novartis erreichen global nahezu 800 Millionen Menschen, und man sucht nach neuen Möglichkeiten, den Zugang zu seinen neuesten Therapien zu erweitern.

Über Novartis Österreich

Die österreichische Novartis Gruppe ist eines der führenden Pharmaunternehmen des Landes und gliedert sich in die Geschäftsbereiche innovative Medikamente (Pharmaceuticals, Oncology) und Generika (Sandoz). Die Mitarbeitenden leben täglich eine Mission: Das Leben von Menschen zu verbessern und zu verlängern. Mit seinen Arzneimitteln erreicht Novartis fünf Millionen heimische PatientInnen. ■

https://www.novartis.at/

Wissenschaft & Technik

Innovationspreis des Landes OÖ

Landeshauptmann Thomas Stelzer und Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner: »Innovationskraft ist ein wichtiger Motor für den Standort OÖ – gerade jetzt in der Krise«

Bereits zum 27. Mal wurde der OÖ. Landespreis für Innovation vergeben – coronabedingt heuer ohne eigene Veranstaltung. „Besonders vor dem Hintergrund der Covid-Pandemie hat dieser Preis in diesem so schwierigen Jahr eine ganz besondere Bedeutung. Denn Innovationskraft ist ein wichtiger Motor für den Standort, gerade jetzt in diesen herausfordernden Zeiten. Für Innovationen braucht man Kreativität und Mut, der Innovationspreis des Landes holt die vielen innovativen Köpfe vor den Vorhang – von weltweit tätigen Großunternehmen über mittelständische Betriebe bis hin zu jungen Start-ups“, erklärten Landeshauptmann Thomas Stelzer und Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner am 23. November anläßlich der Vergabe des Innovationspreises des Landes OÖ für 2020.

In der Kategorie Großunternehmen setzte sich die FACC Operations GmbH in Ried im Innkreis durch. In der Kategorie Kleine und Mittlere Unternehmen siegte die Seven Bel GmbH aus Leonding. Die Kategorie Forschungseinrichtungen entschied die Abteilung Physik Weiche Materie der Johannes Kepler Universität Linz für sich. Der Jurypreis für „Radikale Innovationen“ ging an die MIBA AG in Laakirchen und den Jurypreis für „Geschäftsmodell Innovationen“ erhielt Newsadoo in Linz.

„Innovationen passieren nicht zufällig, sondern erfordern Mut und Weitblick – besonders in herausfordernden Zeiten wie diesen. Auf die vielen innovativen Köpfe in unserem Land können wir zu Recht stolz sein“, betonte der Landeshauptmann weiters.

„Corona wird wieder vergehen, aber der Wettbewerb bleibt bestehen. Daher sind Innovationen so wichtig, damit sich unsere Unternehmen und der Standort OÖ auch weiterhin im internationalen Wettbewerb behaupten können. Mit dem Innovationspreis des Landes OÖ holen wir die vielen innovativen Betriebe in Oberösterreich vor den Vorhang“, unterstrich der Wirtschafts- und Forschungs-Landesrat.

„Innovationen sind eine essentielle Voraussetzung für einen starken Wirtschaftsstandort Oberösterreich. Um im internationalen Wettbewerb zu bestehen, brauchen wir laufend neue, innovative Produkte und Dienstleistungen, mit denen wir uns am globalen Markt behaupten können. Die vielen herausragenden Einreichungen in diesem Jahr zeugen zum wiederholten Mal von der enormen Innovationskraft der oberösterreichischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen“, so Stephan Kubinger, Obmann-Stellvertreter der sparte.industrie WKO Oberösterreich.

Christina Huber, Vorstandsvorsitzende der Sparkasse OÖ, betonte: „Es freut mich, daß es in Oberösterreich so viele erfolgreiche Unternehmen gibt, die mit ihrer Innovationskraft Maßstäbe setzen und auf topmotivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zählen können. Es braucht gerade in so schwierigen Zeiten innovative Betriebe, um den Wirtschaftsaufschwung wieder anzukurbeln.“



Foto: Land OÖ

Wirtschafts- und Forschungs-Landesrat Markus Achleitner überreichte den Innovationspreis 2020 des Landes OÖ in der Kategorie „Jurypreis für radikale Innovation“ an F. Peter Mitterbauer, Vorstandsvorsitzender der Miba AG.

Der Landespreis für Innovation 2020 ist eine Kooperation des Landes Oberösterreich und der oö. Standortagentur Business Upper Austria in Zusammenarbeit mit der WKO Oberösterreich – sparte.industrie und der Sparkasse OÖ.

Die Preisträger 2020 und ihre Innovationen im Überblick

Kleine und Mittlere Unternehmen

Platz 1: Seven Bel GmbH

Schallvisualisierung

Es handelt sich hierbei um eine technische Entwicklung, die im Gegensatz zu bestehenden Produkten im Bereich der akustischen Kameras eine höhere Bildqualität aufweist, sowie ein viel geringeres Gewicht (weniger als 1 kg) und viel geringere Anschaffungskosten (1/10) bietet. Herkömmliche Lösungen wiegen im Gegensatz dazu zwi-

schen 5 und 10 kg und kosten mehr als 10.000 € bei mobilen Lösungen und über 40.000 € bei statischen Lösungen.

Platz 2: Alpine Metal Tech: Vollautomatisierte Entgratung von Gußteilen

Bei der vollautomatisierten Entgratung von Gußteilen wird jedes einzelne Produkt genau vermessen und so der Entgratungsbereich ermittelt, sowie ein eventuell bestehender Verzug. Die Kombination aus hochpräzisem Laser-Triangulations-System und Fräsroboter ermöglicht, daß repetitives manuelles, teures und ineffizientes Entgraten eingespart werden kann.

Platz 3: Ocilion IPTV Technologies: Entwicklung 4K IPTV Empfänger, IPTV Plattform Österreich, Zeitversetztes Fernsehen zur Stärkung des Glasfaserausbaues

Ergänzend zur IPTV Systemplattform hat Ocilion nun auch eine eigene Produktfamilie von 4K IPTV Receivern entwickelt und am Markt etabliert. Für den Endkunden besonders interessant ist die Funktionalität zeitversetztes Fernsehen. Namhafte Netzbetreiber, die für die neuen Endgeräte gewonnen werden konnten umfassen Liwest, Energie AG, Infotech, Salzburg AG, Kabelplus, Wien Energie, Energie Steiermark, einzig ausgenommen sind A1 Telekom und Magenta. Somit kann gesagt werden, daß eine IPTV Plattform Österreich mit umfassendem Know-how aus OÖ entstanden ist.

Großunternehmen

Platz 1: FACC Operations GmbH: Urban Air Mobility – Mobilität der Zukunft

Mit dem Projekt EHang 216 bringt FACC gemeinsam mit dem Kooperationspartner EHang ein autonomes Fluggerät zur Serienreife, das eine neue, effiziente und umweltschonende Form der Mobilität bietet. Autonom fliegende Lufttaxis werden dabei helfen, unter Nutzung des Luftraums als „dritte Dimension“ die Verkehrsprobleme großer Städte zu lösen. Die Anwendungsmöglichkeiten darüber hinaus sind vielfältig – vom generellen Einsatz in der Logistik über den Transport dringender Notfallgüter, lebensrettender Medikamente bis hin zu Einsätzen bei Umweltkatastrophen.

Platz 2: BMW Motoren GmbH Steyr: Neue Dieselmotoren-Generation im BMW Group Werk

Der neue 6-Zylinder Dieselmotor der BMW Group ist erstmalig mit der hocheffizienten Mild-Hybrid-Technologie ausgestattet. Ein 48-Volt-Startergenerator liefert eine elektrische Zusatzleistung von 8 kW (11 PS) und erhöht neben der spontanen Kraftentfaltung den Wirkungsgrad des Antriebssystems. Damit werden in Kombination mit dem Verbrennungsmotor Verbrauchseinsparungen von bis zu 9 Prozent im WLTP (Worldwide harmonized Light vehicles Test Procedure) gegenüber dem Vorgängermotor erreicht.

Platz 3: Rosenbauer International AG RT - Das Feuerwehrfahrzeug der Zukunft

Die hybridelektrischen Revolutionary Technology Feuerwehrfahrzege ermöglichen einen rein elektrischen Betrieb im kommunalen Einsatz und eine maßgeschneiderte Fahrzeugarchitektur mit Fokus auf Sicherheit, Ergonomie, Funktionalität und digitale Einsatzunterstützung.

Forschungseinrichtungen

Sieger: JKU Linz – Abteilung Physik Weiche Materie: Biologisch abbaubarer Elektronik und Robotik – Smarte Zukunft mit Nachhaltigkeit

Von Forschern der JKU wurde ein vielseitiges elastisches Biogel entwickelt, welches sich neben vollständiger Abbaubarkeit durch Stabilität, Langlebigkeit, einfache Verarbeitung bei geringen Kosten und hohe Dehnbarkeit auszeichnet. Neben der Entwicklung des Grundmaterials zeigen sie auch noch in zahlreichen Beispielen die Realisierbarkeit anhand von anschaulichen Demonstratoren, wie einem abbaubaren Roboter und einer degradierbaren elektronischen Sensorhaut. In Zukunft soll, durch Verarbeitung mit industriellen Fertigungsmethoden, die Belastbarkeit des elastischen Biogels weiter erhöht werden und komplexere Roboter mit Sensorhäuten hergestellt werden.

Jurypreis für radikale Innovation

Sieger: Miba AG: Miba Sputter Technologie

Durch die Miba Sputter-Technologie verbrauchen Flugzeugturbinen 15 Prizent weniger Treibstoff und werden signifikant leiser. Die Beschichtungstechnologie macht die Flugzeugturbine effizienter, leiser und umweltfreundlicher.

Jurypreis für Geschäftsmodell Innovation

Sieger: Newsadoo: Newsadoo

Newsadoo bietet zugeschnittene Nachrichteninhalte für den Endkonsumenten mithilfe eines transparenten und intelligenten Nachrichten-Algorithmus. Der User greift, auch wenn er mehrere Endgeräte verwendet immer auf den gleichen Kern zu, der aus dem Verhalten lernt, zu welchem Zeitpunkt, in welcher Situation, mit welchem Gerät der User welche Art von Content konsumieren will. Entwickelt wurde der Algorithmus in Kooperation mit dem SCCH, der RISC Software GmbH und Cloudflight.

Entsendungen für den Staatspreis Innovation 2021

1. FACC Operations GmbH
2. BMW Motoren GmbH Steyr
3. Rosenbauer International AG

Entsendung für den Sonderpreis VERENA 2021

Wacker Neuson Linz GmbH: EZ17e – Weltweit erster 1,7 to Zero-Tail Minibagger mit elektrischem Antrieb

Viele Großstädte in Europa haben Probleme mit der Einhaltung der europäischen Luftreinhalteverordnung. E-Mobilität gilt nicht nur auf der Straße, sondern auch auf der Baustelle als Königsweg aus der Klimakrise. In jeder Großstadt gibt es hunderte Kleinbaustellen (Reparaturen, Glasfaserverlegung, usw.). Umweltschutz funktioniert, wenn er wirtschaftliche Vorteile bringt. Wakker Neuson hat sich daher zum Ziel gesetzt, emissionsfreie Geräte die exakt die gleiche Leistung bringen wie ihre Pendants mit Verbrennungsmotor – d.h. gleichwertige Produkte, aber eben mit Elektroantrieb anstelle des Verbrennungsmotors – zu entwickeln.

Entsendung für den Sonderpreis ECONOVIUS 2021

Seven Bel GmbH: Schallvisualisierung

Der Innovationspreis: Die Fakten

Der Innovationspreis wurde in drei Kategorien vergeben: Kleine und Mittlere Unternehmen, Großunternehmen und Forschungseinrichtungen. Weiters wurden heuer zwei Jurypreise (Radikale Innovation, Geschäftsmodell Innovationen) verliehen. Der Sieger in jeder der drei Kategorien ebenso wie die Jurypreisträger erhielt einen vom Forschungs- und Wirtschaftsressort des Landes Oberösterreich gestifteten Geldpreis (4.000 Euro pro Kategorie) sowie eine Statue. ■

https://www.land-oberoesterreich.gv.at/
https://www.biz-up.at/
https://www.sevenbel.com/
https://www.facc.com/
https://www.jku.at/
https://www.miba.com/
https://newsadoo.com/
https://www.wackerneuson.at/

Neuer Trick ermöglicht Infrarot-Laserpulse

Mit Infrarotlicht kann man viele wichtige Moleküle nachweisen – doch starke, kurze Laserpulse in diesem Bereich waren bisher nur mit großem Aufwand möglich. An der Technischen Universität Wien fand man nun eine Lösung.

Gewöhnliche Festkörperlaser, wie man sie von Laser-Pointern kennt, erzeugen Licht im sichtbaren Bereich. Für viele Anwendungen, etwa zum Detektieren von Molekülen, braucht man allerdings Strahlung im mittleren Infrarotbereich. Solche Infrarot-Laser sind deutlich schwieriger herzustellen, besonders dann, wenn man die Laserstrahlung in Form von extrem kurzen, intensiven Pulsen benötigt.

Lange wurde nach Methoden gesucht, solche Infrarot-Laserpulse zu produzieren – an der TU Wien ist das nun in Zusammenarbeit mit der Harvard University gelungen. Die Technik benötigt keine großen Versuchsaufbauten, sie ist gut miniaturisierbar und daher für praktische Anwendungen besonders interessant. Vorgestellt wurden die neuen Ergebnisse nun im Fachjournal „Nature Communications".



Foto: TU Wien

v.l.: Gottfried Strasser, Benedikt Schwarz, Johannes Hillbrand und Nikola Opacak

Der Frequenzkamm

„Wir erzeugen Laserlicht im mittleren Infrarotbereich mit maßgeschneiderten Quantenkaskadenlasern, die im hochmodernen Nano-Center der TU Wien hergestellt werden", sagt Johannes Hillbrand vom Institut für Festkörperelektronik der TU Wien, Erstautor der Studie. Während bei gewöhnlichen Festkörperlasern die Art des ausgesendeten Lichts von den Atomen im Material abhängt, sind im Quantenkaskadenlaser winzige Strukturen im Nanometerbereich entscheidend. Durch passendes Design dieser Strukturen kann man die Wellenlänge des Lichts genau anpassen.

„Unsere Quantenkaskadenlaser liefern nicht nur eine einzige Lichtfarbe, sondern eine ganze Reihe verschiedener Frequenzen", sagt Ass.-Prof. Benedikt Schwarz, der die Forschungsarbeit im Rahmen seines mit einem ERC-Grant finanzierten Projektes leitete.

„Diese Frequenzen sind sehr regelmässig angeordnet, mit immer gleichen Abständen dazwischen, wie die Zähne eines Kamms. Daher spricht man in diesem Fall von einem Frequenzkamm."

Licht ist wie Schaukeln

Entscheidend ist aber nicht nur, welche Frequenzen ein solcher Quantenkaskadenlaser abstrahlt, sondern auch mit welcher Phase die jeweiligen Lichtwellen schwingen. „Man kann sich das so ähnlich vorstellen, wie zwei Schaukeln, die man mit einem Gummiband verbindet", erklärt Johannes Hillbrand. „Sie können entweder genau parallel hin und her schwingen, oder aber genau entgegengesetzt, sodaß sie zueinander schwingen und dann wieder voneinander weg. Und diese beiden Schwingungsmoden haben geringfügig unterschiedliche Frequenzen."

Beim Laserlicht, das sich aus unterschiedlichen Wellenlängen zusammensetzt, ist das ganz ähnlich: Die einzelnen Lichtwellen des Frequenzkamms können genau parallel zueinander schwingen – dann überlagern sie sich auf optimale Weise und können kurze, intensive Laserpulse erzeugen. Oder sie schwingen jeweils entgegengesetzt, dann entsteht Laserlicht mit einer nahezu kontinuierlichen Intensität.

Der Licht-Modulator

„In Quantenkaskadenlasern war es bisher nur schwer möglich, zwischen diesen beiden Varianten hin und her zu schalten", sagt Johannes Hillbrand. „Wir haben allerdings in unseren Quantenkaskadenlaser einen winzigen Modulator eingebaut, an dem die Lichtwellen immer wieder vorbeikommen." An diesen Modulator legt man eine elektrische Wechselspannung an. Je nach Frequenz und Stärke dieser Spannung kann man unterschiedliche Lichtschwingungen im Laser anregen. „Wenn man diesen Modulator genau mit der richtigen Frequenz ansteuert, dann kann man erreichen, daß die unterschiedlichen Frequenzen unseres Frequenzkamms alle genau im gleichen Takt schwingen", sagt Benedikt Schwarz. „Dadurch wird es möglich, diese Frequenzen zu kurzen, intensiven Laserpulsen zusammenzufügen – und zwar mehr als 12 Milliarden mal pro Sekunde."

Dieses Maß an Kontrolle über kurze Infrarot-Laserpulse war bisher mit Halbleiterlasern nicht möglich. Ähnliche Arten von Licht konnte man allenfalls mit sehr aufwändigen und verlustreichen Methoden erzeugen. „Unsere Technologie hat den entscheidenden Vorteil, daß sie miniaturisierbar ist", betont Benedikt Schwarz. „Man könnte daraus kompakte Meßgeräte bauen, die mit diesen speziellen Laserstrahlen beispielsweise nach ganz bestimmten Molekülen in einer Gasprobe suchen." Durch die hohe Lichtintensität der Laserpulse sind auch Messungen möglich, für die man zwei Photonen gleichzeitig benötigt. ■

https://www.tuwien.at/

Wissenschaft & Technik

E-Mobilität in neuen Sphären

Der erste elektrifizierte Wingsuit-Flug, angetrieben von BMW i.



Foto: Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft

Von der Idee eines Wingsuit-Flugs mit elektrischem Extra-Boost bis zur Premiere in den österreichischen Alpen vergingen rund drei Jahre.

Elektromobilität von BMW i erobert die dritte Dimension. Im Rahmen der #NEXTGen 2020 präsentiert die BMW Group den ersten elektrischen Antrieb für einen Wingsuit, mit dem sich der Jahrhunderte alte Menschheitstraum vom Fliegen auf völlig neuartige Weise verwirklichen läßt. Das innovative Antriebsmodul und der ebenfalls völlig neugestaltete Flügelanzug entstanden in einer Kooperation von BMW i und Designworks mit dem professionellen Wingsuit-Piloten Peter Salzmann aus der Salzburger Stadt Saalfelden. Sein Premierenflug mit dem Electrified Wingsuit by BMW i wurde in einer aufwendig inszenierten Video-Dokumentation festgehalten. Der spektakuläre Film, der im Vorfeld der #NEXTGen 2020 erstmals zu sehen ist, zeigt in beeindruckender Weise, wie BMW eDrive Technologie in der Lage ist, nicht nur auf der Straße das individuelle Mobilitätserlebnis nachhaltig zu verändern.

Auf der #NEXTGen 2020 zeigt die BMW Group in vielfältiger Weise auf, wie das Unternehmen den Wandel in der weltweiten Automobilbranche vorantreibt. Vorgestellt werden Initiativen und Engagements, in denen ein enger Austausch mit Impulsgebern aus anderen gesellschaftlichen Bereichen zu neuen Perspektiven führt. Darüber hinaus präsentiert die BMW Group aktuelle Produktneuheiten sowie Technologieentwicklungen und Fahrzeugkonzepte für die Zukunft der individuellen Mobilität.

Einen Schwerpunkt bildet dabei das Technologiefeld der Elektromobilität, auf dem die BMW Group mit ihrem Entwicklungs- und Fertigungs-Knowhow sowie mit der größten Auswahl an Modellen mit elektrifiziertem Antrieb zu den weltweit führenden Anbietern gehört. Seit der Markteinführung des rein elektrischen BMW i3 (Kraftstoffverbrauch kombiniert: 0,0 l/100 km; Stromverbrauch kombiniert: 13,1 kWh/100 km; CO_2-Emissionen kombiniert: 0 g/km) im Jahr 2013 wurden die Komponenten Elektromotor, Leistungselektronik, Ladetechnologie und Hochvoltspeicher kontinuierlich weiterentwickelt. Im neuen BMW iX3 (Kraftstoffverbrauch kombiniert: 0,0 l/100 km; Stromverbrauch kombiniert: 17,8 – 17,5 kWh/100 km; CO_2-Emissionen kombiniert: 0 g/km) kommt bereits die fünfte Generation der BMW eDrive Technologie zum Einsatz, die sich durch eine optimierte Energieeffizienz und Leistungsdichte sowie durch eine besonders kompakte Bauweise auszeichnet.

Kompakter Antrieb, optimiertes Design, einzigartiges Flugerlebnis

Jetzt wurden die langjährige Erfahrung und die bei der Marke BMW i konzentrierte Entwicklungskompetenz in den Bereichen Elektroantrieb und Batterietechnologie auf vollkommen neue Art genutzt. Dabei entstand ein extrem leistungsstarkes, gleichzeitig kompaktes und leichtes Antriebs- und Energiespeicher-Package für ein einzigartiges Flugerlebnis mit dem Electrified Wingsuit by BMW i. Zwei ummantelte Carbon-Propeller, die sogenannten Impeller, mit einer Leistung von jeweils 7,5 kW, einer

Drehzahl von rund 25 000 min^{-1} und einer für etwa fünf Minuten abrufbaren Gesamtleistung von 15 kW bilden die Fly Unit des Electrified Wingsuit by BMW i. Die Gestaltung der Antriebseinheit und des ebenfalls speziell entwickelten Wingsuits erfolgte in einer Kooperation zwischen Peter Salzmann und einem Kreativteam von Designworks. Das Tochterunternehmen der BMW Group hat das Design der Marke BMW i von Beginn an stark geprägt und setzt seine kreativen Fähigkeiten nicht nur im Automobilbereich, sondern auch im Auftrag zahlreicher internationaler Kunden aus anderen Industriezweigen ein.

Von der Idee eines Wingsuit-Flugs mit elektrischem Extra-Boost bis zur Premiere in den österreichischen Alpen vergingen rund drei Jahre, in denen der Luftsport-Pionier Peter Salzmann und seine Partner bei BMW i und Designworks gemeinsam an den Details von Anzug und Antrieb arbeiteten. Dabei wurde der elektrische Doppelpropeller-Antrieb einschließlich Energiespeicher passgenau in die Vorderseite des Wingsuits integriert. Ein wichtiger Bestandteil im Entwicklungsprogramm für das Projekt waren die Tests im Windkanal des Aerodynamischen Versuchszentrums der BMW Group in München.



Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft

Der 33 Jahre alte Österreicher Peter Salzmann kurz vor dem Absprung aus dem Helikopter…



Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft

… dann erreicht er mit dem Electrified Wingsuit by MBW i beeindruckende Geschwindikeiten von mehr als 100km/h.

Absprung aus dem Helikopter, Flug mit BMW eDrive Technologie, Landung per Fallschirm

Auslöser für das Projekt Electrified Wingsuit by BMW i war Peter Salzmanns Bestreben, den Wingsuit-Sport auf ein neues Level zu heben. Der 33 Jahre alte Österreicher ist Fallschirmsprung-Trainer und hat darüber hinaus inzwischen auch das Basejumping und Wingsuit-Fliegen zu seinem Beruf gemacht. Neben der Sprungausbildung gehören auch Filmstunts und Showauftritte zu seinem Repertoire. Bei seinen Sprüngen von Felskuppen oder aus Flugzeugen nutzt Salzmann die zwischen Armen und Beinen gespannte Textilschicht seines Wingsuits als Gleitschirm, der es ermöglicht, aus der Fallgeschwindigkeit und der Luftströmung eine horizontale Flugbewegung zu generieren. Mit jedem Meter Sinkflug lassen sich bis zu drei Meter Horizontalflug erzielen. Dabei erreichen Wingsuit-Flieger Geschwindigkeiten von mehr als 100 km/h.

Ziel des elektrischen Antriebes ist es, die Leistung von Wingsuits zu steigern, um einen besseren konstanten Gleitflug zu erreichen und so längere Distanzen zurücklegen zu können. Beim Aktivieren, beschreibt Salzmann, erfährt der Pilot eine unmittelbare Beschleunigung und kann mit Geschwindigkeiten von mehr als 300 km/h fliegen. Für den Premierenflug mit dem Electrified Wingsuit by BMW i ließ sich Salzmann gemeinsam mit zwei weiteren Wingsuit-Piloten per Helikopter über die Berggipfel seiner österreichischen Heimat befördern. Unmittelbar nach dem Absprung aus einer Höhe von 3 000 Metern flogen alle drei im Formationsflug in Richtung eines Bergmassives. Salzmann beschleunigte mit Hilfe des elektrischen Antriebs stärker als seine Begleiter und konnte dann im Steigflug über den Gipfel hinaus fliegen, um dann nach einer weiten Kurve wieder auf die beiden anderen Piloten zu treffen, welche im Gleitflug um den Berg herumgeflogen waren. Anschließend öffneten die drei Wingsuit-Piloten ihre Fallschirme und landeten am vereinbarten Ziel.

Nach dem erfolgreichen Auftakt setzen Peter Salzmann und die Experten von BMW i und Designworks ihre Entwicklungsarbeit am weltweit ersten elektrisch angetriebenen Wingsuit weiter fort. Der Österreicher ist fest davon überzeugt, daß dem elektrischen Antrieb nicht nur auf der Straße, sondern auch in der Luft die Zukunft gehört. Für ihn ist das Projekt Electrified Wingsuit by BMW i der perfekte Beleg dafür, welche zuvor ungeahnten Möglichkeiten mithilfe von Elektromobilität Realität werden können. ■

https://www.bmw-welt.com/
https://petersalzmann.at/
https://www.youtube.com/watch?v=FGhtJnK9ZWA

Wissenschaft & Technik

13 Mio. Euro für Quanten-Grundlagenforschung

Die Quantenphysiker Oriol Romero-Isart und Markus Aspelmeyer aus Innsbruck und Wien erhalten gemeinsam mit Lukas Novotny und Romain Quidant von der ETH Zürich einen der renommierten ERC Synergy Grants.

Selbst mehr als 100 Jahren nach ihrer Entdeckung scheinen die Gesetze der Quantenphysik manchmal im Widerspruch zum gesunden Menschenverstand zu stehen. Am prominentesten zeigt sich dies am Superpositionsprinzip, das besagt, daß sich ein einzelnes Objekt so verhalten kann, als ob es sich an mehreren Orten gleichzeitig befindet. Dieses Verhalten wurde in wegweisenden Experimenten bestätigt: auf der Ebene von Elementarteilchen, Atomen und sogar Molekülen, die Tausende von Atomen enthalten. Aber gilt das Prinzip auch für den makroskopischen Bereich, beispielsweise für Festkörper, die mit dem bloßen Auge sichtbar sind? Bei der Beantwortung dieser Frage will das österreichisch-schweizerische Forschungsteam mit Unterstützung eines Synergy Grant der EU nun einen großen Schritt weiterkommen. Die größten bisher im Quantenregime untersuchten Objekte sind organische Moleküle. „Wir wollen nun Nanoteilchen, die aus Milliarden von Atomen bestehen, in einen Überlagerungszustand versetzen“, schildert Projektkoordinator Oriol Romero-Isart vom Institut für Theoretische Physik der Universität Innsbruck und dem Institut für Quantenoptik und Quanteninformation (IQOQI) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften das gemeinsame Ziel.



Foto: Q-Xtreme

v.l.: Oriol Romero-Isart, Lukas Novotny, Markus Aspelmeyer und Romain Quidant

Ziel gemeinsam erreichen

In den letzten Jahren haben die vier Forscher in einzelnen ERC-Projekten neue experimentelle und theoretische Techniken entwickelt, um solche Nanoteilchen im Quantenregime schweben zu lassen und zu kontrollieren. „Wir kombinieren unser Know-how in den Grundlagenwissenschaften, der Nanotechnologie und den Ingenieurwissenschaften, um einen radikal neuen Zugang zu dieser Frage zu schaffen“, sagt der Experimentalphysiker Markus Aspelmeyer von der Universität Wien, der auch wissenschaftlicher Direktor am IQOQI Wien der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ist. Gemeinsam werden sie die Nanoteilchen im Hochvakuum untersuchen, wobei deren Schwerpunktbewegung auf nahezu den absoluten Nullpunkt abgekühlt wird und sie in einer Kombination aus optischen, elektrischen und magnetischen Feldern schweben und manipuliert werden. „Mit diesem Projekt gehen wir an die Grenzen des heute technisch Machbaren“, fügt Romero-Isart hinzu.

Seit 2012 fördert der Europäische Forschungsrat (ERC) mit den Synergy Grants eben solche Forschungsprojekte, in denen Forschende verschiedener Fachgebiete gemeinsam an der Erreichung eines Ziels arbeiten, das für die Wissenschaft bisher außer Reichweite lang. Nach einem mehrstufigen Begutachtungsverfahren und im Wettbewerb mit hunderten anderen Projekten, fördert der ERC nun das Forschungsvorhaben Q-Xtreme der vier Physiker in Innsbruck, Wien und Zürich.

Potential für Quantensensoren

Quantensuperpositionen sind sehr fragil und empfindlich gegenüber äußeren Einflüssen wie Trägheit und Gravitationskräften. Mit den Experimenten wird es daher auch möglich sein, den Einfluß der Schwerkraft auf derart extreme Quantenzustände zu analysieren. Darüber hinaus ermöglichen sie die Entwicklung empfindlicher Meßinstrumente für Beschleunigung, Rotation oder Schwerkraft. Die Experimente werden an der Universität Wien und an der ETH Zürich durchgeführt; die Gruppe von Oriol Romero-Isart in Innsbruck wird das Projekt mit theoretischen Arbeiten unterstützen.

Es gibt auch einen historischen Aspekt: Der österreichische Physiker und Nobelpreisträger Erwin Schrödinger machte sich in seinem berühmten Gedankenexperiment, das heute als „Schrödingers Katze“ bekannt ist, über die möglichen Folgen solcher „makroskopischen Überlagerungen“ lustig. „Angesichts der Tatsache, daß Schrödinger Professuren in Wien, Innsbruck und Zürich innehatte, scheint dies der geeignete Ort zu sein, um diese Experimente durchzuführen“, schmunzeln Aspelmeyer und Romero-Isart.

Exzellenzprogramm

Der Europäische Forschungsrat unterstützt mit den Synergy Grants wegweisende Pionierforschung von Teams aus zwei bis vier herausragenden Forscherinnen und Forschern. Wissenschaftliche Exzellenz ist dabei das alleinige Kriterium für die Bewertung und Auswahl der Projekte. Die Projekte sollen zu Entdeckungen an den Schnittstellen zwischen etablierten Disziplinen und zu substantiellen Fortschritten an den Grenzen des Wissens führen. Abhängig vom jeweiligen Forschungsvorhaben belaufen sich ERC Synergy Grants auf bis zu 14 Millionen Euro für eine Laufzeit von bis zu sechs Jahren. ■

https://www.uibk.ac.at/

Wissenschaft & Technik

Lune – Halsband mit Sensoren gegen obstruktive Schlafapnoe

Die Studentin Carmen Maier des Joanneums Graz gewinnt mit einem Überwachungssystem, das Schlafapnoe-Patienten einen sicheren Schlaf ermöglicht und vor möglichen Atemaussetzern schützt, den nationalen James Dyson Award 2020

Carmen Maier, Studentin des Masterstudiengangs Industriedesign an der FH Joanneum in Graz, hat für ihr innovatives Konzept Lune den James Dyson Award in Österreich gewonnen. Im Gegensatz zu gängigen Lösungen um Symptome der obstruktiven Schlafapnoe – bisher unbequeme und starre CPAP-Masken und Zungenschrittmacher mit sehr wenig Tragekomfort – ist Lune ein Halsband mit hohem Tragekomfort, das mit Sensoren ausgestattet ist, welche die Position des Kopfes und die Atmungsaktivität während einer Schlafperiode messen. Typisch für Schlafapnoe-Patienten ist, daß die Zungenmuskulatur erschlafft und die Zunge demzufolge in den Rachen gleitet. Dieses Problem wird mithilfe von Lune dadurch gelöst, daß jene im Halsband verbauten Elektroden beginnen, Muskeln zu stimulieren und so den Schluckreflex anregen. Beim Schlukken kehrt dann die Zunge in ihre optimale Position zurück ohne die Nutzer im Schlaf zu wecken. Falls die elektrische Stimulation zu wenig Wirkung auf die Patienten haben sollte, wird ein Airbag ausgelöst, der den Kopf in eine „optimale“ Neigung führt und so die blockierten Atemwege von der Zunge löst.

Ein weiterer Unterschied zu herkömmlichen Methoden und Produkten besteht darin, daß Lune nicht nur die Symptome der Schlafapnoe-Erkrankung reduziert, sondern die in Lune verbauten Elektroden die Mundmuskulatur stärken und der Patient so die Möglichkeit erhält, eine dauerhafte und nachhaltige Besserung der Erkrankung zu erreichen.

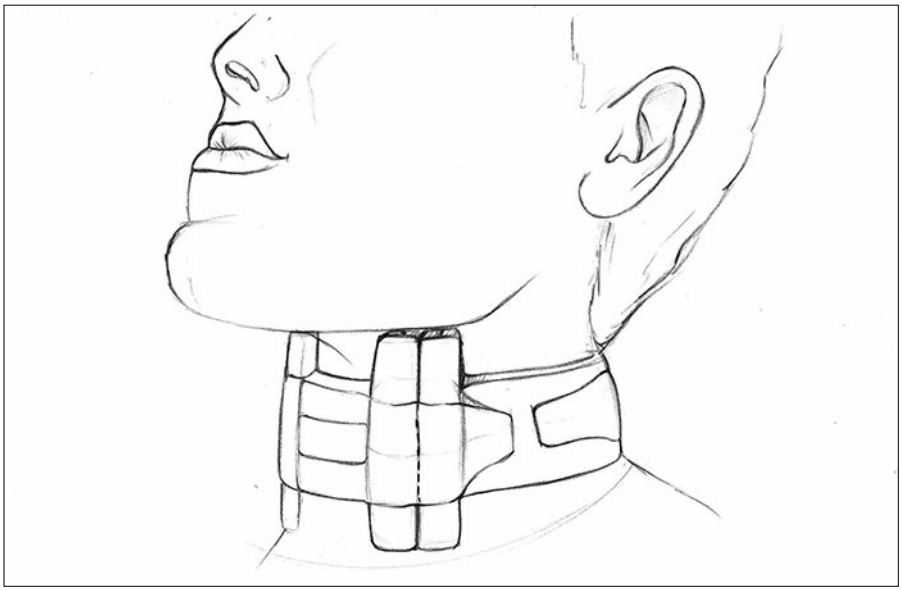
Laut Studien leiden weltweit über 900 Millionen Menschen an einer obstruktiven Schlafapnoe. Hierbei verschließen sich immer wieder für kurze Zeit die oberen Atemwege. Diese kritische Verengung kommt durch ein Erschlaffen des Zungenmuskels und benachbarter Bereiche zustande und kann zur Aussetzung der Atmung gefolgt von Sauerstoffmangel im Gehirn und den damit verbundenen Folgeerkrankungen führen.



Foto: Dyson / Julius Gnoth

Carmen Maier, Studentin des Masterstudiengangs Industriedesign an der FH Joanneum in Graz, mit ihrem innovatives Konzept Lune

Carmens Maiers Ziel ist es, Millionen Männern und Frauen regelmäßig acht Stunden Lebensqualität zu schenken oder zumindest einen sorgenfreien und erholsamen Schlaf. Seit mittlerweile über drei Jahren arbeitet sie am Projekt Lune. „Ich wurde inspiriert durch Geschichten, die mir Patienten, die an Schlafapnoe leiden, erzählten. Viele klagten über einen Mangel an Lebensqualität auf Grund der unkomfortablen Schlafsitua-



© Carmen Maier

Lune reduziert nicht nur die Symptome der Schlafapnoe-Erkrankung, sondern die in Lune verbauten Elektroden stärken auch die Mundmuskulatur

tion. Durch die herkömmlichen CPAP Masken litten viele an trockenen Schleimhäuten. Darüber hinaus litt auch die Intimität mit den Partnern stark, weil man sich mit der Maske weder bewegen noch küssen konnte. Weiters bringt die Maske keinen nachhaltigen Erfolg, sie stärkt nicht die Muskeln und ist lediglich ein Symptom-bekämpfer. Mit Lune wollte ich dem entgegenwirken und einen Lösungsweg zeigen, mit der man möglicherweise durch Stärkung der Mundmuskulatur eine dauerhafte Heilung erzielen kann. Das wäre zumindest mein Ziel“, so Carmen Maier.

Der James Dyson Award

Beim James Dyson Award sollen junge Designer inspiriert werden, ihre Kreativität und Designfähigkeiten zur Lösung eines Problems einzusetzen. Ziel des Preises ist es, jungen Ingenieuren die Möglichkeit zu bieten, ihre Arbeiten auf globaler Ebene präsentieren zu können. Zusätzlich zum herkömmlichen James Dyson Award wird erstmals ein zweiter Gewinner mit einem Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet.

Die Kreativität und Ideenentwicklung von Carmen Maier beeindruckten und überzeugten die dreiköpfige Jury, welche Lune zum diesjährigen nationalen James Dyson Award Gewinnerprojekt wählten. Insgesamt wurden in diesem Jahr für den James Dyson Award in Österreich 17 Projekte eingereicht. Neben Lune wählte die Jury auch zwei Zweitplatzierte Projekte aus. Diese beiden und Lune werden nun für den internationalen Wettbewerb eingereicht. Der internationale Preisträger wird im November global bekannt gegeben.

Zweiter Platz

Michael Keinrath und seine Mitstreiter, Studenten an der Montanuniversität Leoben, haben mit ihrem Projekt BioCell den zweiten Platz belegt. BioCell ist ein intelligenter, tragbarer Kochherd, der Biomasse in Wärme, Strom und wertvolle Sekundärressourcen umwandelt. Er reduziert die schädliche Luftverschmutzung in Innenräumen und die Kohlenmonoxidemissionen von Festbrennstoffen auf das Niveau von sauberen Gasherden.

„Wir glauben, daß jeder Zugang zu sauberer Energie haben kann! Mit unserem BioCell, einem intelligenten tragbaren Kochherd, machen wir Energie aus landwirtschaftlichen Abfällen nutzbar und machen die Gewinnung sauberer Energie für jedermann weltweit möglich“, so Keinrath.

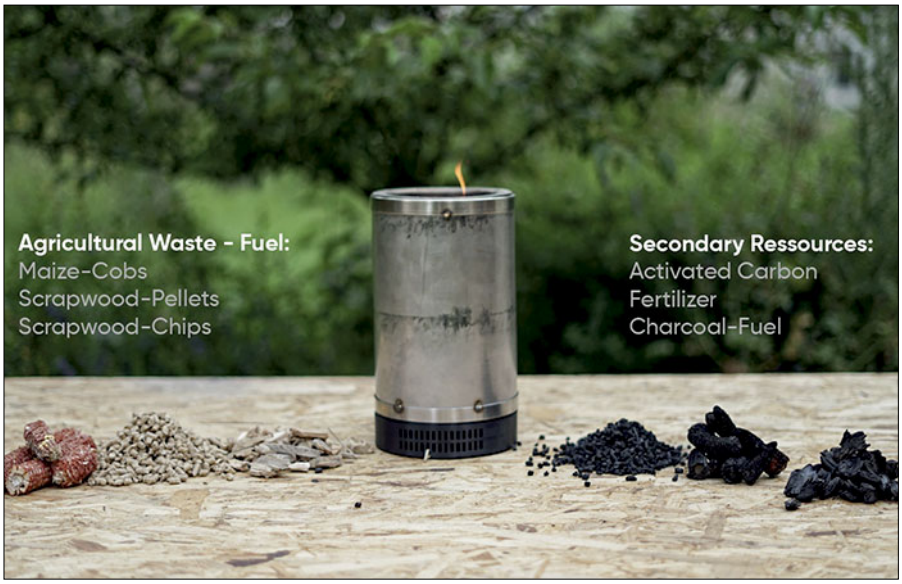


Foto: Michael Keinrath

Michael Keinrath und seine Mitstreiter, Studenten an der Montanuniversität Leoben, haben mit ihrem Projekt BioCell den zweiten Platz belegt.



Foto: Fabian Luca Urlicic

Das Headset Lux von Fabian Luca Urlicic beleuchtet das Gehirn des Benutzers, um die Freisetzung von stimulierenden Hormonen auszulösen…

Zweiter Platz

Fabian Luca Urlicic, Student an der FH Joanneum Graz, hat mit seinem Projekt Lux den weiteren Runner up Platz belegt. Lux ist ein Headset, das das Gehirn des Benutzers beleuchtet, um die Freisetzung von stimulierenden Hormonen auszulösen, die die Symptome von Depression und Schlaflosigkeit behandeln.

„Lux hat einzigartige Vorteile, die die Therapie viel diskreter, bequemer und effizienter machen als mit stationären Geräten, die in der gängigen Lichttherapie zum Einsatz kommen. Aufgrund seiner geringen Größe kann das Gerät leicht in jeder Tasche verstaut werden, während nur drei kurze Sitzungen pro Tag erforderlich, um die Ziele zu erreichen“, gibt sich Urlicic selbstbewußt.

Der James Dyson Award

wird von der James Dyson Foundation, einer im Jahr 2002 gegründeten Stiftung, in 27 Ländern ausgeschrieben, die das Ziel hat, die nächste Generation von Ingenieuren und Designern zu begeistern und zu unterstützen. Er steht Studierenden (oder frischen Hochschulabsolventen) der Ingenieurwissenschaften und der Fachbereiche Produktgestaltung und Industriedesign offen. Folgende Länder nehmen teil: Australien, Österreich, Belgien, Kanada, China, Frankreich, Deutschland, Hongkong, Indien, Italien, Irland, Japan, Malaysia, Niederlande, Neuseeland, Philippinen, Rußland, Schweden, Singapur, Spanien, Südkorea, Schweiz, Taiwan, Vereinigte Arabische Emirate, Mexiko, Großbritannien und USA. ■

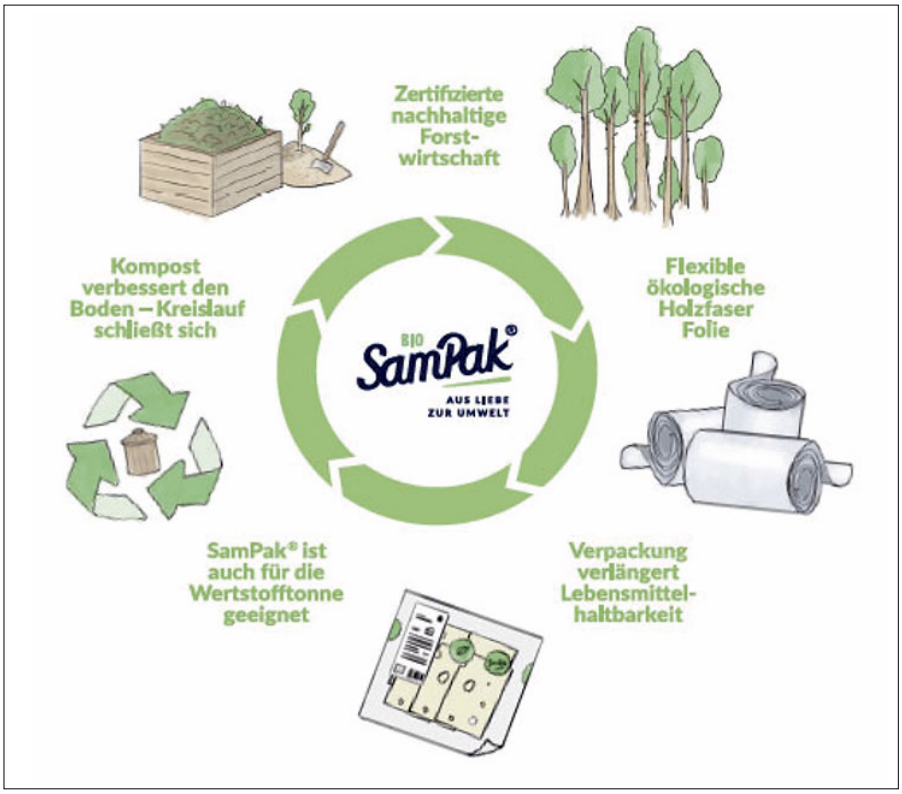
https://www.dyson.at/

Plastik war gestern

»Bio-SamPak« bringt zusammen, was bisher als unvereinbar galt

Plastik vermeiden: Wer will das nicht! Speziell bei der Verpackung von Wurst und Käse gibt es dazu bisher aber keine Alternative. Zu herausfordernd sind einerseits die Produkte mit ihrem Fett- und Feuchtigkeitsgehalt sowie die Hygienerichtlinien, die Lebensmittelindustrie und Handel zu erfüllen haben. Andererseits sollen Aroma und Frische des Aufschnitts mehrere Tage lang erhalten bleiben. Kurz gesagt: Plastikverpackungen waren bisher die einzige Möglichkeit, um den Wünschen der Kunden ebenso gerecht zu werden wie den gesetzlichen Vorgaben. Um dem allen zu entsprechend, hat das Klagenfurter Unternehmen S.A.M. Kuchler Electronics GmbH eine Bio-Folie entwickelt.

Mit „Bio-SamPak" bricht nun eine neue Ära an. Es handelt sich dabei um eine Folie, die biologisch abbaubar ist, in den Gartenkompost darf und dennoch den „Komfort" von Plastik bietet. „Nach jahrelanger Forschungsarbeit können wir unseren Kunden nun eine Verpackung anbieten, die ohne Kunststoff, ohne Begasung und ohne Vakuumieren auskommt, aber genauso hygienisch und haltbar ist wie Plastik", erklärt Constantin Kuchler, Geschäftsführer des international tätigen Unternehmens. Durch die atmungsaktiven Mehrkammern bleibt die Verpakkung außerdem länger frisch, der Kunde kann den Aufschnitt portionsweise öffnen.



© S.A.M. Kuchler Electronics GmbH

Hergestellt wird die kompostierbare Folie aus erneuerbarem Zellstoff, dem Hauptbestandteil pflanzlicher Zellwände. Das Holz dafür stammt aus zertifizierter Forstwirtschaft mit nachhaltiger Waldbewirtschaftung. „Bio-SamPak" trägt damit zur ökologisch nachhaltigen Kreislaufwirtschaft bei, wie obenstehende Grafik zeigt.

Innovationsführer am Markt

Ideal kombiniert wird die Bio-Folie mit den S.A.M. Slice & Pak Systemen. Die vollautomatischen Aufschnittmaschinen aus dem Hause S.A.M. Kuchler haben sich in den vergangenen Jahrzehnten mit innovativen Weiterentwicklungen einen Namen in der Branche gemacht. „Wir verstehen uns als Partner unserer Kunden. Wir helfen ihnen mit unseren Maschinen und Vertriebskonzepten dabei, sich von der Konkurrenz abzuheben."

So hat man unter anderem spezielle Aufschnittmaschinen mit integrierten Verpakkungsgeräten entwickelt, die über ein Touchscreen-Display bedient werden. Das Prinzip ist einfach erklärt: Vorne wird die Wurst eingelegt, dann die gewünschte Menge angegeben – und hinten kommen die perfekt aufgelegten und verpackten Wurstblätter heraus. „Das Besondere ist, daß man bei unserem System die gewünschte Menge in Gramm – oder auch den gewünschten Preis – angeben kann", so Constantin Kuchler. Die Anlage berechnet selbst, wie viele Scheiben sie für diese Menge benötigt und in welcher Stärke die Scheiben heruntergeschnitten werden müssen. Das kann weltweit keine andere Aufschnittmaschine.

Die S.A.M. Slice & Pak Systeme arbeiten nicht nur vernetzt und schneiden – mit der Hilfe von Sensoren aufs Gramm genau –, sondern schlichten den Aufschnitt in mehreren Lagen. Dem Kunden wird dadurch ein portionsweises Öffnen ermöglicht; ungeöffnete Lagen bewahren ihre unverfälschte Frische. Verpackt und etikettiert wird in einem nächsten Arbeitsschritt ebenfalls vollautomatisch. Es ist also keine Handberührung für das Verpacken der Wurst nötig.

Und hier kommt die Bio-Folie ins Spiel: Bisher wurde bei den S.A.M. Slice & Pak Systemen mit Plastik als Verpackungsmaterial gearbeitet. Künftig können sich Kunden alternativ für die Bio-Folie „Bio-SamPak" entscheiden. „Es ist selbstverständlich auch möglich, Anlagen umzurüsten. Kunden, die bereits mit einer unserer Aufschnittmaschinen arbeiten, können ebenfalls von Plastik auf ‚Bio-SamPak' umsteigen", erklärt Kuchler.

Über das Unternehmen

Geführt wird es in zweiter Generation von den Geschwistern Constantin und Valentina Kuchler. Ihr Vater, Fritz Kuchler, war ein Pionier: Er meldete vor rund 50 Jahren das Patent für die weltweit erste elektronisch gesteuerte Schneidemaschine an. 500 weitere Patente folgten seitdem. Sie sind die Basis für die Innovationsführerschaft des Klagenfurter Unternehmens, das international tätig ist und bereits zahlreiche Auszeichnungen erhielt. So wurde es unter anderem von der Wirtschaftskammer Österreich als „Hidden Champion – KMU-Nischenweltmeister" ausgezeichnet. ■

https://sam-kuchler.com/

Kultur

Sanierung und Erweiterung der Salzburger Festspielhäuser

262 Millionen Euro für den gesamten Kultur- und Wirtschaftsstandort Salzburg – Wichtiger Impuls für Salzburgs Wirtschaft



Foto: Land Salzburg / Franz Neumayr

v.l.: Bürgermeister Harald Preuner, Festspiel-Präsidentin Helga Rabl-Stadler, Intendant Markus Hinterhäuser, Staatssekretärin Andrea Mayer, Lukas Crepaz (Kaufmännischer Direktor) und Landeshauptmann Wilfried Haslauer vor dem Großen Festspielhaus und der Hohenfeste Salzburg

Um langfristig die Betriebsfähigkeit der Salzburger Festspiele aufrechterhalten zu können, haben sich Bund, Land Salzburg sowie Stadt Salzburg darauf geeinigt, mit der Modernisierung der Festspielhäuser in den kommenden zehn Jahren eine Großinvestition von rund 262 Millionen Euro in den Kultur- und Wirtschaftsstandort Salzburg zu tätigen.

„Das gemeinsame Bekenntnis für diese Investition ist gerade in solch herausfordernden Zeiten wie jetzt unglaublich wichtig und hat enorme positive Auswirkungen auf den gesamten Wirtschaftsstandort Salzburg. Zudem bleiben wir damit das kulturelle Zentrum Österreichs mit Weltgeltung und bauen diese Position weiter aus“, ist Landeshauptmann Wilfried Haslauer überzeugt. Gemeinsam mit Staatssekretärin Andrea Mayer, Festspiel-Präsidentin Helga Rabl-Stadler und Salzburgs Bürgermeister Harald Preuner präsentierte er die kulturpolitische Grundsatzentscheidung, die auch von Bundeskanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Werner Kogler ausdrücklich mitgetragen wird. Beide konnten aufgrund einer kurzfristigen Terminänderung an der Vorstellung nicht teilnehmen.

Nach 60 Jahren wird das Große Festspielhaus modernisiert

Vor allem das Große Festspielhaus ist nach nunmehr 60 Jahren sanierungsbedürftig. Viele Bereiche wie Brandschutz oder Arbeitnehmerschutz erfordern hohe Investitionen. Darüber hinaus besteht bei allen Spielstätten in unterschiedlichster Weise Handlungsbedarf. Die Werkstätten, die Künstlergarderoben, zum Teil auch der Zuschauerbereich entsprechen nicht mehr den Anforderungen von MitarbeiterInnen, KünstlerInnen aber auch Publikum an ein Festival mit Weltbedeutung.

Der Schwerpunkt der Sanierung liegt in der Verbesserung der Heiztechnik, der Klimaanlage, des barrierefreien Zugangs im Gebäude und vielem mehr. Es sollen weiterhin sowohl Produktion als auch Aufführungen im Festspielbezirk konzentriert werden. Bühnentechnik, Werkstätten und Publikumsbereich werden auf modernsten Stand der Zeit gebracht, Vorgaben des Brandschutzes, der Barrierefreiheit, aber auch des Klimaschutzes finden dabei Berücksichtigung. „3.000 Arbeitsplätze werden so in der Region gesichert, 140 Millionen Euro fließen als Steuern und Abgaben wieder zurück an die öffentliche Hand“, rechnete Haslauer vor.

Deutlich mehr Platz durch Erweiterung in den Berg

Zweieinhalb Jahre wurden die Anforderungen erhoben, um dem eklatanten Platzmangel, den technischen Einrichtungen aus den 1960er Jahren oder der veralteten Bühnentechnik, die teilweise noch per Hand zu bedienen ist, eine grundlegende Modernisierung entgegenzusetzen. Die Gesamtnutzflä-

che steigt durch Umbau und Erweiterung um rund 10.000 Quadratmeter auf 47.514 Quadratmeter. Zusätzliche Flächen entstehen direkt hinter den Festspielhäusern im Mönchsberg, die Logistik kann künftig ohne Altstadt-Transportfahrten über die Bergrückseite beim Neutor erfolgen. Die geschützte architektonisch sensible Struktur der Altstadt bleibt unangetastet. Ab 2025 soll parallel zum Betrieb umgebaut werden, 2030 ist der Abschluss der Baumaßnahmen vorgesehen.

Haslauer: Investition in die Identität Salzburgs

Eine der Stärken Salzburgs, für die das Bundesland weltberühmt ist, ist die Kultur. Unser Ziel ist, neben Wien das kulturelle Zentrum Österreichs mit Weltgeltung zu bleiben und diese Position noch mehr auszubauen. „Daß auch heuer Salzburger Festspiele stattfinden konnten, war eine Entscheidung von weitreichender Tragweite. Damit haben wir nicht nur eine weltweit beachtete Vorreiterrolle als Veranstalter eingenommen, sondern ein unglaublich starkes Lebenszeichen für die Kultur, die Wirtschaft und letztlich für die gesamte Gesellschaft gesetzt. Und: Damit haben wir bewiesen, daß wir uns nicht unterkriegen lassen“, so der Landeshauptmann. Und er betont: „Von dieser Großinvestition profitiert nicht nur der Kulturstandort Salzburg, sondern vor allem die lokale Wirtschaft – vom Tourismus über den Handel bis hin zum Handwerk – und letztlich das gesamte Land. Diese Großinvestition ist eine Investition in die Zukunft von ganz Salzburg und unsere Identität“, zeigt sich Haslauer überzeugt.

Kurz: Salzburger Festspiele als Botschafter in der Welt

„Mein besonderer Dank für die äußerst vorbildliche Organisation der abgelaufenen Saison gilt dem Direktorium der Salzburger Festspiele und allen daran beteiligten Entscheidungsträgern. Mit dem bewußten Schritt, auch in diesem Jahr Festspiele durchzuführen, stellten die Verantwortlichen in Salzburg eindrucksvoll unter Beweis, was mit großem Verantwortungsbewußtsein und dem Mut der Zuversicht auch in sehr herausfordernden Zeiten möglich ist. Zudem konnten trotz aller Umstände unter der Intendanz von Markus Hinterhäuser erneut herausragende künstlerische Akzente gesetzt werden“, so Bundeskanzler Sebastian Kurz. „Die Salzburger Festspiele sind in gewisser Art und Weise ein Botschafter für die Republik Österreich in der Welt und verfügen über globale Strahlkraft. Daher ist es auch von nationalem Interesse, daß die Zukunft der Salzburger Festspiele gesichert ist und bestmögliche Rahmenbedingungen geschaffen werden,“ so Kurz.



© Salzburger Festspiele

Kogler: Bund trägt 40 Prozent der Kosten

„Die Corona-Krise hat unser Land hart getroffen. Aus dieser größten Krise seit den Anfangsjahren der Zweiten Republik müssen wir uns herausinvestieren, und dabei hat die Kultur einen hohen Stellenwert. Neben weiteren wichtigen Sanierungs- und Bauprojekten ist dabei auch die Modernisierung der Salzburger Festspielhäuser ein wesentliches Element. Die Salzburger Festspielhäuser brauchen diese Sanierung, und Österreich braucht die Salzburger Festspiele – in kultureller genauso wie in wirtschaftlicher Hinsicht. Für mich als Kulturminister ist es daher logisch, daß sich der Bund an den Kosten dieses Projekts mit 40 Prozent beteiligt“, erörtert Vizekanzler Werner Kogler die Unterstützung seitens des Bundes.

Mayer: Starker Kulturbereich als Zeichen für die Zukunft

Die Staatssekretärin für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport, Andrea Mayer, sieht in einem starken Kulturbereich ein starkes Zeichen in Richtung Zukunft und betont: „Die Salzburger Festspiele haben – zusammen mit vielen anderen Kulturbetrieben und -initiativen in Österreich – im Sommer gezeigt, was trotz widrigster Bedingungen mit Professionalität, Engagement und höchster künstlerischer Qualität möglich ist. Wir brauchen Kunst und Kultur, und wir müssen jetzt in diesem Bereich starke Zeichen in Richtung Zukunft setzen und für die Zeit nach Corona vorbauen. Die Sanierung der Salzburger Festspielhäuser wirkt weit über die Festspiele an sich hinaus. Ich freue mich, daß wir hier geschlossen als Bundesregierung eine langfristige Zusage machen können, um dieses wichtige Projekt zu ermöglichen.“

Rabl-Stadler: Unvermeidlich, um Betriebsfähigkeit zu gewährleisten

Dank der zukunftsweisenden Entscheidung der Abgangsdeckungsträger Bund, Land Salzburg und Stadt Salzburg können die für den Kultur- und Wirtschaftsstandort Salzburg so wichtige Sanierung und Erweiterung der Festspielhäuser nun umgesetzt werden, zeigt sich das Direktorium der Salzburg Festspiele unisono hocherfreut. „Diese Investitionen sind dringlich und unvermeidlich, um die Betriebsfähigkeit der Festspielhäuser zu gewährleisten. Ohne sie ist die Zukunft der Salzburger Festspiele gefährdet, ohne sie verlieren das Adventsingen, die Kulturvereinigung und die Osterfestspiele – um nur einige Veranstalter zu nennen – die für sie existentiell notwendigen Spielstätten“, betonte Festspielpräsidentin Helga Rabl-Stadler. Festspiel-Intendant Hinterhäuser sprach von einem mutigen und nötigen Entschluß mit einer großen Tragweite für die Festspiele: „Es gibt eine Verpflichtung, daß die zahlreichen Besucher aus aller Welt in Salzburg Festspiele mit Exzellenzanspruch erleben können“, so Hinterhäuser.

Preuner: Festspiele einer der stärksten Wirtschaftsmotoren für die Stadt

Die Salzburger Festspiele gehören zur Stadt Salzburg wie der Jedermann zu den Festspielen. Neben deren weltweiter Bedeutung bilden sie Grundlagen für viele andere Kulturveranstalter (zum Beispiel die Kulturvereinigung, die Osterfestspiele, das Adventsingen und viele andere mehr) über das gesamte Jahr hinweg und sind einer der stärksten Wirtschaftsmotoren für die Stadt. „Die mit den Salzburger Festspielen verbundenen ökonomischen Effekte sind für uns enorm wichtig. Davon profitiert nicht nur der städtische Tourismus, sondern mit Sicherheit die gesamte Wirtschaft, zudem sichert und schafft diese Großinvestition viele Arbeitsplätze“, so Salzburgs Bürgermeister Harald Preuner über die Bedeutung der Salzburger Festspiele und den Investitionsschub für die Mozartstadt. ■

https://www.salzburgerfestspiele.at/
https://de.wikipedia.org/wiki/Salzburger_Festspiele

Kultur

Gerhard Richter: Landschaft

Die Ausstellung ist im Bank Austria Kunstforum Wien bis 14. Februar 2021 zu sehen und entstand in Kooperation mit dem Kunsthaus Zürich



© Gerhard Richter 2020 / Foto: bpk / The Art Institute of Chicago / Art Resource, NY

Gerhard Richter, Venedig (Treppe), 1985; Öl auf Leinwand, 50 x 70 cm; Art Institute of Chicago, Schenkung Edlis Neeson Collection

Allen Umständen zum Trotz hat sich das Bank Austria Kunstforum Wien entschlossen, an seinem Ausstellungsprogramm festzuhalten. Nicht zuletzt, weil die langjährig geplante Herbstausstellung einen in Wien ganz besonders seltenen Gast in das Ausstellungshaus auf der Freyung holt: Gerhard Richter (geboren 1932 in Dresden, lebt und arbeitet in Köln), der als der bedeutendste lebende Maler der Welt gilt, zeigt im Bank Austria Kunstforum Wien eine Retrospektive seiner Landschaftsbilder. Wie kaum ein anderes Sujet hat die Landschaft Richters künstlerisches Interesse gefesselt und ihn immer wieder zu neuen Bildlösungen angetrieben: Die Ausstellung „Gerhard Richter: Landschaft“ versammelt über 130 Bilder, Zeichnungen, Druckgrafiken, Fotoarbeiten, Künstlerbücher und Objekte von 50 internationalen LeihgeberInnen. Das Projekt unterstreicht die Wichtigkeit dieses Genres für den deutschen Künstler, der dieses Jahr seinen 88. Geburtstag gefeiert hat. Es ist die bis dato größte Ausstellung weltweit, die ausschließlich Richters Landschaften gewidmet ist – einem Genre, mit dem er sich seit 1963 durchgehend beschäftigt hat. Einige der im Bank Austria Kunstforum Wien ausgestellten Werke sind bisher noch nie öffentlich gezeigt worden.

Landschaften – fotografisch, romantisierend, abstrakt

Richters Gesamtwerk ist unter anderem besonders für seine Heterogenität bekannt, die sich folgerichtig auch in der Bildgattung der Landschaft zeigt: Die Ausstellung gliedert sich in fünf thematische Kapitel, die einzeln, aber auch in ihrer Zusammenschau ein beeindruckendes Panorama von Richters „Arbeit an der Wirklichkeit“ ergeben. Die Gemälde, Zeichnungen und Druckgrafiken sind nicht direkt nach der Natur entstanden, sondern basieren meist auf fotografischen Vorlagen und sind somit „Landschaften aus zweiter Hand“, was sich an der Ausschnitthaftigkeit, an Unschärfeeffekten, mitunter auch an Schrift im Bild erkennen läßt. Landschaften mit tiefgezogenem Horizont und stimmungsvoller Atmosphäre rücken Richter in die Nähe der deutschen Romantik, auf die der Künstler zwar anspielt, aber der gegenüber er sich immer wieder auch kritisch-zweifelnd geäußert hat: Zu malen wie Caspar David Friedrich, so Richter, sei zwar möglich, aber nur ohne sich auf die geistige Tradition des Romantikers beziehen zu kön-



© Gerhard Richter 2020 / Foto: Robert Bayer

Gerhard Richter, Wolke, 1976, Öl auf Leinwand, 200 x 300 cm; Privatsammlung, als Dauerleihgabe in der Fondation Beyeler, Basel

nen. Als „Kuckuckseier" bezeichnet Richter demnach jene romantisierenden Bilder, welchen in der Ausstellung ein ganzer Raum gewidmet ist.

Ein weiterer Raum der Ausstellung betont die Wichtigkeit von Richters abstrahierten und abstrakten Landschaften für die Entwicklung seiner Malerei. Für dieses Kapitel der Ausstellung haben zahlreiche Bilder – unter anderem das monumentale, 6,8 Meter breite Gemälde „St. Gallen" – ihre öffentlichen und privaten Sammlungen erstmals verlassen.

Landschaften – fiktional und übermalt

Konstruierte und manipulierte Landschaften – wie etwa Richters Seestücke, für die er oftmals die fotografischen Vorlagen von Wasser- und Himmelsfläche autonom und keinesfalls „wirklichkeitsgetreu" wie eine Collage zusammensetzt – bilden einen weiteren Höhepunkt der Ausstellung. Zahlreiche überarbeitete Landschaften stehen am Ende der Ausstellung: übermalte Fotografien, die der Künstler größtenteils selbst als Leihgabe für die Ausstellung zur Verfügung gestellt hat, sowie Landschaftsgemälde, deren Realismus Richter mit abstrakten Farbstrukturen relativiert.

Die Landschaft als Sehnsucht

„Gerhard Richter: Landschaft" bietet nicht zuletzt vor dem Hintergrund von aktuellen Diskussionen von Pandemie bis Klimakrise im Herbst 2020 auch die Möglichkeit zur kontemplativen Auseinandersetzung mit „Natur" und „Landschaft". Entstanden in enger Zusammenarbeit mit dem Atelier Gerhard Richter in Köln und durchgeführt in Kooperation mit dem Kunsthaus Zürich, ermöglicht die Ausstellung eine Begegnung mit Schlüsselwerken des Künstlers und erstmals einen retrospektiven Blick auf ein Genre, das Gerhard Richter 1981 wie folgt beschrieb: „Wenn die ‚Abstrakten Bilder' meine Realität zeigen, dann zeigen die Landschaften oder Stillleben meine Sehnsucht."



© Gerhard Richter 2020

Gerhard Richter, Eis, 1981; Öl auf Leinwand, 100 x 70 cm; Sammlung Ruth McLoughlin, Monaco



© Gerhard Richter 2020 / Foto: Stefan Altenburger Photography Zürich

Gerhard Richter, Ruhrtalbrücke, 1969, Öl auf Leinwand, 120 x 150 cm; Privatsammlung, Courtesy Hauser & Wirth Collection Services

Biografie Gerhard Richter

Gerhard Richter wird am 9. Februar 1932 in Dresden (Deutschland) geboren. Sein Vater ist Mathematiklehrer, seine Mutter gelernte Buchhändlerin. 1936 kommt Richters jüngere Schwester Gisela zur Welt. Während der Kriegsjahre wohnt die Familie im ländlichen Reichenau, später in Waltersdorf in Sachsen. Bereits während seiner Zeit in der Handelsschule von Zittau nimmt Richter an Abendkursen in Malerei teil. Von 1951 bis 1956 absolviert er in der Wandmalereiklasse von Heinz Lohmar sein Studium an der Hochschule für bildende Künste Dresden. Im Jahr 1957 heiratet er Marianne (Ema) Eufinger.

Nachdem das Ehepaar 1961 aus der DDR nach Düsseldorf geflohen ist, studiert Richter an der dortigen Staatlichen Kunstakademie. 1962 lernt er die Künstler Sigmar Polke, Konrad Lueg (Fischer) und Manfred Kuttner kennen, die neben Blinky Palermo zu seinen künstlerischen Weggefährten in den 1960er-Jahren werden. Ebenfalls im Jahr 1962 beginnt Richter seinen Werkkatalog mit dem Gemälde „Tisch“, das nach einer fotografischen Vorlage aus der Zeitschrift „Domus“ entstand. Während der 1960er-Jahre bewegt sich Richter in seiner Kunst in ganz unterschiedliche Richtungen. Es entstehen erste



© Gerhard Richter 2020 / Museum Frieder Burda, Baden-Baden

Gerhard Richter, Venedig, 1986, Öl auf Leinwand, 86 x 121 cm



© Gerhard Richter 2020 / Foto: Robert Bayer

Gerhard Richter, Wolke, 1976, Öl auf Leinwand, 200 x 300 cm; Privatsammlung, als Dauerleihgabe in der Fondation Beyeler, Basel

Farbtafelbilder und Glaskonstruktionen, außerdem experimentiert er für seine fotomalerischen Darstellungen mit Unschärfetechniken und nähert sich in seinen Stadt- und Bergansichten aus der Vogelperspektive immer mehr der Abstraktion an.

In dieser Zeit wendet sich Richter auch intensiver der Landschaftsmalerei zu. Er schafft eine Serie von Gemälden nach Fotografien aus dem Korsika-Urlaub in Reminiszenz an romantische Darstellungen. Schon damals zeichnet sich eine Tendenz ab, die für Richters gesamtes bisheriges Werk charakteristisch ist: ein ständiger Wechsel von relativ realistischer Darstellung und Abstraktion sowie die parallele Beschäftigung mit verschiedenen Techniken und Medien der Kunst.

1972 erhält der Künstler eine erstmalige (Einzel-)Präsentation auf der 36. Biennale von Venedig. Im gleichen Jahr veröffentlicht Richter seine als „Atlas" bezeichnete Sammlung von Fotos, Collagen und Skizzen. Ab Mitte der 1970er-Jahre entstehen dann die ersten abstrakten Bilder, eine Werkgruppe, die der Künstler bis heute weiterführt. In regelmäßigen Abständen produziert er allerdings auch Landschaften, wie einen Zyklus von Seestücken nach einer Grönland-Reise oder Gebirgsansichten von Davos sowie ländliche Motive.

Nach der Scheidung von Ema heiratet Richter 1982 die Bildhauerin Isa Genzken. Ein Jahr darauf zieht das Paar nach Köln. Mitte der 1980er-Jahre beginnt Richter Landschaftsgemälde und Fotografien mit der Rakel zu überarbeiten. Es entstehen auch stark abstrahierte Landschaften. Daneben schafft er bedeutende Werke wie den aufsehenerregenden Zyklus „15. Oktober 1977" aus dem Jahr 1988, der den Tod der führenden Mitglieder der RAF thematisiert, seine Tochter Babette als junges Mädchen oder Sabine Moritz, die er 1995 heiraten wird, als „Lesende" oder „Kleine Badende".

Auch in den 1990er- und beginnenden 2000er-Jahren findet Richter immer neue Formen für seine abstrakte Malerei und entwirft darüber hinaus farbige Spiegelkonstruktionen. Für das Reichstagsgebäude in Berlin produziert Richter im Jahr 1999 die monumentale Glasarbeit „Schwarz, Rot, Gold". 2007 entwirft er außerdem ein abstraktes Fenster aus 11.500 Glasquadraten für den Kölner Dom. In den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden befindet sich seit 2006 das Gerhard Richter Archiv.

Umfangreiche Retrospektiven des Künstlers fanden beispielsweise in folgenden Institutionen statt: 1977 im Centre Pompidou in Paris, 1991 in der Tate Modern in London, 1993 in der Bundeskunsthalle in Bonn, 2002 im Museum of Modern Art, New York, Art Institute Chicago, San Francisco Museum of Modern Art und Hirshhorn Museum and Sculpture Garden in Washington sowie 2020 im Metropolitan Museum of Art in New York. Über 20 Jahre nach der Ausstellung im Sprengel Museum Hannover (1998), in der erstmals ausschließlich Gerhard Richters Landschaften gezeigt wurden, präsentiert das Bank Austria Kunstforum Wien nun die bis dato größte Retrospektive seiner Landschaftsbilder. Während in Hannover nur Ölgemälde ausgestellt wurden, werden in Wien nun alle künstlerischen Medien berücksichtigt werden, in denen Landschaftsmotive erscheinen. Gerhard Richter lebt und arbeitet bis heute in Köln. ■

https://www.kunstforumwien.at/
https://de.wikipedia.org/wiki/Gerhard_Richter

Kultur

Francisco Carolinum Neu

Der neue Ort für Fotografie und Medienkunst in Linz startete am 15. Oktober mit der Roger Ballen-Retrospektive »THE PLACE OF MY MIND« – zu sehen bis 14. Februar 2021



Foto: OÖ Landes-Kultur GmbH

Das neue Haus für Fotografie und Medienkunst am am Standort Museumstraße in Linz

Geschichten erzählen und mit aktuellen Themen Menschen begeistern – das sind die Ziele der im März dieses Jahres neu gegründeten OÖ Landes-Kultur GmbH und ihres Direktors Alfred Weidinger. Die Idee, am Standort Museumstraße ein Haus für Fotografie und Medienkunst zu etablieren, geht auf eine Umfrage unter 7.000 Kulturinteressierten zurück. Diese ergab, daß sich ein Großteil der Befragten ganz besonders für Fotografie begeistert.

Deshalb wurden in den letzten Wochen und Monaten zahlreiche bauliche Veränderungen am 125 Jahre alten, historistischen Architekturjuwel des deutschen Architekten Bruno Schmitz in der Museumstraße vorgenommen: In einem ersten Schritt wurden nachträgliche Eingriffe wie Wände und Einbauten entfernt, Sichtachsen geöffnet, Fenster freigelegt.

Heute präsentieren sich Foyer, Treppenhaus und Ausstellungsräume wieder in ihrem ursprünglichen Glanz und ihrer Großzügigkeit. Durch die Neugestaltung des Gartens wurde zudem die Sichtbarkeit des imposanten Baus im öffentlichen Raum verbessert.



Foto: OÖ Landes-Kultur GmbH

In einem ersten Schritt wurden nachträgliche Eingriffe wie Wände und Einbauten entfernt, Sichtachsen geöffnet, Fenster freigelegt.

Weitere Renovierungs- und Adaptierungsarbeiten, insbesondere der Räume im Erdgeschoß, sind für die nächsten Jahre geplant.

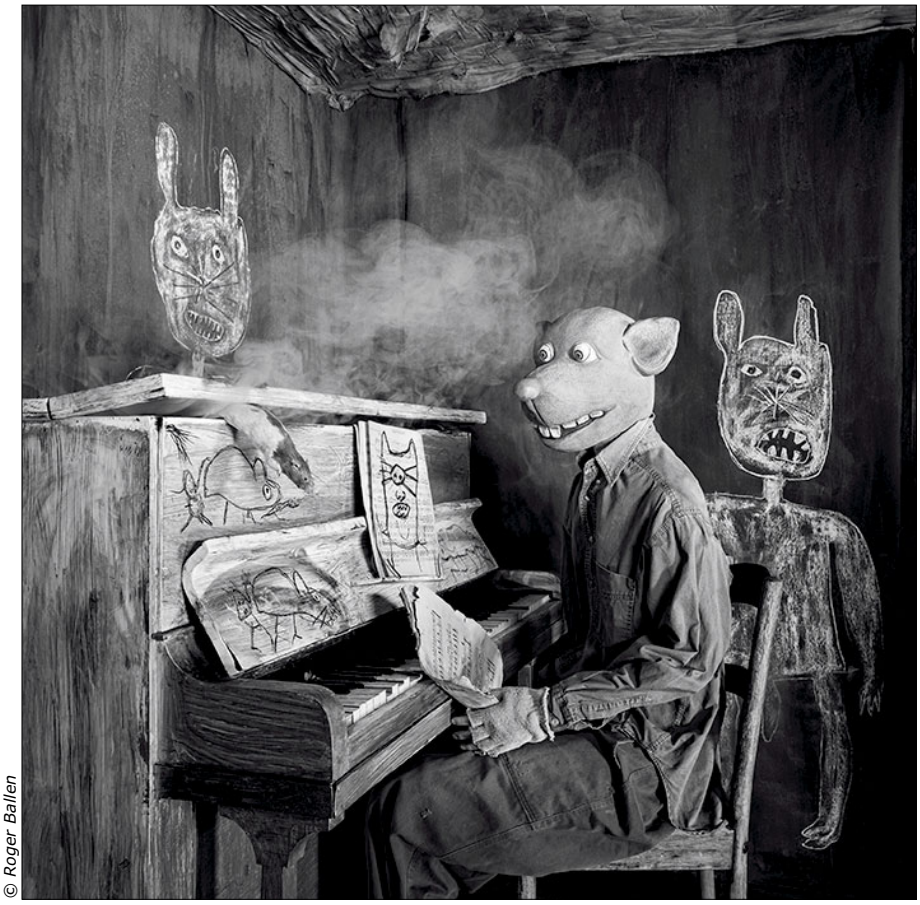
Die Neupositionierung des nun wieder nach seinem Erbauer „Francisco Carolinum" benannten Museums als modernes Haus für Fotografie und Medienkunst wird sukzessive erfolgen. Im Wochentakt werden nunmehr drei Fotoausstellungen eröffnet und parallel gezeigt werden. Das hat durchaus programmatischen Charakter: Unterschiedliche Zugänge öffnen das Francisco Carolinum Linz für unterschiedliche Interessen und Altersgruppen, machen es zu einem Haus vieler An- und Verknüpfungspunkte. Dieses Prinzip wird auch die Zukunft des Francisco Carolinum Linz bestimmen – kleinere, länger laufende, auf gegenwärtige Zeitgeschehen bezugnehmende Sonderausstellungen.

Roger Ballen-Retrospektive

Soziale Außenseiter, Tiere und rätselhafte Objekte bevölkern die schaurig-schönen Fotografien von Roger Ballen. Mit seinen fotografischen Inszenierungen, die eine surreal-düstere, unheimliche Atmosphäre erzeugen, taucht Roger Ballen tief in die Abgründe der menschlichen Psyche. Roger Ballen, geboren 1950 in New York, zählt zu den international bedeutendsten und einflußreichsten Fotokünstlern der Gegenwart. Er lebt und arbeitet seit über 40 Jahren in Johannesburg, Südafrika, und nimmt mit seinem ebenso faszinierenden wie verstörenden Werk eine singuläre, zwischen Dokumentation und Fiktion angesiedelte Position in der zeitgenössischen Fotografie ein.

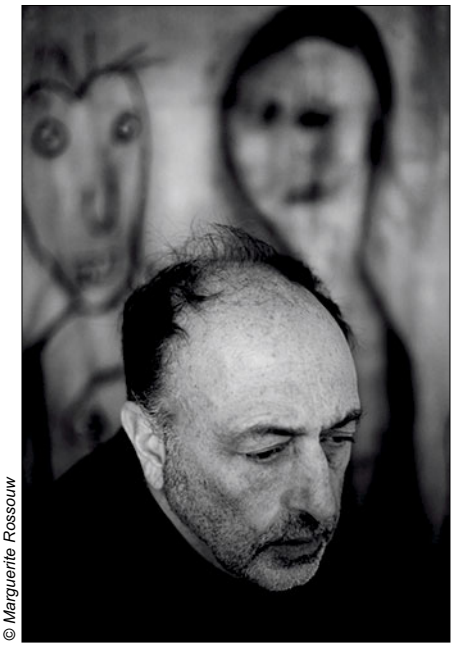
Die OÖ Landes-Kultur GmbH präsentiert im Francisco Carolinum Linz die erste umfassende Museumspersonale des renommierten Fotokünstlers in Österreich. Gezeigt werden Arbeiten aus allen wichtigen Serien und Schaffensphasen des Künstlers: vom fotojournalistisch geprägten Frühwerk ab den späten 1960er-Jahren, über sein vielschichtiges filmisches Œuvre, bis hin zu aktuellen Farbfotografien im Kontext installativer Werkkonzepte.

International bekannt wurde Roger Ballen mit irritierenden fotodokumentarischen Arbeiten, die unterprivilegierte Weiße und ihre prekären Lebensumstände während der Apartheid zeigen. Mit seinem schonungslosen Blick für das Banale und Groteske porträtierte Roger Ballen in den 1980er- und frühen 1990er-Jahren Bewohner und Architekturen karger ländlicher Gemeinden in Südafrika, ganz ohne sozialkritische oder voyeuristische Attitüde. Während er weiterhin Außenseiter und gesellschaftliche Grenzgänger ins Zentrum seiner Bilder rückte, arbeitete Roger Ballen in späteren Serien zunehmend inszenierend und psychologisierend. In formalästhetisch bestechenden Bildfindungen behandelt er Themen wie Kontrollverlust, Chaos, Verrücktheit, Entfremdung, die Beziehung des Menschen zur Tierwelt, die Grausamkeit von Leben und Tod, und immer wieder die Erfahrung von Andersartigkeit. Roger Ballen selbst beschreibt seine Werke als existentielle Psychodramen, die das Unterbewußtsein berühren und die Schattenseiten der Conditio humana heraufbeschwören. Seine eindringlichen, radikalen Fotografien, die lange im Gedächtnis bleiben, werden zu einer Entdeckungsreise in die eigene Psyche. Roger Ballens Werk ist komplex und doppeldeutig, von universeller Aussagekraft und archetypischem Charakter, aber auch voller Ironie, Witz und tiefgründigem Humor.



© Roger Ballen

Roger Ballen, Smoked Out, 2020



© Marguerite Rossouw

Roger and the Inner Voices, 2015

Social Media und Vermittlungsangebot

Die in der Ausstellung gezeigten Filme Ballens sind auf dem Vimeo Kanal der OÖ Landes-Kultur GmbH zu sehen.

https://vimeo.com/ooelkg

Ab November beantworten „Mediators on demand" (KulturvermittlerInnen) Fragen der BesucherInnen zur Ausstellung direkt und unmittelbar. Als kontaktlose Vermittlung wird das bereits von den mobilen Schauräumen beliebte Kulturvermittlungsprogramm mit Hologramm zum Einsatz kommen. ■

https://www.ooelkg.at/

Kultur

Hall360Tirol – virtuelle Zeitreise

Ein faszinierender 3-D-Rundgang im Internet zu historischen Sehenswürdigkeiten und archäologisch-geschichtlich bedeutsamen Orten in Hall

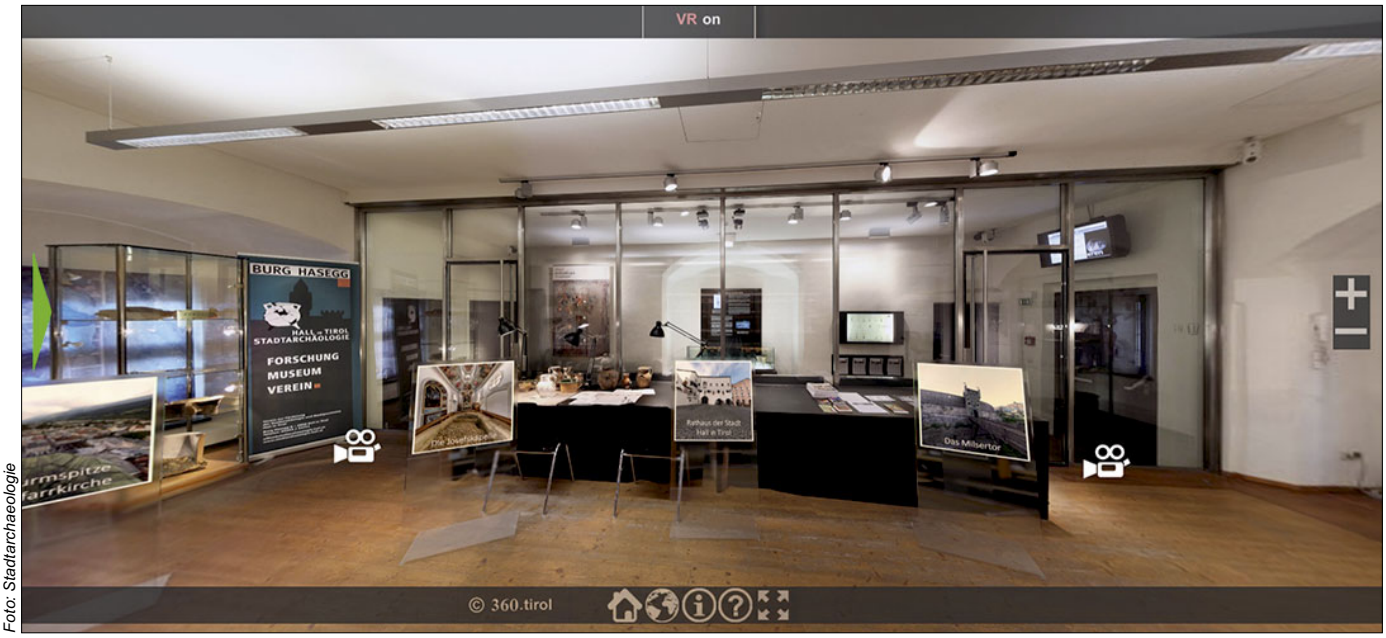


Foto: Stadtarchaeologie

Der Startpunkt für den virtuellen Stadtrundgang durch die Stadt Hall

Mit dem virtuellen Rundgang Hall360 im Internet bietet der Verein Stadtarchäologie Hall unter der wissenschaftlichen Leitung des Archäologen Alexander Zanesco gemeinsam mit dem Haller Fotografen und Multimediadesigner Klaus Karnutsch faszinierende 3-D Einblicke in Halls Vergangenheit. Das innovative Internetprojekt ermöglicht einen Stationen-Rundgang online zu derzeit 12 historisch bedeutsamen Orten in Hall. Natürlich sind die digitalen Informationen auch bei einem „realen" Stadtrundgang, verfügbar: An den jeweiligen Originalschauplätzen (Stationen) sind kleine quadratische Glastafeln oder braune Kulturhinweisschilder mit QR-Codes angebracht, über die man sich mit Handy oder Tablet direkt vor Ort in die einloggen kann.

Mit Hall360Tirol läßt es sich aber auch von zuhause aus wunderbar online durch die Burg Hasegg in das „Museum Stadtarchäologie Hall" (1. Station) spazieren. Dort lassen sich zuerst beispielsweise die historischen Glasfunde aus einer „Latrine" des 15.



Foto: Stadtarchaeologie

Der virtuelle Stadtplan von Hall360Tirol

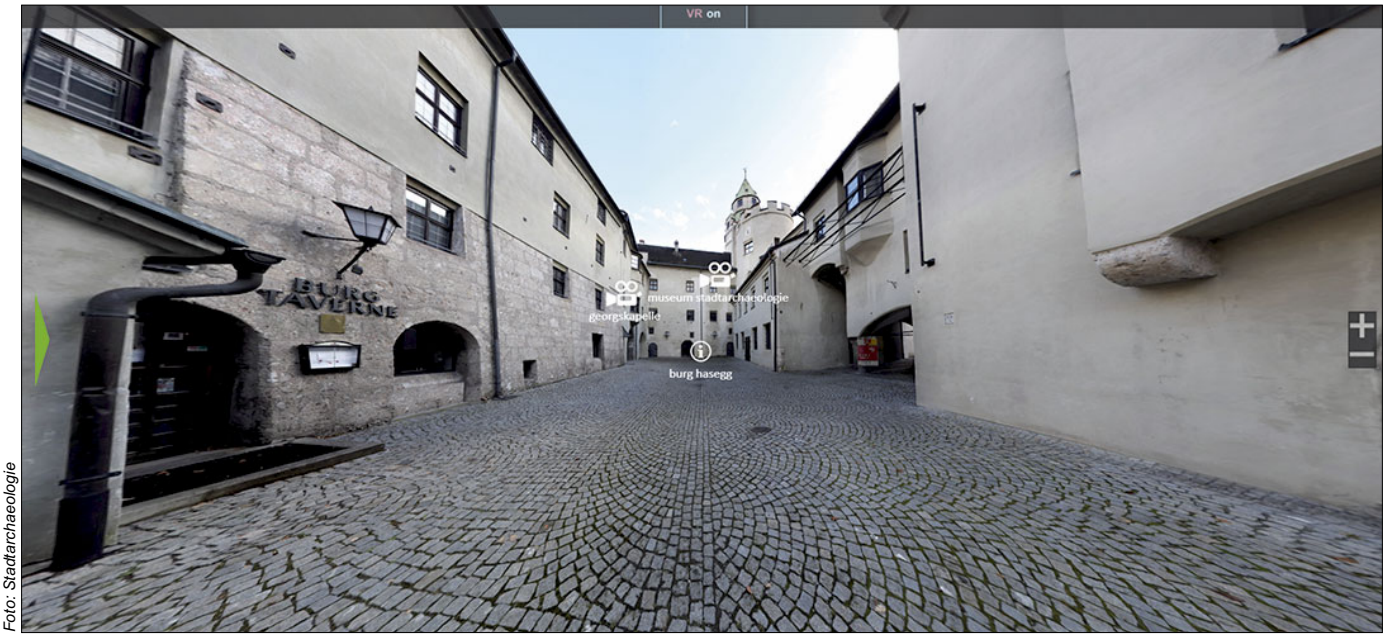


Foto: Stadtarchaeologie

Die erste Station führt die BesucherInnen durch die Burg Hasegg zum „Museum Stadtarchäologie Hall“



Foto: Stadtarchaeologie

In der St. Josefskapelle kann man sich an die Deckenfresken des Malers Paul Geyer von 1698 „heranzoomen“.

Jh. im Burghof und vieles andere bestaunen, bevor man aus den verschiedenen Stationen des Rundwegs wählt – durch Klick auf eines der im Kreis angeordneten Bilder gelangt man weiter.

Spektakulär erhebt sich etwa die Rekonstruktion des ehemaligen Haller Stadttores „Milsertor“ mit Stadtgraben mittels „Zeitsprung-Button“ am Originalschauplatz. Faszinierende Ein- und Ausblicke ermöglicht auch die Station „Josefskapelle“ am Oberen Stadtplatz. Gebeine von mindestens 2000 Menschen wurden hier so aufgefunden, wie man sie vor über 500 Jahren in einem Beinhaus niedergelegt hat und durch einen Schacht gelangt man in die Gruft der Grafen Khuen-Belasy. Wer es genau wissen möchte, zoomt sich „ganz nahe“ an die Deckenfresken des Malers Paul Geyer von 1698.

Die Station „Haller Stadtpfarrkirche“ ermöglicht einen Rundgang durch die Kirche vor und nach der Restaurierung der letzten Jahre und zu archäologischen Grabungen. Beeindruckend ist auch der Blick in den Dach- und Glockenstuhl oder von der Turmspitze über Hall aus der Sicht der ehemaligen „Türmer“.

Weiter führt die Tour durch Hall zu drei Stationen mit „Kaiser Maximilian“-Bezug: dem rekonstruierten „Haller Tanzhaus“-Saal im heutigen Rathaus, in dem ein Tänzchen im Beisein des Kaisers gezeigt wird oder zur nördlich gelegenen Haller Stadtmauer mit angedeuteter Zwingermauer und dem maßstabsgetreu rekonstruierten Stadtgraben.

Auch in die „Georgskapelle“ in der Burg Hasegg läßt sich mittels Zeitsprung in die Zeit Maximilians vor 500 Jahren reisen.

Weitere Stationen wie die „ehemalige Bastion“ oder das „Schergentor“ am Unteren Stadtplatz ergänzen den Rundgang durch Hall. Neu hinzugekommen sind vor kurzem die Friedhofskapelle am Haller Friedhof mit den restaurierten Fresken von Alfons Siber (1860-1919) und die Johanneskirche im Salinenpark mit den restaurierten Fresken von Joseph Adam Mölk (1718-1794). ■

https://www.hall360.tirol/

Buchtip

Arik Brauer: Wienerisch für Fortgeschrittene

»Wean red wi Wean wü. I. E. A.«

Arik Brauer ist international berühmt als Maler – em. Professor an der Akademie der bildenden Künste in Wien, Mitbegründer der Wiener Schule des Phantastischen Realismus – Architekt, Grafiker, Bühnenautor, Dichter und Austropop-„Vater". In den 1970er-Jahren errang Brauer zwei Goldene Schallplatten und noch ein halbes Jahrhundert später hat man seine Lieder, wie „Sie hab'n a Haus baut" im Ohr. Der Wiener Dialekt ist dem in Ottakring aufgewachsenen Künstler von klein auf vertraut.

Sein jüngstes Buch besteht je zur Hälfte aus humorvoll-satirischen Texten zu Wienerischen Wörtern und Redensarten und den entsprechenden Zeichnungen. Er versteht es als künstlerisches Werk, nicht als wissenschaftliche Arbeit: *Was hier geschildert ist, sind die authentischen Erinnerungen eines Ottakringer Knaben aus den Dreißigerjahren (20. Jahrhundert). ... Viele aus dem Tschechischen stammende Wörter werden kaum noch verwendet: „schezko jedno", „Pfrnak", „Hubitschku". Französische Wörter sind im Wienerischen oft total integriert, natürlich mit grausam verzerrter Aussprache: „Bassena" (bassin), „Lawua" (lavoir), „Paltot" (paletot).* Zahlreiche zitierte Vokabel, viele mit hebräischem Ursprung oder aus dem Ungarischen, fallen schon fast in die Kategorie „damit es nicht verloren geht".

Bücher über Wiener Mundart konzentrieren sich gerne auf ordinäre Ausdrücke oder Schimpfwörter. Im vorliegenden Werk kommen sie kaum vor. Erfreulicher (und richtiger) Weise zeigt sich das Wienerische hier nicht als Unterschichtphänomen: *In Wien wird man durch seine Sprechweise einer bestimmten sozialen Schicht zugeordnet. Intellektuelle sprechen „nåch da Schreibe", das heißt Deutsch mit österreichischer Klangfarbe. Bürger und Aufsteiger vermeiden Dialekt, um als „Glernde" zu gelten. Nostalgiker sprechen oft einen nasalen, fein geschliffenen Graf-Bobby-Dialekt, wie ihn angeblich auch der Kaiser sprach. Die sogenannte Arbeiterklasse spricht, „wia da Schnåbe gwåksn is", was klaglos funktioniert, so lange man unter sich ist. ... Wer mühelos „nåch da Schreibe" und „wia da Schnåbe gwåksn is" sprechen*



© Amalthea

kann, hat es in Wien „leiwand". Er kommt bestens ohne aus Deutschland importierte Vokabel aus. *Sahne ist, wie schon der Klang des Wortes vermittelt, eine sämige Masse, die dazu neigt, im Schurrbart oder Bart des Ottakringers in weißen, rotzartigen Klumpen hängen zu bleiben. Schlagobers hingegen erinnert an den freundlichen „Herrn Ober", wie jeder Kellner in Wien genannt wird.*

Wörter nur nach ihrem Klang zu verschriftlichen, ist ein mühsames Unterfangen. Das Vorwort führt in die richtige Lesart ein und laut Lesen hilft alleweil. Übrigens ist „ålawei" nicht dessen Übersetzung, sondern kommt vom hebräischen alewei – möge es so sein. *Das Wort drückt einen Wunsch aus, dessen Erfüllung eher unwahrscheinlich ist. „ålawei mia gwinnen im Lotto". „Hoff ma's Beste" hingegen bedeutet immerhin eine Chance von fünfzig zu fünfzig, daß sich der Wunsch erfüllt. Mit dem Wort „hoffentlich" hat man das Glück schon fast im Sack.*

Von Leihgaben aus dem Französischen wie „Trotoa" (Gehsteig) und „Lawua" (Waschschüssel) war schon im Vorwort die Rede, ebenso vom Tschechischen. *„Schezko jedno" ... bedeutet, daß eine endgültige Entscheidung getroffen wurde, sich nicht zu entscheiden. Ist etwas nicht ganz so „schezko", wird das viel sanftere Wort „wuascht" verwendet. ... Die geringste Wurstigkeit drückt allerdings das Wort „powidl" aus. Dieses Wort gewinnt im Zusammenhang mit dem Wort „Datschkal" eine ganz andere Bedeutung. ... Powdldatschkal san unsaan niemals „schezko jedno".*

Eine andere „Perle der Wiener Küche" sind Palatschinken – hierzulande auf der dritten Silbe betont, im ungarischen Original auf der ersten. Ist der Teig im Pfandl, wird er mit gekonntem Schwung in die Luft geschleudert, um mit der Maschekseitn (andere Seite) wieder dort zu landen. Ist aber ein „Påtschåchter" (unbeholfener Mensch) am Werk, entsteht ein „Palawatsch" (Durcheinander, Chaos). Die – in einem Lied so bezeichnete – „süße, weiche, melodienreiche, harbe, laute Weanasprach" kennt eine ganze Reihe unrühmlicher Bezeichnungen für männliche Zeitgenossen, beispielsweise „Bosnigl", „Ungustl", „Grandscheam", „Gfrast" oder „Gfries". Hingegen sind weibliche mit „Schleiaeun", „Grewögal" oder „Bissguan" gemeint.

Sie alle erscheinen in den trefflichen Bildern, wie auch die Hausfrau, die sich über eine zerbrochene Vase mit der Weisheit „Wer waß, fia wås des guat is" tröstet. Das menschenfreundlichste Wiener Sprichwort aber lautet „Lem und lem låssn" (Leben und leben lassen). „Steam und steam låssn" kommt im Wienerischen nicht vor. *hmw*

Quelle: Das Austria-Forum ist ein Informationsportal zu österreichbezogenen Themen. Betrieben wird es vom gemeinnützigen Verein „Freunde des Austria Forums" mit Server- und Internetunterstützung der Technischen Universität Graz. Es seit September 2007 erreichbar und wird ständig erweitert und aktualisiert. ***https://austria-forum.org/*** *Das Neueste ist ein Online-Lexikon für jedes Bundesland:*
https://austria-forum.org/af/AEIOU/Bundesl%C3%A4nder-Lexika)

Arik Brauer
Wienerisch für Fortgeschrittene.
Wean red wi Wean wü. I. E. A.
Amalthea Verlag Wien 2020
128 Seiten, illustriert, € 25,–
https://amalthea.at/produkt/wienerisch-fuer-fortgeschrittene/